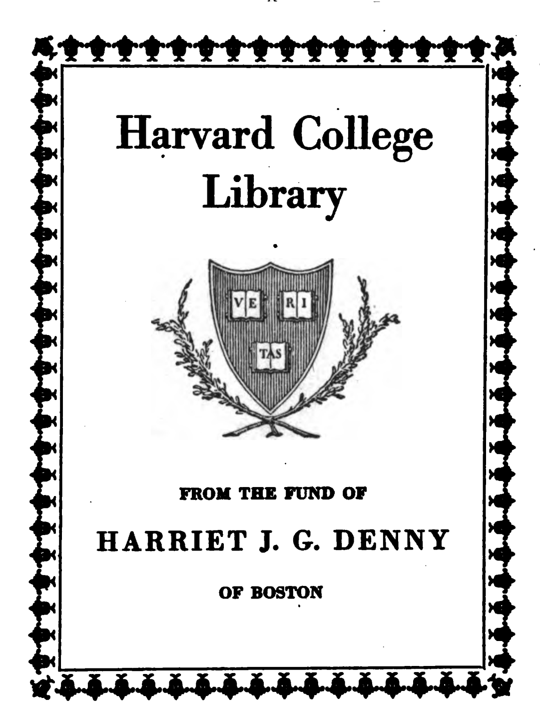

WIDENER LIBRARY
HX 3D3A -


Harvard College
Library
VE
RI
TAS
FROM THE FUND OF
HARRIET J. G. DENNY
OF BOSTON

Miterlebtes

Aus den Tagen der deutschen Revolution und deren Vorgeschichte

Der Deutsche ehrt in allen Zeiten
Der Fürsten heiligen Beruf;
Doch liebt er frei einherzuschreiten,
Und aufrecht, wie ihn Gott erschuf.
Ludwig Uhland.

Erinnerungen

von

Karl Wörle

Verfasser von: „Das Papsttum in der deutschen Geschichte“
„Deutscher Geschichtskalender“ etc. etc.

Leipzig
Abel & Müller
(Albert Müller)
1906

0

Miterlebtes

Aus den Tagen der deutschen Revolution und deren Vorgeschichte

Der Deutsche ehrt in allen Zeiten
Der Fürsten heiligen Beruf;
Doch liebt er frei einherzuschreiten,
Und aufrecht, wie ihn Gott erschuf.
Ludwig Uhland.

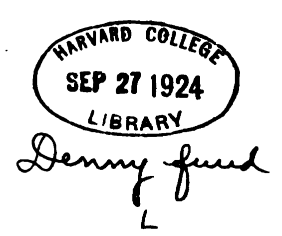
Erinnerungen

von

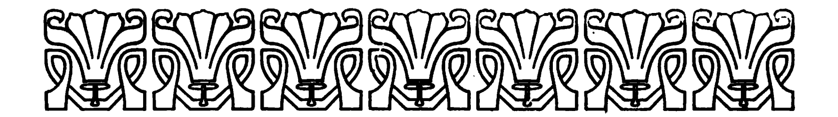
Karl Wörle

Verfasser von: „Das Papsttum in der deutschen Geschichte“
„Deutscher Geschichtskalender“ etc. etc.

Leipzig
Abel & Müller
(Albert Müller)
1906



Druck von Wilhelm Wörle, Ludwigshafen a. Rh.

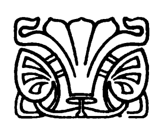


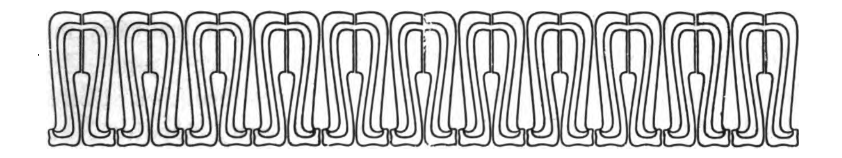
Inhalts-Verzeichnis.

Vorwort.

Einleitung.

Miterlebtes.





Vorwort.

Meine Eltern wohnten in der Nähe von Darmstadt — in Arheilgen — und hatten mit vielen angesehenen Familien der großherzoglichen Residenzstadt mancherlei freundschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen; insbesondere war mein Vater mit mehreren liberalen Männern jener Zeit näher bekannt und huldigte deren Bestrebungen, wenn auch mit der einem Staatsbeamten „schicklichen" Zurückhaltung.

Es war dies gegen die Mitte der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts und war mir damals schon vielfach Gelegenheit geboten, mit den politischen und kirchlichen Strömungen jener Zeit näher bekannt zu werden. Diese wurden des öfteren im Kreise von Freunden und Bekannten meines Vaters und in meiner Gegenwart eingehend besprochen und ich folgte damals — kaum sechzehn Jahre alt — solchen Unterhaltungen mit dem der Jugend eigenen lebhaften Interesse. So reifte in mir frühzeitig der Entschluß, über all' diese beachtenswerteren Ereignisse ein Tagebuch zu führen, aus welchem ich in nachfolgenden Aufzeichnungen das hauptsächlichste geschöpft, mithin fast ausschließlich nur Selbsterlebtes mitgeteilt habe.

So hatte ich denn auch das Glück, schon frühzeitig mit Männern bekannt zu werden, welche später zum Teil eine bedeutende Rolle in der Geschichte des deutschen Volkes spielen sollten — wie Heinrich von Gagern, Advokat Reh, Gutsbesitzer Wernherr ꝛc. —; hatte die Ehre, mich hervorragenden literarischen Größen nahen zu dürfen und von ihnen mitunter geleitet und ausgezeichnet zu werden. So brachte mich ein günstiges Geschick frühzeitig mit dem Dichter und Geschichtsschreiber Eduard Duller, der seit 1836 in Darmstadt lebte, zusammen, fand ich in dem Schriftsteller Hofrat Dr. Dräxler-Manfred, mit dem ich bis zu seinem am 31. Dezember 1879 erfolgten Tode in lebhaftem Briefwechsel stand, und dessen zierliche Handschrift stets meine Bewunderung erweckt hatte, einen liebenswürdigen, nachsichtigen, wohlwollenden Freund, und in meinem unvergeßlichen Lehrer, Professor Dr. Heinrich Künzel, dessen Geschichte des englischen Staatsmannes Robert Peel s. Zt. so großes Aufsehen machte, einen treuen Berater auf dem Gebiete der Geschichte, der Philosophie, Ästhetik und Literatur. Er war es auch, durch dessen Empfehlungsbriefe ich mit dem Verfasser hervorragender Geschichtswerke, mit Professor Dr. Wilhelm Zimmermann und dessen Familie, und später noch mit dem gefeierten württembergischen Sagendichter, dem Geh. Konsistorialrat Gustav Schwab in Stuttgart näher bekannt wurde. Auch gab mir Künzel Gelegenheit, ein erstes Honorar zu verdienen, indem er mir die Bearbeitung der Reiseerlebnisse eines „Amerikamüden“ — Louis Diehl — übertrug.

In dem Familienkreis der Dichterin Luise v. Ploenies, mit derem zweiten Sohne August ich befreundet war, fand ich damals vielfache Anregung zum poetischen Schaffen, was ihr wohl Veranlassung gab, mich durch die Überreichung ihrer Gedichtesammlung auszuzeichnen und zu ermutigen. Mein episches Gedicht „Tannenberg“, welches ich Ihrer Königl Hoheit der Prinzeß Elisabeth von Hessen (Großmutter des jetzigen Großherzogs Ernst Ludwig) widmen durfte, ist damals schon entstanden.

Für Arheilgen und Umgegend hatte der prakt. Arzt Dr. Zimmermann von Darmstadt, ein Hauptagitator für die Verbreitung republikanischer Ideen auf dem Lande einen sogenannten „Demokratischen Verein" gegründet, in welchem er mit seinen Gesinnungsgenossen zuweilen rechte Brandreden hielt und gegen alles Bestehende hetzte. Diesen Bestrebungen gegenüber hatte mein Vater auf Anregung der Darmstädter Herren einen „Konstitutionellen Verein" in's Leben gerufen. Derselbe wählte mich zu seinem Schriftführer; als solcher hatte ich über die jeden Samstag stattfindenden Versammlungen ein Protokoll zu führen und eine achttägige Rundschau über die wichtigsten Tagesereignisse, schriftlich ausgearbeitet, zu liefern.

Durch Verwandte meines Vaters zu Offenbach a. M. war es mir leicht geworden, den Sitzungen des Vorparlaments sämtlich, denjenigen der Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. zum großen Teil anwohnen zu können. Die mir bei dieser Gelegenheit gemachten Notizen und die Eindrücke, welche ich damals gewann, habe ich in den nachfolgenden Blättern niedergelegt. Sie machen keinen Anspruch auf Vollständigkeit, jedenfalls aber geben sie ein treues Bild jener, in der vaterländischen Geschichte einzig dastehenden großen Zeit und zeichnen die Wirksamkeit mancher hervorragenden Persönlichkeit in wahrheitsgetreuem Lichte. Ich kam mit einigen derselben in näheren Verkehr, hörte öfters ihre Ansichten in engerem Kreise, und fühlte mit ihnen die bittere Enttäuschung, als das von ihnen so hoffnungsfreudig begonnene Werk im Sturm der Parteikämpfe zu Grunde ging, war beglückt durch den Händedruck der von mir schwärmerisch verehrten Patrioten Arndt, Jahn u. a., und fand Anregung durch gelegentliche Korrespondenzen, mich einigen Zeitungen nützlich zu machen.

Es liegt in der Natur der Darstellung meiner Erlebnisse aus jener denkwürdigen Zeit der politischen Sturm- und Drang-Periode, und an meiner jugendlich-schwärmerischen Auffassung und Teilnahme an derselben, daß ich unwillkürlich meine Person dabei hervortreten lasse und so den Anschein einer prahlerischen Absichtlichkeit erwecken könnte; aber nichts liegt mir

ferner, als ein persönliches Hervortun bei meinen Schilderungen zu erstreben, wodurch ja der Charakter einer parteilosen Darstellung beeinträchtigt würde. Auch haben vor mir viele berufene Männer sich in der Bearbeitung jener Zeit hervorgetan, und es ist heute wohl kein Bedürfnis mehr, dieselbe der gegenwärtigen Generation noch besonders in Erinnerung zu bringen, da ja die Bestrebungen der achtundvierziger Jahre im allgemeinen verwirklicht sind; — doch belebt und stählt die Vergegenwärtigung jener politischen Kämpfe für Recht und Ehre den patriotischen Sinn des Volks, auch hat die Unmittelbarkeit miterlebter Ereignisse einen nicht zu verkennenden anregenden und nachhaltigen Reiz, der nie verkümmern sollte.

Und so habe ich in der Publikation meiner Tagebuchblätter und Notizen aus jener Zeit nur einen bescheidenen Beitrag zu den großen Ereignissen meiner Jünglingsjahre in harmloser Beurteilung liefern wollen, mir selbst zugleich im hohen Greisenalter eine lebhafte, wohltuende Erinnerung schaffend, indem ich wohl auch gar manchen längst vergessenen Helden jener großen Zeit der Gegenwart wieder in's Gedächtnis bringe.

Ludwigshafen am Rhein, Ende Mai 1906.

Karl Wörle.

Einleitung*)

1818—1840.

*) Bereits im Feuilleton des „Beobachter" zu Stuttgart abgedruckt.

Burschenschaftslied

gesungen zu Jena bei Auflösung der Burschenschaft am 26. November 1819.

Wir hatten gebauet
Ein stattliches Haus,
Und drin auf Gott vertrauet,
Trotz Wetter, Sturm und Graus!

Wir lebten so traulich,
So einig, so frei;
Den Schlechten ward es graulich,
Wir hielten gar zu treu!

Sie lugten, sie suchten
Nach Trug und Verrat,
Verleumdeten, verfluchten
Die junge grüne Saat.

Was Gott in uns legte,
Die Welt hat's veracht't,
Die Einigkeit erregte
Bei Guten selbst Verdacht.

Man schalt es Verbrechen,
Man täuschte sich sehr;
Die Form kann man zerbrechen,
Die Liebe nimmermehr.

Die Form ist zerbrochen,
Von außen herein;
Doch, was man drin gerochen,
Ist eitel Dunst und Schein.

Das Band ist zerschnitten,
War Schwarz, Rot und Gold,
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiß, was er gewollt!

Das Haus mag zerfallen, —
Was hat's denn für Not? —
Der Geist lebt in uns Allen,
Und uns're Burg ist Gott!

1819. August von Binzer.



I.

Im Banne der Reaktion

1818—1832.

Die patriotischen Hoffnungen, welche man an die glorreiche Niederwerfung der französischen Gewaltherrschaft 1813 geknüpft hatte, gingen nicht in Erfüllung; — die von Ernst Moritz Arndt, „Turnvater" Jahn, Görres und andere durch Wort und Schrift angestrebte Neugestaltung Deutschlands zerschellte nur zu bald an der durch den Wiener Kongreß mit Erfolg in Szene gesetzten Reaktionsbestrebungen und an dem Rußland und Österreich in so schändlicher, demütigender Weise eingeräumten Einflusse auf die deutschen Verhältnisse.

Diese schmerzliche Erfahrung erregte in den Herzen aller wahren Vaterlandsfreunde eine tiefgreifende Verstimmung, die fortgesetzt den Fürsten und Regierungen in's Gedächtnis rief, welche Hoffnungen sie in den Tagen der Gefahr und Not bei ihren Völkern erweckt hatten.

Das berechtigte Streben der deutschen Völker nach einer festen Einheit des Gesamtvaterlandes und nach zeitgemäßen Einrichtungen in den Einzelstaaten war in der erbärmlichsten Weise mißachtet und bekämpft worden und damit alles politische Leben in Deutschland so gut wie erstorben. Die strengsten Maßregeln eines gewalttätigen Absolutismus suchten das Freiheitsgefühl zu unterdrücken und die mutigen Führer einer liberalen, wahrhaft patriotischen Richtung durch die härtesten Strafen mundtot zu machen. Aber nichtsdestoweniger wirkte ihr freiheitlicher Ideen-

gang auf die Masse des Volkes, so daß sich in aller Stille bald da, bald dort eine revolutionäre Bewegung bemerkbar machte, die leider in ihrer Ohnmacht kein anderes Ergebnis zeitigte, als der Reaktion in die Hände gearbeitet und sie zu strengerer Strafe veranlaßt zu haben. Dabei die traurige Wahrnehmung, daß dennoch die Masse des Volks, besonders in den weniger gebildeten Schichten, gänzlich politisch unreif und gleichgültig war, und daß so die fortschrittlichen Bestrebungen durch einen wahrhaft strafbaren Indifferentismus erschwert wurden! Man war ja allgemein enttäuscht und entmutigt durch die trostlose Wendung, welche die erwartete Neugestaltung Deutschlands beim Wiener Kongreß und in seiner daran anknüpfenden ganzen weiteren Entwicklung genommen hatte.

Die studierende Jugend aber hielt hervorragend am längsten und fortgesetzt an jenen schönen Hoffnungen fest und schürte die Flamme politischer Begeisterung noch, als sie allerwärts schon längst durch den Druck der Zeitverhältnisse am Verschwinden war. Sie war 1813 voll Begeisterung zu den Fahnen geeilt, um das Vaterland frei, stark, angesehen zu machen, sie blieb ihren Idealen auch nach Niederwerfung der Napoleonischen Herrschaft und selbst nach und während den bitteren Erfahrungen politischer Ohnmacht getreu und hielt fest an den Grundgedanken für Freiheit, Ehre und Größe des Vaterlandes.

Da waren es besonders Ernst Moritz Arndt und der „Turnvater" Jahn, welche diese Ideen bei der Jugend noch besonders und am nachhaltigsten belebten. So entstand zunächst schon unter ihrem Einflusse am 12. Juni 1815 die „Burschenschaft", welche die gesamte deutsche Studentenschaft zu einer einzigen ungeteilten Körperschaft vereinigen sollte.

Die Siege bei Leipzig und Waterloo wurden von ihr schon im folgenden Jahre an vielen Orten Deutschlands, aber unter dem Mißfallen der Regierungen, in oft recht demonstrativem Hervortreten gefeiert, und das ganz besonders durch das zur dreihundertjährigen Jubelfeier der Reformation angeregte „Wartburgfest" von 1818 sollte erst recht den Ärger der schon wachsenden Reaktion erwecken. Dasselbe war durch eine Auf-

forderung der Burschenschaft zu Jena an die Studenten aller deutschen Hochschulen veranlaßt und von dem Großherzog Karl August von Sachsen-Weimar in jeder Weise gefördert worden. Nahezu 500 Studenten, Professoren und viele einstmalige akademische Bürger hatten sich zur Beteiligung eingefunden.

Die Festrede auf die Jubelfeier der Reformation hielt im Rittersaale der Jenenser Student der Theologie und ehemalige Lützower Jäger Riemann aus Ratzeburg.

Wenngleich in dem Programm des Wartburgfestes das möglichste Fernhalten aller politischen Anspielungen vorgesehen war, so konnte doch nicht verhütet werden, daß derartige Aussprüche geschahen. Schon die Trinksprüche, welche neben den fröhlichen Gesängen bei dieser Gelegenheit von den Festordnern ausgebracht wurden, erinnerten die Festteilnehmer an die großartige Freiheitsbewegung und Hoffnungen der Jahre 1813 und 1814. So lauteten „offizielle" Trinksprüche: „Dem Kleinod des Lebens, der deutschen Freiheit", „Dem Manne Gottes Dr. Martin Luther", „Dem edlen Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, dem Schirmherrn des Tages", „Den Siegern bei Leipzig", „Den für's Vaterland Gefallenen Schill, Körner u. a.", „Allen deutschen Hochschulen und ihren Burschen", „Den Horten des deutschen Lebens Arndt, Fries, Jahn", „Den Freiwilligen von 1813, Euch deutschen Burschen zum Vorbild."

Das Fest hatte einen erhebenden und allseits befriedigenden Verlauf genommen, als der gute Eindruck desselben, ohne Wissen des Festausschusses, durch eine Unbedachtsamkeit gestört wurde. Einige Burschenschaftler hatten nämlich am Abend auf dem der Wartburg gegenüberliegenden Wartberge, wohin sich der Festzug unter Feuerwerk begeben hatte, ein großes Feuer angezündet und in demselben, gleichsam wie einst Luther die päpstliche Bulle und etliche Schriften der Finsterlinge vor seinen Studenten und vielem Volk in's Feuer warf, die Schriften von Kotzebue, Kamptz, Haller, Schmelz u. a., welche mit der allgemeinen Volksstimmung im Widerspruch standen, verbrannt und hierbei „aufrührerische" Reden gehalten, was der Reaktion, insbesondere der russisch-österreichischen Politik, einen erwünschten

Vorwand bot, mit den schärfsten Maßregeln gegen alle freiheitlichen Bestrebungen in Deutschland und den Universitäten vorzugehen.

Alsbald wurden auf Betreiben des Fürsten Metternich alle deutschen Hochschulen durch Bundesbeschluß unter polizeiliche Aufsicht gestellt und die Teilnahme an der Burschenschaft als strafbar untersagt.

Mehr noch als das „Wartburgfest", aber mit demselben in unverkennbarem Zusammenhange, war die am 23. März 1819 in Mannheim erfolgte Ermordung des im Solde des russischen Absolutismus stehenden Kotzebue durch den Erlanger Studenten und Jenaer Burschenschafter Karl Ludwig Sand, ein schwärmerischer junger Mann von kaum 20 Jahren, der seine tollkühne Tat am 20. Mai 1820 auf dem Schaffott büßte, Veranlassung zu weiteren Einschränkungen.

Bei der Nachricht von der Ermordung Kotzebue's soll der liberal denkende preußische Minister Hardenberg ausgerufen haben: „Nun ist es mit allen Verfassungshoffnungen aus!" — und Fürst Metternich schrieb damals seinem charakterlosen Gehilfen Gentz:*) „Es muß meine Sorge sein, der Sache die beste Folge zu geben und die möglichste Partie daraus zu ziehen"; —

*) Gentz, Friedr. von, Publizist, geb. am 2. Mai 1764 zu Breslau, studierte die Rechte in Frankfurt und Königsberg; wurde 1793 preußischer Kriegsrat, huldigte anfänglich den Bestrebungen der französischen Revolution, war aber bald durch deren terroristischen Überschreitungen ernüchtert, und diente dann konservativen Grundsätzen, welche ihn aber nicht abhielten, 1797 an den König von Preußen, Friedrich Wilhelm III., ein glänzendes Sendschreiben zu richten, in welchem er dem neuen Könige eine liberale und nationale Gesinnung empfahl, die Gewährung von Preßfreiheit verlangte und insbesondere eine Einigung Deutschlands unter den beiden Hauptmächten — Preußen und Österreich — in Form einer Diktatur forderte. — Im Jahr 1802 vertauschte er den preußischen Staatsdienst mit dem österreichischen, und charakterlos, wie er war, stellte er sich alsbald schon in den Dienst des Fürsten Metternich, dessen gefügiges Werkzeug er wurde. Wie er in früheren Jahren für die Ideen und Ideale der Patrioten schwärmte, hatte er jetzt kein Verständnis für die liberalen Bestrebungen der Nation; und die meisten offiziellen Aktenstücke der Reaktionszeit rühren von ihm her. Er starb am 9. Juni 1832 in Weinhaus bei Wien.

aber der damals noch liberale Görres bezeichnete Sand's Tat bei „Mißbilligung" derselben als „überwiegendes Verdikt der öffentlichen Meinung", „die Billigung der Motive".

Aber der käufliche einflußreiche Gentz, der getreue Adjutant Metternichs, welcher bis dahin in dessen Politik nur der Macht des weltlichen Absolutismus huldigte, war nunmehr der Ansicht, daß, „wenn nicht eine unwandelbare Kirche der Vernunft Schweigen gebiete, eine Rebellion auch im Staate unausbleiblich sei." Damals schrieb dieser Gentz, Protestant, im Kampfe gegen den Liberalismus, an seinen Freund Adam Müller: „Das erste Unglück war der Protestantismus und seine Anerkennung neben der wahren (!) Kirche. Dadurch ward eine Auflösung der moralischen, religiösen, politischen Weltordnung angebahnt. Alles Spätere war nur die natürliche Entwickelung dieses ersten unermeßlichen Frevels (!!). Jeder Feudalismus soll mir recht sein, wenn er uns von der Herrschaft des Pöbels, der Studenten und besonders der Zeitungsschreiber befreit!"

Und von diesem Gentz hatte der Patriot Stein gewiß nicht mit Unrecht gesagt, daß er „ein Mensch von vertrocknetem Gehirn und verfaultem Herzen" sei.

Bald schon sollte eine zweite Mordtat, das Attentat des Apothekers Löning auf den nassauischen Regierungspräsidenten Ibell, am 1. Juli 1819, die Gemüter erregen und die Aufmerksamkeit der absolutistischen Regierungen auf sich ziehen.

Wohl durch diese Tat und weitere politische Ereignisse angeregt, hatte noch in dem gleichen Monat König Friedrich Wilhelm III. von Preußen den österreichischen Minister Fürst Metternich zu einer persönlichen Zusammenkunft nach Teplitz eingeladen. Am 29. Juli 1819 fand auch diese statt und führte zu den sogenannten „Teplitzer Publikationen", welche erst in späteren Konferenzen zu Karlsbad (August und Anfangs September), zum Beschlusse erhoben werden sollten. Nicht alle deutschen Regierungen hatte man nach Karlsbad eingeladen, und nur solche, deren Zustimmung und Gefügigkeit man voraussetzen konnte. — Das Hauptergebnis dieser „Karlsbader Konferenzen", in welchen in 23 Sitzungen der Metternich'sche

Einfluß und Wille maßgebend gewesen, waren: Niedersetzung einer „Zentraluntersuchungskommission", Einführung einer „provisorischen Bundesexekutionsordnung", die Disziplin und geheime Verbindungen der Studierenden künftighin durch besondere Kuratoren und Regierungsbevollmächtigte einer genaueren Aufsicht zu unterziehen und, sogar im Widerspruch mit der Bundesakte, durch Einführung strengster Zensur die Presse in Zucht und Ordnung zu halten.

Am 16. September 1819 wurden die Ergebnisse der Karlsbader Beratungen dem Bundestage in Frankfurt a. M. vorgelegt. Schon vier Tage später -- am 20. September — wurden jene Abmachungen, durch Einschüchterung der zum Teil nicht instruierten Bundesgesandten, vom Bundesrate einstimmig angenommen, wenn auch bei vielfachem Vorbehalte der abstimmenden Gesandten.

Das Bekanntwerden dieser Karlsbader Beschlüsse erweckte im deutschen Volke eine geradezu allgemeine Entrüstung. Sie wurden für die deutsche Entwicklung verhängnisvoll, denn sie zerstörten alle patriotischen Hoffnungen und überlieferten die Presse, die Universitäten, jedes freiheitliche Streben einer Politik der strengsten Überwachung und inquisitorischen Handhabung. Sie erzeugten jene Gärung im Volke, welche sich fortgesetzt durch Ausschreitungen bemerkbar machte und erst nach Jahren, mit dem Sturze des Bundestags, einigermaßen zur Ruhe kommen sollte.

Die Karlsbadener Beschlüsse sollten in „Ministerialkonferenzen", welche durch Metternich nach Wien berufen und am 25. November 1819 eröffnet wurden, weiter ausgebaut, und namentlich die Verhältnisse der einzelnen Bundesstaaten zu einander und zum Bunde selbst einer endgültigen Beschlußfassung unterzogen werden.

In Süddeutschland hatten sich zur Zeit bedrohliche Bewegungen gezeigt, welche sich im Anschluß an die Karlsbadener Beschlüsse als rein partikularistische Erhebung, wohl auch unter russischem Einflusse zeigten. — Die Ulmer Garnison hatte an den König von Württemberg eine Adresse gerichtet, worin der Fürst zum Widerstand gegen die „fremden Mächte" (!), Österreich und Preußen, aufgefordert wurde. Unter

diesem Eindrucke war das Ergebnis der Wiener Konferenzen nicht ganz den Metternich'schen Plänen entsprechend, war hauptsächlich eine Erläuterung und genauere Festsetzung der einzelnen Paragraphen der Bundesverfassung geworden, die als „Wiener Schlußakte“ ihre historische Existenz und traurige Berühmtheit erlangt hat und den Bundestag in seiner ganzen Erbärmlichkeit zum „Polizeimeister“ für ganz Deutschland machte. Die betreffenden Artikel 57 und 58 der Wiener Schlußakte*) bezeichnete daher Gentz nicht ohne Grund „als mehr wert als die Schlacht bei Waterloo“; — während Herr von der Marwitz sehr bezeichnend erklärte: „das preußische Gendarmerie-Edikt (eine Karlsbader Frucht!) sei für Preußen ein größeres Unglück gewesen als die Niederlage von Jena und Auerstädt.“

Die vom Bundesrate auf Grund der Karlsbadener Beschlüsse angeordnete „Zentraluntersuchungskommission“, deren Sitz nach Mainz verlegt wurde, sollte „Tatbestand, Ursprung und Verzweigungen aller gegen die bestehende Verfassung und innere Ruhe des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichteten revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen untersuchen und feststellen.“

Und diese „Zentraluntersuchungskommission“, welche am 8. November 1819 zusammengetreten und am 12. November ihre Konstituierung dem Bundestage angezeigt hatte, waltete ihres unheimlichen Amtes mit beispielloser Strenge. Häßliche Giftpflanzen des Denunziantentums und der Spioniererei wucherten unter ihrem Schutze, so daß die allgemeine Sicherheit derart gefährdet war, daß damals sogar mehrfach Auswanderungen lediglich nur infolge dessen stattfanden.

Anfang 1820 fand in dem damals noch französischen Straßburg eine Versammlung deutscher Studenten statt, und schon am 9. Februar desselben Jahres war der Bundestag in Frankfurt a. M. im Besitze eines vollständigen

*) Nach Artikel 57 „mußte die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben.“ Nach Artikel 58 durften die im Bunde vereinigten souveränen Fürsten durch keine landständische Verfassung in ihren Bundespflichten gehindert oder beschränkt werden.“

Verzeichnisses aller Mitglieder dieser Versammlung, welche als „der Teilnahme an einer geheimen Verbindung verdächtig" der Mainzer Zentraluntersuchungskommission denunziert worden waren, welche dann mit aller Strenge gegen die „Übeltäter" vorging. Diese Mainzer Zentraluntersuchungskommission wußte ihr inquisitorisches Treiben in ein undurchdringliches Geheimnis zu hüllen, so daß selbst der Bundestag nichts von ihrem Tun erfuhr. Im ganzen waren es 117 Personen, welche vor Gericht gestellt, wovon 44 freigesprochen, 73 zu längerer oder kürzerer Festungshaft verurteilt wurden.

Fast zehn Jahre lang konnte diese Kommission ihr lichtscheues Werk treiben, das sich durch eine Menge Verhaftungen, langes Schmachten in Untersuchungshaft, endliche schwere Strafurteile bemerkbar machte und den Fluch einer geknechteten Nation auf sich lud.

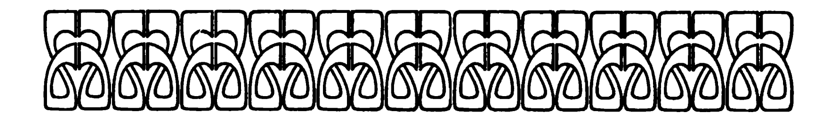
Das war nach dem Herzen des Bundesrats, dessen Ausschuß sich gelegentlich dahin aussprach, „daß diese Mainzer Kommission ihre Aufgabe nach Kräften gelöst und damit ihre Einsetzung gerechtfertigt habe, wenn auch vielleicht darüber Meinungsverschiedenheit herrschen könne, ob in allen den von ihr zur Untersuchung gezogenen Fällen ein demagogischer oder revolutionärer Charakter zu erkennen sei" (!).

Der Metternich'sche Einfluß machte sich in der Folge immer noch mehr, namentlich auch in den einzelnen kleineren deutschen Staaten geltend, welche zum Teil bereits schon zu einer landständischen Verfassung gekommen waren; — aber der Grundgedanke: „daß alle freien Wünsche, alle reinen Gefühle, alle sich selbst überlassenen Bestrebungen der deutschen Völker ihren Regenten zugewendet zu sein hätten, und daß alle gegenteiligen Erscheinungen nur das unreine (!) Werk frevelnder Demagogen wären", blieb als Richtschnur des geheuchelten monarchischen Prinzips, wie es die Reaktion weiter auszubilden suchte. Der Bundestag selbst war zu einer willenlosen Marionette des österreichischen Kabinetts herabgesunken und ganz im Schlepptau der russisch-metternich'schen Politik.

Da sollte die französische Julirevolution 1830 eine liberalere Bewegung in Deutschland entfachen und namentlich bei

den kleineren deutschen Regierungen zu Konzessionen führen, während die Großmächte durch die gleichzeitigen freiheitlichen Erhebungen in Polen und Belgien und die Wirren in Portugal und Italien in Anspruch genommen waren. Gesetze in liberalem Sinne, im einzelnen sogar Freigabe der Presse, waren die Folgen der von Frankreich kommenden demokratischen Anschauungen. Diese wieder in reaktionäre Bahnen zu lenken, war das Streben der Metternich'schen Politik, welche alsbald schon in dem Verlaufe des Hambacher Festes auf's neue eine Handhabe fand, beim Bundestage auf energischeres Einschreiten zu dringen und die gemachten Konzessionen durch Bundesmaßregeln wieder aufzuheben. Damals erschienen auch die ersten Bände von Börne's „Briefen aus Paris", welche trotz der in Preußen und Österreich alsbald erfolgten Verbote, dennoch in allen Teilen Deutschlands verbreitet und voll Begeisterung gelesen wurden. Darin wurden die traurigen politischen und sozialen Verhältnisse des Vaterlandes mit einer Schärfe gegeißelt, wie nie zuvor. Gutzkow nannte es das „wilde Buch", das „so viel Spektakel in Deutschland, wie kaum je ein anderes gemacht hätte." Da war von der „Eulen-Natur seiner Fürsten und ihrer Ratgeber", von der „tollgewordenen Bundesversammlung, dem Hauptquartier der Dummheit", von „Deutschlands Adelsstolz, Bürgerdemut, Bauernnot", auf das Rücksichtsloseste gesprochen. Börne ergoß die Lauge seines Spottes über den „Lakaien-Charakter der Deutschen", der „treuen Gimpel", der „Lampenputzer im Welttheater." In Börne's Augen war die sächsische Regierung gebrechlicher als „Meißner Porzellan." Selbst die vielgerühmte kurhessische erschien ihm nur als die „unverschämteste Prellerei", und er suchte seine Landsleute durch die Lehre aufzustacheln: „Ein Volk, das die Freiheit haben will, muß sie rauben! Dem Geduldigen gibt man nichts, dem Drohenden wenig, dem Gewalttätigen alles."





II.

Das Hambacher Fest

vom 27.—31. Mai 1832.

Aber die revolutionären Zuckungen wollten nicht zur Ruhe kommen. Das großartige Volksfest, welches auf Pfingsten — den 27. Mai 1832 — auf der Hambacher Ruine bei Neustadt a. H. stattfand, war ein Ausdruck, ein Protest gegen die reaktionäre Strömung der Regierungen.

Einladungen dazu waren von dem auf der Haardt wohnenden Schriftsteller Dr. Siebenpfeiffer und einer Anzahl von Bürgern Neustadts verbreitet worden; auch von dem bekannten Geschichtsschreiber Dr. J. G. A. Wirth*) war ein „Aufruf an die

*) Wirth, Joh. Georg August, politischer Schriftsteller und hervorragender Führer und unermüdlicher Agitator für die Sache der Freiheit und Einheit des deutschen Volks, geb. am 20. November 1798 zu Hof in Bayern, studierte in Erlangen die Rechte, ging 1831 nach München, wo ihm Cotta die Herausgabe der Zeitschrift „Das Inland“ übertrug. Seine liberale Gesinnung brachte ihn bald in Konflikt mit der Regierung. Im Jahr 1848 wurde er in die Nationalversammlung nach Frankfurt a. M. gewählt, wo er schon am 26. Juli desselben Jahres starb. Mitglieder der Nationalversammlung und Gesinnungsgenossen haben den wackeren Patrioten zum Grabe geleitet und auch ich, stets ein leidenschaftlicher Verehrer und eifriger Leser seiner vorzüglichen „Deutschen Geschichte“, befand mich damals unter den vielen Tausenden, welche dem in seinen besten Jahren Dahingeschiedenen das Ehrengeleit gaben. Sein Grab befindet sich nicht weit vom Eingange des Frankfurter Friedhofs, nahe des mittleren Weges; ein Granitblock deckt das Grab: An der Vorderseite steht der Name „J. G. A. Wirth.“ An der rechten Seite des Steines: „Deutsches Parlament 1848.“ — Links des Steines:

Volksfreunde in Deutschland" zum Besuch des Hambacher Festes erschienen und in allen deutschen Gauen verbreitet worden. Außerdem standen noch Männer, wie die Advokaten Schüler und Geib, Dr. Große, Dr. Pistor, Pfarrer Hochdörfer, Buchdrucker Rost aus Zweibrücken und andere an der Spitze der Bewegung.

Nahezu 30,000 Menschen fanden sich, der Einladung folgend, auf dem romantisch gelegenen Bergkegel zusammen, darunter auch Polen und Franzosen, so daß man das erhebende Fest nicht wohl, wie angekündigt, als ein „Deutsches National-fest" bezeichnen konnte; auch wehten neben den schwarz-rot-goldenen Fahnen die Banner von Polen und Frankreich, so daß sich auch äußerlich ein internationaler Charakter dokumentierte.

Die kgl. Kreisregierung hatte zwar unterm 8. Mai 1832 das beabsichtigte Fest als „gefahrdrohende Zusammenrottung" verboten, jedoch, als die Veranlasser des Festes sich persönlich für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung verbürgten, die Abhaltung desselben wieder gestattet.

Am Vorabend des Festes wurde dasselbe durch ein auf dem Vorderteile der Schloßruine hochloderndes Feuer und durch Böllerschüsse weithin verkündet.

Schon am frühesten Morgen des 27. Mai strömten Volksmassen nach dem Hambacher Schlosse, wo Buden, Garküchen, Schenken, Reitschulen und Volksbelustigungen aller Art errichtet waren, die ununterbrochen zahlreichen Zuspruch fanden. Trommeln und Geigen, Harfen und Drehorgeln begleiteten die weithin schallenden Polenlieder und sonstigen Freiheitsgesänge, die zum Teil speziell zu diesem Feste gedichtet und in Musik gesetzt waren.

Der ungeheure Festzug, darunter der Landrat des Rheinkreises, bewegte sich unter Vortritt der Bürgergarde und unter dem Wehen der deutschen schwarz-rot-goldenen Fahne und jenen von Neustadt, Speyer, Landau, Kaiserslautern, Dürkheim 2c. 2c.

„Hambacher Fest 1832." — Ehre seinem Andenken! — Er war einer der eifrigsten, der überzeugungstreuesten und charakterfestesten Patrioten in den Zeiten schmählichster Reaktion, hat darum Kerkerqualen und Verbannung für die Rechte des Volkes erlitten, und verdient, wie der Besten Einer, daß ein dauerndes, dankbares Andenken für ihn im deutschen Volke fortlebt.



von Neustadt her nach dem Hambacher Schlosse, wo er unter Kanonendonner und unter Zujauchzen der tausendköpfigen Menge empfangen wurde. Es war ein schöner und zugleich ernster Tag, als dreißigtausend Deutsche nur von Einem Gedanken beseelt, nur von Einer tiefen Überzeugung durchdrungen waren, von der Überzeugung: „Das deutsche Vaterland müsse von Schimpf und Elend endlich einmal zu Ruhm und Glück auferstehen, Deutschland müsse wiedergeboren werden."

Aus allen Teilen Deutschlands waren Männer der freiheitlichen Bestrebungen erschienen, wie auch das spätere Mitglied der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M., Jakob Venedey, und aus Paris Börne. Wo sich dieser blicken ließ, wurde er der Gegenstand begeisterter Huldigungen.

Nachdem der Neustadter Arzt Dr. Hepp die Versammlung in kernigen Worten bewillkommnet hatte, begann Dr. Siebenpfeiffer zunächst in einer feurigen Rede Zweck und Bedeutung des Festes zu entwickeln. Vaterland! — Freiheit — ein freies, deutsches Vaterland, das sei der Sinn des Hambacher Festes — Worte, der Donnerschall durch alle deutschen Gemarkungen dringe, „den Verrätern der deutschen Nationalsache die Knochen erschütternd, die Patrioten aber anfeuernd und stählend zur Ausdauer im heiligen Kampfe." — Es werde der Tag des edelsten Siegstolzes kommen, wo der Deutsche vom Alpengebirg und der Nordsee, vom Rhein, der Donau und Elbe, den Bruder im Bruder umarme, wo die Zollstöcke und Schlagbäume, wo alle Hoheitszeichen der Trennung und Hemmung und Bedrückung verschwinden würden, samt den „Konstitutiönchen", die „man etlichen mürrischen Kindern der großen Familie als Spielzeug verliehen habe", der Tag, „an welchem die Fürsten die bunten Hermeline feudalistischer Gottstatthalterschaft mit der männlichen Toga deutscher Nationalwürde vertauschen müßten, . . . wo ein gemeinsames deutsches Vaterland sich erheben werde, das alle Söhne als Bürger begrüße. Das deutsche Volk werde, wenn die Fürsten nicht ihren Wolkenthron verlassen und Bürger würden, in einem Momente erhabener Begeisterung das Werk allein vollenden." Dr. Siebenpfeiffer schloß seine mit stürmischem Bei-

fall aufgenommene Rede mit den Worten: „Es lebe das freie, das einige Deutschland! Vaterland, Volkshoheit, Völkerbund hoch!"

Hierauf betrat Dr. Wirth, von der Menge stürmisch begrüßt, die Rednertribüne und schleuderte in längerer Rede die schärfsten Pfeile gegen die deutschen Fürsten und deren Ratgeber. Für die Mehrzahl seiner Bewohner sei Deutschland der Aufenthalt des Hungers, des Jammers und des Elendes; beraubt durch verräterische Aristokraten-Familien sei es aus der Liste der europäischen Mächte gestrichen und der Verspottung des Auslandes preisgegeben; die Ursache dieser namenlosen Leiden liege einzig und allein darin, daß Österreich und Preußen den Kern der absoluten Macht bildeten, während gerade umgekehrt das Glück von ganz Europa begründet wäre, wenn die öffentlichen Angelegenheiten nach dem Willen des Volkes geleitet und die deutsche Volkshoheit in ihr gutes Recht eingesetzt würde. Es müsse das große Werk gelingen, „die verräterische Gewalt werde vor der Weihe der Vaterlandsliebe und der Allmacht der öffentlichen Meinung in den Staub sinken, Deutschland werde den Frieden und die Freiheit sehen, es werde zur herrlichsten Macht und Größe emporblühen."

Entgegen der Auffassung seines Vorredners von einem „Völkerbund" betonte Wirth, ein friedliches Verhältnis zu Frankreich sei auch sein Wunsch, „aber die Franzosen wollen keine Reform Deutschlands, oder doch nur um den Preis des linken Rheinufers. Auch die liberale Propaganda in Frankreich wolle nur um diesen Preis die Bestrebungen des Freiheitsbundes in Deutschland unterstützen. Daß wir unsererseits mit einer Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich selbst die Freiheit nicht erkaufen wollten, daß vielmehr bei jedem Versuche Frankreichs, auch nur eine Scholle deutschen Bodens zu erobern, auf der Stelle alle Opposition im Innern schweigen und ganz Deutschland sich gegen Frankreich erheben würde und müßte, daß die dann zu erhoffende Wiederbefreiung unseres deutschen Vaterlandes umgekehrt die Wiedervereinigung von Elsaß und Lothringen mit Deutschland wahrscheinlich zur Folge haben würde — über alles

dieses könne unter Deutschen nur eine Stimme herrschen.“ Am Schlusse seiner Rede bringt Wirth den vereinigten Freistaaten Deutschlands, dem konföderierten republikanischen Europa ein dreifaches Hoch aus.

Nach Wirth sprach ein Franzose, der seine Landsleute gegen den Vorwurf der Eroberungssucht verteidigte, aber doch an die „siegreiche französische Armee“ erinnerte, die „an den Ufern des Arno, des Rhein und des Nil“ gelagert sei.

Die Befreiung Polens war ein Hauptthema des Hambacher Festes. Dr. Wirth verstieg sich sogar zu der Behauptung: „daß ohne Polens Freiheit keine deutsche Freiheit! — ohne Polens Freiheit kein dauernder Frieden, kein Heil für alle anderen europäischen Völker“ möglich sei. Hierin aber irrte sich Wirth ganz gewaltig!

Wie sehr geneigt aber die damalige Zeit überhaupt der polnischen Sache war, und zu welchen gehaltlosen Irrungen sie sich verleiten ließ, zeigte die fast lächerliche Behauptung eines Redners: „Polens Befreiung müsse von den Ruinen Hambachs ausgehen.“

Auch zwei Polen ergriffen das Wort. Franz Grzymala, ein „edler Pole“, wie Dr. Wirth ihn vorstellte, der „über den Zustand Europas und das grausame Unterdrückungssystem der Könige mit ergreifender Wahrheit sprach“ und zu dem Schlusse kommt: „daß kein Volk reifer sei, die freieste Verfassung dauerhaft bei sich zu begründen, als das deutsche Volk. Deutschland müsse für sich und die anderen Völker die Freiheit erkämpfen.“

Dieses damals doch wahrlich nicht zutreffende Phantasiebild griff Christian Scharpff, Kandidat der Philologie aus Homburg, der tapfere Mitarbeiter an der demokratischen „Deutschen Tribüne“, auf, und begann seine feurige Rede: „Unser Vaterland sei in Schmach und politischer Ohnmacht versunken; es habe die Schmach von sich geworfen, es sei aus dem unwürdigen Schlafe erwacht, die Blicke Europas seien wieder auf Deutschland gerichtet. So lange noch irgend ein Schein für die Möglichkeit absoluter Herrschaft vorhanden sei, müsse die aufstrebende Freiheit der Völker im engen Zwinger veralteter Staats-

formen gefesselt bleiben; die Anerkennung des Rechts und der Vernunft werde bis zur letzten dringendsten Stunde verschoben, indes Elend, Verarmung und Unterdrückung von Millionen der morschen Herrschaft zur Stütze dienten. Glücklich sei der Fürst zu preisen, wenn der morsche Bau bis zu seinem Lebensende gehalten habe. Er könne sich sagen, daß er das Maß seiner Sünden in Ruhe habe häufen können, denn er habe ruhig in der sturmbewegten Zeit sein Volk und sein Land regiert, so daß er sich wohlgefällig von feigen Höflingen habe beklatschen lassen können." — „Auch der beste Fürst ist ein Hochverräter", — „weg mit Konstitutionen", — „der Volkswille herrsche." In diesem schneidigen Tone floß der Strom der Rede fort, bis zu deren Ende: „Es lebe Deutschland, das einige, freie, starke Deutschland lebe hoch!"

Eine Rede ganz im gleichen Geiste, fast mit denselben Schlagworten, habe ich sechszehn Jahre später bei einer großen Volksversammlung auf Kranigstein bei Darmstadt von Ludwig **Bamberger**, damaligen Redakteur der „Mainzer Zeitung" und späterem bedeutendem Parlamentarier, gehört. Es war eben das alte Lied, das alle Patrioten bis zu den siebziger Jahren anstimmten.

Ein anderer Pole, **Oranski**, brachte dem Erwachen der mutigen Tatkraft der Völker ein Lebehoch! — „Dem heiligen Bunde der Völker ein Lebehoch!"

Dr. Wirth versichert in seiner Beschreibung des „Nationalfestes der Deutschen zu Hambach", daß Jubel und Heiterkeit, gepaart mit tiefen patriotischen Gefühlen, die große Versammlung belebt habe; in einzelnen Gruppen hätten belehrende Unterhaltungen stattgefunden, aber dichter hätten sich die Zuhörer gedrängt, wenn von der Tribüne oder andern zweckmäßigen Punkten öffentlich gesprochen worden sei.

Unter den vielen Rednern machten sich noch besonders bemerkbar: **Barth** aus Rheinbayern, der seine Pfeile gegen die „verruchten Waffen des Despotismus und des blinden Aberglaubens" richtete.

Brüggemann aus Westfalen, der mit anderen Burschenschaftern aus Heidelberg herübergekommen war, bewegte sich

mehr auf dem Boden geschichtlicher Tatsachen, griff Wirth's Warnung auf und forderte sogar Elsaß-Lothringen von Frankreich zurück. Er schloß: „Das folgende Geschlecht sei der Erbe des vorigen, und was wir Gutes pflanzten, das werde noch lange fortdauern zum Heile unserer Kinder und Enkel!"

Deidesheimer, Bürger aus Neustadt a. d. H., beschäftigte sich in seiner Rede mit den „Pfaffen", die stets nur zum Unheil der Völker gewirtschaftet, den „Despotismus der Fürsten genährt hätten."

Bürstenmacher Becker aus Frankenthal verbreitete sich über: Volksbelehrung, gegenseitige Aufklärung, Ermunterung zur Einigkeit, diese seien die Aufgaben der Zeitgenossen, um das Wohl des deutschen Volkes zu fördern. „Sind wir bewaffnet, so werden die Regierungen nicht mehr so keck sein, gesetzwidrige Verfügungen zu erlassen. Dann können die Regierungen nicht mehr gehen, so weit sie wollen, und nicht mehr aus uns machen, was sie wollen. Unser Losungswort sei: Das Beste hoffend, auf's Schlimmste gefaßt zu sein. Es stehe Einer für Alle und Alle für Einen im heiligen Kampfe!"

Eduard Müller aus Mainz warnt vor der vielfach gesuchten Freundschaft mit Frankreich und hebt hervor: „Ohne Franzosenfeind zu sein, warne ich nur vor unklugem Zutrauen zu unsern Nachbarn, und von entehrendem Mißtrauen in unsere eigene Kraft, in die Kraft unseres eigenen Volkes!"

Gewaltigen Eindruck machten auch die größeren Reden von Widmann aus Mainz und Stromeyer, welche an die Schmach und Demütigung der Völker erinnerten und sich auf's eingehendste über die Wirkungen und Hoffnungen des Hambacher Festes verbreiteten.

So sehr aber auch alle Redner sich als echtdeutsche Patrioten hervortaten, der Einfluß der zahlreich anwesenden Polen und Franzosen gab dem schönen Feste doch mehr einen internationalen, wenn nicht vorwiegend einen polnischen Charakter. Die Polen hatten sogar eine Adresse „an die deutschen Patrioten, die das Volksfest auf dem Schloß Hambach feierten", gerichtet, welche verlesen wurde und die Versammlung ermunterte, für die Sache der unglücklichen Polen Partei zu nehmen.

Erst am späten Abend des 27. Mai löste sich die Versammlung auf. Ein großer Teil der Festteilnehmer kehrte nach Neustadt a. d. Haardt zurück, wo die Festlichkeiten des Tages mit mehreren Bällen beendigt wurden.

Die meisten auswärtigen Festteilnehmer hatten Neustadt zwar am 28. Mai früh wieder verlassen, allein das Fest dauerte doch noch bis zum 1. Juni fort, und es waren vom 28. bis 31. Mai täglich wieder viele Tausende auf dem Schlosse Hambach versammelt. Auch an diesen Tagen wurden wieder viele patriotische Reden gehalten, Flugschriften und Festgedichte verteilt.

Ein Festteilnehmer schilderte den Eindruck, welchen diese Versammlungen auf ihn gemacht, wie folgt: „Es ist eine große historische Merkwürdigkeit, daß während aller dieser Festtage, bei einer Versammlung von so vielen Tausenden, auch nicht der kleinste Zwist, nicht die geringste Unordnung vorfiel. So sehr war das Volk von der Würde und Heiligkeit des großen Nationalfestes ergriffen und durchdrungen, so sehr bewährte es seine Mündigkeit für politische Einheit und Volkshoheit.“

Das war im Mai 1832! — Welchen Verlauf nehmen dagegen heutzutage meistens unsere Volksversammlungen! — Die obigen Worte würde man leider nicht sehr oft auf sie anwenden können!

Am 1. Juni wurde dann endlich das Fest geschlossen, indem die Festredner in Begleitung der Neustadter Bürgergarde und „vieler anderer“ die auf der Ruine aufgepflanzten beiden Fahnen — die deutsche und die polnische — herabgenommen und im festlichen Zuge nach Neustadt verbracht und dem Ältesten der Festordner zur Aufbewahrung übergeben hatten, wobei es dann wieder an schneidigen Reden nicht fehlte.

Das Hambacher Fest hatte eine mächtige patriotische Nachwirkung! Allenthalben in Deutschland war es ein Gegenstand lebhafter Unterhaltung und wirksamer Begeisterung geworden. „Die Hambacher Ruine hatte welthistorischen Ruf erlangt.“ Feurige Reden waren gehalten worden über die traurigen Zeitverhältnisse, und wenn auch nicht direkt zur Revolution aufgefordert, so doch ein Zündstoff angefacht, der nur zu willigen Anklang fand und

die Reaktion zu erneuter Vorsicht und strengeren Maßregeln anspornte. Man hatte nicht nur für die deutsche Einheit gesprochen, man hatte auch das vorhandene Regierungssystem verdammt, die Handlungen der Fürsten und deren Regierungen auf's allerschärfste kritisiert, — man hatte sogar die republikanische Verfassung hochgepriesen, ja, geradezu die Volkssouveränität proklamiert. Wenn man auch nicht wagen mochte, sofort zur förmlichen Empörung zu schreiten, so war doch der revolutionäre Gedanke in einer Weise angeregt und zur allgemeinen Kenntnis des deutschen Volks gekommen, auch das Vorhandensein einer republikanischen Partei in Deutschland zum erstenmal zu Tag getreten, daß sich der Bundestag schon am 28. Juni 1832 „wohlgedrungen" fühlte, die schärfsten Maßregeln gegen die „volkstümliche" Unbotmäßigkeit zu ergreifen, indem er die Preß- und Versammlungsfreiheit völlig unterdrückte und den betreffenden Regierungen aufgab, gegen die Leiter des Hambacher Festes unnachsichtig vorzugehen. Das Tragen „ungesetzlicher Abzeichen" wurde verboten; die schon 1819 und 1824 beschlossenen Maßregeln gegen Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, sowie gegen alle nichtautorisierte studentische Verbindungen, insbesondere die Burschenschaft, wurden eingeschärft.

Das bayerische Gesamtministerium war dem Bundestag schon unterm 2. Juni 1832 — also wenige Tage nach dem Hambacher Fest! — durch ein Reskript zuvorgekommen, in welchem es hieß: daß „in Reden, Liedern, Trinksprüchen und Flugschriften mit einem an Wahnsinn grenzenden Fanatismus zum Umsturze der bestehenden Landesverfassung und der jetzigen deutschen Bundesverhältnisse aufgefordert worden; die Majestät des Königs angetastet, auswärtige Regierungen geschmäht und bedroht; wie zum Hohn der bestehenden Staatsordnung die Abzeichen ungesetzlicher Verbrüderungen und die Symbole strafbarer Auflehnung öffentlich zur Schau gestellt und allenthalben vorbereitet; wie von Fremdlingen durch Teilnahme an den erwähnten Freveln das Gastrecht mißbraucht; wie endlich von den Aufwieglern, sei es aus eigner Bewegung, oder auf fremden Antrieb, auf den erwarteten Beistand der Gleichgesinnten des In-

und Auslandes hinzudeuten, keine Scheu getragen wurde" u. s. w. Gerichtliche Untersuchungen begannen; mehrere Teilnehmer des Festes wurden verhaftet — unter ihnen Dr. Wirth und Jakob Venedey*), — viele flüchteten in's Ausland, wie Dr. Pistor, Friedrich Schüler.

Feldmarschall Fürst v. Wrede erschien alsbald mit einer ansehnlichen Truppenabteilung in der Gegend des Hambacher Schlosses und hielt Ordnung; aber der Funke, der von da ausgegangen war, zündete fort und fort, und die Regierungen hatten allerwärts ihre liebe Not, das angefachte Feuer zu dämpfen.

Trotz alledem beabsichtigte man doch ein Jahr später — 1833 — eine Wiederholung der Feier, aber bayerisches Militär hatte das Hambacher Schloß besetzt, und es kam bei dieser Gelegenheit sogar zu Blutvergießen.

König Ludwig I., „der Dichter", ermahnte damals seine Pfälzer in poetischer Form, wenn er sagte:

„Teutsches Volk, das einst so fromm und bieder,
Nun ergriffen von dem Schwindelgeist,
Redlich, wie du warest, werde wieder,
Bess'res die Geschichte keines weist;
Singe deine alten, heitern Lieder,
Dann der Römer froh auf's Neue kreist.
Was die Welt hochhaltend von dir glaubte,
Solches dir der Überwitz jetzt raubte.

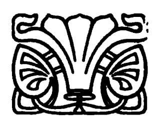
Ob der Feind auch gift'gen Samen streue,
In der großen Mehrheit immer doch
Lebt sie fort, die kindlich heil'ge Scheue,
Und die alte Liebe währet noch.

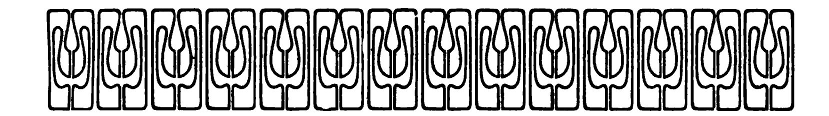
---

*) Venedey, Jakob, Politiker und Schriftsteller, geb. am 24. Januar 1805 zu Köln, studierte zu Bonn und Heidelberg die Rechte, mußte 1832 in Folge seiner 1830 erschienenen Schrift: „Das Geschworenengericht in den preußischen Rheinprovinzen" Preußen verlassen, wurde als Beteiligter am Hambacher Feste im darauffolgenden Herbste in Mannheim verhaftet, doch gelang es ihm, aus dem Gefängnis zu Frankenthal nach Frankreich zu entfliehen. — Im Vorparlament bekämpfte er Friedr. Hecker's Sonderbestrebungen, gehörte zu der Linken der Deutschen Nationalversammlung und folgte nach Stuttgart dem Rumpfparlament. — 1857 siedelte er nach Oberweiler bei Badenweiler über, wo er am 8. Februar 1871 starb.

Nicht vor Jenen, die das arge neue
Wollen, beugt euch, traget nie ihr Joch,
Teutsche Treue ist euch angestammet,
Aufruhr euch entehret; ihn verdammet!"

So geschehen im Jahre 1832! Sechszehn Jahre später sollte der König nur zu deutlich erfahren, wie die Ideen des Hambacher Festes an den Stufen seines Thrones rüttelten.





III.

Es beginnt zu tagen.

1832—1840.

Der Festausschuß des Hambacher Festes publizierte einen Bericht über den Verlauf des Festes und stellte folgende Hauptforderungen des Volkes auf:

1. Bildung patriotischer Gesellschaften in allen Teilen Deutschlands, welche durch gemeinsame Interessen verbunden, in stetem Verkehr unter einander a) „durch die Presse, durch Adressen und auf sonstigen gesetzlichen Wegen; b) für die zu erstrebende Grundreform Deutschlands" wirken sollten; sodann:

2. eine „brüderliche Verständigung mit allen Völkern über die wahren Interessen Europas" anzustreben und

3. zur „Bildung eines Fonds für Unterstützung der liberalen Presse" geeignete Schritte zu tun hätten.

Wenn schon die freien und aufreizenden Reden auf dem Hambacher Feste die Regierungen zu strengeren Maßnahmen herausforderten, so waren erst recht diese Beschlüsse des Festausschusses in ihren Folgerungen Veranlassung, gegen diese „Demagogen" mit weiteren strengen Gesetzen vorzugehen.

Die bayerische Regierung stellte auch sofort, wie bereits erwähnt, die Haupträdelsführer unter die Anklage des Hochverrats, und so begannen die strafrechtlichen Verhandlungen am 29. Juli 1833 vor dem Geschworenengericht zu Landau.

In Zweibrücken war Wirth mit noch einigen anderen Festleitern unter Mitwirkung zweier Eskadrons Kavallerie und

einer Kompagnie Infanterie gefangen gesetzt und später nach Landau transportiert worden. Die Anklagen lauteten gegen dreizehn, welche sämtlich nach mehrtägigen aufregenden Verhandlungen freigesprochen, — einige aber noch nachträglich vom Zuchtpolizeigericht zu Zweibrücken wegen Beleidigung der Behörde zu zweijähriger Haft verurteilt wurden.

Wirth's Untersuchungshaft hatte ein volles Jahr angedauert. Seine wahrhaft klassische, mehrstündige Verteidigungsrede vor den Geschworenen, welche er am 7. und 8. August hielt, machte einen gewaltigen Eindruck, namentlich als er die Opfer des Volks in den Befreiungskriegen schilderte, da waren die Geschworenen bis zu Tränen gerührt, und selbst die Richter, und der Festungskommandant, General Horn, tief ergriffen.

Ein Zeitgenosse, der ein politischer Gegner Wirth's war, schrieb an einen Freund: „Soeben komme ich aus dem Sitzungssaal. Ich hörte Wirth! Etwas der Art hatte ich nicht erwartet, nie gehört. Mit fester, männlicher Würde, mit kräftiger Entschiedenheit drückte dieser Geist seinen Willen aus, nicht zu weichen. Stärker kann man sich gegen die Fürsten nicht erklären, als er es getan hat, und doch wollte ich wetten, wenn alle gekrönten Häupter Europas zugegen gewesen wären, sie hätten ihm ihre Achtung nicht versagen, das Schuldig nicht über ihn aussprechen können!"

Alsbald sorgten Wirth's Freunde und Gesinnungsgenossen dafür, daß seine Rede in allen Teilen Deutschlands bekannt wurde, wo man sie mit dem lebhaftesten Interesse las und besprach.

Wenngleich infolge der „Karlsbader Beschlüsse" vom Bundestage am 20. September 1819 die schon 1815 von Fichte, Arndt und Jahn in's Leben gerufene Burschenschaft verboten war, so lebte doch unter den Mitgliedern, trotz der überall erfolgten Auflösung, der freiheitliche Geist mit dem Wahlspruche für „Ehre, Freiheit und Vaterland" zu wirken und zu kämpfen, noch fort. Jetzt im Geheimen, und mit innigster Gemeinsamkeit und ungeachtet gegen sie auf fast allen deutschen Universitäten die weitläufigsten Untersuchungen wegen sogenannten dema-

gogischen Umtriebe geführt und harte Strafen verhängt wurden, bildeten sich doch alsbald schon im stillen die früheren und obrigkeitlich aufgelösten Verbindungen an vielen Orten auf's neue wieder und nahmen auf mehreren Hochschulen den Charakter geheimer und politischer Verbindungen an. So waren denn die Burschenschaften aus ihren ehemaligen, lediglich studentischen, durch ideale Zwecke verbundenen Vereinen herausgetreten und zu wirklich politischen Verbindungen geworden, die mehr oder weniger einer gewissen politischen Strömung huldigten.

So kam es denn auch, daß, gereizt durch die am 28. Juni 1832 gefaßten Beschlüsse des Bundestags gegen die Presse, radikale Mitglieder der Heidelberger Burschenschaft unter Mitwirkung der polnischen revolutionären Kreise jenen tollkühnen, sogenannten „Frankfurter Putsch" (nach den Akten „Frankfurter Attentat" benannt) veranlaßten, welchen man mehr noch als die Tat des Sand wahnwitzig und verbrecherisch bezeichnen mußte.

Am 3. April 1833 gegen Abend stürmten nämlich etwa 400 Bewaffnete — Studenten und Bauern aus der Umgegend — unter Führung von polnischen Revolutionären erst die Torwache in der Bundesstadt Frankfurt a. M., dann auch die Konstablerwache auf der Zeil; — wurden aber bald von dem herbeigezogenen Militär zersprengt, in die Flucht geschlagen oder gefangen genommen.

Die Freunde der Gefangenen machten am 2. Mai 1834 einen Befreiungsversuch, der aber vollständig mißglückte und mit mehreren Tötungen und Verwundungen endete.

Wie s. Z. die Ermordung Kotzebue's durch Sand dem Bundestag Veranlassung gab, mit noch strengeren Gesetzen die freiheitlichen Bestrebungen des Volks zu unterdrücken und unmöglich zu machen, so war es diesmal der „Frankfurter Putsch", der ihn drängte, am 20. Juni 1833 eine neue „Zentraluntersuchungsbehörde" in Frankfurt, neben der Mainzer „Zentraluntersuchungskommission", einzusetzen, die gegen die Attentäter vom 3. April mit schonungsloser Härte vorzugehen hatte. Sie wurden denn auch meist zu lebenslänglichem Gefängnis

oder gar zum Tode verurteilt. Später wurden die Strafen im Gnadenwege herabgesetzt und die Todesstrafen sämtlich in Freiheitsstrafen verwandelt.

Auf Anregung des reaktionären preußischen Ministers Ancillon hatte dieser mit dem Fürsten Metternich am 18. August 1833 im Bad Teplitz eine Zusammenkunft, bei welcher die sogenannten „geheimen Wiener Konferenzen" besprochen und vereinbart wurden. Dieselben begannen am 3. Januar 1834 und endeten nach fünfmonatlichen Beratungen am 12. Juni. Man hatte diesmal die Minister sämtlicher deutscher Staaten hierzu eingeladen. Das Endresultat dieser langen Konferenzen war ein in 60 Artikeln niedergelegtes Programm, welches beschlossenermaßen geflissentlich geheim gehalten, aber den Regierungen zur strengsten Befolgung anempfohlen und zur Pflicht gemacht wurde.*) Besonders scharf waren die Bestimmungen, welche gegen das Verbindungswesen im allgemeinen und insbesondere gegen die Burschenschaft gerichtet waren. Mitglieder derselben sollten nicht nur relegiert, sondern auch niemals und nirgends innerhalb des Gebietes des deutschen Bundes zu einem Zivildienste, einem kirchlichen oder Schulamte, nicht zur Betreibung der Advokatur, des ärztlichen oder chirurgischen Berufs zugelassen werden; — ja sogar die Einholung von Erkenntnissen juristischer Fakultäten in Polizei- oder Kriminalsachen war den Burschenschaftern strengstens verboten. Im weiteren war den Regierungen noch aufgegeben worden, sich in ihren gegenseitigen Verbindlichkeiten nicht hindern zu lassen durch „Hindernisse, welche dem Vollzug der gemeinsamen Verabredungen in einzelnen Fällen durch bestehende Verfassungen oder bereits geltende gesetzliche Vorschriften im Wege stehen"; — also, wo Verfassungen oder Gesetze den Maßnahmen der „geheimen Wiener Konferenzen" entgegen standen, mußten solche ohne weiteres beseitigt, umgangen oder beschränkend ausgelegt werden.

---

*) Erst 1844 wurde der Inhalt der „geheimen Wiener Konferenzbeschlüsse" durch C. Welcker's Buch: „Wichtige Urkunden für den Rechtszustand der deutschen Nation" bekannt und erweckten noch nachträglich allgemeine Entrüstung.

So hatte in Preußen das Kammergericht zu Berlin gegen 39 Teilnehmer der Burschenschaft die Todesstrafe (!) ausgesprochen. Die königliche Gnade verwandelte die Strafe bei vier in lebenslängliche, bei den übrigen in 30jährige Freiheitsstrafen. König Friedrich Wilhelm IV. erließ bei seiner Thronbesteigung 1840 eine Amnestie für alle politischen Gefangenen und schlug alle noch schwebenden Untersuchungen nieder.

Zu den damals zu Todesstrafen verurteilten, aber zu 30 Jahren Festung „begnadigten" Burschenschaftern gehörte auch der beliebte humoristische Schriftsteller Fritz Reuter, der seine Strafe sieben Jahre lang absitzen mußte, und seine damaligen Erlebnisse in seinem „Ut meiner Festungstid" ebenso interessant als auch charakteristisch für jene traurigen Zustände in unserem Vaterland schilderte, indem er schreibt: Warum man ihn eingesperrt habe, wisse der liebe Gott; er habe weder gestohlen noch gelogen oder betrogen. . . . „Was hatten wir dann getan? Nichts, gar nichts! Blos in unseren Versammlungen hatten wir von Dingen geredet, die jetzt (nach 1866) auf offener Straße frei ausgerufen werden, von Deutschlands Freiheit und Einheit; aber zum Handeln waren wir zu schwach, zum Schreiben zu dumm, darum folgten wir der alten deutschen Mode, wir sprachen bloß darüber. Das aber war genug für einen geschickten Untersuchungsrichter."

Auch der bekannte liberal denkende Schriftsteller und spätere verdienstvolle artist. Direktor des Hofburgtheaters in Wien, Heinrich Laube, hatte als Burschenschafter 1 1/2 Jahre Festungsstrafe abzusitzen und urteilt in seinen „Erinnerungen von 1810—1840" darüber:

„Wenn ich mir jetzt klar mache, was von den vielen Ideen der Burschenschaft denn wahrhaftig lebendig in uns war, so muß ich sagen: das eigentlich politische Moment war von geringer, eigentlich gar keiner Bedeutung. Eine dunkle Sage tauchte zuweilen unter uns auf, daß ein deutscher Kaiser wiedererstehen müsse und daß der König von Württemberg, der seinem Lande eine Verfassuug gegeben, wohl Kaiser werden könnte. Das war alles, was nach Politik schmeckte."

Das größte Aufsehen machten damals auch noch zwei andere Strafprozesse, welche wegen „revolutionärer Umtriebe" gegen den Professor Sylvester Jordan in Marburg und Rektor Weidig in Butzbach geführt wurden, und einen wahren Sturm der Entrüstung und des Abscheues in allen Schichten des deutschen Volks hervorriefen. — Jordan war ein Opfer der jesuitisch-absolutistischen Verschwörung gegen Licht und Freiheit am Kasseler Hofe, und von daher in verleumderischer Weise „wegen versuchten Hochverrats" verdächtigt, verhaftet und auf dem Marburger Schlosse eingekerkert worden (1839). Erst nach fünfjähriger Kerkerhaft wurde er zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt „wegen Beihilfe zu versuchtem Hochverrat durch Nichtverhinderung (!!) hochverräterischer Unternehmungen mittels der unterlassenen Anzeige." — Das Rechtsgefühl Deutschlands empörte sich gegen ein solches Urteil jämmerlichster Begründung; — und Jordan ergriff die Berufung zum Oberappellationsgericht, das ihn freisprach. Der Präsident des freisprechenden Gerichts wurde sofort aus dem Kreis der Rechtspflege in das Verwaltungsfach versetzt.

Der Fall des Rektor Weidig ist noch schändlicher und endete höchst tragisch, da der bei „Wasser und Brot" Eingekerkerte durch seinen fanatisch-reaktionären Untersuchungsrichter — Georgi hieß das Scheusal — dermaßen (selbst mit Stockprügel!) gepeinigt wurde, daß er zuletzt aus Verzweiflung sich selbst das Leben nahm.

Einen Lichtpunkt in dieser Zeit barbarischer Gewaltherrschaft bildete eine geniale Schöpfung Preußens — der „Zollverein." — Erst nach jahrelangen Verhandlungen waren die Schwierigkeiten überwunden, welche sich dieser bedeutsamen, für Handel und Verkehr so hochwichtigen Vereinigung der deutschen Staaten anfänglich und bis zuletzt entgegenstellten.

In der Neujahrsnacht von 1834 punkt 12 Uhr wurden unter dem Jubel des Volks alle Schlagbäume im inneren Deutschland beseitigt; nur Österreich, Hannover, Oldenburg, Mecklenburg und die Hansastädte weigerten sich noch, sich dem preußisch-deutschen Zollverein, dieser einheitlich-nationalen

Schöpfung anzuschließen. — Das traurige Bild der deutschen Einheit, wie wir es selbst noch in unseren Tagen leider erleben müssen!

Mehr noch als das deutsche Volk anfänglich die Wohltat des „Zollvereins" erfaßte, fand derselbe im Auslande eine begreifliche Beachtung und Beurteilung. — Österreich sah mit Mißvergnügen das Werden des Zollvereins, und der Metternich'schen Politik war er erst recht ein Dorn im Auge, denn der Zollverein repräsentierte gewissermaßen eine Einheit und Gemeinschaftlichkeit der deutschen Bundesstaaten, wie sie bisher der Staatenbund in gleichem Maße nicht gewährt hatte.

Fürst Metternich berichtete im Juni 1833 an seinen Kaiser: „Der deutsche Zollverein sei nicht nur kommerziell schädlich für Österreich, dessen ganze westliche Grenze dadurch mit einer Linie von Schutzzöllen umschlossen werde, sondern auch politisch, insofern derselbe eine Menge der bisher unabhängigen Staaten in eine Abhängigkeit mit Preußen versetze."

Ein geflügeltes Wort war damals: „Kaiser von Deutschland ist dermalen der deutsche Zollverein!"

Auch den fremden Staatsmännern entging die politische Bedeutung des Zollvereins nicht. — Der berühmte französische Nationalökonom Michel Chevalier, der zu damaliger Zeit Deutschland bereist hatte, sprach sich in einer öffentlichen Rede, welche er 1839 in Paris hielt, dahin aus: „In der europäischen Politik wisse er nichts Merkwürdigeres als die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands! Welch ein prächtiges Gemälde sei das eines großen Volkes, dessen Trümmer (!) sich nähern, das zur Nationalität, d. h. zum Leben zurückkehre! — Das sei eine Tatsache von solcher Bedeutung, daß, wenn sie vollständig wäre (!), sogleich ein neuer Schwerpunkt des europäischen Gleichgewichts daraus erfolgen müßte."

Der nationale Einheitsgedanke, der in der langen Zeit der Reaktion unterdrückt war und fast wie verschwunden schien, lebte durch den Zollverein wieder auf, und als gar die neuen Verkehrsmittel, die Eisenbahnen, Mitte der dreißiger Jahre, wenn auch vereinzelt, in Betrieb kamen, und dadurch der per-

sönliche Verkehr der einzelnen deutschen Volksstämme leicht und häufiger vermittelt wurde, da fielen auch vielfach die Schranken, welche einem allgemeinen politischen Interesse noch entgegenstanden. — Der Ideenaustausch ist für das politische Leben eines Volks stets von der allergrößten Bedeutung und fördert das Bestreben nach Licht und Freiheit, nach Wahrheit und Recht!

Als ein Hauptförderer der Einführung dieses neuen Verkehrsmittels verdient hier in erster Linie ein Mann genannt zu werden, der für seine freiheitlichen Ideen, gleich seinen wackeren Gesinnungsgenossen, im Kerker geschmachtet hatte, Friedrich List,*) der unermüdliche Nationalökonom und Professor der Staatswirtschaft und Staatspraxis in Tübingen. Da er offen und frei eine Reihe von Mißständen der Verwaltung und Rechtspflege auf's schärfste gegeißelt hatte, wurde er am 6. April 1822 zu einer zehnmonatlichen Festungsstrafe verurteilt, welcher er sich durch die Flucht zu entziehen wußte. Als er aber zwei Jahre später wieder in die Heimat zurückkehrte, wurde er ergriffen und auf dem Hohenasberg gefangen gesetzt. Gegen das Versprechen, nach Amerika auswandern zu wollen, wurde er 1825 wieder freigelassen. List siedelte sich in Pennsylvanien an und wußte dort durch geschickte Spekulationen und durch den Bau einer Eisenbahn seine finanzielle Lage derart zu heben, daß er 1832 als Kapitalist nach Deutschland zurückkehren konnte, wo er dann alsbald seine in Amerika gesammelten Erfahrungen im Interesse seines Vaterlandes zu verwerten suchte.

Am 27. September 1828 war auf der Stockton-Darlington-Bahn in England der erste Personenzug befördert worden, und dieser Zeitpunkt gilt allgemein als Geburtstag unserer heutigen Eisenbahn. Damals äußerte sich unser größter Dichter mit hellsehendem Blick zu Eckermann, wie wir in dessen „Gesprächen mit Göthe" lesen: „Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht

---

*) List, Friedrich, geb. am 6. August 1789 zu Reutlingen, wo ihm vor dem Bahnhofe ein Denkmal errichtet worden, machte, tief verstimmt über mancherlei Mißerfolge, und körperlich leidend, vom Trübsinn überwältigt, zu Kufstein am 30. November 1846 seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende.

eins werde; unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das Ihrige tun. Vor allem aber sei es eins in Liebe unter einander, und immer sei eins, daß der deutsche Taler und Groschen im ganzen Reiche gleichen Wert habe, eins, daß mein Reisekoffer durch alle 36 Staaten ungeöffnet passieren könne. Es sei von Inland und von Ausland unter deutschen Staaten überall keine Rede mehr."

Bis zum Jahre 1834 war in Deutschland eine einzige kurze Eisenbahnstrecke, die zwischen Nürnberg und Fürth, in Angriff genommen worden. Schon 1833 hatte Friedrich List, der unterdessen seinen Wohnsitz in Leipzig genommen hatte, den Bau der Bahn von da nach Dresden angeregt, und zugleich den großen Gedanken eines Eisenbahnnetzes, als Grundlage eines nationalen Transportsystems, ausgesprochen und dafür zu wirken gesucht. So haben denn Zollverein und Eisenbahnbau — ohne es zu beabsichtigen — Hand in Hand wesentlich dazu beigetragen, den Ideen für Freiheit und Einheit auch auf kommerziellem Gebiete Vorschub zu leisten. — Mit prophetischem Geiste sang damals der junge Dichter Karl Beck mit Recht:

„Die Papiere, ausgeboten,
Steigen, fallen — o Gemeinheit!
Mir sind die Papiere Noten,
Ausgestellt auf Deutschlands Einheit.
Diese Schienen — Hochzeitsbänder,
Trauungsringe, blank gegossen;
Liebend tauschen sie die Länder,
Und die Ehe wird geschlossen."

Unterdessen hatte sich in den dreißiger Jahren auch das parlamentarische Leben in den deutschen Staaten, namentlich in Süddeutschland, wieder lebendiger gezeigt.

Im hessen-darmstädtischen Landtage standen zwei höhere Staatsdiener — der Geheime Staatsrat Jaup und der Regierungsrat Heinrich von Gagern, — an der Spitze einer gemäßigt liberalen Partei. Es kam zwischen dieser und der Regierung gleich zu Anfang des Landtages zu heftigen Auseinandersetzungen, so daß dessen Auflösung alsbald erfolgte, und die beiden genannten Führer der Opposition ihrer Stellen entsetzt

wurden. Eine hierauf neugewählte Kammer hatte, da sie vorwiegend liberaler Richtung war, dasselbe Schicksal der Auflösung. Endlich brachte es der Druck von Oben fertig, eine gefügige Kammer zustande zu bringen, mit der „sich regieren ließ."

In Hessen-Kassel trat die ganze Bürgerschaft am 15. September 1830 vor dem Schlosse zusammen und forderte die Berufung des Landtags, worauf der in Absolutismus verstockte und von jesuitischen Hofschranzen umgebene Kurfürst in Angst und Schrecken das Verlangte bewilligte, und eine sehr freie Verfassung ermöglicht wurde.

In Baden tagten 1833 wieder die Kammern. Hier befanden sich von jeher vorwiegend liberale Elemente, Männer, die ein offenes, freies Wort wagten, obgleich jetzt, wie ermüdet, die Opposition weniger heftig die Regierung bekämpfte.

Viel lebhafter ging es dagegen in der württembergischen Volkskammer zu, welche von den 1831 erfolgten Neuwahlen her, eine starke liberale Mehrheit besaß, darunter der Dichter Uhland, Paul Pfizer, Schott und Römer, Volksfreunde im ganzen Schwabenland bekannt und gefeiert. Paul Pfizer hatte schon 1831 in seinem „Briefwechsel zweier Deutscher" den Mut, offen auszusprechen, „daß eine wahre Einigung und Kräftigung Deutschlands nur durch den Anschluß der kleinen Staaten an Preußen zu erreichen sei." — Da die schon 1831 gewählte Kammer erst zu Anfang 1833 einberufen wurde, so erhob Paul Pfizer gegen diesen „beispiellosen Angriff auf die Rechte der Stände" den schärfsten Protest. Die Regierung bemühte sich demgegenüber durch Einschüchterungen die Kammer zu bestimmen, „den Pfizer'schen Antrag (ein Protest der Kammer) mit verdientem Unwillen zu verwerfen." Doch hatte sich die Regierung hierin geirrt und sah sich schließlich veranlaßt, die Kammer aufzulösen. Die liberale Strömung war damit aber noch keineswegs unterdrückt und kam bei den nun folgenden Neuwahlen 1838 erst recht zum Ausdruck, indem fast die ganze verstärkte Opposition den Eintritt in die Kammer verweigerte. So kam denn auch eine fast ganz aus Staats- und Gemeindedienern bestehende, der Regierung angenehme Kammer zusammen.

Im Königreich Sachsen waren schon im Juni 1830 Ausbrüche des Volksunwillens gegen die Jesuitenherrschaft am Königshofe zutage getreten; Volkserhebungen erfolgten in mehreren Städten; man forderte die Beseitigung des jesuitischen Einflusses auf die Regierung, auf Schule und Familie und Verbesserung der Verfassung. Von allen Seiten gedrängt, bewilligte der König auch hier, wenn auch mit Widerwillen, das Verlangte. Aber so hitzig man auch das nun Erreichte verlangt hatte, die Regierung wurde schier liberaler angehaucht, als man erwarten konnte.

Der erste sächsische Landtag war 1833 zusammengetreten, und da sich das gewiß einzig dastehende Verhältnis zwischen ihm und der Regierung so gestaltete, daß sich die öffentliche Meinung dahin aussprach, „daß diese liberaler als die Kammer sei", — so kam es denn wirklich auch zu keinen scharf zugespitzten Auseinandersetzungen.

In Bayern begann der Landtag von 1822 gleich mit einem Konflikt, da die Regierung den ihr mißliebigen liberalen Professor Beck, unterdessen zum Bürgermeister von Würzburg gewählt, auf ultramontanes Betreiben von der Kammer ausschloß. — Eine neue Geschäftsordnung der Abgeordnetenkammer enthielt ziemlich strenge Vorschriften über Redefreiheit, Öffentlichkeit der Verhandlungen, Annahme von Petitionen usw., und so waren denn auch ihre Geschäftsresultate danach, wenig ausgiebig. Das einzig belangreiche Ergebnis war das Gesetz wegen Schaffung von Kreisvertretungen, — und das entbehrte ganz den Geist freisinniger Art. Mitte Oktober 1825 kam König Ludwig I. an die Regierung. Die Spannung zwischen seiner Regierung und der liberalen Richtung verschärfte sich immer mehr. Am 28. Januar 1831 erschien eine Verordnung, welche die periodischen Schriften einer strengen Zensur unterwarf, was die Opposition noch mehr reizte, so daß sie bei der am 1. März 1831 eröffneten Kammer sogar die Stimmenmehrheit erlangte, und sich die Regierung zu deren vorzeitiger Vertagung veranlaßt sah. -- Nun begannen die Verfolgungen, und in solchem Umfange und in solcher Schärfe, daß im Landtage von 1834 die Opposition verstummte. Die ultramontane

Richtung gewann immer mehr an Boden und Einfluß, während der Protestantismus auf das rücksichtsloseste bedrückt wurde, die Entwicklung der protestantischen Gemeinden gehemmt, die Öffentlichkeit des Gottesdienstes erschwert. — Auf's höchste stieg aber die Erbitterung, als sich Ludwig I. auf Veranlassung seines reaktionären Ministers Abel am 14. August 1838 zu der sogenannten „Kniebeugungsordre" verleiten ließ, wonach den bayerischen Truppen, von denen damals mehr als ein Drittel protestantisch war, insgesamt befohlen wurde, auf der Wache und beim Gottesdienste vor dem Sanktissimum niederzuknien. Es entstand infolgedessen ein lebhaft geführter „Kniebeugungsstreit" in der Presse, an welchem sich auch der berühmte katholische Theologe und Historiker Döllinger beteiligte. — In dem übertriebenen Bewußtsein von seiner königlichen Würde ließ sich König Ludwig I. sogar soweit herbei, zu befehlen, daß allen wegen Hochverrats oder Majestätsbeleidigung Verurteilten noch besondere Strafen hinzugefügt wurden, indem sie vor dem Bilde des Königs kniend Abbitte leisten mußten. Der königliche Herr ließ sogar zu diesem Zwecke lebensgroße Bilder von sich für die Säle aller Obergerichte anfertigen! Diese Laune der Selbstvergötterung erinnert doch sehr an die Vorgänge während der schlimmsten Zeiten des römischen Kaiserstaates, oder auch an den Geßlerhut in Altdorf!

So wenig auch im allgemeinen diese verschiedenen Kammerverhandlungen bei der Masse des Volkes besonderes Interesse erweckten, so war doch der hannover'sche Staatsstreich gegen die Ständeversammlung und die „Göttinger Sieben" danach angetan, eine weitgehendere Erregung sowohl in den liberalen, als selbst auch in den konservativen Kreisen hervorzurufen.

In Hannover war nämlich 1833 eine neue Verfassung, ein ziemlich freisinniges Staatsgrundgesetz, vollendet und am 26. September vom König Wilhelm IV. bestätigt worden, dessen Rechtsverbindlichkeit aber der Thronerbe Ernst August, Herzog von Cumberland, wenngleich er sich schon im Dezember 1831 mit dem Entwurf bis auf einige unwesentliche Punkte ein-

verstanden erklärt hatte, nicht anerkannte; — und am 20. Juni 1837 auf den hannover'schen Thron berufen, war einer seiner ersten Erlasse, daß er durch ein Patent vom 5. Juli erklärte, durch das Staatsgrundgesetz von 1833 nicht gebunden zu sein. — Am 30. Oktober erklärte dieser absolutistisch gesinnte Fürst die allgemeine Ständeversammlung für aufgelöst. Tags darauf entließ er die bisherigen Kabinetsminister und hob am 1. November die Verfassung von 1833 ohne weiteres auf und stellte die von 1819 wieder her, entband die Staatsdiener ihres auf die Verfassung von 1833 geleisteten Eides, und berief am 7. Januar 1838 eine Ständeversammlung nach dem Wahlgesetz von 1819. Über diesen Gewaltstreich geriet das ganze Land in Aufregung, ja zum Teil in Widerstand. Diese Putsche wurden zwar schnell durch militärisches Einschreiten unterdrückt, aber die Regierung sah sich doch veranlaßt, in einigen Punkten dem Willen des Volkes nachzugeben, unbeschadet des absolutistischen Regiments und herrischen Eigenwillens des Königs Ernst August. Der Magistrat und die Alterleute von Osnabrück protestierten bei dem Bundestag unter Berufung auf den Art. 56 der Wiener Schlußakte, worin es hieß: „daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden könnten.“ Demgegenüber ließ König Ernst August durch seinen Gesandten beim Bundestage demselben erklären: 1. „Die Bundesversammlung sei nicht kompetent, einzuschreiten“; 2. „Der Magistrat von Osnabrück sei zu einer Beschwerde an den Bund nicht legitimiert“; und 3. „Die rechtsgültige landständische Verfassung von 1819 befinde sich im Königreich Hannover dermalen in anerkannter (!) Wirksamkeit.“ — Und der Bundestag? — Nun, der war dem gestrengen König zu Willen und erklärte am 12. Juli 1838: „die Bittsteller seien als nicht legitimiert abzuweisen.“ — Als nun aber die Regierung sogar noch so weit gegangen war, nicht nur von allen eigentlichen Staatsdienern, sondern auch von Advokaten und Professoren die Entsendung von Dienst- und Huldigungsreversen zu verlangen, da erklärten sieben Professoren der Universität Göttingen in einer dem Kuratorium übergebenen

Protestation vom 18. November, daß sie sich durch ihren auf das Staatsgrundgesetz geleisteten Eid noch fortwährend für verpflichtet halten müßten, und erörterten ihre Überzeugung von der rechtlichen Unmöglichkeit einer Aufhebung der Verfassung usw. — Diese sieben höchst angesehenen Universitätslehrer Göttingens, die den Mut hatten, dem königlichen Absolutismus rückhaltlos zu begegnen, waren: Dahlmann, Professor der Staatswissenschaft, die Gebrüder Grimm, Jakob und Wilhelm, Albert, Professor des deutschen Rechts, Wilhelm Weber, der ausgezeichnete Physiker, der namhafte Orientalist Ewald und der hervorragende Literaturhistoriker Gervinus, sämtlich Männer, deren Ruhm schon längst weit über die Grenzen des engeren Vaterlandes hinaus bekannt war. — Schon am 12. Dezember wurden die sieben Professoren ohne Untersuchung und Rechtsspruch ihrer Ämter entsetzt, und Dahlmann, Jakob Grimm und Gervinus des Landes verwiesen; — den übrigen blühte dasselbe Schicksal, da sie gleichfalls auf ihrem Entschlusse beharrten. Sie fanden überall eine lebhafte Teilnahme und erhielten durch freiwillige Beiträge, die in den verschiedenen deutschen Ländern gesammelt wurden, eine Nationalpension, und in der Folge Anstellungen an anderen deutschen Hochschulen. Auch die meisten deutschen Ständeversammlungen nahmen sich, zum Ärger ihrer Regierungen, der Aufrechterhaltung des Grundgesetzes von 1833 und der „gemaßregelten" sieben Professoren an, und betätigten dadurch, daß das deutsche Volk sich eins fühlte in seiner alten, lange fast vergessenen, jetzt immer kräftiger zum Bewußtsein gekommenen Brüderlichkeit. — Die Kieler Professoren sandten an Dahlmann eine Dankes- und Beileidsadresse, und die philosophische Fakultät zu Königsberg ernannte ihn zum Ehrendoktor. — Die Bürger Elbings richteten an ihren Landsmann Albrecht ein warmes Anerkennungsschreiben, was den preußischen Minister v. Rochow veranlaßte, für den Staatsstreich des Königs Ernst August in Hannover Partei zu nehmen und den Elbinger Bürgern einen amtlichen Verweis zu geben, wobei er sich durch das dabei gebrauchte geflügelte Wort vom „beschränkten Untertanenverstande" sehr bekannt und zum Gespött machte.

Im benachbarten Herzogtum Braunschweig waren ruhigere Verhältnisse entstanden, nachdem das Volk im offenen Aufruhr am 7. September 1830 seinen despotischen Herrscher, den Herzog Karl, aus dem Lande vertrieben und schon drei Tage später seinen Bruder, Herzog Wilhelm, an die Regierung gebracht hatte.

Nicht unmittelbar berührt durch die traurigen politischen Verhältnisse, entwickelte sich in den dreißiger Jahren das geistige Leben in Deutschland; Wissenschaft, Philosophie, bildende Kunst und schöne Literatur betätigten sich ungemein lebhaft. Erstaunenerregend waren die großartigen Fortschritte der Naturwissenschaften; die wichtigsten Entdeckungen im Gebiete der Chemie, in der Physik, der Arzneikunde und der Himmelskunde erfolgten durch Gelehrte von Weltruf, wie Liebig, Hufeland, Hahnemann, Littrow u. a. m. — In der Sprachforschung, insbesondere der deutschen, taten sich die Brüder Jakob und Wilhelm Grimm rühmend hervor, und haben sie das unsterbliche Verdienst, viele kostbare alte Denkmale des deutschen Nationalgeistes aus der Vergangenheit gezogen und unserem Sprachgeiste aufgeschlossen zu haben. Karl Ritter befaßte sich mit Erdkunde in ihrem Verhältnis zur Natur und zur Geschichte des Volkslebens. — In der Erforschung und Darstellung der Geschichte und des Rechts haben sich Friedrich von Raumer, Leopold Ranke, Schlosser, Rotteck, Eichhorn und andere die höchsten Verdienste erworben.

Noch klangen die begeisternden patriotischen Gesänge aus den Freiheitskriegen in die Denkweise des Volkes wider; sie waren in den sich allerwärts bildenden Gesang- und Turnvereinen eine immerwährende Anregung zugleich auch für des Vaterlandes Freiheit und Einheit, als das Ziel eines edlen Strebens, einzutreten. Und die Dichter jener Zeit sorgten dafür, daß das Feuer patriotischer Begeisterung nicht erkaltete. — Da waren es besonders Ludwig Uhland, Justinus Kerner, Grabbe, Ferdinand Freiligrath, Georg Herwegh, Anastasius Grün (Anton Alexander Graf von Auerswald), Lenau u. a., deren herrliche Poesien anregend und belebend auf den Volksgeist wirkten.

Von unberechenbarem Einflusse war das Aufblühen des Zeitungswesens, wodurch das Interesse und Verständnis für Tagesneuigkeiten und politische Strömungen geweckt und wesentlich verallgemeinert wurde.

Auch die religiösen Angelegenheiten begannen sich zu regen, freilich nicht immer in einer dem Volksgeiste günstigen Form und Polemik. Jesuitischer Ultramontanismus, pietistische Scheinheiligkeit, Freigeisterei und häßliche Unduldsamkeit zeitigten mitunter Giftpflanzen des Glaubenshasses und der Feindschaft, so daß von der göttlichen Liebe, die Christus predigte, keine Idee mehr übrig blieb.

Auf dem Gebiete der Philosophie ragte besonders der, leider so früh verstorbene Hegel (1831) hervor, neben ihm Schelling, deren Anschauungen von großem Einfluß auf die Denkweise der Zeit waren.

Mitten hinein in die geistige und spezifisch religiöse Bewegung jener Zeit schleuderte David Friedrich Strauß*) sein epochemachendes „Das Leben Jesu"**) und entfachte einen wahren Sturm der Entrüstung bei Pietisten und Ultramontanen, — aber

*) Strauß, David Friedrich, geb. am 27. Januar 1808 zu Ludwigsburg, wurde 1832 Repetent am theol. Seminar zu Tübingen, welcher Stellung er infolge seines „Lebens Jesu" enthoben und als Lehrer an das Lyzeum zu Ludwigsburg versetzt wurde, welches Amt er schon 1836 wieder aufgab; kurze Zeit hatte er an der Universität Zürich eine Professur inne; 1848 in die württembergische Kammer gewählt, gab er schon nach wenigen Monaten sein Mandat auf und lebte von da an in verschiedenen Städten; zuletzt in seiner Vaterstadt, wo er am 8. Februar 1874 starb.

**) „Das Leben Jesu" von David Friedrich Strauß geht von der Annahme aus, daß Christus nicht in dem Sinne eine geschichtliche Person sei, wie die Evangelien ihn darstellen: vielmehr sei die ganze evangelische Geschichte eine aus Wirklichkeit und Eingebildetem zusammengewebte Erzählung. Wohl könne angenommen werden, daß eine Persönlichkeit wie Christus gelebt habe, aber sie sei ein Mensch wie andere Menschen gewesen, nur hervorragend durch einen hohen Geist und eine seltene sittliche Reinheit. An diese Persönlichkeit nun hätten die Zeitgenossen jene Vorstellungen von einem zu erwartenden Messias angeknüpft, welche, von den alttestamentlichen Weissagungen genährt, im jüdischen Volke lebten; so sei allmählich die einfache historische Person Christus zu einer wunderbaren und wundertätigen geworden.

des Beifalls bei den streitbaren Verkündern der Lehre des Christentums. Weniger noch bei der katholischen Geistlichkeit, als bei den Gliedern der protestantischen Kirche, die ohnehin in mehreren Anschauungen gespalten waren.

König Friedrich Wilhelm III. von Preußen war ein gar gottesfürchtiger Herr, und sein Wahlspruch: „Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen"*) kam aus seinem Herzen und ist durch sein ganzes Leben zur Wahrheit geworden. Er huldigte einem System der Duldsamkeit und des kirchlichen Friedens. Er strebte daher auch eine möglichste Annäherung und Versöhnung der beiden in seinen Staaten vertretenen protestantischen Konfessionen, der lutherischen und der reformierten, zu erlangen. Schon bei Gelegenheit des Reformationsfestes 1817 erließ der König von Preußen am 27. September einen Aufruf, worin er seine sämtlichen evangelischen Untertanen aufforderte, das Jubelfest der Reformation durch die Vereinigung beider Konfessionen zu einer einzigen „evangelischen Kirche" zu begehen. Der königliche Aufruf fand weithin freudigen Anklang, wenn auch hie und da — namentlich zu Anfang — verbissene Zeloten keineswegs damit einverstanden waren. — So vollzog sich die Vereinigung beider Richtungen zu einer „Union" nach und nach im Laufe der Jahre vollständig.

Unterstützt und gehegt durch die Bestrebungen der Metternich'schen Politik gewannen die Jesuiten in Deutschland vornehmlich an den Höfen in Kurhessen, Sachsen und Bayern, wo in letzterem Staate der kaum in's Leben getretene „Gustav Adolf-Verein" verboten und die „Freimaurerei" als ein Teufelswerk und staatsgefährlich verpönt und unterdrückt wurde, immer mehr Einfluß. Es bildete sich unter dem Wirken der Jesuiten ein neues Geschlecht von Geistlichen, welches bestrebt war, „die römisch-kirchlichen Satzungen in ihrer ganzen Strenge durchzuführen, und welche dabei auch vor Konflikten mit den weltlichen Gewalten nicht zurückscheute." Die mildere und duldsamere Auffassung des geistlichen Berufs schwand fast ganz.

*) Friedrich Wilhelm IV. gebrauchte diesen Ausspruch des Josua (24. 15) auch in seiner Thronrede vor dem Vereinigten Landtage.



Nach der durch die jesuitischen Bemühungen geschaffenen Lage konnten Konflikte zwischen protestantischen Regierungen und der katholischen Kirche nicht ausbleiben. — Ein solcher entspann sich auch alsbald auf einem Gebiete, welches zu allen Zeiten zu derartigen Konflikten reichlichen Stoff geliefert hat, nämlich auf dem Gebiete der „gemischten Ehen."

Im Königreich Preußen galt noch das „Allgemeine Landrecht" von 1794, wonach bei gemischten Ehen das religiöse Bekenntnis der Eltern nach dem Geschlecht über das der Kinder zu entscheiden hatte. Durch königliche Kabinetsordre vom 21. November 1803 war dies dahin abgeändert worden, daß künftighin alle Kinder das Bekenntnis des Vaters zu teilen hätten, jedoch sollte es den Eltern nach eingegangener Ehe freistehen, sich in anderer Weise über die Erziehung ihrer Kinder nachträglich noch einigen zu können. — Damit war der ultramontanen Geistlichkeit ein weites, sehr gefährliches Feld ihrer Beichtstuhlwirksamkeit geschaffen, die so manchen Unfrieden, manchen Ehezwist, so manches Familienunglück verschuldete.

Da die preußische Regierung auf der strengsten Befolgung ihrer Verordnungen bestand, so wandten sich die rheinisch-westfälischen Bischöfe an den heiligen Stuhl mit der Bitte um Anweisung, wie sie sich in der für sie heiklen Frage verhalten sollten? Daraufhin erließ der 1829 auf den päpstlichen Thron gelangte Pius VIII. unterm 25. März 1830 ein Breve, wonach der Geistlichkeit bei gemischten Ehen eine kirchliche Trauung nur gestattet ist, wenn die Brautleute vorher die schriftliche bindende Erklärung abgegeben haben, ihre Kinder im katholischen Glauben erziehen zu lassen.

König Friedrich Wilhelm III. suchte diesen päpstlichen Bestimmungen gegenüber in seiner versöhnlichen, milden Art einen Ausgleich zu finden, um deren Schärfe abzuschwächen und seinen erlassenen Gesetzen einigermaßen Darnachachtung zu verschaffen. Der konfessionelle Frieden wurde dadurch auch in den Schranken toleranter Vereinbarungen gehalten, bis der streitbare Generalvikar des Bistums Münster, Freiherr v. Droste zu Vischering, zum Erzbischof von Köln — 1836 — gewählt wurde.

Nun wendete sich das Blatt; die Durchführung der päpstlichen Anordnung wurde auf's genaueste und mit recht unchristlicher Rücksichtslosigkeit zur Geltung gebracht, und der Konflikt zwischen Regierung und Erzbischof war da. Da nun aber alle Versuche der preußischen Regierung, diesen zu einer befriedigenden Erklärung hinsichtlich seines ferneren Verhaltens, oder zum freiwilligen Rücktritt von seinem Amte zu bewegen, vergeblich waren, so entsetzte der König durch Kabinetsordre vom 15. November 1837 den Erzbischof Droste seines Amtes und setzte ihn auf der Festung Minden gefangen.

Neben der Frage betreffs der gemischten Ehen war auch noch die päpstliche Bulle vom 2. September 1835 Gegenstand eines Konflikts zwischen der Regierung und dem Erzbischof.

Ein Professor Hermes in Bonn hatte nämlich Ansichten gelehrt, welche, durch die Jesuiten denunziert, in Rom für ketzerisch erklärt und durch obige Bulle förmlich verdammt wurden. Diese Bulle war nun, den gesetzlichen Bestimmungen entgegen, ohne Erlaubniserteilung der preußischen Regierung bekannt gemacht und namentlich die Beichtväter der Stadt Bonn vom Erzbischof angehalten worden, die Studierenden mit dem Inhalt der Bulle bekannt und darauf aufmerksam zu machen, „daß sie durch das Anhören Hermesianischer Vorlesungen*) ihre Gewissenspflichten als rechtgläubige Katholiken verletzen würden."

Die Abführung des Erzbischofs von Köln nach Minden fand unter militärischer Bedeckung statt und ohne Ruhestörungen. Aufsehenerregend war das energische Vorgehen der preußischen Regierung immerhin, aber eine tiefgehendere Aufregung hatte es weder in Köln selbst, als auch bei der katholischen Bevölkerung in Rheinland und Westfalen hervorgerufen. Nur im Königreich Bayern hatte der Kölner Bischofsstreit eine nachhaltigere Wirkung geschaffen und entfachte die ultramontane Kampfbegier auf das heftigste, — und wirkte auf die Haltung der dortigen Regierung zurück. Jesuitische Prediger hetzten auch selbst in Preußen noch gegen die Regierung, wenn auch mit geringem Erfolg.

*) Professor Hermes war schon 1831 gestorben, hatte aber Schüler hinterlassen, die in seinem Geiste lehrten und wirkten.

Der wiederholte Versuch der preußischen Regierung, sich nun mit Rom zu verständigen, wie es der Wunsch und Wille des Königs Friedrich Wilhelm III. war, erwies sich als erfolglos. Der Papst verlangte, daß der Erzbischof frei- und seiner Diözese zurückgegeben werde, und die preußische Regierung wies dies Ansinnen, als ihrer Würde unangemessen, zurück. Doch wurde der gefangene Erzbischof auf besondere Verwendung des Königs alsbald wieder frei und in seine Heimat Dorfeld bei Münster entlassen; und durch Kabinetsordre vom 28. Februar 1838 wurde — wohl des Kampfes müde — der erste Gang nach Canossa angetreten, indem man sich den Standpunkt des päpstlichen Brewe von 1830 zu eigen machte und erklärte: „Wenn die Brautleute kein Versprechen abgeben wollten, so solle der katholische Geistliche nicht gezwungen sein, die Trauung mit kirchlichen Feierlichkeiten zu vollziehen; fänden sich die Brautleute dadurch verletzt, so könnten sie beim Bischof Beschwerde führen (!!) und dieser habe endgültig zu entscheiden."

So endete der mit so großer Energie begonnene Rechtsstreit schier mit einer kläglichen Niederlage.

Also genau so, wie es zur Zeit der Hohenstaufen und später war! „Fange einer mit der römischen Kirche an!"

So hatten die politischen und kulturellen Kämpfe der verflossenen 25 Jahre nach jeder Richtung hin für die nun folgende Zeit stürmischer Bewegungen vorbereitend gewirkt. Was da in der langen Zeit angeregt und angestrebt worden war, wofür man gelitten und gekämpft hatte, sollte nun zum Austrag, zur Verwirklichung kommen. Die Ideale aller edlen Patrioten sollten verwirklicht, das Rechtsbewußtsein des Volkes gekräftigt und die Vaterlandsliebe neu belebt werden.

So hatten wir geträumt, — so gehofft und dafür geschwärmt!

Es ist anders gekommen!

Das alles war einer späteren großen Zeit zur Ausführung vorbehalten geblieben; aber dennoch sind die Jahre 1848 und 1849, und die damals gebrachten, mitunter blutigen Opfer, für die Neugestaltung Deutschlands erfreulicherweise nicht ganz zwecklos gewesen.

Miterlebtes

1840—1850.

Kampf.

So in dem Menschenleben
Wie in der Künste Reich
Tritt oft das böse Streben
Frechstirnig unter euch.
Das sei die eigne Reinheit,
Die wappne Jeden fest,
Daß er von der Gemeinheit
Sich nicht bewält'gen lässt.

Es geht mit regem Hasse
Das Böse durch das Land,
Es zieht die Erdenstraße
Und dringt zum Wolkenrand;
Es störte selbst den Frieden
Im hohen Göttersitz
Und zwang dem Uraniden
In seine Hand den Blitz.

Drum gilt es fest zu bleiben
Durch edlen Sinn und Kraft,
Wenn sich das wilde Treiben
Euch kühn entgegen rafft;
Es wird euch frech verlachen,
Wenn ihr's verachtend bannt,
Und wird zum stolzen Drachen,
Wenn es euch übermannt.

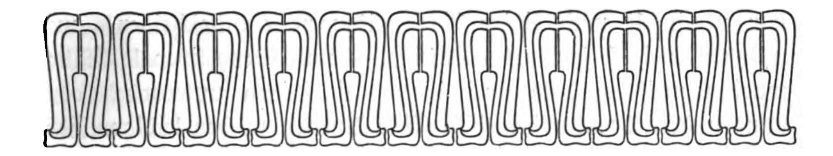
Und dünkt ihr zum Gefechte
Zu edel euch und hoch,
So beuget doch das Schlechte
In sein verdientes Joch;
Nicht kämpfet, nur vernichtet
Durch eures Wertes Glanz,
Bis es sich fortgeflüchtet,
Bis es verschwunden ganz.

Durch euch muß es begonnen,
Was frommen sollte, sein,
Durch eure Tat gewonnen,
Was edel soll gedeih'n; —
Was hilft es denn zu sagen:
Mein Reich versank in Nichts!
Der Feige mag's beklagen,
Der brave Mann verficht's.

1832.

Karl Dräxler-Manfred.





I.

Ein Spiegelbild der Zeit.

Die vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begannen unter dem Einflusse der sogen. „Heiligen Allianz“ und dem unseligen System der Metternich'schen Politik, wie ich dies in der Einleitung meiner Erlebnisse dargetan habe.

Unsere gegenwärtige Generation kann sich kaum eine Vorstellung davon machen, in welchen jämmerlichen Zuständen die deutsche Nation sich noch vor sechzig und siebzig Jahren befand. Abgesehen von der ohnmächtigen Kleinstaaterei, zeigte sich die politische Zerrissenheit und Zerfahrenheit insbesondere auch in der Ungleichheit von Maß und Gewicht, wie sie in den einzelnen Ländern und Ländchen gebräuchlich waren. Bei solcher Verschiedenheit der allgemeinen Verkehrsmittel konnte schon aus diesem Grunde von einem einheitlichen Zusammenwirken der einzelnen Volksstämme keine Rede sein, wenngleich das deutsche Volk schon längst den drückenden Hemmschuh seiner freien politischen und volkswirtschaftlichen Entwicklung kannte, aber sich ohnmächtig fühlte, neue bessere Verhältnisse zu schaffen.

Die Zustände hinsichtlich der allgemeinen politischen Bildung und Reife des Volkes waren die denkbar traurigsten, denn der Presse war das freie, offene, bildende, aufklärende Wort fast unmöglich gemacht. Außer den, der Regierung freundlichen, von ihr häufig unterstützten Amts- und Kreis-Blättern fristeten

nur vereinzelt noch einige Tageszeitungen ein bescheidenes und mitunter recht beschränktes Dasein, — und streng liberale Blätter wurden meistens bald nach ihrem Erscheinen unterdrückt oder standen derart unter der chikanösen Knebelung der leidigen Zensur, daß sie schon der Selbsterhaltungstrieb nur zaghaft der öffentlichen Meinung Rechnung tragen ließ. Das Eine aber konnte man damals den Zeitungen nachrühmen, daß sie nirgends so demoralisierend durch die Art ihrer Darstellungsweise wirkten, wie gegenwärtig es bei so mancher Tageszeitung zu beklagen ist, — und bei all den giftigen Ausfällen und Angriffen gegen die Regierungen und deren reaktionärem Vorgehen, herrschte doch stets das aufrichtige Bestreben vor, einen edlen Sinn und eine lautere Vaterlandsliebe beim Volke zu erwecken und zu beleben, und selbst die wenigen Witzblätter, welche bestanden, suchten bei allem, zuweilen recht geißelndem Sarkasmus einen noch wohltuenden Einfluß auf den Volksgeist zu betätigen, und waren in den seltensten Fällen gehässig oder verletzend. Auch waren damals die Zeitungen viel zu teuer, um dem „gewöhnlichen Manne", so wie heute, zugängig zu sein. — Heinrich von Gagern*), der schneidige

*) Gagern, Heinrich, Wilh. Aug., Freiherr von, geb. am 20. August 1799 zu Bayreuth, besuchte 1812—1814 die Militärschule zu München, trat, als Napoleon I. von Elba zurückkehrte, in nassauische Dienste und nahm als Leutnant an der Schlacht bei Waterloo teil. Studierte dann in Heidelberg, Göttingen und Jena die Rechte, war eifriger Burschenschaftler und ging 1819 zu weiterer wissenschaftlicher Ausbildung nach Genf, wurde 1821 Assessor beim Landgerichte zu Lorsch, 1824 Regierungsassessor, 1829 großherz. hessischer Regierungsrat und wurde 1832 Mitglied der Zweiten Kammer. — Infolge seiner liberalen Bestrebungen wurde er schon 1833 aus dem Staatsdienst entlassen. — Die Ereignisse von 1848 regten ihn zu hervorragender Tätigkeit in der Entwickelung der deutschen Revolution, und gaben ihm Gelegenheit für seine freiheitlichen Ideen und Bestrebungen wirksam schöpferisch hervorzutreten, so daß er sowohl auf die Beschlüsse im Vorparlamente, als auch auf diejenigen der deutschen Nationalversammlung von bestimmendem Einflusse war. Da ich vielfach Gelegenheit hatte, Heinrich v. Gagern persönlich näher zu treten, und er für mich stets eine Persönlichkeit der Bewunderung und Verehrung war, so habe ich seiner in meinem „Miterlebten" mit besonderer Wärme gedacht. Es gab eine Zeit, wo er in allen Teilen des Vaterlandes wahrhaft vergöttert wurde, und ein Wort von ihm selbst die schlimmsten Gegner zum Schweigen brachte. — Doch war er dem Ansturm der immer mehr Boden gewinnenden

Oppositionsmann, kennzeichnete diese Verhältnisse einmal in einer Kammerrede sehr bezeichnend, indem er in berechtigter Erregung der Regierung vorwarf: „daß die Zustände der Presse, außer in Kurhessen, in keinem anderen deutschen Lande so schmähliche seien, als in Hessen-Darmstadt.“ Er hätte auch noch andere Länder anführen können, wo sie noch ärger waren.

Das Militärwesen lag so im Argen, daß Deutschland damals außer Stande gewesen wäre, einem Feinde siegreich entgegentreten zu können. So recht ein Bild der traurigen Zerrissenheit unter den Völkerschaften deutscher Nation! Es fehlte an der Gleichheit und Gemeinsamkeit unter den verschiedenen Bundesarmeekorps, an einem einheitlichen Kommando und Signal; auch im Kaliber der Geschosse trat die gleiche Kalamität hervor; kurz, das ganze deutsche Heerwesen war damals in einer so trostlosen Lage, daß der sachverständige General von Radowitz sein Urteil darüber dahin abgab: „es sei in einem solchen Zustande, daß eine Beschleunigung der deutschen Kontingente eine Unmöglichkeit, daher die deutschen Grenzländer während einer kostbaren Zeit dem feindlichen Angriff gänzlich preisgegeben gewesen wären.“

Und nun erst im Münzwesen! Da gab es diverse „Heller“ oder „Pfennige“, „Kupferkreuzer“ von der Größe der heutigen wieder abgeschafften Nickel-Zwanzig-Pfennigstücke, kleine „silberne Kreuzer“, „Dreikreuzer“, „Sechskreuzer“, halbe und ganze „Gulden“ (zu 30 resp. 60 Kreuzer), „Zweiguldenstücke“, „preußische und kurhessische Pfennige“, „Silbergroschen“, „Kastenmännchen ($2\frac{1}{2}$ Sgr.), $\frac{1}{6}$ und $\frac{1}{3}$ und ganze „Thaler“, „Brabanderthaler“, „Kronenthaler“, „Vereinsthaler“ ꝛc. und dabei noch eine Menge

---

Reaktion sowohl, wie auch den Quertreibereien der republikanischen Minderheit nicht gewachsen, ging schließlich zu den mit Österreich liebäugelnden „Großdeutschen“ über, wurde 1864 als großherzoglich hessischer Gesandter an den Hof nach Wien berufen und wurde nach Aufhebung dieses Postens 1872 pensioniert. Heinrich von Gagern starb am 22. Mai 1880 zu Darmstadt, fast vergessen, — nur Wenige seiner Zeitgenossen waren noch seiner großen Verdienste eingedenk!

falsches Geld, — selbst mit Wissen des betr. Landesherrn falsch! — Gold war eine Rarität!

So waren beispielsweise namentlich die „Koburger Sechskreuzerstücke“ sehr verpönt und nach und nach außer Kurs gesetzt. Da geschah es eines Abends zu Darmstadt, daß eine Oper des sehr musikalisch veranlagten Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha im Hoftheater zur Aufführung kam, wenn ich mich recht erinnere „Casilda“, als ein Herr an die Theaterkasse trat und ein Billet für den Sperrsitz verlangte und dasselbe mit lauter falschen Koburger Sechskreuzer-Stücken bezahlen wollte. Selbstverständlich wies der Kassierer solches Ansinnen zurück und verlangte landläufiges gutes Geld. Da meinte der Herr: „Na, bei der Koburger Oper muß man doch seine Sechskreuzerstücke los werden können“ rc. Eine lebhafte Auseinandersetzung folgte, und der komplette Auflauf mit seinem obligatorischen Polizeiaufwand war fertig, so daß der Herr in dem entstandenen Gedränge noch rechtzeitig das Weite suchen konnte. Daß dies Vorkommnis damals viel Heiterkeit bei den Darmstädtern erregte, läßt sich denken, und der Volkswitz fand alsbald auch eine Parallele zwischen den falschen Sechskreuzerstücken und der nahezu durchgefallenen Oper des Herzogs Ernst II. von Koburg heraus. Doch Großherzog Ludwig III. war, wie sein Großvater, ein großer Theaterfreund, und mit dem Koburger Herzog befreundet, — so blieb der vom Hof gewünschte Beifall der Residenzler nicht aus. Ob er aber zu einer Wiederholung hinreichte, ist mir nicht erinnerlich.

Der Mangel an politischer Einheit sollte sich so recht in den „tollen Jahren“ von 1848 und 1849 zeigen. Bald spukte es in Berlin oder Wien, bald in Leipzig oder Köln, bald im Norden, bald im Süden, aber nirgends zeigte sich eine elementare Bewegung mit den einheitlichen Gedanken einer gemeinsamen Sache. Ueberall meistens einseitige Beweggründe und tollkühne planlose Veranlassung zu einer blutigen erfolglosen Erhebung, überall kleinliche — oft ganz lokale — Sonderinteressen, ohne Zusammenhang, ohne eine vernünftige, ersprießliche Aussicht für die politische Machtstellung Deutschlands, für seine Einheit und Freiheit! Von den

Intriguen und Quertreibereien, welche von Oben und Unten es möglich machten, daß schon nach einigen Monaten der „glorreichen" Erhebungen die Reaktion wieder einsetzen konnte, und nach noch nicht ganz zwei Jahren der schöne Traum von einer deutschen Einheit und Zentralisation mit all den frohen Hoffnungen von des „Vaterlandes Größe und Freiheit und des Volkes Glück" zerstört wurde. Die planlose, gewalttätige, terroristische Art der einzelnen Volkserhebungen, die mehrfach zu Tag getretene verabscheuungswürdige Schreckensherrschaft, die dem freien, ruhig denkenden Bürger mit der Zeit zum Greuel wurden und ihn für seine und des Vaterlandes Zukunft besorgt machten, haben es hauptsächlich, ja einzig und allein verschuldet, daß all diese Erhebungen, all das vergossene Blut sich keinen unmittelbaren Erfolg sichern konnte.

Große, herrliche, erhabene Ideen bewegten damals die Zeitgenossen, aber nach all diesen Enttäuschungen haben Viele, die vorher für ihre Ideale gestritten und gelitten hatten, das Vertrauen zu ihrer Sache, vornehmlich aber zu der politischen Reife des Volks, verloren und zogen sich von jeder weiteren Beteiligung zurück, und Diejenigen, welche ausharrten, an ihren ursprünglichen Bestrebungen festhielten, sie fanden nur selten noch Gelegenheit, für ihre Ideale schöpferisch einzutreten. Sie sind im Zeitstrom spurlos verschollen, und die „neue Welt" hatte keinen Raum mehr für sie; und heute gedenkt man kaum noch Ihrer und weiß nicht zu würdigen, daß sie — jene Helden der dreißiger und vierziger Jahre — ein volles Menschenalter lang für ihre freiheitlichen Ideen, für ihre uneigennützigen Bestrebungen, für des Volkes Wohlfahrt und des Vaterlandes Einheit, Freiheit und Größe viel erduldet, und daß sie durch Wort und Schrift und ihre parlamentarische Tätigkeit die heutige Gestaltung Deutschlands vorbereitet, ganz gewiß aber wesentlich zur Ausbildung der politischen Reife der Nation beigetragen haben.

Interessant und treffend ist das ebenso scharfe als umsichtige Urteil, welches Heinrich v. Gagern, der spätere Präsident der deutschen Nationalversammlung, einmal — lange vor

1848 — als Abgeordneter in der hessischen Ständekammer sprach, als er den jämmerlichen Geist geißelte, der überall im deutschen Vaterlande das Zustandekommen auch der zweckmäßigsten und notwendigsten Reformen verhindere: „Es ist dies der Fluch", hatte er ausgerufen, „der auf Deutschland lastet, daß, wenn auch bei der höhern Bildung, welche das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit vor allen anderen Nationen voraus hat, die Mehrheit in der Doktrin den glänzendsten Sieg erfochten hat, doch deren Verwirklichung stets an den kleinlichsten Rücksichten scheitert, und selbst das bestehende, seit lange her anerkannte Gute, aus solchen Rücksichten angefeindet und bedroht wird. Man verfolgt die Jugend, man bedroht die Universitäten mit der Aufhebung, weil einige studierende Jünglinge politische Exzesse begehen, man will die Geschworenengerichte nicht, weil in Landau einige Schreiber, einige Gelehrte über angeschuldigte Preßvergehen von Geschworenen freigesprochen worden sind. Meine Herren, noch einmal gebrauche ich diesen Ausdruck, das ist der Fluch, der auf Deutschland lastet, daß durch solche Rücksichten einer erbärmlichen Philisterei, namentlich in den kleineren deutschen Staaten, diejenigen, welche an der Spitze der Geschäfte stehen, bestimmt und geleitet werden!"

Auch Robert Blum*), der „Freidenker" und gefeierte Führer der „Deutschkatholischen Bewegung" in Sachsen, entwickelte damals in nachfolgender treffender Weise Auffassung und Stimmung des Volks in den vierziger Jahren:

„Auch die Deutschen waren ja einst ein großes, starkes, geachtetes, herrliches Volk, welches oft den Ausschlag gab auf der Wage der Geschichte und durch seine sittliche und materielle

*) Ich entnehme diese Weihnachtsbetrachtung Robert Blums einer Abhandlung, welche er **1847** in Leipzig unter dem Titel: „Die Fortschrittsmänner der Gegenwart" — eine „Weihnachtsgabe für Deutschlands freisinnige Männer und Frauen" herausgab, und in welcher er Männer, wie E. M. Arndt, Heinrich v. Gagern, Itzstein, Jacoby, Simon und Uhland in wahrhaft erhebender Weise feierte und deren Ideen und Bestrebungen dem deutschen Volke zur Nacheiferung und Verwirklichung ans Herz legte.

Kraft den Gang der Welt bestimmte. Durch ein Gemisch von Schuld und Unglück gesunken bis zur vollständigen Unbedeutendheit, bis zum moralischen Falle und der tiefsten nationalen Schmach, gerieten auch sie in die Sklaverei der Fremden, trugen sie das Joch der Willkürherrschaft. Sie haben sich erhoben und das Joch abgeworfen, haben mehr getan, als die Israeliten unter Moses, die ihrem Eroberer und Unterdrücker Raum machten und ihm das Land überließen; die Deutschen trieben ihre Dränger und Eroberer hinaus aus dem Lande und machten dasselbe frei. Aber wir sind noch kein starkes und freies Volk dadurch geworden, das neue Leben, welches dem freien Boden entkeimte, siecht noch matt und traurig dahin, weil ihm der Raum fehlte zur urwüchsigen Entwicklung; die knechtende alte Satzung ist nicht überwunden mit dem äußern Feinde und vergebens ringen wir nach der Stellung im großen Völkerleben, die unsere Gegenwart mächtig, unsere Zukunft hoffnungsreich, unsere notwendige und natürliche Volksentwickelung sicher macht. Das Zauberwort, welches den Bann löst, der auf unserem Dasein ruht und eine neue bessere Ordnung der Dinge hervorruft, ist noch nicht gefunden. So wird das Fest freudiger Erinnerung auch noch ein Fest inniger Sehnsucht, die schmerzlich sein würde, wenn sie sich nicht mit der Zuversicht paarte, daß kommen muß, was so tief in der innern Notwendigkeit der Geschichte und im Herzen des Volkes wurzelt."

Nun gar noch die Verschiedenartigkeit des Charakters und der Lebensanschauung zwischen den deutschen Völkerschaften im Norden und Süden des gemeinsamen Vaterlandes! In Süddeutschland mochte man allgemein den Norddeutschen, insbesondere aber den Preußen nicht leiden, und das preußische Junkertum war damals, wie auch heute noch, in allen Schichten der Bevölkerung geradezu verhaßt. Das preußische Militär hatte es durch sein oft recht arrogantes, herausforderndes und die süddeutsche Art verletzendes Wesen meistens selbst verschuldet, daß es so unbeliebt war, und die Ausschreitungen Einzelner wurden als Eigenart und Verschulden einem ganzen Volke angerechnet. Auch kam bei den preußischen adeligen Offizieren noch die unleugbare

hochmütige Abgeschlossenheit gegen alles Bürgerliche hinzu, so daß alles, was von Norddeutschland — von Preußen kam, bei den Süddeutschen mit Mißtrauen und Widerwillen aufgenommen wurde. Bei den Gebildeten herrschte hierin zwar eine gewisse Zurückhaltung, denn sie waren wenigstens insoweit gerecht, als sie erkannten, daß nur Preußen stets die deutsche Ehre und das Gesamtinteresse gewahrt hatte, wie kein anderer Staat des deutschen Vaterlandes, und dies zu einer Zeit, als Deutschland für das Ausland doch nur ein geographischer Begriff war. Aber nichtsdestoweniger hatte der Süddeutsche fast durchgehends eine ausgesprochene Abneigung und Voreingenommenheit gegen das Preußentum. Es bestand z. B. von jeher zwischen dem preußischen Militär und der Mainzer Bürgerschaft eine gewisse Gereiztheit, die sich oft in recht drastischer Weise Luft machte. So erinnere ich mich aus jener Zeit eines Vorfalles, der damals viel Heiterkeit erweckte, obwohl er nicht danach angetan war, den Beteiligten zur Ehre zu gereichen.

Saß da in einem der vornehmen Hôtels in der damaligen Rheinstraße zu Mainz ein wohlhabender Mainzer Bürger und las seine Zeitung, als mit einemmal vier preußische Offiziere, laut redend und lachend den Saal betraten und sich, ohne auf den vorhandenen Gast Rücksicht zu nehmen, mit widerwärtigem Geräusch an einem Tische niederließen.

„Kellner! Eine Flasche Sekt und vier Gläser!" befahl einer der Herren. Die Art der Aufforderung mag wohl den Mainzer Gast geärgert haben, denn er rief möglichst ostentiös dem davoneilenden Kellner nach:

„Für mich vier Flaschen Sekt und ein Glas!"

Da verstummten mit einemmal die Herren Offiziere, sahen sich ob dieser rohen Provokation einen Augenblick unschlüssig an, erhoben sich dann wie auf Kommando und begaben sich in das Nebenzimmer, dessen Tür sie schlossen und wo sie gewiß ungestört zechen konnten, während der biedere Mainzer über seine vier Flaschen Sekt verfügte. — Das Beispiel zeigt so recht, wie wenig beliebt der preußische Offizier in Mainz war, und erklärt so manche Widerwärtigkeit der späteren Zeit.

So auch ein Vorkommnis, welches ich im Frühjahr 1848 in Heidelberg miterlebte. Ich war damals bei meinem Onkel, dem Direktor des dortigen Lyzeums, Professor Hautz*), auf Besuch und hatte Gelegenheit, das nachfolgende Ereignis aus unmittelbarer Nähe wahrzunehmen:

Die Preußen hatten Heidelberg besetzt und die Bürgerschaft war mit Einquartierung überladen und litt unter dem Druck der revolutionären Bewegung, von der sie in der Mehrzahl nichts wissen wollte. Da traf es sich eines Tags, daß ein preußischer Hauptmann und eine vornehme Heidelbergerin gleichzeitig in einem Laden Einkäufe machten. — Die Dame schien mit der vorgelegten Ware oder mit dem Preis nicht einverstanden, kurz, sie bediente sich ablehnend dem Kaufmanne gegenüber des in Süddeutschland sehr gebräuchlichen Ausrufs: „Nein, um keinen Preis!" Der Herr Hauptmann hörte diese Worte und faßte sie so auf, als handle es sich um einen „Preußen". — Nervös erregt stellte er die Dame dieserhalb zur Rede und veranlaßte sogar deren Verhaftung durch eine preußische Patrouille. Auf der Wache klärte sich die Sache alsbald durch das Dazwischentreten und die Fürsprache angesehener Heidelberger Bürger auf. Aber der Vorfall erregte viel Ärgernis, war ein Zeichen der Zeit und ermahnte zur Vorsicht. Solche und ähnliche Vorkommnisse haben natürlich die einmal vorhandene Voreingenommenheit gegen die Preußen nur noch verschärft.

So ernst die Zeitverhältnisse waren, so kam doch auch zuweilen der Humor zur Geltung.

Beim Befestigen einer schwarz-rot-goldenen Fahne in den Märztagen 1848 meinte ein Arbeiter:

„Wenn nor de Klobe hält
Un die Fahne net runner fällt!"

Worte, welche damals viel belacht und sogar als Überschrift und Motto benützt wurden.

---

*) Verfasser verschiedener Geschichtswerke über die Heidelberger Universität 2c.



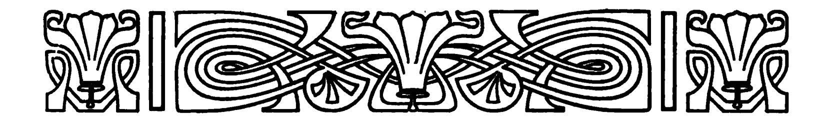
Wie in der ersten Zeit der Revolution in allen Teilen des Vaterlandes Volksversammlungen abgehalten und die politischen Tagesfragen besprochen wurden, so auch in Heidelberg, wo sich namentlich ein Professor der Universität regelmäßig durch langwierige Auseinandersetzungen unlieb bemerkbar machte. Einstmals begann er seine Rede mit den Worten: „Da las ich“ — was eine lebhafte Heiterkeit und witzige Bemerkungen bei dem Auditorium erregte, und ihm eine Fortsetzung seiner begonnenen Rhetorik unmöglich machte, und ihn veranlaßte, für die Folge nie mehr eine Volksversammlung zu besuchen; aber der Volkswitz hatte ihm von der Zeit an den Spitznamen eines „Herrn von Dalasich“ gegeben.

Zum Glück ist es nach dem Siebziger Feldzug erfreulicherweise besser geworden und jene preußenfeindliche Stimmung in Süddeutschland so gut wie ganz geschwunden. Haben ja doch die Nord- und Süddeutschen gemeinsam, Schulter an Schulter, 1870—71 für die Ehre und Freiheit des deutschen Vaterlandes gekämpft, und jene abstoßende unsympatische Art sich öffentlich zu geben, liegt heute weit hinter uns.

Doch in den Jahren 1848 und 1849 konnte man in allen Gegenden Süddeutschlands die Kinder und wohl auch Erwachsene den Refrain singen hören:

„Hecker, Struve, Robert Blum,
Kommt und bringt die Preußen um!“





II.

Der Thronwechsel in Preußen.

Am 7. Juni 1840 war Friedrich Wilhelm III. gestorben, nachdem er zweiundvierzig Jahre lang den preußischen Staat im größten Verfall und in glänzendstem Aufstreben gesehen hatte. Ihm folgte sein ältester Sohn Friedrich Wilhelm IV. als König von Preußen. Große Hoffnungen hatte man sowohl in Preußen, als überhaupt auch im ganzen deutschen Vaterlande auf die Thronbesteigung dieses geistreichen und volksfreundlichen Monarchen gesetzt. Waren ja doch seine einstmals gesprochenen Worte: „daß er als Kronprinz der erste Edelmann des Reiches gewesen sei — als König werde er dessen erster Bürger sein“, schon längst in Aller Mund, und eine Gewähr dafür, daß er den freiheitlichen Bestrebungen seines Volks, nicht wie sein Vater, ein absolutistischer Gegner sein werde.

Friedrich Wilhelm IV. galt als der geistreichste Fürst seiner Zeit; sein beißender Witz war allgemein bekannt und bei den Berlinern sprüchwörtlich geworden; dabei gab er sich mit bezaubernder Liebenswürdigkeit gegen Jedermann. In allen Wissenschaften und Künsten wohlerfahren, pflegte er sie sowohl an seinem Hofe, wie er anderenteils auch bestrebt war, den bedeutendsten Gelehrten der Zeit Gelegenheit zu geben, ihr Wissen und Können weiteren Kreisen zugängig zu machen.

Schon die ersten Verfügungen nach seiner Thronbesteigung entsprachen den seit langer Zeit auf den Kronprinzen gesetzten

Hoffnungen. So erließ er, wie bereits erwähnt, eine Amnestie für politisch Verurteilte, setzte den, wie viele andere gemaßregelten patriotischen Sänger der Freiheitskriege, E. M. Arndt, wieder in seine Professur ein; berief die liberaldenkenden Eichhorn und Boyen, den Organisator der Landwehr, ins Ministerium, die Gebrüder Jacob und Wilhelm Grimm nach Berlin, ernannte Dahlmann zum Professor an der Universität Bonn, was ihm sein königlicher Vetter in Hannover sehr verübelte, und zog Größen der Wissenschaft und Kunst, wie Schelling, Friedr. Rückert, Tieck, Cornelius, Mendelsohn-Bartholdy u. a. in seine Nähe, und suchte an dem quasi unter „Reichsacht“ gestellten Turnvater Jahn wieder gut zu machen, was die schwere Zeit der Reaktion an ihm gesündigt hatte. Er ließ durch Maßmann die Turnanstalten neu einrichten, gewährte der Presse eine freiere Bewegung; auch gestattete er den in seinen Staaten unterdrückten Zeitungen — namentlich den französischen — wieder zu erscheinen, und hob das Verbot der Aufführung gewisser freiheitatmender Dramen, wie Egmont, Don Carlos, Tell, Die Räuber u. s. w. auf den Berliner Theatern auf. Im Weiteren war er auch bemüht, den unter der vorigen Regierung entstandenen Streit mit der römischen Kirche beizulegen und verfügte, daß für dogmatische Erlasse des Papstes fortan lediglich eine Mitteilung an die Staatsregierung genügte.

All diese Maßregeln machten bei der Masse des Volkes den hoffnungsvollsten Eindruck und erfüllten alle Patrioten mit den kühnsten Erwartungen.

Hans von Bunsen, der bedeutende Theolog, Gelehrte und Sprachforscher prophezeite dem König Friedrich Wilhelm IV. schon als Kronprinzen, bei seinen „großen und herrlichen Absichten“, dessen „Kenntnis und Fähigkeit in alles Einzelne einzugehen, jede Sache nach allen Seiten hin zu erwägen und das Beste zu behalten“, eine große Zukunft für seine einstmalige Regierung. Bunsen feierte ihn damals sogar in einem überschwänglichen Gedichte: „Asträa“.

Friedrich Wilhelm III. hatte seinem Sohne eine Art von politischem Testament: „An meinen lieben Fritz“ hinter-

lassen, worin er ihn ermahnte, sich zu keinen unpraktischen Neuerungen verleiten zu lassen, aber auch nicht an zu starrem Hangen am Alten zu bleiben; zur Erhaltung des Friedens beizutragen und an der Allianz mit Österreich und Rußland festzuhalten.

Friedrich Wilhelm IV. ließ das Testament bei seiner Thronbesteigung publizieren und fügte eine Einleitung bei, in welcher er u. a. sagte:

„Der Heldenkönig ist dahin, ich bitte Gott, daß er die Liebe des preußischen Volkes auf mich übertrage. Ich bin entschlossen, in den Wegen meines Vaters zu wandeln; ich bete um die Erhaltung des Friedens; sollte diese aber nicht möglich sein, so vertraue ich, daß mein Volk sich wie Ein Mann um mich scharen wird, wie es einst sich um meinen Vater geschart hat."

Ein eigentliches Programm für seine Regierung hatte Friedrich Wilhelm IV. nicht ausgegeben, er kleidete dasselbe vielmehr in gelegentlichen schwungvollen Reden ein — und er war von hinreißender Beredsamkeit, sprach gern und viel in salbungsvollen Redewendungen, aber man wußte, daß das, was er sprach, aus dem Grunde seines Herzens kam und eine ehrliche, aufrichtige Grundlage hatte. Um so befremdeter waren seine teilweisen Äußerungen zu Königsberg gelegentlich der Huldigungsfeier der Stände in ihrer späteren Auslegung, so daß sie nach keiner Seite vollkommen befriedigten. — Wohl hatte er da, wie er auch schon anderwärts hervorgehoben, betont, daß es ihn stets freuen werde, überall die Wahrheit zu hören, selbst auch dann, wenn sie Unangenehmes für ihn enthalte. Doch ist er diesem Ausspruch nicht immer treu geblieben.

Alsbald schon nach seinem Regierungsantritt — Anfangs September — reiste der König nach Königsberg, um die Huldigung der dortigen Stände entgegenzunehmen. — Vorher schon hatten diese den fast einstimmigen Beschluß gefaßt, den König anstatt um Bestätigung von Privilegien, „die nur dem Teile, nicht dem Ganzen zugute kommen würden", zu bitten: „gemäß der Verordnung Friedrich Wilhelms III. vom 22. Mai 1815,

einer zu Berlin zu ernennenden Kommission, mit Zuziehung der Provinzialstände, die Ausarbeitung einer schriftlichen Urkunde, als Verfassung des preußischen Reichs, nach den in besagter Verordnung festgestellten Grundsätzen auftragen und diese Verfassung der preußischen Nation huldreichst verleihen wolle."

Friedrich Wilhelm IV. antwortete auf diese ihm eingereichte Denkschrift der Stände gelegentlich des Landtagsabschiedes am 9. September, daß er in derselben „den Ausdruck edelster und reinster Gesinnung angestammter Treu von Neuem erkenne, welche die Stände in schwerer und guter Zeit stets mit der Tat bewährt hätten." — „Zur Hebung jedes künftigen Zweifels und Mißverständnisses sich darüber mit dem ganzen offenen Vertrauen aussprechen, welches das Verhältnis deutscher Fürsten ihren deutschen Ständen gegenüber von Alters her bezeichnet habe." — Der König schloß: „Unsere getreuen Stände! — können im vollsten Maße unseren Absichten über die Institution des Landtags vertrauen."

Wer sollte da zweifeln?!

Und bei Abnahme des Huldigungseides und der Treu der Stände führte der König noch in feierlichem Tone aus: „Vor Gottes Angesicht und vor allen diesen lieben Zeugen gelobe er, ein gerechter Richter, ein treuer, sorgfältiger, barmherziger Fürst, ein christlicher König sein zn wollen, wie sein unvergeßlicher Vater es gewesen. — — Er wolle Recht und Gerechtigkeit mit Nachdruck üben ohne Ansehen der Person; er wolle das Beste, das Gedeihen, die Ehre aller Stände mit gleicher Liebe umfassen, pflegen und fördern. Alle Konfessionen seiner Untertanen seien ihm gleich heilig; er werde Allen ihre Rechte zu schützen wissen. So möge Gott das preußische Vaterland sich selbst, Deutschland und der Welt erhalten, mannigfach und doch Eins, wie das edle Erz, das, aus vielen Metallen zusammengeschmolzen, nur ein einziges, edles ist, keinem anderen Roste unterworfen, als allein dem verschönernden der Jahrhunderte."

Die Begeisterung, mit der diese Rede des Königs aufgenommen wurde, war groß, doch die Hoffnungen, welche man

daran knüpfte, waren geteilt. Nur zu bald sollten die Zweifler Recht behalten.

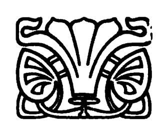
Nach Berlin zurückgekehrt, war eine seiner ersten Regierungshandlungen, „etwaigen irrigen Auffassungen" seiner Königsberger Worte zu begegnen, indem er unterm 4. Oktober in einer Kabinetsordre die vollständige Veröffentlichung der Königsberger Aktenstücke befahl, „um jeder irrigen Ansicht entgegenzutreten, als ob der König durch den Landesabschied seine Zustimmung zu dem in der ständischen Denkschrift enthaltenen Antrage auf Entwicklung der Landesverfassung im Sinne der Verordnung vom 22. Mai 1815 ausgesprochen hätte."

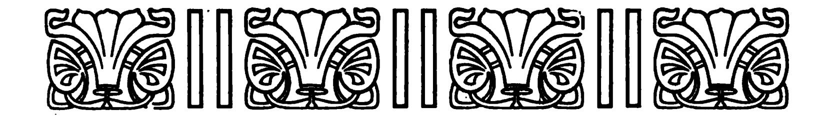
Das war ein harter Schlag für alle Patrioten, sowohl in Preußen selbst, als auch im ganzen deutschen Vaterlande, wo man auf die liberalen Anschauungen des Königs Friedrich Wilhelm IV. so zuversichtlich gebaut hatte, daß durch sein Vorgehen und Vorbild die anderen Staaten nicht zurückbleiben würden.

Die streng absolutistische Denkweise des Königs trat nun alsbald auf's unzweideutigste hervor, und daß er schwer zugängig, von seiner einmal gefaßten Meinung abzubringen war, zeigte sich für die Folge immer mehr und mehr. Dazu kam, daß sich die Presse in scharf kritischer Weise auf den Standpunkt der Königsberger Stände stellte und dringend nach einer liberalen Verfassung verlangte. Unter anderen hatte auch ein junger jüdischer Arzt, Dr. Johann Jacoby aus Königsberg, es gewagt, dem Könige seine in diesem Sinne verfaßte Schrift persönlich zu überbringen, und hatte dies zu büßen, indem Friedrich Wilhelm IV. entgegen seinem einstmals gegebenen Versprechen die Schrift sofort dem Staatsanwalt einhändigen ließ, der dann auch unverweilt einen Hochverratsprozeß einleitete. Dr. Jacoby wurde in erster Instanz zwar zu mehrjähriger Haft verurteilt, jedoch auf seine Berufung an das Kammergericht von diesem freigesprochen.

Friedrich Wilhelm IV. war, wie der große Alexander von Humboldt in seinen Briefen an Varnhagen sich ausdrückte, „mit nichts, als mit seinen Phantasien beschäftigt, und

diese gehen meist auf Geistliches, Kirchliches hinaus, Gottesdienst, Kirchenbauten, Missionen und dergleichen." — Statt großer Staatsmänner hatte der König, nach Humboldt's beißender Bemerkung, „Hofphilosophen, Missionsministerinnen, Hoftheologen und Überraschungsprediger" um sich, und seufzend schrieb Humboldt: „Im Vergleich mit der Elendigkeit, die uns umgibt, stellen sich sogar die Leute des Wiener Kongresses, die wir einst ungerecht beurteilt haben, in ihrem Versuch, Europa zu konstituieren, als große Staatsmänner dar. -- Kunst und Phantasie auf dem Throne, fanatische Gaukelei umher und heuchlerischer Mißbrauch und Spielerei!"





III.

Kriegsdrohungen Frankreichs.

Hatten schon in den dreißiger Jahren der Zollverein und der sich immer mehr entwickelnde Eisenbahnverkehr die deutschen Völkerschaften auf kommerziellem Gebiete näher geführt, so sollte gleich zu Anfang der vierziger Jahre ein politisches Ereignis dieselben an ein gemeinsames Interesse der einheitlichen Zusammengehörigkeit erinnern.

In Frankreich waren wieder die alten Kriegs- und Eroberungsgelüste erwacht. Der geistreiche Geschichtsschreiber und Politiker Louis Adolphe Thiers wurde am 1. März 1840 wieder Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen. Als solcher erlangte er von England die Erlaubnis, die Leiche des großen Kaisers Napoleon I. von St. Helena nach Frankreich zurückzuführen, wodurch er sich die Sympathie von ganz Frankreich verschafft hatte. Thiers kannte die Neigungen seiner leichtlebigen Landsleute, daß er, indem er die Traditionen dieses glorreichen Namens wieder erweckte, zugleich die Kriegs- und Kampfeslust des französischen Volkes entfesselte.

Im Orient hatte Thiers eine Niederlage seiner Politik erlebt, indem er der sogenannten Quadrupelallianz der Großmächte vom 15. Juni 1840 entgegengetreten, den rebellischen Mehamed Ali von Ägypten gegen die Türkei unterstützt hatte, schließlich aber Frankreich dadurch derart isolierte, daß die öffentliche Meinung daselbst notwendig einen Ersatz benötigte, der dem ruhmbedürftigen französischen Nationalgefühl entsprach.

Als das nächstliegendste und bequemste Objekt für die Befriedigung der Rache- und Kriegsgelüste der Nation bot sich Deutschland, oder vielmehr Preußen dar. Thiers und seine Organe in der Presse wußten diese kriegerischen Neigungen der Franzosen mit Erfolg zu schüren, — und alsbald fand die Losung: „An den Rhein", — „Erwerbung des linken Rheinufers" durch ganz Frankreich Widerhall, und fanatisierte das Volk in der Erinnerung an Napoleon I., sowie an die Machtstellung, welche die Nation einstmals eingenommen hatte.

Da König Louis Philipp aber vor einem Kriege zurückscheute, gab Thiers am 20. Oktober 1840 seine Entlassung, und sein Nachfolger, der friedliebende Guigot, wußte durch geschickte diplomatische Züge die drohende Kriegsgefahr für Deutschland zu beseitigen.

Aber in Deutschland hatte das Bekanntwerden der französischen Gelüste in allen Schichten der Bevölkerung die Anregung gegeben, die freche Anmaßung mit einmütiger Kraft zurückzuweisen. Man erinnerte sich der patriotischen Gesänge eines Arndt, Theodor Körner, Friedrich Rückert, Schenkendorf und Anderer, und in allen Schulen, Gesangvereinen und Gesellschaften erklangen jene Weisen nationaler Begeisterung, und in Einmütigkeit und voll Mannesmut harrte man des Vorgehens gegen den Erbfeind jenseits der Rheinlande und fühlte sich einigermaßen enttäuscht und „verstimmt", als aus der Sache nichts wurde. Für Frankreich selbst aber bot die patriotische Kampfesluſt im sonst so geduldigen Deutschland eine Lehre und Warnung, so daß das Begehren nach dem linken Rheinufer bald verstummte.

Gewaltigen Eindruck machte auf das Ausland die allgemeine Begeisterung, welche die deutschen Völker bei dieser Kriegsgefahr von Frankreich ergriffen hatte. Man erkannte mit Überraschen und Erstaunen, daß man es nicht mehr mit den ehemaligen Deutschen zu tun hatte, die sich jahrelang den Interessen des Auslandes gefügig gezeigt und zum Gespött der fremden Nationen geworden waren. Man erkannte, daß der patriotische Geist der Freiheitskriege noch fortlebte nnd in die

Denkweise der jüngeren Generation übergegangen war. — In Köln ward bei der Feier des königlichen Geburtstages am 15. Oktober im Theater ein patriotisches Lied: Das „Rheinlied", von der Bühne aus angestimmt und vom Publikum stehend mit lautem Jubel demonstrativ begleitet. So gering der dichterische Wert desselben auch ist — Nikolaus Becker, ein junger Beamter, war der Verfasser — es traf den Kern des Volksgefühls, indem es die französische Anmaßung mit aller Kraft zurückwies.

Das „Rheinlied" von Nikolaus Becker lautet:

„Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien deutschen Rhein,
Ob sie wie gier'ge Raben
Sich heiser danach schrei'n.

So lang' er ruhig wallend
Sein grünes Kleid noch trägt,
So lang' ein Ruder schallend
In seine Wogen schlägt.

Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien deutschen Rhein,
So lang' sich Herzen laben
An seinem Feuerwein.

So lang' in seinem Strome
Noch fest die Felsen steh'n,
So lang' sich hohe Dome
In seinem Spiegel seh'n.

Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien deutschen Rhein,
So lang' dort kühne Knaben
Um schlanke Dirnen frei'n.

So lang' die Flosse hebet
Ein Fisch auf seinem Grund,
So lang' ein Lied noch lebet
In seiner Sänger Mund.

Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien deutschen Rhein,
Bis seine Flut begraben,
Des letzten Mann's Gebein.

Da stutzte man wohl in Frankreich ob der patriotischen Gesinnung der Deutschen und der unerwarteten Aufnahme des anmaßlichen Begehrens seiner Kriegspartei, und der bedächtige König Louis Philipp war froh, als sich die Kampfeswut seines Volkes legte, denn er hatte von allem Anfang an kein rechtes Vertrauen zu seinem kriegerischen Lärmen.

Thiers hatte vorher schon durch seine geheimen Agenten in den Rheinlanden, wo der Kölner Bischofsstreit bei der zahlreichen katholischen Bevölkerung ohnehin Unzufriedenheit erweckt hatte, die Stimmung des Volks kennen zu lernen gesucht und war, durch seine Spionen irregeleitet, tatsächlich der Meinung, daß es da keine großen Schwierigkeiten haben könne, die einstmals und noch vor nicht ganz fünfzig Jahren — ein Menschenalter französisch gewesenen Rheinlande wieder zu erlangen. Leider kann nicht in Abrede gestellt werden, daß ein großer Teil der Bevölkerung um jene Zeit noch an der französischen Herrschaft hing; und noch kurz vor 1866 habe ich in Mainz, Köln und Koblenz, ja, selbst auch auf dem Lande, Leute gehört, die in in ihrer Gesinnung mehr französisch als deutsch waren, und eine Rückkehr der Franzosen nicht ungern gesehen hätten. Zu verwundern war es ja auch bei den trostlosen politischen und wirtschaftlichen Zuständen in Deutschland nicht! — In den Rheinlanden, wie überhaupt am linken Rheinufer, bestanden noch die liberalen französischen Gesetze, und Viele waren unter der Fremdherrschaft in den Kriegsjahren zu Vermögen, zu Ansehen, — ja zu Reichtümern gelangt, was ihnen bei Deutschland unter den neuen Verhältnissen entging. Die Masse des Volks aber war gut deutsch und stellte sich einmütiglich gegen die französische Anrempelung.

Bei der Jugend aber hatte diese patriotische Stimmung des deutschen Volks erhebenden Widerhall gefunden, und ein wahrhaft kriegerischer Geist hatte sich ihrer bemächtigt, der sich in ihren Spielen zum Ausdruck brachte. Nicht genug, daß in den Schulen Beckers „Rheinlied“ zu wiederholten Malen gesungen wurde, und das Arndt'sche: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ mit Begeisterung erklang, auch die Lehrer ließen sich keine

Gelegenheit vorübergehen, die Vaterlandsliebe der Schüler durch die Schilderung der „Franzosennot", der Freiheitskriege zu belehren und anzuregen, sie für Freiheit und Einheit zu entflammen und zu ermahnen, eingedenk der Heldentaten ihrer Väter, jederzeit als gute, tapfere Deutsche für des Vaterlandes Schutz und Macht einzustehen.

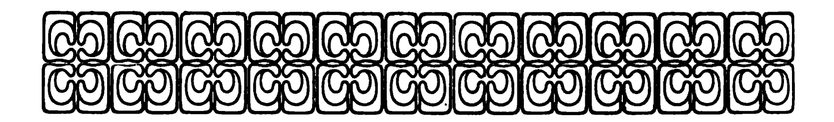
Aber noch ein anderes Lied von späterer historischer Bedeutung war damals (1840) entstanden: Das von Max Schneckenburger gedichtete

„Es braust ein Ruf wie Donnerhall,
Wie Schwertgeklirr und Wogenprall,
Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein,
Wer will des Stromes Wächter sein" u. s. w.

Wohl wurde das Lied schon 1840 häufig gesungen, aber zum eigentlichen National- und Kriegsgesang wurde es erst im Sommer 1870 beim Beginn des deutsch-französischen Krieges durch die Komposition (1854) von Karl Wilhelm.

So hatte die Kriegsdrohung Frankreichs nur gute Früchte beim deutschen Volke gezeitigt und die einzelnen Stämme an ihr gemeinsames Interesse und ihre politische Zusammengehörigkeit erinnert. Und das war von Segen! Denn die öffentliche Meinung war nun aus ihrem Schlafe erwacht, war eine Macht geworden, die künftighin ihr Gewicht in die Wagschale werfen konnte.





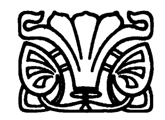
IV.

Der Brand zu Hamburg.

Von gleicher Bedeutung war auch noch ein zweites Ereignis — ein schweres Unglück, welches in der Zeit vom 5. bis 8. Mai 1842 die freie Hansastadt Hamburg betroffen hatte. Ein furchtbarer Brand zerstörte in dieser Zeit einen großen Teil der inneren Stadt, — überhaupt 4219 Gebäude in 75 Straßen, darunter das Rathaus, drei Kirchen und eine große Zahl öffentlicher Gebäude. Mehr als 100 Menschen kamen bei dem Brande um's Leben und zirka 20,000 wurden obdachlos; der entstandene Schaden war unberechenbar, der Wert der abgebrannten Häuser wurde auf 49 Mill. Mark geschätzt.

Dies schreckliche Unglück, welches Hamburg getroffen, erweckte in allen deutschen Herzen das Gefühl, das Bewußtsein einer großen Brüderlichkeit, und Fürsten wie Völker, reich und arm, jung und alt, alle, alle wetteiferten, dies Gefühl, dies Bewußtsein durch freie Liebestaten zu bezeugen. Und die Gaben flossen reichlich, bei ehrlicher, aufrichtiger Teilnahme, aus allen Teilen Deutschlands ohne Unterschied irgend einer Parteirichtung. — Überall bildeten sich Sammelstellen, um schnelle Hilfe zu spenden; Wohltätigkeitsveranstaltungen, in Theater und Konzerten, entstanden in rascher Folge mit glänzenden Resultaten. Edle Frauen bemühten sich gemeinsam durch Sammlung von Kleidungsstücken, Weißzeug und derartigem Bedarf namentlich der augenblicklich sehr großen Not der von der Katastrophe betroffenen armen Bevölkerung Hamburgs zu steuern.

Wenn auch nicht der ganze Schaden des schrecklichen Brandunglücks auf diese Weise gedeckt werden konnte, so flossen die Gaben doch so reichlich, selbst aus den entlegensten Teilen der Erde, daß gar manche Wunde geheilt, gar manche Not gelindert und der Wohlstand im Laufe der Jahre wieder gehoben, auch war der Kredit der Stadt nicht im geringsten beeinträchtigt worden, so daß Hamburg heute nicht nur eine Perle in der Reihe unserer bedeutendsten Handelsstädte ist, sondern auch im Weltverkehr eine hervorragende angesehene Stellung einnimmt.



V.

Vorgänge auf kirchlichem Gebiete.

Unterdessen hatten sich auch auf kirchlichem Gebiete bedeutende Ereignisse vorbereitet und vollzogen. Sowohl in Preußen, als auch in den anderen protestantischen Ländern Deutschlands hatten die freieren Richtungen im Protestantismus das Übergewicht gehabt, und von Seiten der Regierungen war dieser milden rationalistischen Auffassung der Christuslehre nichts in den Weg gelegt worden. Dieser Strömung gegenüber bildete sich im Laufe der Jahre, durch Hinneigung des Königs Friedrich Wilhelm IV. zu einer positiven kirchlichen Richtung angeregt, ein strenggläubiger Pietismus aus, dem wieder die „Protestantischen Freunde“ — auch „Lichtfreunde“ genannt, ihr freireligiöses Programm entgegensetzten: „Wir stehen auf dem Boden der heiligen Schrift“, erklärten sie, „aber wir legen dieselbe aus im Lichte der Zeit, nach den Bedürfnissen der Gegenwart, mit allen Mitteln der Wissenschaft.“

An der Spitze dieser religiösen Propaganda stand Lebrecht Uhlich, Prediger an der Katharinenkirche zu Magdeburg, der eigentliche Begründer der „Freien Gemeinden.“ Da er das Apostolische Symbolum bei der Taufe nicht nach Vorschrift der Agenda anwendete, wurde er vom Amte suspendiert, worauf er aus der Landeskirche austrat und Pfarrer seiner „Freien Gemeinde“ in Magdeburg wurde. Er war der rechte Mann für diese freiere Auffassung der heiligen Schrift; ein ausgezeichneter, packender Redner und unermüdlicher Agitator für seine Sache.

Die „Protestantischen Freunde" beabsichtigten aber keinen Austritt aus der preußischen Landeskirche, „sie wollten innerhalb derselben als ein bewegendes und treibendes Element wirken, um den Druck zu beseitigen, der auf der freieren Richtung lastete, um dieser wieder zu der Stellung zu verhelfen, die sie so viele Jahre, ja Generationen lang in Preußen eingenommen hatte." Doch dies gelang ihnen nicht; — die überhandnehmende politische Strömung erstarkte in ihrem Einflusse auf kirchlichem Gebiete. So hatte denn die Bewegung der „Lichtfreunde" nicht vermocht, auf die Gestaltung der protestantischen Kirche einen wesentlichen nachhaltigen Einfluß zu üben.

Besseren Erfolg hatte die katholische Kirche in Preußen zu verzeichnen. Die äußerst günstige Wendung, welche der Kölner Bischofsstreit durch die überraschende Nachgiebigkeit der preußischen Regierung seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm IV. genommen hatte, gab der ultramontanen Geistlichkeit willkommene Anregung zu einer Bewegung, die sich als eine großartige Propaganda für Ausbreitung des katholischen Glaubens betätigte und durch reichliche Mittel hierin unterstützt wurde.

Um dieser gegen den Protestantismus gerichteten Strömung einigermaßen zu begegnen, wurde, wie bereits erwähnt, im Jahre 1842 auf gemeinsame Anregung des Superintendenten Großmann zu Leipzig und des Hofpredigers Zimmermann zu Darmstadt der „Evangelische Verein der Gustav Adolf-Stiftung" in's Leben gerufen, der sich bald in einer großen Zahl von Zweigvereinen über das ganze protestantische Deutschland ausbreitete, und in seiner wahrhaft segensreichen Wirksamkeit die Dankbarkeit vieler armen gläubigen Christengemeinden erlangt hat.

Die ultramontanen, jesuitischen Bestrebungen fanden aber vielfachen Widerstand; eine freiere Richtung machte sich selbst bei der katholischen Bevölkerung geltend. So hatte eine Anzahl Katholiken in Schneidemühl, von der Überzeugung ausgehend, daß die Lehre Jesu und seiner Apostel die Lehre der römischen Priester ausschließe, eine Christkatholische Gemeinde

gegründet, und die Bibel für die einzige Quelle des christlichen Glaubens erklärt. Sie verwarfen Cölibat, Fegefeuer und päpstliche Herrschaft, hielten aber fest an dem Dogma der Dreieinigkeit, den sieben Sakramenten und der Messe und wählten 1844 den Priester Johannes Czerski zu ihrem Pfarrer. Derselbe war, weil er sich heimlich mit einer Polin verheiratet, also gegen das Cölibat sich schwer vergangen hatte, nach Schneidemühl versetzt worden; hatte aber, um sich einer vierwöchentlichen strengen Pönitenzhaft zu entziehen, sein Amt niedergelegt, ohne doch aufhören zu wollen, katholischer Christ und Priester nach der Lehre Jesu und seiner Apostel zu sein. Nun trat er auch öffentlich in den Ehestand und ward Mitbegründer der christlichkatholischen Gemeinde auf apostolischer Grundlage.

Da trat zu gleicher Zeit sein Amtsbruder Johannes Ronge mit viel freieren reformatorischen Ideen an die Öffentlichkeit. Er hatte als Kaplan 1843 einen Aufsatz: „Rom und das Breslauer Domkapitel" in den „Sächsischen Vaterlandsblättern" publiziert, war infolge dessen vom Amte suspendiert worden und hatte hierauf bei dem Grafen von Reichenbach auf Laurahütte in Schlesien eine Hauslehrerstelle übernommen. Sein energisches Auftreten gegen die römischen Dunkelmänner, wozu ihm die gleichzeitige Ausstellung des „Heiligen Rocks" zu Trier eine erwünschte Gelegenheit bot, machten ihn mit einemmal zu einer vielgenannten gefeierten Person.

Die auf das Jahr 1844 fallende Säkularfeier des im Trierer Dom aufbewahrten sogenannten „Heiligen Rocks" sollte mit Genehmigung des Papstes zu einer besonders großartigen Feier der Ausstellung dieser Reliquie Anlaß geben, indem die katholische Christenheit zu einer allgemeinen Wallfahrt aufgefordert und ein außerordentlicher Ablaß zugesichert wurde.

So stellte denn der preußische Bischof Wilhelm Arnoldi von Trier „den heiligen Rock Jesu Christi", als eine Arbeit „der Maria, der heiligen Gottesgebärerin", und als eine „wundertätige Reliquie", im dortigen Dome aus. Nach den

Versicherungen der katholischen Partei waren vom 18. August bis zum 7. Oktober 1,200,000 Wallfahrer nach Trier in den Dom gezogen, und 93,391 Thaler als Opfer gespendet worden. Sie waren nicht blos aus Deutschland, auch aus Belgien, aus Frankreich, England, ja, selbst aus Amerika herbeigeströmt, um der „wundertätigen Heilkraft" des „heiligen Rocks" teilhaftig zu werden. Der Glaube hieran wurde noch besonders bestärkt, als eine Nichte des ehemaligen Kölner Erzbischofs, eine Freifrau von Droste-Vischering, beim Anblick der Reliquie angeblich Heilung gefunden haben sollte, und die Kirche machte dabei ein gutes Geschäft, eine Einnahme von mehr als $^1/_2$ Million Mark innerhalb von kaum acht Wochen!

Vergebens erhoben sich gegen diesen Aberglauben des Reliquienkultus viele Gelehrte und aufgeklärte Katholiken, insbesondere zwei hervorragende Professoren der Bonner Universität, Sybel und Gildemeister, indem sie die Unächtheit speziell dieser angeblichen Reliquie mit gelehrten Gründen nachwiesen; — doch ohne Erfolg; — dem Aberglauben war ja von jeher die Masse des Volks zugängiger, als der überzeugungsvollen Wahrheit von Tatsachen, selbst bei geschichtlicher Begründung!

Da erschien in den „Sächsischen Vaterlandsblättern" vom 15. Oktober 1844 ein vom 1. Oktober datierter „Offener Brief" an Bischof Arnoldi in Trier gerichtet, in welchem Johannes Ronge gegen das Trierer „Götzenfest" und die Verführung des unwissenden Volkes energisch protestierte, den Reliquien- und Heiligenkultus scharf tadelte, auch sonst gegen die Satzungen der römisch-katholischen Kirche manches kräftige Wort sagte. So unter anderem:

„Bischof Arnoldi von Trier, ich wende mich an Sie und fordere Sie kraft meines Amtes und Berufes als Priester, als deutscher Volkslehrer und im Namen der Christenheit, im Namen der deutschen Nation, im Namen der Volkslehrer auf, das unchristliche Schauspiel der Ausstellung des heiligen Rockes aufzuheben, das erwähnte Kleidungsstück der Öffentlichkeit zu entziehen und das Ärgernis nicht noch größer zu machen, als es schon ist! — Denn wissen Sie nicht — als Bischof müssen Sie es wissen, — daß der Stifter der christlichen Religion seinen Jüngern und Nachfolgern nicht seinen Rock, sondern

seinen Geist hinterließ? Sein Rock, Bischof Arnoldi von Trier, gehört seinen Henkern. Wissen Sie nicht, — als Bischof müssen Sie es wissen, — daß Christus gelehrt: „Gott ist ein Geist und wer ihn anbetet, muß ihn im Geiste und in der Wahrheit anbeten?“ Und überall kann er verehrt werden, nicht etwa blos zu Jerusalem im Tempel, auf dem Berge Garizim oder in Trier beim heiligen Rocke. Wissen Sie nicht — als Bischof müssen Sie es wissen —, daß das Evangelium die Verehrung jedes Bildnisses, jeder Reliquie ausdrücklich verbietet? — daß die Christen der Apostelzeit und der nächsten drei Jahrhunderte weder ein Bild noch eine Reliquie (sie konnten deren doch viele haben!) in ihren Kirchen duldeten? Daß die Verehrung der Bilder und Reliquien heidnisch ist, und daß die Väter der ersten drei Jahrhunderte die Heiden deshalb verspotteten? — Endlich, wissen Sie nicht — als Bischof müssen Sie auch dies wissen, — daß der gesunde kräftige Geist der deutschen Völker sich erst im 13. und 14. Jahrhundert durch die Kreuzzüge zu Reliquienverehrung erniedrigen ließ, nachdem man in ihm die hohe Idee, welche die christliche Religion von der Gottheit gibt, durch allerlei Fabeln und Wundergeschichten, aus dem Morgenlande gebracht, verdunkelt hatte? Sehen Sie, Bischof Arnoldi von Trier, dies wissen Sie und wahrscheinlich besser, als ich es Ihnen sagen kann; Sie kennen auch die Folgen, welche die götzenhafte Verehrung der Reliquien und der Aberglaube überhaupt für uns gehabt hat, nämlich Deutschlands geistige und äußere Knechtschaft, und dennoch stellen Sie Ihre Reliquie aus zur öffentlichen Verehrung!“ — — Ferner: „Zum Anderen ist es unverzeihlich, daß Sie Opfergeld von den Hunderttausenden der Pilger nahmen. Oder ist es nicht unverzeihlich, daß Sie als Bischof Geld von der hungernden Armut unseres Volkes nehmen? Zumal Sie erst vor einigen Wochen gesehen haben, daß die Not Hunderte zu Aufruhr und zu verzweifeltem Tode getrieben hat?“ Der „Offene Brief“ schließt: „Zeigen Sie sich als wahrer Jünger dessen, der Alles für die Wahrheit, das Licht und die Freiheit geopfert; zeigen Sie, daß Sie seinen Geist, nicht seinen Rock geerbt haben!“

Durch diesen „Offenen Brief“, der alsbald Ronge's Exkommunikation zur Folge hatte, war eine großartige Bewegung bei der katholischen Bevölkerung allerorts angeregt worden. Überall erhob sich der nationalgesinnte Klerus und der aufgeklärte Laienstand. So hatte Johannes Ronge die Anregung zur Gründung der „Deutschkatholischen Gemeinden“ gegeben; und die 1845 unter der Führung eines Professors des kanonischen Rechts, Regenbrecht, in Breslau gegründete große Deutschkatholische Gemeinde wählte Ronge zu ihrem

Pfarrer und zählte in kurzer Zeit mehr als 1200 Mitglieder. Sie stellten der heiligen Schrift die Vernunft zur Seite und forderten eine von jeder Autorität freie Auslegung der Bibel. An Stelle des apostolischen Symbols setzten sie ein neues Bekenntnis, das alle dem modernen Denken anstößigen Punkte beseitigte.

Auch in Leipzig entstand alsbald eine deutschkatholische Gemeinde, an deren Spitze Robert Blum trat, der durch seine Bemühungen viel dazu beigetragen hat, daß sie auch dort so festen Boden gewinnen konnte.

Die Vorbereitungen, welche in Leipzig zur Begründung einer deutschkatholischen Kirche stattfanden, veranlaßten die katholische Geistlichkeit damals nach Dresden zu reisen, um mit der dortigen vereint bei dem Könige Friedrich August II. eine Audienz zu erlangen. Eingeführt durch den Bischof, erschien die Deputation am 6. März 1845 vor dem König. Derselbe empfing sie freundlich, „jedoch mit würdevollem Ernst." Den Vortrag anhörend, entgegnete er: „Er müsse sich über den ihm gestellten Antrag verwundern, und zwar um so mehr, als sie wüßten, daß 19 Zwanzigteil seiner Untertanen Protestanten wären, deren Benehmen gegen ihre katholischen Mitbürger gerade eben in diesen letzten Tagen seinem Herzen sehr wohltuend gewesen sei. Sie wüßten ja ferner, daß er König eines konstitutionellen Staates sei, als solcher beschworen und versprochen habe, völlige Religionsfreiheit für die Bekenner jedweden Glaubens zu bewahren. Er würde der fraglichen Angelegenheit auch nicht das mindeste Hindernis in den Weg legen, sondern ihr freien Lauf lassen, indem er niemand von dem Glauben und dem religiösen Ritus abbringen wolle und dürfe, von dem die Bekenner die einstige Seligkeit erwarteten. Dies sei sein fest bestehender Beschluß."

Diese wahrhaft toleranten Worte des Königs veranlaßten einen wahren Jubel in Leipzig und liefen schon Tags darauf von Mund zu Mund.

Zu Ostern 1845 fand zu Leipzig die „erste allgemeine Kirchenversammlung" statt, auf welcher schon 15 deutschkatholische Gemeinden vertreten waren.

Auf derselben kam es zwischen Czerski und Ronge hinsichtlich ihrer Grundanschauung des Glaubens zu Auseinandersetzungen, indem der erstere die strengere Kirchengläubigkeit und das apostolische Bekenntnis samt der Lehre von der Gottheit Christi vertrat, während Ronge an den rationalistischen Anschauungen, wie sie in Breslau zum Ausdruck und zur Anerkennung gekommen waren, festhielt.

So kam auf der „ersten allgemeinen Kirchenversammlung" zu Leipzig, unter vollständiger Lossagung von Rom und seiner Lehre, das folgende Glaubensbekenntnis zur Annahme, in welchem als Grundlage des Glaubens einzig und allein die heilige Schrift anerkannt wurde. Als Glaubenslehre stellte die Versammlung auf:

„Wir glauben an Gott den Vater, als Schöpfer und Regierer der „Welt, an Jesum Christum, als Heiland, an den heiligen Geist, eine „allgemeine christliche Kirche, Vergebung der Sünden und ein ewiges „Leben."

Inzwischen wuchs die Zahl der Deutschkatholiken von Tag zu Tag; in Österreich und Ungarn verboten und ausgewiesen, fanden sie in Preußen und den anderen deutschen Staaten Duldung. Man betrachtete die Bewegung vielfach als den Anfang der Wiedergeburt der katholischen Kirche, schließlich auch als den einer „Deutschen Kirche", vollständig frei und los von Rom. Dieses selbst hatte für die „Ronge'sche Sekte" nur Bann und Fluch und bot alles auf, ihr Fortschreiten zum Stillstand zu bringen.

Johannes Ronge hatte unterdessen eine Agitations- und Apostelreise durch Deutschland angetreten, und bei dieser Gelegenheit war er auch nach Darmstadt gekommen, wo er auf Anregung des dort sehr beliebten Dichters Dr. Eduard Duller*)

*) Duller, Eduard, Journalist, Dichter und Geschichtsschreiber, geb. am 8. November 1809 zu Wien, studierte daselbst Philosophie und Rechtswissenschaften, war schon als Jüngling literarisch tätig; schrieb mit 17 Jahren sein 1828 mit großem Beifall aufgeführtes Drama: „Meister Pilgram", und drei Jahre später die Tragödie: „Der Rache Schwanenlied", dem dann 1831 der Balladenkranz: „Die Wittelsbacher" folgte. Nachdem er vorübergehend kurze Zeit in München, Trier und Frankfurt a. M. gelebt hatte,

sich eines begeisterten Empfangs erfreuen konnte. In Ronge's Begleitung befand sich der Prediger Dowiat, der gleich ihm mit großem Eifer für den Deutschkatholizismus zu wirken suchte.

Am 6. Oktober 1845, Abends 7 Uhr, war Johannes Ronge mit seinen Begleitern, von Worms kommend, in Darmstadt eingetroffen. Schon nach 3 Uhr nachmittags strömten Scharen zu Fuß, Pferde und Wagen ihm entgegen, so daß die Straße gegen Eberstadt mit vielen tausend Menschen dicht besetzt war. Die Volksmenge geleitete ihn zu seinem Absteigquartiere, dem „Darmstädter Hofe", brachte ihm Lebehochs aus, bis er auf dem Balkon erschien und an seine deutschen Mitbürger einige Worte des Dankes und Vertrauens richtete, die man in lautloser Stille anhörte. — Am darauffolgenden Tage fand von 10—12 Uhr feierlicher Gottesdienst der Deutschkatholischen in dem zu einer Kapelle eingerichteten großen Saale des „Darmstädter Hof" statt. Ronge und Dowiat funktionierten. Beide sprachen im Geiste christlicher Liebe und Duldung.

Durch die Liebenswürdigkeit des Dr. Duller war mir damals Gelegenheit geboten, mich den beiden gefeierten Männern nähern zu können. Ich hatte mir in Ronge eine ganz andere,

wandte er sich 1836 nach Darmstadt, wo er sich durch sein freundliches, einnehmendes Wesen viele Freunde erworben und allgemein beliebt war. Stets einer freien Richtung huldigend, ward er zu Anfang der vierziger Jahre die Seele der deutschkatholischen Bewegung in Darmstadt, und hatte hervorragenden Anteil an der Gründung der dortigen Gemeinde. In allen seinen Schriften kämpfte Duller für religiösen Freisinn, welchen er auch in seinen kirchengeschichtlichen Vorträgen, die er öfters im Rathaussaale zu Darmstadt hielt, auf's lebhafteste vertrat. Ich besuchte damals alle diese interessanten Abendunterhaltungen, und fand in denselben stets eine Anregung, mich mit den jeweiligen Themata eingehender zu befassen. — Ohne als Verfechter seiner freiheitlichen Gesinnung besonders öffentlich hervorzutreten, war Duller doch ein „echter Freiheitsmann", wie dies namentlich seine tendenziösen historischen Romane so überzeugungstreu betätigen, und seine „Geschichte der Jesuiten" erlebte in kurzer Zeit sogar mehrere Auflagen. 1849 siedelte Duller nach Mainz über, wo er 1850 Prediger der deutschkatholischen Gemeinde wurde. Am 24. Juli 1853 starb er in Wiesbaden, zu früh für sein schaffensreiches Leben, und ist heute bei der Masse des Volks unbekannt, ja selbst bei der gebildeten Welt so gut wie vergessen!

eine imponierende Persönlichkeit vorgestellt und war sehr enttäuscht, als ich ihn in seinem oberflächlichen Wesen und in seiner unverkennbaren geistigen Beschränktheit näher kennen lernte. In kläglicher Eitelkeit und offenbarer Selbstüberschätzung, hatte er sich vielfach in seinen Reden hochtrabend neben Christus und Luther gestellt und sich offen „als den Vollender des von Luther unvollendet gelassenen Werks“ bezeichnet. Er war ein schöner, noch jugendlich aussehender Herr, der sich, wie man ihm leicht abmerkte, auf seine nicht unvorteilhafte äußere Erscheinung etwas zugute tat; aber seine Reden waren nichts weniger als geistreich und bewegten sich fast nur in dem Kreise hergebrachter Schlagwörter. Einige Jahre später — im Frühjahr 1848 — hatte ich Gelegenheit, ihn in Frankfurt a. M. eines Abends, einer nach Tausenden zählenden Volksversammlung gegenüber, aus dem Fenster des „Weidenbusch“ wieder sprechen zu hören. — Ich habe in meinem langen Leben nie wieder eine so geistlose, gedankenarme politische Rede gehört, wie die des gefeierten Johannes Ronge am Abende vor Eröffnung des sogenannten „Vorparlaments“. — Er war schon damals in seiner Bedeutung sichtlich zurückgegangen.

Anders geartet war die Erscheinung und Beredsamkeit Dowiats, der seinen Zuhörern eine sympatische Persönlichkeit war. Er wußte mit packender Logik dem Deutschkatholizismus eine sozialpolitische Seite abzugewinnen und unterschied sich hierin wesentlich von Ronge.

Der Besuch in Darmstadt hatte den Erfolg, daß sich da, wie auch anderwärts, viele Katholiken zu einer Deutschkatholischen Gemeinde vereinigten.

Nachdem Ronge und Dowiat noch viele Beweise von Achtung und Anhänglichkeit zuteil geworden, die Frauen der deutschkatholischen Gemeinde dem ersteren ein schönes silbernes Kreuz, „Glaube, Liebe und Hoffnung“ symbolisch darstellend, und die Männer letzterem einen silbernen Pokal feierlich überreicht hatten, waren dieselben unter dem Geleite eines zahlreichen Gefolges zu Pferd und Wagen und einer großen Volksmenge nach Wiesbaden abgereist. An der Darmstadt-Griesheimer Grenze

wurde Halt gemacht, und Ronge und Dowiat, hochaufgerichtet in ihren Wagen, richteten noch längere Reden an das Volk.

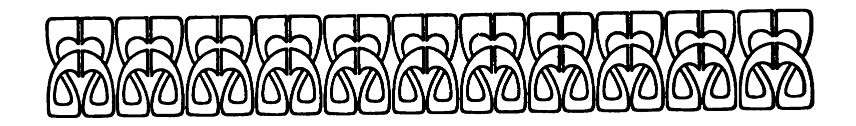
Merkwürdig! ich konnte damals schon die überschwängliche Begeisterung für Ronge nicht teilen, während Dowiat mir in seinem entschiedenen, energischen Charakter und seinem männlichen Auftreten viel mehr imponierte.

Und wie hatte ich mich in diesem Manne — Dowiat — getäuscht! Bei Ausbruch der politischen Bewegung des Jahres 1848 warf er sich in den Strudel der Revolution, und erließ, wegen Beteiligung an den Berliner Straßentumulten inhaftiert, unterm 31. Oktober 1848 von der Stadtvogtei aus jene berüchtigte Erklärung, worin er die Zeitungen bittet, bei Nennung seines Namens fernerhin das Prädikat „Deutschkatholischer Prediger" wegzulassen: „Ich habe die religiöse Bewegung stets nur als ein Mittel zur sozialpolitischen Agitation (!) betrachtet. Jetzt ist die Maske (!), folglich die ganze religiöse Bewegung, unnötig geworden, ich habe nicht das Geringste mehr mit ihr zu tun." — Später trat Dowiat sogar in den Mutterschoß der „alleinseligmachenden Kirche" zurück, und endete, wie wir dies bei solchen problematischen Naturen häufig genug erleben.

Die kühnen Hoffnungen, welche man auf die deutschkatholische Bewegung gesetzt hatte, haben sich nicht erfüllt. Es fehlte ihr an Männern von tiefem wissenschaftlichen und persönlichem Gehalt. Und so endete die 1844 so vielversprechend begonnene freisinnige Bewegung schon nach wenigen Jahren an rascher Ermüdung.

Zu einer reformierenden Umwandlung oder Zurückdrängung der römischen Kirche in Deutschland hatte sich der Deutschkatholizismus als vollständig unfähig erwiesen; auch ein kultureller Erfolg blieb ihm versagt.





VI.

Der heilige Rock zu Trier

und

Die zwanzig andern heiligen ungenähten Röcke.*)

„Jeder weiß, daß es sich in dieser ganzen „Sache nicht um einen Glaubensartikel „handelt, in betreff dessen ein bestimmtes „Anteil und Halten des Christen geboten „wäre."



Mit dieser publizierten Erklärung hatte der Bischof Arnoldi zu Trier 1844 die bei Ausstellung des heiligen Rocks, — selbst auch bei gläubigen Katholiken — entstandene allgemeine Entrüstung, zu beschwichtigen gesucht. War er ja doch selbst nicht ganz sicher und gewiß, daß der von ihm ausgestellte Rock wirklich das vom Heilande bei seinem Kreuzesgang getragene Kleid war!

Mit nichts ist Jahrhunderte hindurch und bis auf den heutigen Tag erwiesenermaßen mehr Lug und Trug getrieben worden, als mit der Auffindung und der Verehrung von Reliquien, und bei nichts sind mehr Fälschungen und religiöse Täuschungen angewandt worden, um dem Aberglauben Vorschub zu leisten, als gerade bei ihnen.

*) Unter diesem Titel hatten die beiden bekannten hochgeachteten Geschichtsforscher — Dr. J. Gildemeister und Dr. H. von Sybel zu Bonn — sich gegen die Ächtheit, wie überhaupt gegen die Verehrung des heiligen Rockes ausgesprochen. Diese Schrift wurde bald nach ihrem Erscheinen von meinem Vater angeschafft und bildete lange Zeit für mich eine interessante Lektüre, welche mich anregte, durch das Studium auch noch anderer ein-

Das Vorhandensein falscher Reliquien gibt die katholische Kirche zwar zu, und haben sowohl Päpste wie Konzilien sich häufig gegen den damit betriebenen Unfug ausgesprochen. Während der Kreuzzüge und der Pilgerfahrten nach dem gelobten Lande wurden eine Unmenge solcher heiligen Erinnerungszeichen — Andenken — Reliquien, von den rückkehrenden Kreuzfahrern und frommen Pilgern aus Palästina nach Europa gebracht und vielfach ein förmlicher Handel damit getrieben, so daß selbst die Kirche zur Vorsicht mahnen und vor Täuschungen warnen mußte. So erzählt ein französischer Schriftsteller jener Zeit — Glaber Rodulf —, daß er einen Menschen gekannt habe, der hundert Kirchen mit selbstgemachten Reliquien versah, den die Bischöfe uud Äbte aber gewähren ließen, weil der Drang des Volkes einmal nicht abzuweisen war." (!) Anfangs sah die Geistlichkeit im allgemeinen diesem religiösen Treiben scheinbar teilnahmslos zu, aber es währte nicht lange, so fand sie in demselben einen Gewinn für sich und ihre kirchlichen Interessen, und förderte den Handel.

So kam es wohl auch, daß sich heute der sogenannte heilige Rock oder Teile desselben an einundzwanzig Stellen zerstreut, und das Haupt des Johannes des Täufers in Konstantinopel und in St. Jean d'Angeli, und noch an vielen anderen Orten vorfinden! Ein katholischer Schriftsteller neuerer Zeit meinte zwar: „Mit der Zahl der Stücke steige in gleichem Verhältnis die Wahrscheinlichkeit, daß der ächte darunter sei"; aber wer bürgt dafür, daß nicht alle heiligen Röcke gefälscht sind, da doch die historischen Tatsachen und Verhältnisse mehr hierfür sprechen, und die tausendjährige Erhaltung des „heiligen Rockes" sehr unwahrscheinlich machen!

---

schlägiger Schriften mein Urteil in dieser Frage zu vervollständigen, wozu mir durch das liebenswürdige Entgegenkommen des damaligen Gr. Hof- und Kabinets-Bibliothekar — Dr. Walther — auf der Großherz. Hofbibliothek zu Darmstadt schätzbare Gelegenheit und Unterstützung geboten wurde. — Nach diesen, meinen damaligen Notizen ist die vorliegende Darstellung ausgearbeitet worden, und verdiente darum wohl auch, meinen „Miterlebnissen" eingereiht zu werden.

Wie selbst neuere katholische Schriftsteller und Geschichtsforscher über das Treiben mit den falschen Reliquien geurteilt haben, zeigt ein treffendes Beispiel, wenn der Herausgeber der Schriften des Abt Guibert von Nogent-sous-Conci, der zu Anfang des zwölften Jahrhunderts lebte, und sich gegen die vielen damaligen Reliquienfälschungen auf's schärfste ausgesprochen hatte, schreibt: „Denn gerade zu seiner Zeit waren so viele und verschiedene verderbliche Irrtümer aufgekommen und hatte eine solche abscheuliche Geldgier die Geistlichen, die ihren Kirchen zahlreichen Zuspruch verschaffen wollten, ergriffen und verblendet, daß es nicht auffallen kann, wenn der Verfasser (Guibert) sie an mehreren Stellen seines Buches streng zur Rechenschaft zieht, ohne die Verehrung der Reliquien bestreiten zu wollen."

Da kann es nicht Wunder nehmen, daß man die Ächtheit der Reliquien schon früh in Zweifel zog, und die Kirche selbst auch bezüglich des Heiligen Rocks im Unklaren und in Ungewißheit war. Der sehr verehrungswürdige und allgemein hochgeehrte Bischof von Trier, von Hammer, hat sich zu Anfang des vorigen Jahrhunderts in seiner Schrift über denselben dahin geäußert: „Wie wollen wir verlangen, daß Tatsachen, die vor achtzehnhundert Jahren geschehen sind, mit Zuverlässigkeit behauptet werden sollen, wenn nicht göttlich inspirierte Schriftsteller sie bezeugen? Völlige Gewißheit über die Ächtheit des heiligen Rockes dürfen wir nicht fordern." — — „Hat der Mensch Vorliebe für eine Sache, so nimmt er halbe Beweise für ganze an und überläßt sich gern dem Glauben, daß das, was er wünscht, wahr sei."

Da haben nun die beiden bekannten Geschichtsforscher, Dr. J. Gildenmeister und Dr. H. von Sybel, Professoren an der Universität zu Bonn, in ihrer gemeinsamen, oben erwähnten Schrift, auf Grund gründlicher Forschungen, den Nachweis geliefert:

1. Daß der heilige Rock zu Trier aus „archäologischen Gründen" nicht Christi Rock sein kann;
2. daß der heilige Rock durch Helena weder gefunden, noch nach Trier geschickt worden ist;

3. daß der heilige Rock in keiner alten glaubwürdigen Urkunde erwähnt wird;
4. daß der heilige Rock um's Jahr 1000 in Trier wohl vermutet, aber nicht gefunden wurde;
5. daß das Vorhandensein des heiligen Rockes zwischen 1106 und 1124 durch Fälschung einer Urkunde zum erstenmal behauptet wird;
6. daß der heilige „ungenähte" Rock zu Trier genäht ist, und
7. daß außer diesem heiligen Rock zu Trier noch weitere zwanzig heilige Röcke geltend gemacht und als ächte verehrt werden.

Bis zum Jahr 1106 hatte in Trier niemand etwas Zuverlässiges von dem Vorhandensein des heiligen Rocks gewußt, kaum eine Ahnung davon gehabt.

Am Ende des 6. Jahrhunderts schrieben Bischof Gregor von Trier und im 7. Jahrhundert Fredegar, der heilige Rock werde im Orient bewahrt. — Aus diesen Angaben geht hervor, daß man in diesen Jahrhunderten in Gallien von einem heiligen Rocke in Trier nichts wußte. Erst zu Anfang des zwölften Jahrhunderts entstand allmählig die Legende, nach welcher die Kaiserin Helena einen Schrein mit Reliquien nach Trier — ihrer angeblichen Geburtsstadt — gesandt habe. Dies soll 327 geschehen sein. Eine geschichtlich begründete, nachweisliche Bestätigung hierfür existiert überhaupt nicht. Was wir übrigens von der heiligen Helena wissen, ist sehr wenig, dabei unvollständig oder sagenhaft und nachweislich später willkürlich und zweckmäßig ihren schon bekannt gewesenen Erlebnissen und frommen Taten angefügt worden, so auch, daß Trier ihr Geburtsort gewesen sei, wofür auch nicht der geringste geschichtliche Anhalt vorhanden ist.

Damals wurde in Trier das Leben des heiligen Agritius geschrieben, worin zum erstenmal erwähnt wird, daß Helena einen Schrein mit Reliquien gesandt habe; also nahezu 800 Jahre nach dem Ableben der angeführten Geberin, von der man vorher in Trier nichts gewußt hatte! Die Kirche war niemals in Verlegenheit, Mittel und Wege zu finden, ihrem Interesse förderlich zu sein, und um nun die neu

geschaffene Legende von diesem Geschenk der Kaiserin Helena der gläubigen Menschheit glaubhaft zu machen, und um Zeugnisse aus früheren Jahrhunderten zu haben, schreckte man sogar nicht zurück, die Chronik des Eusebius, das sogenannte Sylvesterdiplom und das Martyrologium des Usuardus zu fälschen. Nichtsdestoweniger erhielt sich während des Mittelalters und auch noch in der darauffolgenden Zeit die ältere von Fredegar vertretene Legende über den heiligen Rock, wonach die Legende von Trier unmöglich erscheint. — Der Abt Thiofrid von Echternach hat in den Jahren 1101 bis 1106 ein Werk geschrieben, in welchem er wohl des „ungenähten Rockes Christi" erwähnt, ihn aber nicht als nach Trier, sondern wie er ausdrücklich hervorhebt, als in Zafad aufgefunden, nach Jerusalem gebracht bezeichnet. Ein Beweis mehr, daß man um diese Zeit keine Ahnung von dem Vorhandensein des heiligen Rockes in Trier hatte.

Soviel steht jedoch fest, daß Helena die Gattin des Constantins Chlorus und Mutter Konstantins des Großen war. Anfänglich dem Christentum abgeneigt, später eifrige Christin, wallfahrte sie noch in hohem Alter nach Palästina und gründete die heilige Grabeskirche in Jerusalem. — Nach der Legende soll sie damals auch in Jerusalem das Kreuz Christi aufgefunden und durch Wunder seine Ächtheit erkannt haben, worauf sie die eine Hälfte desselben der heiligen Grabeskirche in Jerusalem schenkte, die andere ihrem kaiserlichen Sohne nach Konstantinopel sandte. — Ihrer niedrigen Abkunft wegen wurde sie 291 von ihrem Gatten verstoßen und starb, 80 Jahre alt, um's Jahr 326.

Nach der Legende soll der heilige Rock im Jahre 1121 ohne kanonische Prüfung in den Nikolausaltar zu Trier gelegt worden sein. — Wo befand sich der heilige Rock vorher — 800 Jahre lang in der Verborgenheit? um so von ungefähr mit einemmal an's Tageslicht gezogen zu werden? Hierüber ist auch nicht die geringste Andeutung, geschweige irgendwelcher historische Nachweis und Anhalt vorhanden.

Erst fünfundsiebzig Jahre später wird die Existenz des heiligen Rocks offenkundig und allgemein bekannt, als der Erz-

bischof Johann I. am 1. Mai 1196 denselben aus dem Nikolausaltar entnahm, und ihn nach feierlicher Weihe in den Petersaltar der Domkirche zu Trier niederlegte und bei dieser Gelegenheit das gläubige Volk demselben seine Verehrung zollen durfte!

Merkwürdig! — dann erlosch bis zum Jahre 1512 jede Erinnerung an das Vorhandensein des heiligen Rocks vollständig, bis Kaiser Maximilian, der aus alten historischen Büchern von dem Vorhandensein des heiligen Rockes Kenntnis erlangt hatte; — nach einigen strenggläubigen Chronisten, — „um die hinsterbende alte Frömmigkeit der Christen aufzufrischen und zur Vermehrung der Ehre Gottes unter den Menschen" eine „Ausstellung" des Rockes wünschte. Dem kaiserlichen Wunsche wurde entsprochen und damit das immer noch bezweifelte Vorhandensein des heiligen Rocks in Trier bestätigt.

Von da ab geschahen zeitweise öffentliche Ausstellungen des heiligen Rocks zu Trier. So 1585, 1655 und 1810, mit finanziellem Gewinn für die Kirche, aber als ein Zeichen der geistigen Armut und des herrschenden Aberglaubens bei der Masse des katholischen Volkes! Bei' all diesen Gelegenheiten wurde viel in Legenden gemacht und bis in das Ungeheuerliche über das Dasein und die Geschichte des heiligen Rockes geschrieben, um das leichtgläubige Volk von der Ächtheit desselben zu überzeugen.

Durch diese wiederholten öffentlichen Ausstellungen des heiligen Rocks gewannen dieselben ein solches Ansehen, und eine solche Bedeutung, daß selbst Luther wiederholt gegen diesen „Götzendienst" nebst „Ablaßkrämerei" heftig eiferte. — Aber der damalige Bischof von Trier wußte sich 1514 eine Bulle vom Papst Leo X. zu erwerben, wonach Trier der Besitz des ächten heiligen Rocks bestätigt wurde. In dieser am 1. Februar 1514 erlassenen Bulle erklärte der Papst: „daß Helena die Trierer Domkirche habe bauen und darin den ungenähten Rock unseres Herrn Jesu Christi habe niederlegen lassen." —

Der „unfehlbare" Papst hat gesprochen, und die Christenheit hat an die Wahrheit seiner Worte zu glauben! — ein Zweifel, — ein Widerspruch ist ketzerisch!

6*

Wie aber reimt sich das zusammen mit der Tatsache, daß auch der heilige Rock zu Argenteuil, der, wie jener zu Trier, um's Jahr 1156 zum erstenmal erwähnt, und 1843 vom Papst Gregor XVI. als ächt anerkannt wird?! — In dem von ihm am 22. August 1843 erlassenen Breve wird der Altar der Kirche zu Argenteuil zu einem „privilegierten" erhoben, und ausdrücklich der in demselben aufbewahrte heilige Rock als der allein ächte bezeichnet! Die Geschichte dieses heiligen Rockes ist aber sehr verworren und noch fabelhafter — „legendenartiger" — als diejenige des Trierer Rockes; und so auffallende mehrfache Fälschungen lassen sich hierbei nachweisen, daß trotz des Machtworts des Papstes die Zweifel an der Ächtheit nicht beseitigt werden.

Nach meinem persönlichen Empfinden und den mir zur Kenntnis gekommenen chronikalischen Aufzeichnungen hatte ich von jeher noch am meisten Vertrauen zu der möglichen Ächtheit des heiligen Rocks ehedem in Georgien (jetzt in Moskau). Nach der schon im 3. Jahrhundert unter den Christen des Kaukasus allgemein verbreiteten Legende, sollte ein Krieger aus Grusien (Georgien) den zur Auswürfelung gekommenen Rock des Heilandes gewonnen und mit in seine Heimat genommen haben, wo er im Verborgenen aufbewahrt worden sei, bis im 3. Jahrhundert eine sassanidische Dynastie auf den georgischen Thron kam, deren erster Vertreter Miriam durch die armenische Missionarin Nune oder Nino zum Christentum bekehrt, und von da ab das Vorhandensein des heiligen Rocks nicht mehr verheimlicht wurde. — König Miriam (265—318) hatte sogar in seiner Hauptstadt Mzchetha eine hölzerne Kirche erbauen und das Kleid Christi in derselben aufbewahren lassen. So wurde von da ab der heilige Rock gewissermaßen eine Art Palladium Georgiens, das denselben sogar in dem Mittelfeld des königlichen Wappens, und in späterer Zeit sogar auch auf dem Titel der georgischen Bibelausgabe abgebildet findet. Mit der Einverleibung des Kaukasus in das russische Reich kam der heilige Rock von Mzchetha nach Moskau, wo er sich heute noch befindet.

Kein anderer heiliger Rock hat nachgewiesenermaßen ein gleich hohes Alter, wie derjenige von Georgien, und bei keinem sind so wenig Fälschungen vorgenommen worden, wie bei ihm. Seine Geschichte hat wenigstens den Schein des Wahrscheinlichen, des Möglichen für sich, wenn auch manche Zweifel nicht ganz zu überwinden sind.

Vom heiligen Rock im Lateran zu Rom erzählen die Chroniken: „daß zur Zeit des Papstes Gregor das ungenähte Kleid des Herrn bei Jerusalem gefunden worden sei und jetzt zu Rom aufbewahrt werde." — Und im zwölften Jahrhundert schreibt der gewissenhafte Diakon Johannes: „Viele und fast unzählige Reliquien sind in dieser Lateranischen Kirche. In dem Hauptaltar sind Reliquien von den Windeln des Herrn, von den fünf Gerstenbroten und zwei Fischen vom Tisch des Herrn, das Leintuch, mit dem er die Füße der Apostel trocknete, der ungenähte Rock, den die heilige Jungfrau Maria ihrem Sohne Jesus Christus machte, der Purpurmantel unseres Herrn. Zwei Flaschen mit dem Blut und Wasser aus seiner Seite. Das Schweißtuch, das um seinen Kopf war u. s. w."

Papst Nikolaus IV. (1288—94) ließ später auf einer Marmortafel die Reliquien des Lateran verzeichnen; es sind dieselben oben angegebenen, und der heilige Rock befindet sich als vorhanden darunter aufgeführt. Von da an läßt sich von Jahrhundert zu Jahrhundert das Vorhandensein des heiligen Rocks im Lateran zu Rom in ununterbrochener Anerkennung verfolgen.

Von dem heiligen ungenähten Rock in Galatien berichtet Bischof Gregor von Tours, daß in einer Stadt Galatiens, hundertundfünfzig Meilen von Konstantinopel entfernt, am Ende des sechsten Jahrhunderts, diese heilige Reliquie sich in einer verborgenen Gruft der Kirche zu den heiligen Erzengeln in hölzerner Kiste verschlossen befunden hätte und ihr große Verehrung gezollt worden sei.

Eine von verschiedenen Chronisten des 8., 11., 12., 13. und 14. Jahrhunderts übereinstimmend erzählte Geschichte betrifft den heiligen ungenähten Rock zu Zafad und Jerusalem, der

589 zum erstenmale erwähnt wird, — wonach ein Jude (!) verraten haben soll, daß sich derselbe in Zaphad (Safad) befinde, von wo ihn dann die Patriarchen Gregor von Antiochien, Thomas von Jerusalem und Johannes von Konstantinopel und andere Bischöfe nach Jerusalem gebracht und an dem Orte niedergelegt hätten, wo das heilige Kreuz bewahrt wurde.

Auch die Hansastadt Bremen hatte das Glück, eine Zeit lang den heiligen Rock zu besitzen und ihn in ihren Mauern verehren zu können. — Ein Loccumer Mönch berichtet nämlich, daß Erzbischof Waldemar von Bremen, als er sich nach seiner Vertreibung 1217 in das Cistercienserkloster Loccum zurückgezogen habe, um ein unruhiges Leben dort im Stillen zu beschließen, den heiligen Rock Christi, — der bis dahin im Dom zu Bremen aufbewahrt gewesen sei — mit sich genommen habe und ihn an einer durch ein weißes Kreuz bezeichneten Stelle in die Wand der Kirche einmauern lassen.

Schon 899 wird das Vorhandensein eines ungenähten Rocks zu Santiago de Compostela erwähnt und mit aller Bestimmtheit erzählt, daß zur Zeit König Alfons III. in dem Salvatorsaltar der Kirche St. Jakob zu Santiago siebzehn Reliquien feierlichst eingelegt worden seien, nämlich: „vom Grabe des Herrn, vom Kleide des Herrn, da er gekreuzigt worden, von der Tunica des Heilandes, von der Erde, wo er stand, von dem Holz des heiligen Kreuzes“ u. s. w.

Fast zu gleicher Zeit taucht in Oviedo ein zweiter ungenähter Rock des Heilandes auf, der in einem Reliquienkasten aufbewahrt, bei der Eroberung von Jerusalem durch die Perser 614 „geflüchtet“ worden war, und dem dann Alfons der Keusche um's Jahr 800 die Kathedrale San Salvador in Oviedo erbauen ließ, wo er seit dieser Zeit seine Aufbewahrung hat. — In einer Urkunde Alfons VI. vom Jahre 1057 wird des heiligen Rocks, als „von dem verlosten Kleide des Herrn“, gedacht.

Auch England verwahrt einen heiligen Rock, oder wenigstens einen Teil desselben. In der Schenkungsurkunde Eduard

des Bekenners an die neuerbaute Westminsterabtei vom Jahr 1066 heißt es wörtlich: „Ich habe die alte Kirche abbrechen und die neue von Grund auf erbauen und am 29. Dezember weihen lassen. In sie habe ich an demselben Tage die Reliquien gelegt, die Papst Martin und Leo, der sie geweiht, dem König Alfred gegeben haben, und diejenigen, welche dieser sich von dem fränkischen Könige Karlmann ausgebeten hat, und die auf mich vererbt sind, nämlich zwei Stücke vom Holz „des Kreuzes des Herrn, und ein Stück von dem einen Nagel, und einen Teil seines ungenähten Rockes und von den Kleidern der heiligen Maria und fünf Behältnisse voll Reliquien anderer Heiligen."

Ein Jahrhundert später wird eines heiligen Rocks Erwähnung getan, der in Mainz seine Aufbewahrung gefunden hatte. In seiner „Rheinischen Urkundensammlung" erzählt der Weihbischof Günther zu Trier: „Schon in einer Urkunde vom Jahr 1114 geschieht des heiligen Rockes des Heilandes als einer Reliquie Erwähnung. Ein päpstlicher nach Deutschland geschickter Legat, der Kardinal Richard, war in jenem Jahre nach Mainz gekommen und im dortigen Kloster auf St. Jakobsberg freundlich aufgenommen worden. Zur Dankbarkeit schenkte er demselben mehrere Reliquien, und unter diesen die Tunica des Heilandes, von der heiligen Maria gearbeitet."

Somit existierten um die Jahre 1114 und 1121 zugegeben gleichzeitig zwei heilige Röcke, — der eine in Mainz, der andere in Trier!

Bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts besaß das Karthäuserkloster St. Barbara in Köln den Saum des ungenähten Rockes Christi, von dessen Wunderkraft Frauen Heilung und Genesung durch Berührung desselben hofften und auch mitunter erhalten haben sollen. Seit Aufhebung des Klosters sind auch dessen Reliquien, und damit der Saum des heiligen Rockes verschwunden.

Im 17. Jahrhundert erwähnt Balthasar Bonifacius, der als Sekretär des päpstlichen Nuntius Borgia nach Deutschland gekommen war, eines heiligen ungenähten Rocks, der zu seiner Zeit in Frankfurt a. M. aufbewahrt wurde.

Auch in Friaul soll sich ein ungenähter Rock des Heilands befinden, — und ebenso erhebt die Stadt

Thiers in der Auvergne Anspruch, den allein ächten ungenähten Rock zu besitzen!

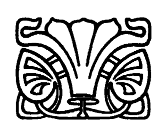
Nach dem gründlichen Erforschen des Ursprungs und der Weiterentwicklung der Legenden sämtlicher heiliger Röcke kommt man schließlich doch zu der Überzeugung, daß wohl keines der angeführten Kleidungsstücke jemals im Besitze des Heilands war!

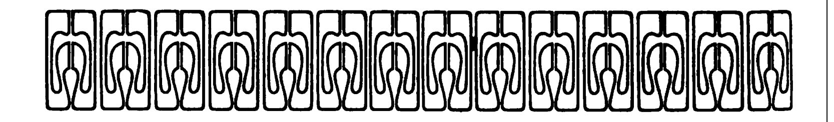
Der heilige Rock zu Trier aber kann nach allen Traditionen keinen Anspruch auf wahrhafte Ächtheit erheben, und seine Legende kann vor den Beweisen der Wissenschaft und den Ergebnissen der Forschungen nicht bestehen! So ist auch längst die Behauptung, daß er „ungenäht" sei, widerlegt, durch den Augenschein wahrheitsliebender Männer; und der Generalvikar Cordel erklärt in seinem Protokoll über die Eröffnung im Jahr 1810: „Man entdeckte den Kopf von einem Tier darauf", was vordem in Abrede gestellt worden war. Der Anblick des heiligen Rocks war aber für Alle damals eine Enttäuschung, und Cordel meint nicht ohne Grund: „Der erste Anblick entsprach der Erwartung nicht, man hätte gewünscht, weniger Zeugen desselben zu haben, oder den heiligen Rock nicht in ihrer Gegenwart ausgebreitet zu haben"; — mit anderen Worten, durch diese Vorzeigung sind Zeichen der Unächtheit zum Vorschein gekommen, welche man doch lieber den Anwesenden vorenthalten hätte! Die eigentliche Beschaffenheit des heiligen Rocks zu Trier sollte eben noch ein Geheimnis bleiben, damit die Geistlichkeit um so leichteres Spiel hätte, das leichtgläubige Volk mit der nackten Wahrheit zu hintergehen! Wie es sich auch zeigte bei einer Kommission von Sachverständigen, welche der Bischof von Trier im Juli 1890 zur Untersuchung des verehrten Gewandes bestellt hatte, und welche vorher eidlich verpflichtet wurde, „über das Geschehene zu schweigen, und nur das bekannt zu geben, was in das amtlich gut geheißene Protokoll aufgenommen worden sei." — —

Das Ergebnis dieser Untersuchung war, soweit dasselbe bekannt gegeben wurde: „Das bisher verehrte seidene Gewand mit Vogelmuster erklärte die Kommission für die Hülle des eigentlichen Gewandes und fand, daß der heilige Rock ein von Schimmel bedecktes, nur noch lückenhaft zusammenhängendes Zeug sei, dessen Stoff und Gewebe sich nicht mehr erkennen lasse; ebensowenig könne man erkennen, ob es ohne Naht sei. Dem Anschein nach sei es Linnen oder Baumwolle und ungemustert."

Zuletzt wurde der heilige Rock 1891 (August bis Oktober) vom Bischof Korum ausgestellt, doch war der Besuch diesmal bedeutend geringer als 1844, mithin das Kassenergebnis dementsprechend.

Trier besitzt auch noch einen zweiten ungenähten Rock, der in Rom ebenfalls für ächt erklärt worden war, und zwar durch eine Erkenntnis vom 16. August 1631. Daß diesem angeblichen Gewande des Heilands von dem Domkapitel von jeher keine besondere Bedeutung beigemessen wurde, lag im Interesse des, nach allgemeiner damaliger Ansicht allein ächten heiligen Rockes in der Domkirche zu Trier.





VII.

Schleswig-Holstein.

Noch waren in allen deutschen Landen das Becker'sche „Rheinlied" und „Die Wacht am Rhein" von Schneckenburger nicht verklungen, und regten und belebten die Vaterlandsbegeisterung noch fortgesetzt an, wie einst die Gesänge von Arndt, Theodor Körner u. a. während der Freiheitskriege, als wieder ein neues Freiheitslied jenen gleich, das Volk entflammte.

Diesmal galt es dem Rechte und der Freiheit eines deutschen Bruderstammes, der durch die Machinationen eines Nachbarstaates vom gemeinsamen Vaterlande losgerissen werden sollte, — den Herzogtümern Schleswig und Holstein, — dem fruchtbaren, von Niedersachsen, Friesen und Ditmarschen bewohnten Lande nördlich der Elbe, zwischen Nord- und Ostsee.

Vor nahezu vierhundert Jahren, am 5. März 1460 — am ersten Tag nach der Fastenzeit — hatte auf einer Versammlung zu Ripen der sogenannte Landrat — aus den höchsten Hof- und Landesbeamten, Geistlichen und Rittern bestehend — den damaligen König von Dänemark, Christian I., der zugleich auch Lehnsherr über Schleswig war, zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein gewählt und ihm gehuldigt; aber „nicht als einen König von Dänemark", wie es in der Urkunde heißt, „sondern aus Gunst zu seiner Person." Auch blieb den Ständen „für alle Zukunft das Recht vorbehalten, unter Christians Nachkommen und Erben

einen Nachfolger zu küren." — Dagegen verpflichtete sich der König-Herzog, — „die Lande nach allem Vermögen in gutem Frieden und auf ewig ungeteilt zu erhalten", und hatte zugleich den Bewohnern das wertvolle Recht der Selbstverteidigung verliehen: „Wenn Einige von innen oder von außen diese vorgenannten Lande mit Gewalt beschädigen wollten, oder gegen Landrecht handelten, so möge Unser Drost unsere Untersassen in Unserer Abwesenheit versammeln und sothane Gewalt und Arges abwenden; dazu soll ein Jeder helfen."

Sonach waren die Könige von Dänemark zwar Herzöge von Schleswig; dies aber keineswegs eine Provinz des dänischen Gesamtreiches; — es bestand zwar eine Personalunion zwischen den beiden Staaten, — aber das deutsche Land hatte sich seine Selbstständigkeit gewahrt.

Die Nachkommenschaft Christians I. herrschte in Schleswig auf Grund obiger Abmachung von 1460—1863, und wurde dies Verhältnis von allen Machthabern auf dem dänischen Thron getreulich beobachtet und anerkannt, wenngleich auch wiederholt das Bestreben derselben hervortrat: Schleswig ganz mit Dänemark zu vereinigen, die Personalunion also ganz aufzuheben. Wohl hatten bis dahin die Bewohner noch deutsche Sprache und deutsche Sitten sich bewahrt, und die jeweiligen Herrscher fanden sich in die Art der Regierten. Unter den Königen Friedrich VI. und Christian VIII. trat aber das Bestreben, die Verbindung zwischen Dänemark und Schleswig enger zu knüpfen und beide Teile zu einem wirklichen „dänischen Gesamtstaate" zu verschmelzen, immer mehr hervor und erregte die Bevölkerung von Schleswig und Holstein auf's äußerste.

Da erinnerte man sich, angeregt durch die glorreichen Erfolge der deutschen Befreiungskriege, der alten Landrechte von 1460. Die Ritterschaft von Holstein wandte sich infolge dessen 1822 mit einer Eingabe an den deutschen Bundestag in Frankfurt a. M., „die holsteinische Verfassung in ihrer ganzen, namentlich auch auf die Verbindung mit Schleswig bezüglichen Ausdehnung in seinen Schutz zu nehmen", was derselbe aber unterm 27. November 1823 ablehnte: „weil die alte Verfassung nicht

mehr in anerkannter Wirksamkeit bestehe.“ — Bald darauf trat 1830 Uwe Jens Lornsen mit einer Schrift „Über das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein“ hervor, und wurde dadurch recht eigentlich der erste Anreger der schleswig-holsteinischen Bewegung, indem er auf Grund der alten Landrechte eine gemeinsame ständische Verfassung für beide Herzogtümer forderte. — — Das Buch erregte ein mächtiges Aufsehen, hatte aber für den Verfasser die Folge der Amtsentsetzung und einjähriger Festungshaft.*)

Nicht lange danach erfolgten die Gesetze vom 28. Mai 1831 und 15. Mai 1834, welche beratende Provinzialstände einführten; — für Schleswig in der Stadt Schleswig, für Holstein in Itzehoe. Zu gleicher Zeit wurde für beide Herzogtümer die sogenannte Schleswig-Holsteinische Regierung auf Gottorp und das Oberappellationsgericht zu Kiel eingesetzt, wodurch, wie die dänische Erklärung am Bundestage vom 7. September 1846 lautete, „die beiden Herzogtümer Schleswig, bis auf Holsteins Eigenschaft als Bundesstaat und die abgesonderten Ständeversammlungen, bei gemeinsamer oder gleichartiger Gesetzgebung und Verwaltung, alle öffentlichen Rechtsverhältnisse mit einander gemein haben sollten.“

König Christian VIII. betrachtete es als seine Lebensaufgabe, Schleswig mit Dänemark ganz zu vereinigen; und diesem Bestreben kam 1844 ein Mitglied der dänischen Ständeversammlung zu Roeskilda, Algreen Ussing, entgegen, indem er den Antrag stellte: „Der König wolle die ganze dänische Monarchie für unteilbar und nach dem Königsgesetz (welches auch weibliche Erbfolge zuließ) vererbend erklären.“ — — Auf diesen Antrag hin setzte der König eine Kommission zur Untersuchung der Erbfolgefrage nieder, und richtete unterm 8. Juli 1846 einen „Offenen Brief“ an seine „getreuen Unterthanen“, worin er

*) Nach Verbüßung der einjährigen Festungshaft und einem längeren Aufenthalt auf Sylt, reiste Lornsen, zur Kräftigung seiner heruntergekommenen Gesundheit, nach Rio de Janeiro. — Schon 1837 kehrte er von da schwermütig zurück, nahm Wohnung in Genf, wo er durch Selbstmord endete; am 13. Februar 1838 fand man seine Leiche im Genfersee.

in dürren Worten erklärte, daß bei dem zu befürchtenden Erlöschen des Mannesstammes die weibliche Linie des dänischen Herrscherhauses wie im Königreich, so auch im Herzogtum Schleswig erbberechtigt sein sollte. — Das Gleiche hinsichtlich des deutschen Bundesstaates Holstein zu tun, trug man wohl Bedenken, doch stellte der König in Aussicht: daß er „unabläſſig bestrebt sein werde, die vollständige Anerkennung der Integrität des dänischen Gesamtstaates zu Wege zu bringen."

Dieser „Offene Brief" stieß allerorts auf energischen Widerstand. Wie ein Mann erhoben sich die beiden deutschen Ständeversammlungen von Schleswig und Holstein dagegen, und in erregten Versammlungen legte das Volk an allen Orten gegen diese drohende Vergewaltigung Protest ein und ließ den Dänenkönig ahnen, daß die Herzogtümer ihre Jahrhunderte alte Verfassung bis zum letzten Blutstropfen verteidigen würden.

Beide Ständeversammlungen beschlossen eine Adresse an den König, worin sie die verbrieften Rechte der Herzogtümer gegen die in dem „Offenen Brief" kundgegebenen Absichten verwahrten; und die holsteinischen Stände richteten gleichzeitig eine Eingabe an den Bundestag, worin sie dessen Hülfe anriefen!

Vergebens!

Der königliche Kommissär erklärte, eine solche Adresse nicht annehmen zu können, auch seien Petitionen der Stände in dieser Angelegenheit überhaupt unstatthaft. — Infolge dieser schroffen Abweisung erklärten die Abgeordneten der beiden Ständeversammlungen fast einmütig: „daß sie bei solcher Beschränkung der ständischen Rechte nicht länger Mitglieder der Ständeversammlung sein könnten", legten ihr Mandat nieder und verließen den Saal.

Auch die Agnaten von der jüngeren gottorpischen und der sonderburgischen Linie, mit alleiniger Ausnahme des Prinzen Christian von Glücksburg, legten sowohl in Kopenhagen wie auch beim deutschen Bundestage Protest ein. — Dieser erklärte in einem Protest vom 17. September 1846, daß Dänemark

Erklärung gegeben habe, und sprach die Erwartung aus, daß der König „die Rechte des Bundes, der erbberechtigten Agnaten und der holsteinischen Landesverfassung beachten werde."

Unbekümmert um diese Erwartung des deutschen Bundestags, ließ der König den Entwurf zu einer Gesamtstaatsverfassung ausarbeiten, die neben den Provinzialständen einen gemeinschaftlichen Landtag für die dänische Monarchie mit beschließender Kompetenz in Aussicht stellte. — Doch sollte Christian VIII. den Ausbruch des offenen Kampfes nicht mehr erleben, — er starb am 20. Januar 1848, und sein Sohn bestieg als Friedrich VII. den Thron. — Sein erstes Werk war am 28. Januar die Verkündigung der Entwürfe jener Gesamtverfassung, die aber von den Ständen der Herzogtümer mit der Forderung einer selbständigen Verfassung beantwortet wurde.

Die Selbstauflösung der beiden Ständeversammlungen wurde von der Bevölkerung allgemein gebilligt; mit Begeisterung und Jubel wurden die heimkehrenden Abgeordneten allerwärts begrüßt. — Die Bewegung war nun ein Allgemeingut des Volks geworden und fand in dem bekannten Schleswig-Holsteinlied patriotischen Ausdruck; — und über die ganze Halbinsel hinweg, vom Ost- und zum Nordseestrande, ja in allen Teilen des deutschen Vaterlandes, brauste der mannhafte Gesang:

„Schleswig-Holstein, meerumschlungen,
Deutscher Sitte hohe Wacht!
Wahre treu, was schwer errungen,
Bis ein schön'rer Morgen tagt.
Schleswig-Holstein, stammverwandt,
Wanke nicht, mein Vaterland!

Ob auch wild die Brandung tose,
Flut auf Flut von Bai zu Bai,
O laß blüh'n in deinem Schoße
Deutsche Tugend, deutsche Treu!
Schleswig-Holstein, stammverwandt,
Bleibe treu, mein Vaterland!

Gott ist stark auch in den Schwachen,
Wenn sie gläubig ihm vertrau'n,
Zage nimmer, und dein Nachen
Wird trotz Sturm den Hafen schau'n!
Schleswig-Holstein, stammverwandt,
Harre aus, mein Vaterland!

Teures Land, du Doppeleiche
Unter einer Krone Dach,
Stehe fest und nimmer weiche,
Wie der Feind auch dräuen mag.
Schleswig-Holstein, stammverwandt,
Wanke nicht, mein Vaterland!"

Wie einstmals das Becker'sche „Rheinlied", so entzündete dieses, schon früher von Stenß gedichtete, dann später von Chemnitz umgedichtete Lied, die Herzen zu sympathischem Mitgefühl für den Kampf der Brüder im Norden.

Und Lied und Melodie waren so populär geworden, daß in dem Revolutionsjahr 1848 das „Schleswig-Holsteinlied" zu einem „Hecker-Struve, stammverwandt" travestiert wurde.

Wie häufig in meinen Ferien war ich auch in damaliger Zeit wieder mehrere Tage auf Besuch bei einem Onkel in Offenbach a. M. und hatte täglich Gelegenheit, die Begeisterung wahrzunehmen, welche sich in allen Schichten der Bevölkerung geltend machte. Offenbach war damals, wie auch später noch, mit seiner starken Arbeiterbevölkerung von Grund aus demokratisch, ja, revolutionär gesinnt. Was Wunder da, daß die schleswig-holsteinische Bewegung eine willkommene Gelegenheit bot, freiere politische Ansichten und Handlungen zu betätigen. Da fanden sich Viele, welche sich voll Begeisterung mutig den Freischaren anschlossen, welche sich zur Befreiung der Schleswig-Holsteiner vom dänischen Joch gebildet hatten, oder um die Mittel zu schaffen, diese unterstützen zu können. Gar manche solcher Züge berührten Frankfurt und die Nachbarorte, und überall fanden sie bei der Bevölkerung herzliche Aufnahme und Unterstützung.

Eines Nachmittags traf eine solche Schar kampfesmutiger Männer aus Bayern, von Würzburg über Aschaffenburg

kommend, auch in Offenbach ein, geführt von einem jungen Juristen Namens Dr. Rudleff, der kurz vorher sich durch Herausgabe seiner Gedichte weiteren Kreisen bekannt gemacht hatte. Wie mehrere seiner Genossen verkehrte auch er, während zweier Rasttage im Hause meines Onkels, und wurde ich dadurch mit diesem Herrn, einer stattlichen, interessanten Erscheinung, näher bekannt, so daß er mich bei meinem Abschiede mit einem Exemplar seiner Gedichte beehrte. Ich habe ihm ein treues Andenken bewahrt, wenngleich ich nichts Zuverlässiges mehr von ihm erfahren habe. Der Wackere kämpfte noch mit seiner mutigen Schar am 3. Mai vor der Festung Fredericia und soll hierbei durch eine dänische Kugel den Tod erlitten haben.

Die revolutionären Februar-Ereignisse in Frankreich und die durch dieselben überall entzündete Volksbewegung hatte auch die durch den „Offenen Brief" des Königs von Dänemark ohnehin hochgradig erregten Herzogtümer zu entscheidendem Handeln ermutigt; indem am 18. März 1848 eine große Anzahl schleswig-holsteinischer Ständemitglieder in Rendsburg zusammentraten und eine Deputation wählten, welche in Kopenhagen von dem Könige außer liberalen Zugeständnissen die Vereinigung der beiden Provinzialständeversammlungen zum Zwecke der Beratung einer schleswig-holsteinischen Verfassung und den Beitritt Schleswigs zum deutschen Bunde, erbitten sollten. — Der Deputation wurde am 24. März die Antwort: „daß der König gesonnen sei, der Grafschaft Holstein eine freie Verfassung zu gewähren und sich den Bestrebungen für ein deutsches Parlament offen anzuschließen; — daß er aber weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen habe, Schleswig dem deutschen Bunde einzuverleiben, dagegen die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinsame freie Verfassung betätigen wolle."

Am gleichen Tage (24. März 1848) trat auf Veranlassung des Advokaten Wilhelm Hartwig Beseler, einem Patrioten von entschlossenem und zähem Charakter, in Kiel eine provisorische Regierung zusammen, welcher sich die beiden

Herzogtümer sofort unterwarfen. Die deutschen Truppenteile dortselbst schlossen sich der Bewegung an, und aus Deutschland strömten Freischaren herzu. Der Deutsche Bund erklärte sich für die schleswig-holsteinische Sache und beauftragte Preußen mit der Ausführung seiner Beschlüsse.

Die provisorische Regierung, aus fünf Mitgliedern: Beseler, Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein, Graf Reventlow-Preetz, Advokat Bremer und Kaufmann Schmidt, bestehend, erließ alsbald folgenden Aufruf:

„Mitbürger!

Unser Herzog ist durch eine Volksbewegung in Kopenhagen gezwungen worden, seine bisherigen Ratgeber zu entlassen und eine feindliche Stellung gegen die Herzogtümer einzunehmen. Der Wille des Landesherrn ist nicht mehr frei und das Land ohne Regierung. Wir werden es nicht dulden wollen, daß deutsches Land dem Raube der Dänen preisgegeben werde. Große Gefahren erfordern große Entschließungen; zur Verteidigung der Grenze, zur Aufrechterhaltung der Ordnung bedarf es einer leitenden Behörde.

Folgend der dringenden Notwendigkeit und gestärkt durch das uns bisher bewiesene Zutrauen haben wir, dem ergangenen Rufe folgend, vorläufig die Leitung der Regierung übernommen, welche wir zur Aufrechterhaltung der Rechte des Landes und der Rechte unseres angestammten Herzogs in seinem Namen führen werden.

Wir werden sofort die Vereinigte Ständeversammlung berufen und die übernommene Gewalt zurückgeben, sobald der Landesherr wiederum frei sein wird, oder von der Ständeversammlung andere Personen mit der Leitung der Landesangelegenheiten beauftragt werden.

Wir werden uns mit aller Kraft den Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands anschließen. Wir fordern alle wohlgesinnten Einwohner des Landes auf, sich mit uns zu vereinigen. Laßt uns durch Festigkeit und Ordnung dem deutschen Vaterlande ein würdiges Zeugnis des patriotischen Geistes geben, der die Einwohner Schleswig-Holsteins erfüllt!

Die provisorische Regierung."

Dänemark mobilisierte darauf sehr schnell Heer und Flotte und rückte, anfänglich mit glänzenden Erfolgen, gegen die Schleswig-Holsteiner vor, die kaum 2000 geschulte Soldaten dem Feinde entgegenstellen konnten. Aber die kleine Armee der Schleswig-Holsteiner erhielt alsbald reichlichen Zuwachs aus allen

Teilen Deutschlands; Offiziere und Freiwillige eilten herbei, um dem Bruderstamm hilfreich die Hand zu bieten; und schon nach wenigen Wochen standen mehr als 7000 Mann kampfbereit den Dänen gegenüber.

Am 24. März hatte die provisorische Regierung Preußen um Hülfe angerufen, und sofort die Zusicherung erhalten, daß eine starke Heeresmacht unverzüglich in Kriegsbereitschaft gesetzt würde. — Schon zu Anfang April rückten die Preußen unter General von Wrangel in Holstein, am 10. April in Schleswig ein.

Wrangel erließ an die ihm unterstellte Armee folgenden Tagesbefehl:

„Soldaten!

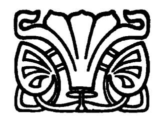
Die Rechte Deutschlands sind von den Dänen verletzt und Ihr seid bestimmt, dieselben aufrecht zu erhalten. Vom Deutschen Bunde zu Eurem Obergeneral ernannt, betrachte ich es als ein hohes Glück und als eine besondere Ehre, berufen zu sein, Euch zu diesem Zweck in den Kampf führen zu dürfen. Eure bewährten Führer und Eure Tapferkeit sind mir Bürge für den Erfolg. — Vorwärts für Deutschland! sei fortan unser gemeinsames Losungswort, und mit Gott im Herzen wird der Sieg dann unser sein. Es lebe unser gemeinsames Vaterland! Es lebe Deutschland hoch! Und nun vorwärts!

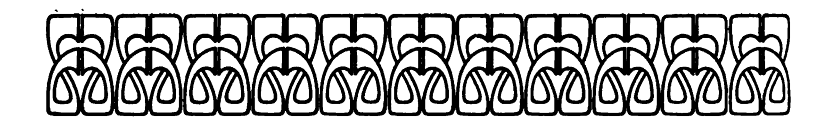
v. Wrangel.

Wrangel vertrieb die Dänen nicht nur aus Schleswig-Holstein, sondern rückte Anfang Mai in Jütland ein, und siegte mit seiner tapferen Schar in einer Reihe blutiger Gefechte, bis die Diplomatie, unter dem Dänemark günstigen Einfluß von Rußland, Schweden und England, den Waffen Ruhe gebot.

So kam denn schließlich notgezwungen am 26. August unter Englands Garantie ein auf sieben Monate geschlossener Waffenstillstand in Malmö zustande, wonach die Herzogtümer von deutschen und dänischen Truppen geräumt werden, und nur 2000 Deutsche in Altona und ebensoviel Dänen auf Alsen zurückbleiben sollten. Die schleswig-holstein. Truppen durften im Lande verbleiben, die vorhandenen Befestigungen blieben bestehen und die Blokade der deutschen Küste durch die dänische Flotte wurde aufgehoben.

Dieser Malmöer Waffenstillstand wurde vom deutschen Volke allgemein mißbilligt, — fand heftigen Widerspruch in der deutschen Nationalversammlung, und wurde Veranlassung zu den blutigen Kämpfen am 18. September 1848 zu Frankfurt am Main.





VIII.

Der Gustav Adolf-Verein.

Der Gustav Adolf-Verein hatte am 21. und 22. September 1847 in Darmstadt seine Hauptversammlung, und meinem Vater ward hierzu eine Einladung und ihm gestattet worden, daß ich ihn begleiten durfte. Bis dahin waren die jeweiligen Beratungen nicht öffentlich gewesen; von nun ab sollten dieselben jedermann zugängig sein.

Tags vor der Hauptverhandlung fanden am 20. September zwei vorberatende Versammlungen statt, welche in dem Festsaale der Polytechnischen-Schule abgehalten wurden. — Der Vormittag war der Prüfung der Vollmachten und der Präsidentenwahl gewidmet. Hofprediger Prälat Dr. Karl Zimmermann von Darmstadt, der Mitbegründer des Gustav Adolf-Vereins, wurde hierzu einstimmig gewählt. — War auch die Vormittagsitzung ziemlich ruhig verlaufen, so sollte es um so stürmischer dann am Abend hergehen, wo die Erörterungen teilweise nicht ohne Leidenschaftlichkeit geführt wurden, und manche Redner, um sich mehr Eindruck und Gehör zu verschaffen, von Stühlen und Tischen herab sprachen.

Die Veranlassung hierzu lag weiter zurück und wurzelte in den kirchlichen Differenzen damaliger Zeit, welche einen Zwiespalt in den Anschauungen der geistlichen Wortführer gereift hatte.

Die Gründung des Gustav Adolf-Vereins war eigentlich, wenn auch nicht direkt in seinem späteren umfangreicheren Zweck, gelegentlich einer am 6. November 1832 zu Lützen, stattgehabten Erinner-

ungsfeier des Heldentods Gustav Adolfs von Schweden angeregt worden, indem man zunächst nur die Errichtung eines eisernen Denkmals über dem „Schwedenstein" — der Stelle, wo der Glaubensheld gefallen war, — beabsichtigte. Da damals gerade „herzergreifende" Klagen armer Christengemeinden in Böhmen unausgesetzt nach Deutschland drangen, so regte der viel gefeierte Professor der Theologie und Prediger an der St. Thomaskirche zu Leipzig, Superintendent Dr. Christian Gottlob Lebrecht Großmann, den Plan an, dem Andenken des Gustav Adolf in der „Gründung eines Vereins zur brüderlichen Unterstützung bedrängter Glaubensgenossen und durch Erleichterung der Not, in welche protestantische Gemeinden in und außer Deutschland mit ihrem kirchlichen Zustande geraten sind", ein weiteres Denkmal zu setzen.

Dr. Großmanns Gedanken fanden Anklang, doch kam zunächst nur zwischen Leipzig und Dresden — ohne viel Aufhebens und in bescheidenem Rahmen — eine gemeinschaftliche „Gustav Adolf-Stiftung" zustande, dem obigen Zwecke entsprechend. — Einige Jahre später, am 31. Oktober 1841, erließ Prälat Dr. Karl Zimmermann in Darmstadt, ohne noch Kenntnis von der Leipzig-Dresdner Vereinigung zu haben, einen allgemeinen „Aufruf an die protestantische Welt" zur Gründung eines „Vereins für die Unterstützung hülfsbedürftiger protestantischer Gemeinden".

Dieser Aufruf gab zunächst auch die Anregung, daß man sich in Dresden und Leipzig mit Darmstadt zu einem einzigen Vereine — — dem nunmehr „Gustav Adolf-Verein" genannten, — zusammentat, um mit vereinten Kräften der hochedlen Sache gemeinsam zu dienen. Von allen Seiten kamen beistimmende Erklärungen; mehrere Fürsten, unter ihnen der Großherzog von Hessen, Ludwig II., der König von Württemberg, Wilhelm I., traten dem Vereine als Mitglieder bei, und verliehen ihm ihren Schutz; — und an vielen Orten begann man Zweigvereine zu gründen.

Die erste gemeinsame Versammlung fand am 16. September 1842 in Leipzig, die zweite am 21. und 22. September 1843 in Frankfurt a. M. statt. — Auf dieser Versammlung kamen auch die neuen Statuten zur Beratung und Annahme, nach welchen der Gustav Adolf-Verein eine „Vereinigung aller derjenigen Glieder der evangelisch-protestantischen Kirche ist, welche die Not ihrer Brüder, die der Mittel des kirchlichen Lebens entbehren und deshalb in Gefahr sind, der Kirche verloren zu gehen, zu Herzen geht, und hat also, eingedenk des apostolischen Wortes Gal. 6, 10: „Lasset uns Gutes tun an Jedermann, allermeist aber an des Glaubens Genossen", zum Zwecke, die Not dieser Glaubensgenossen in und außer Deutschland, sofern sie im eigenen Vaterland ausreichende Hülfe nicht erlangen können, nach allen Kräften zu heben." — Die Wirksamkeit des Vereins sollte lutherische, reformierte und unierte sowie solche Gemeinden, die ihre Übereinstimmung mit der evangelischen Kirche sonst glaubhaft nachweisen, umfassen.

Durch eine Ministerialverfügung vom 16. November 1843 war allen Gustav Adolf-Vereinen, welche sich in Preußen bilden würden, die Genehmigung erteilt worden; — in Bayern hatte es dagegen die ultramontane, jesuitische Richtung vermocht, das Gegenteil zu verfügen. Da hatte unterm 10. Februar 1844 der König Ludwig I., unter dem Einflusse seines Ministers v. Abel, eine Kabinetsordre erlassen, in der es u. a. hieß:

„Je weniger die Ausdehnung dieses Vereins (Gust. Adolf-V.) und seine Wirksamkeit mit der staatsrechtlichen und gesetzlichen Organisation und Stellung der protestantischen Kirche in Bayern zu vereinigen und je mehr Uns die Bewahrung des Religionsfriedens in Deutschland und der deutschen Eintracht am Herzen liegt, um so fester sind Wir entschlossen, dem genannten Vereine in Unserem Lande die Verfolgung seiner Zwecke in keiner Weise und unter keiner Form zu gestatten und jede Einmengung desselben in die kirchlichen Verhältnisse der Gemeinden auf das entschiedenste zurückzuweisen. Wir haben zu diesem Ende bereits angeordnet, daß dem Vereine die von ihm einzelnen bezüglichen Kirchengemeinden zugewendeten Unterstützungsbeiträge, wenn sie an ihren Bestimmungsort gelangen, mit der Warnung zurückgesendet werden sollen, künftighin solche Sendungen nach Unseren Landen zu unterlassen, widrigenfalls die dahingelangenden Unterstützungsbeiträge eingezogen

und für irgend einen andern Stiftungszweck, nach den von Uns in jedem einzelnen Falle deßfalls zu treffenden Bestimmungen, verwendet werden würden. — — —

„Sollte wider Erwarten diesem Verbote entgegen gehandelt werden, so habt ihr gegen die Übertreter wegen verschuldeter Teilnahme an einem unerlaubten Vereine mit aller Kraft der euch anvertrauten gesetzlichen Amts- und Strafbefugnisse einzuschreiten, die allenfalls in Unser Königreich gelangten Unterstützungsbeiträge des Gustav Adolf-Vereins aber sofort in amtliche Verwahrung zu nehmen und über deren anderweitige Verwendung gutachtlich Anträge zu stellen."

Anders dachte König Wilhelm I. von Württemberg, der Ende 1843 seinen Jahresbeitrag (1000 Gulden) mit folgendem Handschreiben an den Vorstand des Gustav Adolf-Vereins einsandte:

„Indem ich Ihnen meinen Beitrag überschicke, um Ihren ebenso nützlichen, als löblichen Zweck zu unterstützen, ist es für mich Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit meine Gesinnungen offen auszusprechen. Allen andersglaubenden Christen stets die Hand zu Einigkeit und Frieden zu reichen, halte ich für meine Pflicht im ächten Geiste der Religion, aber auch ebenso fest und offen die Grundsätze unserer Reformation zu bekennen, welche nun über drei Jahrhunderte unsere evangelisch protestantische Lehre begründen. Nach diesen Grundsätzen ist es auch für uns Pflicht, unsere leidenden Glaubensgenossen nach Kräften zu unterstützen, und der Schutz des Allerhöchsten wird unser Werk segnen."

Auch Friedrich Wilhelm IV. von Preußen sprach sich in einem Erlaß vom 14. Februar 1844 in gleichem Sinne aus und übernahm das Protektorat des Gustav Adolf-Vereins für alle seine Staaten.

Die allgemeine Teilnahme der evangelisch-protestantischen Gemeinden an dem Gedeihen des Vereins setzte diesen bald in den Stand, seinem Zwecke auch hülfreich dienen zu können. Doch blieben ihm in seinem Innern auch unangenehme Erörterungen und Kämpfe nicht aus, welche erst im Laufe der Jahre durch strenges Festhalten an dem hohen Zweck und Ziel, in dem aufrichtigen Bestreben alles in christlicher Liebe zu schlichten, sich ausglichen, und zum allgemeinen Frieden führten.

Diese abweichenden Anschauungen kamen gelegentlich der am 7., 8. und 9. September 1846 zu Berlin stattgehabten

Hauptversammlung in einer Schärfe zur Aussprache, daß man schier geneigt sein konnte, eine ernstliche, nachteilige Erschütterung der Vereinseinheit befürchten zu müssen.

Der Hauptverein der Provinz Preußen zu Königsberg hatte nämlich den Prediger Dr. Rupp als seinen Abgeordneten nach Berlin gesandt. Nun war dieser infolge von Streitigkeiten, welche er mit seiner Kirchenbehörde hatte, von seiner Stelle als Divisionsprediger entlassen worden, und aus der evangelisch-protestantischen Kirchengemeinschaft Preußens ausgeschieden, und hatte zu Königsberg eine „freie Gemeinde" gegründet. — Es war daher die Frage, ob Dr. Rupp unter diesen Umständen, nach dem Wortlaut der Statuten des Gustav Adolf-Vereins, Abgeordneter eines Vereins sein könne. — Nach langen lebhaften Erörterungen kam man mit geringer Majorität zu dem Beschluß, daß die Statuten nur die Glieder der evang.-protestant. Kirche als Vereinsmitglieder anerkennen, Mitglieder einer „freien Gemeinde", mithin als solche von dem Gustav Adolf-Verein ausgeschlossen seien.

In der am 21. und 22. September 1847 zu Darmstadt stattgehabten Hauptversammlung kam diese heikle Angelegenheit nochmals zur Erörterung, und auch der weitere Fall, inwieweit Pastor Lebrecht Uhlich in Magdeburg, der ja auch aus der evang.-protestant. Kirchengemeinschaft ausgetreten war, als Vertreter eines Vereins zugelassen werden könne. Diese Fragen wurden, wie oben angedeutet, in der abends stattgehabten Vorversammlung in hitziger Diskussion erörtert, und schließlich beschlossen, „diese Angelegenheit als geschehene Tatsache von den Beratungen auszuschließen, daß aber über alle Grundsätze und Folgerungen, welche damit zusammenhängen, beraten werden sollte."

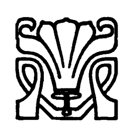
In der Hauptversammlung wurde dann Tags darauf auf Antrag des Breslauer Hauptvereins, als Ergänzung des § 25 der Statuten, beschlossen, „daß sich die Prüfung der Legitimation der Abgeordneten auf die formelle Richtigkeit zu beschränken habe."

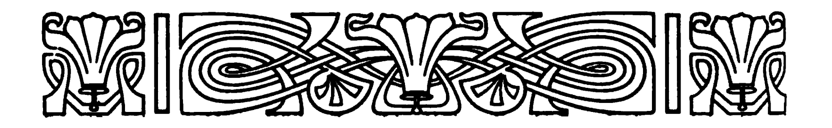
Damit war die heikle Angelegenheit begraben! — Für mich war der heftige Wortkampf insofern höchst interessant, als ich Gelegenheit hatte, Männer von dem Ruf, wie Graf

Schwerin, Oberhofprediger Dr. v. Grüneisen, Dr. Großmann, Pastor König u. a. sprechen zu hören.

Zur Zeit der Darmstädter Hauptversammlung — also nach kaum sechs Jahren seines Bestehens — zählte der Gustav Adolf-Verein schon 41 Haupt- und 628 Zweigvereine, und verfügte über ein Grundkapital von mehr als 73000 Taler, wovon die Zinsen alljährlich armen Christengemeinden zur Wohltat wurden, sodaß während dieser Zeit bereits 169 Gemeinden mit 68784 Taler unterstützt werden konnten.

Am Morgen des 23. September fuhr dann eine bedeutende Anzahl von Abgeordneten nach Seligenstadt, wo die aus Mitteln des Vereins mit einem Aufwande von 9860 Gulden erbaute Kirche ihre Weihe empfing.





IX.

Die Märztage 1848.

Noch vor Ausbruch der französischen Februar-Revolution von 1848 hatten sich in Deutschland vereinzelt revolutionäre Bewegungen gezeigt, die erst durch die Nachrichten aus Frankreich allgemein wurden. Die Regierungen waren überrascht, bestürzt und unschlüssig, wie sie der heranstürmenden Volksbewegung begegnen sollten, und ließen über sich ergehen, was diese zeitigte.

In Dänemark war König Christian VIII. am 20. Januar 1848 gestorben, und dadurch der Konflikt mit den dänischen Interessen wieder in unmittelbare Nähe gerückt worden.

In Bayern — eigentlich nur in München — kam es am 7. Februar zu einem Studentenauflauf, mit dem die Bürgerschaft sympatisierte, und der zugleich auch so recht zeigte, welche Erbitterung und Aufregung sich schon gegen die reaktionäre Wirtschaft der Regierung ausgebildet hatte; — und was besonnene, ernstliche Vorstellungen beim Könige nicht vermocht hatten, nämlich das jesuitische ultramontane Ministerium Abel zu stürzen, das sollte einer Liebschaft des Königs Ludwig I., mit der spanischen Tänzerin Lola Montez vorbehalten bleiben, als er diese zur Gräfin von Landsfeld erheben wollte, und Abel hierzu seine Zustimmung versagte. Darüber erzürnt, entschloß sich der König, das im ganzen Lande — mit Ausnahme bei den Ultramontanen, verhaßte Ministerium „fortzujagen", wie sich Majestät auszudrücken beliebte; doch sah er sich schließlich, dem Strome der

Zeit folgend, gezwungen, die Tänzerin des Landes zu verweisen*) — und erklärte, der „begonnenen neuen Zeitrichtung" nicht folgen zu können, indem er von der Regierung zurücktrat, und seinem Sohne, Maximilian II. die Sorgen des Thrones überließ.

In Baden, wo von jeher eine freiheitliche Bewegung herrschte, waren schon vor dem Bekanntwerden der Pariser Ereignisse Anträge und Forderungen an die Regierung gelangt, die den Charakter einer revolutionären Strömung trugen. — So forderte eine demokratische Versammlung in Offenburg vom September 1847 durch Friedrich Heckers**) feurige Rede

*) „Überall hinausgetrieben,
Ueberall davongejagt,
Ist mir kein Asyl geblieben,
Nirgends mehr, Gott sei's geklagt!
Bayern, das aus Nacht und Pfütze
Ich zum Spaß ein wenig hob,
Bayern meine letzte Stütze
Warf hinaus mich bayrisch grob."

Lola Montez ging später (1852) nach Amerika, wo sie wieder die Bühne betrat, und in einem Spektakelstück ihre Münchener Erlebnisse zum besten gab. Später hielt sie sozialpolitische Vorlesungen in Amerika und Australien, und erntete damit großen Beifall; — schrieb Essays über die Emanzipation der Frauen, über berühmte Frauen der alten und neuen Geschichte, und veröffentlichte ihre Memoiren in einer Pariser Zeitung. — Sie lebte die letzten Jahre in den ärmlichsten Verhältnissen und litt oft die bitterste Not, sodaß sich New Yorker Damen veranlaßt sahen, im Interesse der Lola Montez an den König Ludwig eine Bittschrift zu richten, die dieser aber unbeantwortet ließ. Sie starb am 17. Januar 1861 in einem New Yorker Krankenhaus. Nach ihrem Tode veranstalteten verschiedene Herren der Gesellschaft eine erfolgreiche Sammlung, um ihr ein würdiges Begräbnis zu verschaffen.

**) Hecker, Friedrich Karl Franz, Advokat und Führer der badischen Revolution von 1848 im Sinne der Republikaner, war am 28. September 1811 zu Eichtersheim im Badischen geboren, studierte in Heidelberg die Rechte und wurde im Dezember 1838 Obergerichtsadvokat in Mannheim, — wo er sich frühzeitig durch seine freisinnige, republikanische Gesinnung hervortat, und im Juli 1842 in die bad. Kammer gewählt, in derselben in diesem Sinne zu wirken suchte. Schon hier zeigte er seinen eigenwilligen Charakter in recht terroristischer Weise, sodaß er, als ein von ihm gestellter Antrag auf Steuerverweigerung nicht angenommen wurde, im März

angeregt, Selbstregierung des Volkes, und am 12. Februar 1848 stellte **Friedrich Daniel Bassermann***) von Mannheim in der badischen Kammer den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments, und am 27. Februar wurden in Mannheim von hervorragenden Männern Beratungen gepflogen über die vier Forderungen: Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung und Nationalvertretung. — Am 1. März wurden diese Forderungen durch Massendeputationen der badischen zweiten Kammer übergeben und der Regierung unterbreitet. Diese gewährte die volkstümlichen Forderungen und verwilligte überdies noch die Aufhebung der Zensur, der Ausnahmegesetze und der Reste des Feudalwesens, und sandte sogar Bassermann als ihren Vertrauensmann an den Bundestag nach Frankfurt a. M.

1847 sein Mandat niederlegte und nach Algier reiste, — von wo er aber schon bald wieder zurückkehrte. — Auf's neue in die badische Kammer gewählt, gehörte er wieder zu den schneidigsten Mitgliedern der Opposition, und trat in der am 5. März 1848 zu Heidelberg abgehaltenen Versammlung liberaler Abgeordneter offen als Republikaner auf, gab jedoch das Versprechen, sich in dieser Frage der Majorität fügen zu wollen; — als aber das Vorparlament seinen Bestrebungen, die Revolution trotzdem in das republikanische Fahrwasser zu leiten, sich widersetzte, verließ er, wie ein eigenwilliges, trotziges Kind, die Versammlung, und bereitete die unglückselige gewaltsame Schilderhebung im badischen Oberlande vor, — nach deren kläglichem Ende bei Kandern, Hecker in die Schweiz floh. — Da die deutsche Nationalversammlung seine zweimalige Wahl zu deren Abgeordneter (Wahlkreis Thiengen) zurückwies, ging er nach Nordamerika, kehrte aber bei Ausbruch der Frühjahrsrevolution von 1849 wieder nach Europa zurück, verließ dasselbe aber, als er die Erfolglosigkeit dieser revolutionären Bestrebungen erkannte. — In Amerika war Hecker hervorragend als Agitator der republikanischen Partei tätig, und beteiligte sich mit Auszeichnung im dortigen Bürgerkrieg von 1860—1864, legte aber als Oberst sein Kommando nieder, als er im Avancement übergangen worden war. — Im Mai 1873 kam Hecker auf kurze Zeit nach Deutschland, und starb 1881 am 24. März in St. Louis.

*) **Bassermann**, Friedrich Daniel, hervorragender Politiker, war am 24. Februar 1811 zu Mannheim geboren; — als Kaufmann ausgebildet, hatte er dann von 1829—31 die Universität Heidelberg besucht; — wurde 1837 in die Gemeindeverwaltung, und 1841 in die badische Kammer gewählt, in welcher er der lebhaftesten Opposition gegen das reaktionäre ministerielle System angehörte. — Nachdem die Regierung 1848 dem Verlangen des Volkes Rechnung getragen, wurde er deren eifrigster Verteidiger, und ward

Und der Bundestag! Ihm waren die revolutionären Ideen und Strömungen in den Magen gefahren!

Am 1. März schon erließ er eine „Ansprache an die deutsche Nation", in welcher er ausführte, daß „einmütiges Zusammenwirken von Regierungen und Völkern jetzt Not tue, — und ein Jeder in seinem Kreise für Eintracht und Ordnung sorgen möge." — „Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt", erging sich der seither so sehr reaktionär gesinnte Bundestag weiter: „aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts, der einheitlichen Entwicklung" führe zum Ziel. Der Bundestag „vertraue daher mit voller Zuversicht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des (deutschen Michels!) deutschen Volkes."

Nun folgten eine Reihe liberaler Beschlüsse des geängstigten Bundestags, als wollte er seine in dreiunddreißig Jahren aufgehäufte Sündenlast mit einem Mal sühnen und wieder gut machen die Schande und Schmach, welche er in dieser Zeit der schimpflichsten Reaktion auf sich gehäuft hatte.

Am 3. März gab er den Regierungen die Aufhebung der Zensur frei. Baden und Württemberg bedurften diesen bundestaglichen Gnadenakt nicht mehr, denn da hatten die Regierungen demselben bereits vorgegriffen, und Preßfreiheit verwilligt. —

Am 8. März beschloß der Bundestag eine „Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßen natio-

sogar von ihr als Vertrauensmann an den Bundestag nach Frankfurt a. M. geschickt, beteiligte sich bei den Beratungen des Vorparlaments, und ward, als Vertreter von Stadtprozelten a. Main in die Nationalversammlung gewählt. — Im August 1848 ins deutsche Reichsministerium als Unterstaatssekretär des Innern berufen, wurde er wiederholt nach Berlin gesandt, um das Interesse der deutschen Sache bei der preußischen Regierung zu vertreten; — ward 1850 Mitglied des Unionsparlaments zu Erfurt, und zog sich noch in demselben Jahre vom öffentlichen Leben zurück, — von tiefer Melancholie über die fehlgeschlagenen vaterländischen Hoffnungen erfaßt, endete er am 29. Juli 1855 durch Selbstmord.

nalen Grundlagen"; Tags darauf hatte Baden die Einsetzung einer Volksvertretung beim Bunde beantragt, worauf der Bundestag schon am 10. März die „Einberufung von Vertrauensmännern" beschloß, und die Farben schwarz-rot-gold für die offiziellen Farben des deutschen Bundes erklärte. Mitte März ward bereits schon die schwarz-rot-goldne Fahne auf dem Bundespalais aufgepflanzt.

Nach allen Richtungen hin übte die freiheitliche Bewegung einen Druck auf die Regierungen aus, und wenn auch widerwillig, — sie folgten dem Strome der Zeit.

In Hessen-Darmstadt, meinem Heimatlande, gärte es auch in allen Teilen der Bevölkerung gewaltig, — und die großherzogliche Residenzstadt war gleich zu Anfang der Märztage ein Sammelplatz von „aufgeregten und aufregenden Elementen". Der von jeher zu Unruhen und Ausschreitungen geneigte Odenwald, und das von den Radikalen Advokat Zitz, Metternich u. a. schon längst aufgehetzte unzufriedene Mainz hatten hierzu ein nach Tausenden zählendes Kontingent gestellt, das auf dem Luisenplatz am Denkmal Ludwigs I. in diesen Tagen in der ausgelassensten Weise sein Wesen trieb. Das war ganz besonders am 6. März der Fall, als der Regierungswechsel bekannt wurde. — Da standen Gruppen zusammen und ergingen sich in aufgeregten Erörterungen politischer Tagesereignisse, — dort tanzte man nach den unmelodischen Tönen einer Ziehharmonika, und wieder an anderer Stelle, ergingen sich Redner in stürmischen Auslassungen gegen Alles, was nach ihrer Ansicht nicht richtig und ungenügend war. Ein unruhiges, wahrhaft tolles Treiben, das noch durch wüste Gesänge und widerliches Schreien unangenehmer wurde.

Das Landvolk, welches namentlich aus unmittelbarer Nähe Darmstadts zahlreich herangeströmt war und sich auch mancherlei Ausschreitungen erlaubte, hatte für all diese bejubelten Verheißungen im allgemeinen kein richtiges Verständnis; — ihm lagen andere Bedürfnisse näher, und aus all seinen Nöten konnten jene Neuerungen, nach seiner Auffassung, ihm keinen unmittelbaren Gewinn und Vorteil bringen. —

Ich sah am 6. März jenem tollen Treiben auf dem Luisenplatze in Darmstadt zu, und bewegte mich zuweilen auch in der wogenden Volksmenge. Da gesellte sich ein altes Bäuerlein aus dem Odenwalde, mit langem Rock und roter Weste, zu mir, als ich bei einer tanzenden Gruppe stehen blieb, und redete mich an:

„Das gefällt Ihnen wohl, junger Herr — Es sind Leute aus meinem Orte," fügte er hinzu. „Ich begreife nicht, für was sie Ursache haben, sich so ausgelassen zu freuen? — Heute abend kehren sie in ihre Armut zurück, und morgen fühlen sie ihre Not doppelt schwer!"

„Es sollen doch jetzt bessere Zeiten kommen," entgegnete ich, „haben Sie denn nicht den großherzoglichen Erlaß mit Gagerns Unterschrift gelesen?"

„Doch, doch — — habe aber nicht herauslesen können, inwieweit wir armen Odenwälder einen Vorteil davon haben können. — Uns drücken die Forst- und Rentämter und deren Erlasse und Strafen wegen Forstfrevel, deren Verbote: Laub, Moos und dürres Holz aus den Waldungen zu holen, von dem Judenwucher nicht zu sprechen, der unsere Landbevölkerung zu Leibeignen gemacht hat. Und wie bei uns, so ist es wohl auch anderwärts. — Ich habe eine Tochter in Schweinfurt verheiratet, die schreibt mir von haarsträubigen Fällen, wie fast in ganz Franken der Bauernstand unter dem Wucher der Juden leidet; — was Wunder da, wenn sich dort, wie bei uns im Odenwald, die Revolution nur gegen die Juden und deren wucherisches Regiment richtet, zu strafbaren Ausschreitungen ausartet, Wohnungen demoliert, Läden ausraubt und sich gegen Recht und Gesetz vergeht."

Hierin mag der Alte nicht ganz unrecht gehabt haben, denn auch in mehreren Orten in der Umgegend von Darmstadt spielten sich ganz gleiche Schauerszenen ab. So wurden in Arheilgen die Läden mehrerer mißliebiger Juden geplündert, wobei es sogar zu blutigen Auftritten kam.

Großherzog Ludwig II. hatte unverweilt dem Volkswillen nachgegeben, und seinen Sohn, den beliebten Erbgroßherzog Ludwig, zum Mitregenten ernannt, der sogleich das im ganzen Hessenlande mißliebige Ministerium du Thil entließ und Heinrich von Gagern zum Minister berief. — Gagern war eine im ganzen Großherzogtum bekannte und beliebte Persönlichkeit. Er hatte als Abgeordneter von Lorsch und später von Worms in den verschiedenen Landtagen der reaktionären Regie-

rung schneidige Opposition gemacht, war von ihr „gemaßregelt" worden, und hatte sich stets als eifriger und strenger Patriot bewährt. Aber Gagern war auch ein echter Deutscher, der sich in seiner vaterländischen Gesinnung nie verleugnete. „Ich halte mich zuerst für einen Deutschen," hatte er einmal gesagt, „war zuerst ein Deutscher, ehe ich ein Hesse war, und das Gefühl, daß vor allem ich ein Deutscher sei, wird mich niemals verlassen, ich mag in untergeordneten staatsrechtlichen Verhältnissen leben, in welchen ich da will." — Und später sagte er einmal: „Verdienste um das Vaterland habe ich keine, aber in der Vaterlandsliebe bin ich aufgewachsen, und so frühe als es in meinen Kräften stand, war ich von dem Drange beseelt, mein Leben ihm zu widmen."

Was Wunder da, daß sein unterm 6. März erlassenes Edikt mit großer Begeisterung und großen Hoffnungen entgegengenommen wurde. Entsprach ja doch sein Inhalt den Wünschen und Bestrebungen aller Patrioten: „Zwecklosigkeit der deutschen Bundesversammlung, Freiheit der Presse, Volksbewaffnung, Herstellung des Petitions- und Versammlungsrechtes, Beeidigung des Heeres auf die Verfassung, freie Religionsübung, Zurücknahme des Polizeistrafgesetzbuches, Garantie der rheinhessischen Institutionen, Einrichtung der Schwurgerichte und Nationalvertretung."

So in Hessen-Darmstadt; auch in Nassau hatte Herzog Adolf der freiheitlichen Strömung der Zeit nachgegeben,*) und

*) In seiner Abwesenheit verhandelten seine Minister, seine Mutter und sein Bruder mit der vor dem Schlosse zu Wiesbaden erschienenen aufgeregten Volksmenge, und diese erzwang unter Drohungen schließlich die demokratischen Forderungen, welche der Herzog Adolf sofort bei seiner Rückkehr annahm, und dies unterm 5. März 1848 in einem Dekret seinem Volke zur Kenntnis brachte: Dasselbe lautete:

„Getreue Nassauer! Gestern nachmittag von einer achttägigen Reise zurückgekehrt, habe ich die außerordentliche Lage des Landes erfahren. Ihr habt von mir gefordert: 1. Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl seiner Anführer, namentlich sofortige Abgabe von 2000 Flinten und Munition an die Stadtbehörde von Wiesbaden. 2. Unbedingte Preßfreiheit. 3. Sofortige Einberufung eines deutschen

den bisherigen Führer der Opposition, den Advokat Hergenhahn an die Spitze der Verwaltung gestellt; und selbst der alte starrköpfige König von Württemberg, Wilhelm I., blieb nicht zurück, und eilte, in die Bildung eines liberalen Ministeriums unter dem Vorsitz Römers zu willigen. Aber der eingefleischte Tory in Hannover, Ernst August, fügte sich erst nach einigem Sträuben in das Unvermeidliche. „Nun," soll er gesagt haben, „wenn es mit den Toryes nicht geht, versuchen wir es mit den Whigs!" und ernannte den liberalen Bürgermeister Dr. Stüve in Osnabrück zu seinem Ministerpräsidenten. — Fast ebenso vollzog sich die zeitgemäße Umwandlung in Kurhessen, wo sich der absolutistische Kurfürst dazu bequemen mußte, gleichermaßen ein liberales Ministerium an die Spitze der Regierung zu stellen. — Im Königreich Sachsen war die Bewegung von Leipzig aus-

Parlaments. 4. Sofortige Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. 5. Recht der freien Vereinigung. 6. Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, insonderheit öffentliches mündliches Verfahren mit Schwurgerichten. 7. Erklärung der Domänen zum Staatseigentum unter Kontrolle der Verwaltung durch die Stände. 8. Sofortige Einberufung der Zweiten Kammer lediglich zur Entwerfung eines neuen Wahlgesetzes, welches auf dem Hauptgrundsatz beruht, daß die Wählbarkeit nicht an einen gewissen Vermögensbesitz gebunden ist. 9. Beseitigungen aller Beengungen der uns verfassungsmäßig zustehenden Religionsfreiheit. Diese Forderungen, deren Gewährung Euch mein Minister versprochen und meine Mutter und mein Bruder mit Ihrem Namen verbürgt haben, genehmige ich und werde ich halten. Habt Vertrauen auf mich, wie ich Vertrauen habe auf Eure Treue und Mut, wenn das Vaterland bedroht ist und Eurer bedürfen sollte.

Die erste dieser Forderungen, die Volksbewaffnung, hat sich bereits gestern bewährt durch die mutige und treue Haltung der Bürgergarde von Wiesbaden und ich rechne darauf, daß sie auch überall im Lande mit Ordnung in Ausführung gebracht wird.

Getreue Nassauer! Jetzt gilt es, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten; dies ist um so notwendiger in einer selbständigen freien Gemeinde-Verfassung, die ich Euch gerne geben werde.

Nassauer! Wie ich mich auf Euch verlasse, so verlaßt Euch fest auf Euern Herzog.

Wiesbaden, den 5. März 1848.

Adolph."

gegangen, und dem Könige durch eine Deputation des Stadtrates und der Stadtverordneten dieser Stadt eine Bittschrift um Preßfreiheit und um Herbeiführung eines deutschen Parlaments überreicht worden. In arger Verblendung wies der König die Deputation zurück, worauf sich denn die Bewegung gegen das gesamte reaktionäre Ministerium richtetete, das erst nach harten Kämpfen gestürzt wurde, worauf an seine Stelle liberale Männer traten.

Erst spät und nach blutigen Exzessen in Berlin und Wien bequemten sich Preußen und Oesterreich dem liberalen Verlangen ihrer Völker nachzugeben.

In Preußen war König Friedrich Wilhelm IV. in seiner Eröffnungsrede des „vereinigten Landtags" am 11. April 1847 den liberalen Anschauungen und Hoffnungen des Volkes in der schroffsten Weise entgegengetreten, und hatte gesagt: „daß es ihn dränge, feierlichst zu erklären, daß es keiner Macht der Erde je gelingen solle, ihn (den König) zu bewegen, das natürliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein vertragsmäßiges, konstitutionelles zu verwandeln." — — Er schloß schon am 26. Juni die Versammlung des vereinigten Landtags wieder; er wollte nach wie vor bleiben das „Prinzip des persönlichen Regiments unumschränkter Thronmacht", bis der Wille des Volkes diesen unzeitgemäßen Absolutismus gewaltsam durchbrach. Schon hatte der absolutistische Bundestag in Frankfurt am Main jedem Bundesstaate freigestellt, Preßfreiheit und andere liberale Forderungen zu gewähren, aber König Wilhelm IV. konnte sich noch nicht entschließen, seinen früheren liberalen Aeußerungen eingedenk, der Zeitströmung gerecht zu werden, und schien entschlossen, derselben mit Waffengewalt entgegenzutreten. — So kam es am 13. März, gelegentlich einer untersagten großen Volksversammlung im Tiergarten, und an den folgenden Tagen zu blutigen Zusammenstößen zwischen Zivil und Militär. — Am 17. März hatte eine Abordnung der Rheinlande beim Könige eine Audienz und forderte: „Umgestaltung des preußischen Staats im Sinne der Zeit und der Freiheit," indem sie betonte, daß nur ein „augenblicklicher hochherziger Entschluß des Königs

die Rheinlande seiner Krone erhalten könne." — Der König versicherte tief bewegt, daß diese Wünsche mit seinem eigenen Vorhaben übereinstimmten; er werde sich an die Spitze Deutschlands stellen und im Innern die nötigen Freiheiten gewähren." Tags darauf — am 18. März mittags — begehrte eine Abordnung der Berliner Stadtverordneten die Entlassung der Minister, eine freisinnige Verfassung mit beschließenden Ständen, Bürgerbewaffnung und Entfernung des Militärs." Der König gab befriedigende Versicherungen, das Volk jubelte, verlangte aber dringender die Entfernung des Militärs aus Berlin. „Der König vertraue sich seinen Bürgern an," war das Losungswort. Durch ein bis heute noch nicht ganz aufgeklärtes „Mißverständnis" kam es jedoch zu erbitterten Barrikadenkämpfen, die auf beiden Seiten viel Blutvergießen forderten und den Soldaten zu empörenden Ausschreitungen Gelegenheit gaben. Der König, von der muckernden Partei umgeben, und von derselben in seinem Eigensinn und Widerstande bestärkt, glaubte noch nach den blutigen Kämpfen vom 18. März durch eine Kundgabe mit der Aufschrift: „An meine lieben Berliner!" den Ansturm beschwichtigen zu können. Aber diese königliche Kundmachung, welche mit dem Verlangen schloß: „Räumt die Barrikaden hinweg, und alle Straßen und Plätze werde ich sogleich von allen Truppen räumen lassen", hatte bei den „lieben Berlinern" gar keine Wirkung. Mit Anbruch des Tages — 19. März — war es zur Tatsache geworden, daß, wie man dem Könige meldete, „das Volk im Siege, und das Militäraufgebot geschlagen war." Da erzitterte die Umgebung des Königs, der sich notgezwungen nun endlich entschloß, dem Willen des Volkes nachzugeben, den Abzug der Truppen aus Berlin zu befehlen, ein volkstümliches Ministerium zuzusagen und den Abgeordneten des Volks „seinen tiefsten Schmerz über das Geschehene" auszudrücken — und die geforderte Volksbewaffnung zu gewähren. „Ich stelle," so sprach er, „die Ruhe, die Ordnung und mich selbst fortan unter den Schutz meines Volkes." — Die nachgebenden Entschließungen des Königs hatten bei den Berlinern einen freudigen Wiederhall gefunden, sodaß

selbst der nun folgende bedrohliche Vorgang in den unteren Räumen des Schlosses in den Vormittagsstunden des 19. März keine andere Wirkung, als eine Demütigung des Königtums dokumentierte und mit einer feierlichen kirchlichen Stimmung schloß. Während das letzte Militär abzog, bewegte sich ein langer Zug von Menschen vom Alexanderplatz her gegen das königliche Schloß, unter Totengesängen, mit Leichen Gefallener, die teils auf Bahren getragen, teils auf offenem Wagen geführt wurden. Die Wunden der Toden waren bloßgelegt, sie selbst meist mit Blumen und Laubkränzen geschmückt. Mit tiefem Schweigen wurde eine Leiche um die andere im Schloßhofe abgesetzt. Vielfaches Schluchzen, dazwischen mancher Racheschrei, unterbrach die dumpfe Stille, bis endlich aus den Kreisen des Volkes heraus der Ruf erscholl: „Der König soll kommen! Er soll die Leichen sehen!“ — Nach einigen Augenblicken furchtbarer Stille wiederholte sich aus tausend Kehlen der Ruf: „König heraus!“ — Endlich zeigte sich der König, die in tiefste Trauer gekleidete Königin am Arm. Auf den Ruf: „Den Hut ab!“ entblößte der König das Haupt vor den daliegenden Leichen, und in diesem Augenblick begann von Tausenden gesungen der von der Gemahlin des großen Kurfürsten gedichtete Choral „Jesus, meine Zuversicht.“ Unbedeckten Hauptes hörte der König den tausendstimmigen feierlichen Gesang bis zu Ende an, worauf er die Königin in ihr Gemach zurückführte — und Berlin hatte eine Märzrevolution. Da war mit einem Mal der absolutistische Monarch zu einem wahren Volksmann geworden, der sich nicht genug tun konnte, nach jeder Seite hin seine liberale Gesinnung zu betätigen. Sein neues Ministerium war aus Männern von bekannter, freiheitlicher Gesinnung gebildet worden, und ihr Einfluß auf den König schien überwältigend und maßgebend zu sein. Da waren Männer, wie Graf Schwerin, Graf A. von Arnim, Alfred von Auerswald, Bornemann, L. Camphausen und Kühne, als Nachfolger des verhaßten reaktionären Ministeriums vom Volke mit Jubel aufgenommen worden, denn in ihrem Programm hatte das Bestreben nach festerer nationaler Einigung und nach Reorganisation des Deutschen Bundes einen hervorragenden Platz. Am

21. März erließ der König eine Kundmachung: „An die deutsche Nation“, in welcher er erklärte, daß er sich an die Spitze „der freien, wiedergeborenen, deutschen Nation“ stellen werde, und sein Minister Graf Schwerin erklärte, der König habe in diesem Sinne „schleunigst Bildung eines deutschen Parlaments anzubahnen beschlossen und werde auch hierin sich an die Spitze der Freiheit und des Fortschritts stellen.“ — Die Bevölkerung werde den König noch am selben Tage „mit den alten ehrwürdigen Farben der Nation zu Pferde in ihrer Mitte erblicken,“ verkündeten Plakate, an deren Schluß es hieß: „Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesamten deutschen Volkes, dem neuen König der freien, wiedergeborenen, deutschen Nation!“ Die deutschen Farben am Arm, ritt der König in der Tat durch die Stadt, gefolgt von Prinzen, Ministern und Generalen, welche allesamt schwarz-rot-goldene Schleifen am Arm hatten. — Noch am Abend dieses Tages verkündete Friedrich Wilhelm IV. in einer zweiten Kundgabe: „An mein Volk und an die deutsche Nation“ die Versicherung, „daß Preußen fortan in Deutschland aufgeht.“

Am 22. März fand das feierliche Leichenbegängnis der Barrikadenkämpfer, die auf seiten des Volkes gefochten hatten, statt. Mehr als 20 000 Menschen, die rechts und links am Wege aufgestellten dichten Volksmassen nicht eingerechnet, folgten als Trauergeleite der langen Reihe von Särgen; ganz Berlin nahm daran teil; die Läden waren geschlossen; die Straßen, durch welche der Zug ging, abgesperrt; die Glocken läuteten, Choräle ertönten, die Bevölkerung trug Trauerkleider; schwarze Fahnen wehten von den Toren, sowie von den Zinnen des königlichen Schlosses. Im Zuge befanden sich die Universität mit ihrem Rektor und den Dekanen im Festornate, die Mitglieder der Akademie, an ihrer Spitze der greise Alexander von Humboldt, der Magistrat und die Stadtverordneten, sämtliche Gewerbe mit ihren umflorten Fahnen, Frauen und Jungfrauen, die Bürgerwehr in Waffen, die deutsche Fahne in Trauerflor voraus; noch nie hatte Berlin so etwas gesehen. — Als der Zug das königliche Schloß erreichte, trat der König von selbst auf den Balkon, um-

geben von den Ministern, Generalen und Adjutanten, wo er mit entblößtem Haupte verweilte, bis der letzte Sarg an ihm vorübergekommen war. Auf seinen Befehl hin wurden die Trauerfahnen entfaltet und an dem Schloß feierlich grüßend gesenkt. — Das war die düstere Königsrevue am 22. März 1848. — Der protestantische Bischof Neander segnete die Särge ein, und die Schützengilde gab den Kampfgenossen drei Salven ins Grab. — Am Altar auf der Höhe des Friedrichshains sprach der Prediger von Sydow die Gedächtnisrede, in der er feierlich hervorhob: „was die Gefallenen erkämpft, das hätten sie erreicht und mit ihrem Blute besiegelt, welches ihre Väter ruhmvoll im Jahre 1813 begonnen!"

In Oesterreich hatte sich unterdessen auch eine revolutionäre Bewegung vollzogen. Die Pariser Ereignisse trafen den allmächtigen Fürsten Metternich und den Wiener Hof wie ein Donnerschlag, und die sonst so reaktionär gesinnte Erzherzogin Sophie riet zu zeitgemäßen Zugeständnissen im weitgehensten Sinne. Es hatte sie ja stets mit Haß erfüllt, daß in Kaiser Ferdinands Namen Metternich eigentlich „das Szepter in der Hand und die Krone auf dem Haupt habe". Metternichs Sturz war unvermeidlich; mit ihm war das 27 Jahre lang mit eiserner Faust geführte System gebrochen, das Volk jubelte und hoffte, daß die liberalen Ideen der neuen Zeit die künftige Regierung leiten werde. Doch das erfuhr noch gar manche Verzögerung und mußte stückweise abgerungen werden; — so: Bewaffnung der Studenten, Bürgerwehr, Nationalgarde, Preßfreiheit, ganz zuletzt erst die Zusage einer „Konstitution". Metternich, dessen Sommerwohnung auf dem Rennweg von einem Volkshaufen unter Blutvergießen gestürmt worden war, räumte ungesäumt die Hauptstadt und das Land. Aber der Zusammenstoß war erfolgt und forderte am 13. März große Opfer. Barrikaden waren errichtet worden, das Militär hatte leidenschaftlich gewirtschaftet, aber mit dem Sturz Metternichs war die Revolution in Wien vorerst überwunden. In der Nacht des 13. März war der allmächtige Staatsmann aus Wien entflohen, unter fremdem Namen, im tiefsten Geheimnis, in fort-

während der Todesangst, entdeckt, mißhandelt, vom Volke gerichtet zu werden, das zu schwerer Rache an ihm berechtigt war. Doch glücklich gelangte er nach England, von wo aus er in Sicherheit die freiheitliche Bewegung der von ihm geknechteten Völker beobachten konnte. Am 15. März hatte der Kaiser die Einberufung einer beratenden Versammlung aus allen Teilen der Monarchie verheißen; — aber in Ungarn hatte die dortige Opposition ihre Forderung eines selbständigen, dem Landtag verantwortlichen Ministeriums gleichzeitig durchgesetzt, und der Kaiser war gezwungen, die Bestätigung zu vollziehen. In Italien war die Revolution gegen die österreichische Herrschaft bereits in vollem Gang; Mailand hatte der Vizekönig verlassen, als dort und in Venedig am 18. März der Aufstand ausbrach. — Wie in den italienischen Provinzen Oesterreichs das Bestreben rein national für die Verwirklichung des Einheitsstaats war, so trat in Wien und den deutschen Landen des Kaiserreichs das deutsche Nationalgefühl hervor. Die Führer der deutschen Studentenschaft waren darauf bedacht, der Bewegung einen solchen deutschen Charakter aufzudrücken, daß das Bürgertum sich nicht ausschließen konnte, was bei den späteren Kämpfen von hervorragender Bedeutung wurde. —

So waren denn in allen Teilen Deutschlands nach und nach die freiheitlichen Bestrebungen allgemein geworden, aber die Gährung blieb und kam erst zum Stillstand, als die Reaktion wieder Oberwasser gewonnen hatte.

In langem Ringen und in aufopfernder Treue und Ausdauern hatten die freisinnigen Männer des südwestlichen Deutschlands, der mittleren und kleineren Staaten, für den Fortschritt gekämpft und gelitten. Sie waren im wahren Sinne des Wortes „Bahnbrecher" für die politische fortschrittliche Bewegung im Norden und Osten Deutschlands; — und von ihr ausgehend, sollte sich der angeregte und erstrebte Geist einer nationalen Einheit, Freiheit und Stärke späterhin betätigen.

Am 5. März 1848 kamen 51 Männer aus allen Teilen Deutschlands in Heidelberg zusammen — fast sämtlich Mitglieder der Ständekammern — „um über die dringensten Maß-

regeln für das Vaterland sich zu besprechen." Es waren zwanzig Badenser, darunter Soiron, Mathy, Bassermann, Welcker, Gervinus, Häusser, — v. Itzstein und Hecker, — sieben Hessen-Darmstädter, an ihrer Spitze Heinrich v. Gagern, neun Württemberger: Römer, Fetzer u. a., einige Bayern, Nassauer, Frankfurter, vier Rheinpreußen, darunter zwei Mitglieder des Vereinigten Landtags, Hansemann und Stedtmann, endlich ein zufällig dort anwesender, junger, österreichischer Schriftsteller von liberaler echt deutscher Gesinnung, Wiesner, den ich später noch kennen zu lernen Gelegenheit hatte.

Einmütig war man zu Heidelberg in den Forderungen für Freiheit, Einheit, Selbständigkeit und Ehre der deutschen Nation, und darin, daß die Herstellung und Verteidigung dieser höchsten Güter im Zusammenwirken aller deutschen Volksstämme mit ihren Regierungen — soweit dies möglich sei — erstrebt werden müsse. Die Versammelten sprachen ihre Ueberzeugung dahin aus:

„Deutschland dürfe nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes oder durch Nichtanerkennung der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden.

„Die Deutschen dürften nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbständigkeit, welche sie als ihr Recht für sich selbst fordern, anderen Nationen zu schmälern oder zu rauben.

„Die Verteidigung der Deutschen und ihrer Fürsten dürfte hauptsächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmute der Nation, nie aber in einem russischen Bündnisse gesucht werden.

„Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung sei unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwickelung der Kraft und Blüte deutschen Nationallebens."

Ferner wurde beschlossen:

„Die betreffenden Regierungen auf das dringendste anzugehen, sobald und so vollständig als nur immer möglich sei, das gesamte deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwalle zu umgeben.

„Zugleich sei dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständige Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volkstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu beraten und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten."

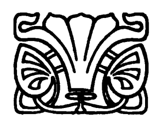
Schließlich wurden sieben Mitglieder ersucht, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu einer Versammlung deutscher Männer schleunigst zu besorgen.

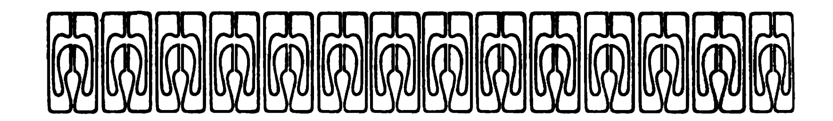
Diese sieben Vertrauensmänner:

Binding I., Frankfurt a. M.,
Heinrich v. Gagern, Hessen,
v. Itzstein, Baden,
Römer, Württemberg,
Stedtmann, Rheinpreußen,
Welcker, Baden,
Willich, Bayern,

erließen dann unterm 12. März 1848 von Heidelberg aus, an „alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Teilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen in allen deutschen Landen (Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein mit einbegriffen) eine Einladung, sich Donnerstag, den 30. März in Frankfurt a. M. zu einer Beratung einzufinden. — Außerdem erhielten auch noch „eine Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneter Männer, die bisher nicht Ständemitglieder waren“, besondere Einladungen; so auch die Mitglieder der Stadtrats- und Stadtverordnetenkollegien preußischer Städte.

Es waren 574 Deputierte diesem Aufrufe gefolgt und bildeten das sogenannte Vorparlament.





X.

Das deutsche Vorparlament.*)

Aus allen Teilen Deutschlands waren am 30. März 1848 und an den Tagen vorher, die vom Heidelberger Siebener-Ausschusse Eingeladenen und eine Menge Neugieriger, wozu auch ich gehörte, nach Frankfurt, der alten freien Reichsstadt am Main geströmt. Diese prangte im reichsten Schmuck; — sie empfing die ankommenden Gäste an allen Toren mit Ehrenpforten, mit Kränzen und Blumengewinden. In den reichbeflaggten Straßen wogte eine undurchdringliche Menschenmenge, singend und jubelnd, in freudigerregter Stimmung.

Noch am Abend des 30. März fanden sich Gleichgesinnte in Gruppen zusammen, im Weidenbusch, wo es am lebhaftesten herging, im Holländischen Hofe, im Wolfseck usw., wo man überall Rednerbühnen aufgerichtet hatte und eine tausendköpfige Menge den Reden der verschiedensten Art lauschte. — Republik oder Monarchie? das war die Frage. Für die erstere traten in feurigen Reden die Süddeutschen ein, Friedrich Hecker, v. Struve, Karl Vogt aus Gießen. — Ihnen entgegneten die kälteren Norddeutschen, Wurm aus Hamburg, Rüder aus Oldenburg, Stever aus Mecklenburg u. a., die von einer Republik

---

*) Meine Mitteilungen aus der Paulskirche habe ich hier nach den damaligen Aufzeichnungen wiedergegeben, machen aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit, wohl aber sind sie eine wahrheitsgetreue Wiedergabe selbsterlebter Ereignisse.

nichts wissen wollten, oder stellten die Frage nach einer speziellen Regierungsform nirgends in den Vordergrund, sondern bezogen alles auf die Vorsorge für das gesamte deutsche Vaterland, welches in seiner jämmerlich regierten Vergangenheit an den Abgrund geführt sei und jetzt durch gemeinsame durchgreifende Maßregeln gerettet werden müsse. Doch allgemein war am Abend des 30. März die Meinung noch vorherrschend, daß „alles, alles zu rasieren sei, wenn Deutschland nicht wieder an den Partikularstaaten scheitern sollte." — Eine große Zeit verkommt an den Schwächen ihrer Repräsentanten!

Es waren 574 Deputierte dem Aufrufe des Siebener-Ausschusses gefolgt:

2	aus	Oesterreich	21	aus	Thüringen
141	"	Preußen	72	"	Baden
44	"	Bayern	84	"	Hessen-Darmstadt
9	"	Hannover	2	"	Hessen-Homburg
52	"	Württemberg	26	"	Kurhessen
26	"	Sachsen	26	"	Nassau
5	"	Braunschweig	7	"	Schleswig-Holstein
4	"	Oldenburg	8	"	Anhalt, Reuß, Hohen-[zollern
19	"	Mecklenburg u. Lippe	26	"	Freie Städte.

Heinrich Laube hat in seinem Werke: „Das erste deutsche Parlament" den Charakter dieses sogenannten Vorparlaments in einer recht abfälligen, ja geradezu verletzenden Weise geschildert, wenn er schreibt:

„Aeußerst merkwürdig in deutscher Geschichte war diese Versammlung des Vorparlament's. Revolutionär in ihrem Zuschnitt und doch auf allen Näten, in allen Knopflöchern und in ihrem Futter nach Umständen und Kräften legalisiert. Wer jemals Landstand gewesen, hatte Sitz und Stimme; wer von irgend einer Volksversammlung erwählt war, desgleichen; wer von irgend einer Korporation eine Beglaubigung hatte, desgleichen; und wer das Alles nicht aufweisen konnte, der Siebenerkommission aber als Patriot empfohlen schien, der konnte von dieser, die doch ebenfalls eine revolutionäre Macht war, den Zutritt erwirken. Ein Bekannter von mir hatte von einer israelitischen Gemeinde mehrere Vollmachten in der Tasche, die er an Freunde verteilte. (!!) Welch' eine poetische Ironie! Der Israelit, welchen der bisherige Staat geächtet, er verteilt Vollmachten zur Bildung des neuen Staates an gute bevor-

rechtete Christen des alten Staatswesens. Solch' eine mannigfaltige Mischung macht das Vorparlament zu einer der interessantesten Erscheinungen in der Geschichte, und daß der Bundestag, der Bundestag! unbeschreiblich beflissen war diese gemischte Gesellschaft zu begrüßen und anzuerkennen, damit er nur selbst nicht vor der Zeit begraben werde, das machte die Erscheinung vollständig pikant."

So war es. Heinrich Laube hatte in dieser kurzen Schilderung den Charakter, die Zusammensetzung des Vorparlaments gezeichnet, und der Verlauf seiner Verhandlungen bestätigte obige Auffassung nur allzusehr.

Die Deputierten versammelten sich zunächst am 31. März 1848 $8^1/_2$ Uhr Vormittags im Kaisersaal des Römers zu Frankfurt a. M., um ein von dem Ausschusse der Heidelberger Versammlung entworfenes Programm für die Beratungen der Versammlung, sowie den Vorschlag einer Geschäftsordnung entgegen zu nehmen.

Das Programm lautete:

I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern.

II. Ein Senat der Einzelstaaten.

III. Ein Haus des Volks, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstabe von 1 zu 70,000.

IV. Kompetenz des Bundes durch Verzichtung der Einzelstaaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Zentralgewalt:

1. Ein Heerwesen;
2. Eine Vertretung gegenüber dem Auslande;
3. Ein System des Handels, der Schiffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münze, Maße, Gewichte, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen.
4. Einheit der Zivil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht;
5. Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte.

V. Der Beschluß der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung auf obigen Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden.

VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung zu betreiben. Wenn innerhalb 4 Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen frühern Termin zusammenberufen."

Nach Kenntnisnahme des Programms und der vorgeschlagenen Geschäftsordnung schritt die Versammlung zur Wahl eines Präsidenten. Diese fiel, nachdem Heinrich v. Gagern eine solche wegen seiner amtlichen Stellung abgelehnt hatte, auf den langjährigen Präsidenten der badischen Ständekammer, den Geheimen-Rat Mittermaier aus Heidelberg. Als Vizepräsidenten wurden gewählt:

Prof. Dahlmann aus Bonn,
von Itzstein aus Mannheim,
Robert Blum aus Leipzig,
Professor Sylv. Jordan aus Marburg.

Nachdem die Wahlen — auch der Schriftführer — vollzogen waren, hielten die Abgeordneten unter dem Geläute aller Glocken und dem Geschützdonner ihren feierlichen Einzug durch Spaliere der Bürgerwehr in die Paulskirche.

Diese, ein runder Tempel, dessen Mittelgrund ringsum durch Säulen abgegrenzt wird, sollte die Vertreter der deutschen Nation zu schöpferischer Arbeit aufnehmen. Sie saßen in diesem Mittelgrunde auf Kirchenbänken; gegenüber war die Rednerbühne in Gestalt einer Kanzel, und hinter derselben die Präsidentschaftsestrade, durch die mit Schwarz und Gold gesäumten Vorhängen und dem zweiköpfigen Reichsadler geschmückte Rückseite gedeckt, und hoch über dem Präsidenten prangte das stolze Bild der Germania mit einer großen schwarz-rot-goldenen Fahne. Zu beiden Seiten derselben transparentartig je eine Mahnung an die Vertreter des Volkes:

„O walle hin, du Opferbrand,
„Hin über Land und Meer!
„Und schling ein einzig Liebesband
„Um alle Völker her!“

„Des Vaterlands Größe,
„Des Vaterlands Glück,
„O schafft sie, o bringt sie
„Dem Volke zurück!“

Hinter dem Kern- und Mittelgrunde stieg amphitheatralisch eine vierfache Reihe von Bänken aufwärts zu den Fenstern.

Bei dem Einzug der Deputierten waren diese Bänke schon von Zuschauern dicht besetzt, welche die Eintretenden mit stürmischem Jubel begrüßten. Es herrschte nun ein unbeschreibliches Gedränge, ein bodenloser Lärm, ein wahrer Kampf um einen Platz auf diesen Bergbänken, und ich konnte von Glück sagen, daß ich mir, wenn auch nach reichlichen Rippenstößen, einen solchen noch, gerade der Präsidentschaftsestrade gegenüber, erkämpfen konnte.

Präsident Mittermaier eröffnete die Versammlung mit einer längeren Begrüßungsrede, die sich vorwiegend in ganz allgemeinen Phrasen bewegte, und im großen und ganzen, bei aller guten Meinung, nicht so recht die hohe Bedeutung der Versammlung traf, und daher auch im allgemeinen kalt ließ.

Gleich zu Anfang machte sich eine gewisse Hast geltend, als hätte jeder etwas auf dem Herzen, um es vorzutragen. Der Republikaner v. Itzstein legte — kaum hatte Mittermaier seine ermüdende Rede geschlossen — eine Adresse der Deutschen aus Lausanne „an das deutsche Parlament, das sich am 30. März in Frankfurt versammeln werde", auf den Tisch des Hauses nieder, — und Mez aus Baden ermahnte, an die Worte Franklins erinnernd, an den biblischen Satz: „Wo der Herr nicht mitbaut, da arbeiten umsonst die da bauen", und die ganze Versammlung erhob sich zum Zeichen ihrer Zustimmung von ihren Sitzen.

Wie wenig diese Wahrheit beherzigt wurde, sollte sich nur zu bald, ja, noch an demselben Vormittage zeigen. — Oft war es ein Reden bei betäubender Unruhe, wie es im sprichwörtlichen „Polnischen Reichstage" nicht ärger gewesen sein kann. — Und doch waren die meisten der Herren in ihren heimatlichen Ständekammern einigermaßen parlamentarisch geschult!

Bald nach der Eröffnungsrede des Präsidenten bemächtigte sich Gustav v. Struve der Rednerbühne, um gemeinsam mit einer Anzahl Gleichgesinnter ein sehr ausgeführtes, republikanisches, ultrademokratisches, teilweise sogar sozialistisches Programm gegen dasjenige des Siebener-Ausschusses vorzulegen, was eine leidenschaftliche, oft recht gereizte Debatte hervorrief. — Gustav

v. Struve verlangte in 15 Paragraphen die sofortige Einführung einer republikanischen Regierung ohne viel Federlesens, als wenn das unter den deutschen Verhältnissen so leicht durchzuführen war!

„Eine lange Zeit tiefster Erniedrigung lastet auf Deutschland", so lautete der Eingang seines Programms. „Sie läßt sich bezeichnen durch die Worte: Knechtung, Verdummung und Aussaugung des Volkes. Willkürherrschaft, Reichtümer und Ehren für die Machthaber und ihre Schergen. Unter dem Einflusse dieses Systems der Tyrannei, welches noch immer, wenn auch in seiner Kraft gebrochen, doch dem Wesen nach fortbesteht, ist Deutschland mehr als einmal an den Rand des Verderbens gebracht worden. Es hat viele seiner schönsten Provinzen verloren, andere werden schon auf's schwerste bedroht. Die Not des Volks ist unerträglich geworden. Sie hat sich in Oberschlesien bis zur Hungerpest gesteigert. — Daher haben sich alle Bande gelöst, welche das deutsche Volk an die bisherige sogenannte Ordnung der Dinge geknüpft hatten, und es ist die Aufgabe der Versammlung deutscher Männer, welche sich am 31. März l. Js. zu Frankfurt a. M. vereinigt hat, neue Bande vorzubereiten, mit denen das gesamte deutsche Volk zu einem freien und großen Ganzen umschlungen werden soll.

„Sicherheit des Eigentums und der Person, Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle ohne Unterschied der Geburt, des Standes und des Glaubens ist das Ziel, nach welchem das deutsche Volk strebt". Als Mittel um zu demselben zu gelangen, hatte Struve u. a. angeführt:

Aufhebung des stehenden Soldatenheeres und Verschmelzung desselben mit der Bürgerwehr;

Einführung einer progressiven Einkommens- und Vermögens-Steuer;
Abschaffung aller Vorrechte, welchen Namen dieselben tragen mögen;
Abschaffung der Bevormundung der Gemeinden 2c. 2c.;
Aufhebung aller Klöster und klösterlichen Einrichtungen;
Aufhebung des Bundes, welcher bisher bestand zwischen Kirche und Staat, und Kirche und Schule;
Besserstellung des Lehrerstandes;
Abschaffung des Schulgeldes und der Stolgebühren;
Abschaffung der Zensur;
Abschaffung aller Beschränkungen der persönlichen Freiheit;
Beseitigung des Notstandes der arbeitenden Klasse und des Mittelstandes;
Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital vermittelst eines besonderen Arbeiter-Ministeriums, welches dem Wucher steuert 2c. 2c.;
Aufhebung der Zerrissenheit Deutschlands 2c. 2c.;

Aufhebung der erblichen Monarchie und Ersetzung derselben durch freigewählte Parlamente ꝛc. ꝛc.;

Struve schloß:

„Deutsche Brüder in Ost und West, wir fordern euch auf, uns in dem Bestreben zu unterstützen, euch die einigen und unveräußerlichen Menschenrechte zu verschaffen.

„Wir werden in Frankfurt a. M. vereinigt bleiben, bis ein freigewähltes Parlament die Geschicke Deutschlands leiten kann. Mittlerweile werden wir die erforderlichen Gesetzesvorlagen entwerfen und durch einen freigewählten Vollziehungsausschuß das große Werk der Wiederherstellung Deutschlands vorbereiten."

Das Siebener-Programm wäre hiernach beseitigt gewesen, sobald man auf den radikalen Antrag Struves einging. Um die Sache noch recht zu verwirren und in die Länge zu ziehen, wenn auch in eine parlamentarische Form zu bringen, beantragte der Advokat Schaffrath von Neustadt in Sachsen einen Ausschuß zu ernennen, damit nicht nur das Siebener-Programm, sondern auch jeder andere Antrag geprüft und zur Berichterstattung vorbereitet werde. — Wurde dieser Antrag angenommen, so war der eigentliche Zweck des Vorparlaments nicht nur verfehlt, sondern dessen Tätigkeit auf unabsehbare Zeit ausgedehnt. — Von dieser Empfindung geleitet, eilte Welcker auf die Rednerbühne, und sprach in ebenso erregter als leidenschaftlicher Erörterung gegen den Schaffrath'schen Antrag, und schloß, die Rechte wie mahnend emporhebend: „Meine Herren! — es kommt darauf an, ob Sie die Absicht haben, diese Versammlung vom ersten Augenblick an gleich in das Außerordentliche zu verlängern;" — „halten Sie es für deutsch, brav und gut, daß wir unsere österreichischen und unsere zum großen Teil so gering vertretenen norddeutschen Brüder von der Teilnahme an den Beschlüssen über die ganze Versammlung ausschließen? Ich glaube nicht, daß dies deutsch, und glaube nicht, daß es brav ist!" — Ihm folgte Prof. Gervinus, welcher in wenigen Worten sich den Welcker'schen Ausführungen anschloß und betonte, daß der Schaffrath'sche Antrag Beschlüsse des existierenden Ausschusses durch solche eines nicht existierenden Ausschusses ersetzen wolle, und forderte den Präsidenten auf, er möge

sofort abstimmen lassen, ob dies die Absicht der Versammlung sei. — Diesem Ansinnen entsprach Herr Mittermaier nicht, und erteilte Robert Blum das Wort, der in sehr friedfertiger Rede die Verdienste der Siebener-Kommission pries, aber nichtsdestoweniger dem Schaffrath'schen Antrag zustimmte und mit den Worten schloß: „Sind Sie imstande jetzt, unter der Macht des Eindrucks, den das geschmückte Frankfurt und der Jubel des Volkes auf uns übt, Beschlüsse zu fassen?" — „Im Interesse dieser Versammlung und des hochwichtigen Gegenstandes bitte ich Sie, noch eine Prüfung stattfinden zu lassen!"

Diesem offenbaren Bestreben, die Verhandlungen ins unbestimmte hinauszudehnen, trat Dr. Eisenmann aus Nürnberg, ein Märtyrer der gestürzten ultramontanen Politik, ein fester, verehrungswerter Charakter, mit aller Schärfe entgegen, und erörterte in längerer Rede, daß es reiner Zeitverlust wäre, den Schaffrath'schen Antrag anzunehmen nud man sich daher nur darauf zu beschränken habe, „die Wahlart zu bestimmen und möglich zu machen, daß in vier Wochen ein Parlament zu Stande komme." — Dieser Ausführung traten Jaup und Heinrich v. Gagern (beide aus Darmstadt) bei, indem sie hervorhoben, daß doch nur ein kleiner Teil des deutschen Volkes, und nicht einmal „regelmäßig" vertreten sei. — „Wir wollen praktische Fragen an die Spitze unseres Programmes stellen", rief Gagern, — „lassen Sie uns nur deutsch sprechen und sagen: daß die große Mehrheit von Deutschland und selbst von Süddeutschland hier nicht gehörig vertreten ist, und daß es sich von den Vorschlägen einer Minorität handelt, die nach Problemen hascht und unerreichbare Dinge erstrebt. Die Gesamtheit muß uns am Herzen liegen, und wir wollen einen Aufruf in diesem Sinne an Deutschland erlassen. Es gibt noch Prinzipien der Freiheit, um die man sich scharen und nach denen Freiheit bestehen kann, ohne daß man sich auf Probleme einläßt. Sprechen Sie die Ansicht dieser Versammlung aus, damit sie in Deutschland wiederhalle, in Preußen an der Nord- und Ostsee, in Österreich und bis nach Ungarn hin, die Ansicht, daß wir an der Monarchie festhalten, daß wir zwar eine Versammlung bilden, welche die Freiheit

will und um des Volks und der Volkssouveränität willen besteht, aber dem Prinzip der Monarchie im Staate treu bleibe und zugleich der Notwendigkeit der Durchführung einer Einheit huldige. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, die Beratung fortzusetzen.“ Gagern hatte geschlossen. Es war das Programm für die werdende deutsche Nationalversammlung, und wurde mit nicht endenwollendem Jubel und wiederholtem Bravoruf aufgenommen.

Von allen Seiten wurde Abstimmung verlangt, aber der Herr Präsident verzögerte dieselbe, obgleich Wächter aus Stuttgart noch mit den kräftigsten Worten für den Gagern'schen Antrag eintrat, und verschuldete so eine Gereiztheit der Versammlung und einen Wirrwarr der wahrhaft betäubte, und Friedrich Hecker Gelegenheit gab, dem Struve'schen Programm das Wort zu reden und die Hoffnung auszusprechen, „daß man permanent beisammenbleibt, bis die Nationalversammlung zusammen gekommen sei. — Wenn man nicht beisammen bliebe und nicht die einzige Drohung, die auf legalen Wege zu Gebot stehe, nämlich die des Beisammenbleibens gebrauche, so habe man die Sache der Freiheit um fünfzig Jahre zurückgeschoben.“ — Jubel von der Galerie, Bravos von vielen Seiten, und dazwischen das stürmische Verlangen nach Schluß der unerquicklichen Debatte und Abstimmung. Mehrere Redner sprachen in diesem Stimmengewirr, bis es Bassermann aus Mannheim endlich gelang, sich Gehör zu verschaffen, um aufs wärmste eine Verständigung und Abstimmung zu empfehlen. Dazu konnte sich Mittermaier immer noch nicht entschließen, auch schien es mir, als sei der alte Herr Professor der Situation nicht so recht gewachsen, und ehe es noch zu einer dahingehenden Verständigung: „daß von beiden Programmen abgesehen und die Verfassungssache als offene Frage dem künftigen Parlament vorbehalten werden solle“, kam, entflammte eine gegen den greisen Professor Welcker*) gerichtete spitzfindige Bemerkung des Professor Karl

*) Welcker, Karl Theodor, geboren am 29. März 1790 zu Oberofleiden in Oberhessen, studierte in Gießen und Heidelberg die Rechte, wurde 1813 Professor der Rechte in Kiel und schrieb hier mit Falck, Dahlmann, Twesten u. A. die „Kieler Blätter.“ — 1816 folgt er einem Rufe an die Universität

Vogt**) einen derartigen Sturm der Entrüstung, wie ich einen solchen selbst bei den erregtesten Fragen der Nationalversammlung nicht erlebt hatte. — Vogt gebrauchte, um Welcker zu bekämpfen, die Redewendung: „der Herr Abgeordnete, oder vielmehr der Herr Bundestagsgesandte Welcker" — — — Dies zur Verdächtigung scharf betonte Wort wurde das Signal zum ärgsten Sturme, den jemals die Paulskirche erlebt hatte. „Pfui! Pfui!" tönte es von allen Seiten, selbst von der Galerie herab: „Herunter! herunter von der Tribüne!" — „Wer ist dieser junge Mann?" fragte mich mein Nachbar, ein wohl dem Bürgerstande angehörender Herr. „Wer hat von einem Vogt gehört, während ein Welcker für die Freiheit und Deutschlands Größe seit Jahren gestritten, mehr wie einmal für seine liberalen Bestrebungen

---

zu Heidelberg, von wo er 1819 nach Bonn ging, wo er wegen demagogischer Umtriebe angeklagt, aber freigesprochen wurde. 1823 wurde Welcker Professor der Rechte in Freiburg i. B., von wo aus er 1830 seine Aufsehen erregende Petition: „Die vollkommene und ganze Preßfreiheit u. s. w." dem Bundestage sandte, und mit Rotteck und Dettinger das erste zensurfreie Zeitblatt: „Der Freisinnige" gründete. Das Blatt wurde alsbald vom Bundestage unterdrückt, und Welcker und Rotteck in Ruhestand versetzt. — Beide Patrioten gaben gemeinsam das „Staatslexikon" (15 Bände und 4 Supplementbände) heraus. — Weitere bedeutende Schriften von Welcker sind: „Die letzten Gründe von Recht, Staat und Strafe" (Gießen 1813), — „Das innere und äußere System der natürlichen und römisch-christlich-germanischen Rechts-, Staats- und Gesetzgebungslehre (Stuttgart 1829) und andere nach 1848 herausgegebene Schriften. — Die badische Regierung hatte Welcker 1848 als ihren Bundestagsgesandten nach Frankfurt a. M. geschickt.

**) Karl Vogt, Naturforscher, geboren 1817 zu Gießen, wo er seit 1833 Medizin studierte, — ging 1835 nach Bern, beschäftigte sich da vorwiegend mit anatom. und physikal. Studien, promovierte 1839, worauf er nach Neuchatel ging, um naturwissenschaftlichen Arbeiten obzuliegen. — Von 1844 bis 1846 lebte Vogt in Paris, ging dann nach Italien, und folgte 1847 einem Rufe als Professor nach Gießen. — 1848 wurde Vogt von der Stadt Gießen zum Obersten der Bürgergarde erkoren und in das Vorparlament, später auch als Abgeordneter in die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt gewählt, wo er zu den Mitgliedern der äußersten Linken zählte, und von dem Stuttgarter „Rumpfparlament" zum Reichsregent erhoben wurde. — Er starb am 5. Mai 1895, als Professor der Geologie und Zoologie in Genf. — Er gehörte zuletzt zum schweiz. Nationalrat.

in Untersuchung war, und durch Wort und Schrift sich rühmlich hervorgetan hat, — und dabei gewiß das doppelte an Jahren und Erfahrungen zählt, wie dieser Karl Vogt!" — Der Herr hatte sich so in Aufregung geredet, daß er mir gar keine Zeit zu einer Entgegnung ließ, und in dem stürmischen Tumulte den Ausgang suchte und meinen Augen entschwand.

Heinrich Laube schildert in seiner schon erwähnten Schrift über das Vorparlament, diese Szene: „Es dröhnte das „Herunter von der Tribüne" wie ein Trompetenstoß solange, bis derjenige, welcher zuerst zu so unsauberer Waffe der Denunziation gegriffen, die Rednerbühne verlassen muß. Die Jungfräulichkeit der Versammlung ist dahin, die Unbefangenheit vernichtet, eine Debatte ist nicht mehr möglich, die Sitzung muß aufgehoben werden. Aufgeregt, zum Teil voll Verzweiflung, drängt man sich aus der Kirche heraus: man fürchtet die Würde einer freien deutschen Versammlung besudelt zu haben vor dem Vaterlande, vor Europa; man fürchtet, nach dem Symptome solcher Bestandteile werde eine gesetzgeberische Kraft nicht zu erringen sein, für das erste deutsche Parlament."

Kaum zu verstehen war, als die Erregung und der Lärm sich etwas gelegt hatte, Stedtmann aus Koblenz, der ausführte: „Die Feinde Deutschlands freuten sich über unsere Zustände; — auch hätte man schon gehört, daß der Bund ein verdammter Bund sei. — Er sage dies nicht, allein, wenn er verdammt werde, so werde er sich über die Unordnung freuen, die hier — in der Paulskirche — herrsche!"

Bei Wiedereröffnung der Nachmittagsitzung ermahnte zunächst der Präsident zur Besonnenheit und Eintracht, damit „Szenen, wie sie am Morgen stattgefunden hätten, nicht wieder stattfinden möchten; — auch habe ihm Herr Professor Vogt erklärt, daß er, wenn in dem Worte, das er brauchte, irgend jemand etwas Beleidigendes finden könnte, er dieses Wort zurücknehme." — Auch der erste nun folgende Redner, Robert Blum, erging sich in der Verurteilung der bedauerlichen Szene, nahm aber Vogt dem Bundestage gegenüber in Schutz.

Hierauf wurde der Eisenmann'sche Antrag: die Festsetzung einer deutschen konstituierenden Versammlung einstimmig angenommen.

Wilhelm Schulz aus Darmstadt, auch ein Märtyrer seiner liberalen Ideen, brachte hierauf eigentliche Vorschläge für die Debatte:

„1. Welche Bundesgebiete sollen in der neuen Bundesverfassung vertreten sein?

„2. In welchem Verhältnisse soll die Zahl der Volksvertreter zu der Bevölkerung stehen?

„3. Welcher Wahlmodus wäre anzunehmen?

„4. Wo soll der Sitz der konstituierenden Versammlung sein?

„5. Wann soll die konstituierende Versammlung spätestens zusammentreten?

„6. In welcher Weise die konstituierende Versammlung die ersten einleitenden Verhandlungen vornehmen soll? ob die Versammlung nur eine Versammlung, bestehend aus Abgeordneten des Volks sein soll, oder ob auch die Regierungen in einer Versammlung vertreten würden?"

Der erste hierauf folgende Redner war Wiesner aus Prag und Wien, der einzige anwesende Österreicher, der sich zur Heiterkeit Vieler, „als in Prag geboren und in Wien lebend", vorstellte. — Er sprach in langschweifiger Rede, von der Fürst Metternich'schen Mißwirtschaft, von der „Jesuitenknechtschaft" seines Vaterlandes, von den 520 adeligen Geschlechtern, die das Recht hätten in der Ständeversammlung zu stimmen, und noch von anderen drückenden Verhältnissen, die recht eigentlich mit dem Zweck des Vorparlaments nichts gemein hatten. — Zur Sache selbst sprachen dann zwei Schleswig-Holsteiner, welche mit großem Jubel begrüßt wurden: Lempfert aus Dithmarsen, und Schleiden. — „Ich bin im Namen der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins hierher gesandt," begann der letztere seine öfters durch allgemeinen stürmischen Beifall unterbrochene Rede: „Zunächst sei sein Auftrag dahin gerichtet, beim Bundestage seinen Antrag anzubringen. Er selbst aber dehne sein Mandat aus. Wer heutigen Tages zu den Fürsten gesandt werde, der werde zugleich zu den Völkern gesandt, und er nehme an, diese Versammlung stehe im gegenwärtigen Augenblicke neben den Fürsten, vielleicht sogar über den Fürsten, er wende

sich an die Versammlung mit dem Vertrauen, daß sie die laute bestimmte Überzeugung aussprechen werde: Schleswig, als staatsrechtlich und national unzertrennlich mit Holstein verbunden, ist unverzüglich in den deutschen Bund aufzunehmen und in der konstituierenden deutschen Versammlung durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten!" — Allgemeine, jubelnde Zustimmung.

Hieran anschließend folgte sofort der Beschluß, daß auch Ost- und Westpreußen, welche seither nicht zum deutschen Bund gehörten, demselben angeschlossen werden, während die Frage wegen Posen eine längere, sehr erregte Diskussion veranlaßte, die mit der Annahme des Robert Blum'schen Antrages endete, wonach alle Länder deutscher Zunge vertreten sein sollten, so lange sie anderen Ländern staatlich verbunden wären." So sehr groß auch die Begeisterung für die Wiederherstellung eines selbständigen Polenreichs war, so wurden doch auch Stimmen laut, die es geradezu strafbar fanden, die Polenfrage mit rein deutschen Nationalfragen zusammen zu bringen. — Posen zählte damals etwa 500000 Deutsche, welche im Vorparlamente nur durch einen Herrn Junghans aus Posen vertreten waren, der laut und eindringlich „aus militärischen Rücksichten" zu bedenken gibt, „daß es dringend nötig sei, daß die Provinz Posen mit unzerreißbaren Banden an das deutsche Vaterland geknüpft werde." Junghans schloß mit den Worten in gehobener Stimme: „Ich nehme keinen Anstand, hinzuzufügen: Wenn wir die Provinz Posen nicht hätten, müßten wir sie erobern!"

Dieser bestimmten, kurzgegriffenen Erklärung gegenüber, machte sich nur ein ganz zaghafter Widerspruch geltend, während Türke aus Westpreußen die Junghans'sche Anschauung vertrat und betonte, „daß man Posen in drei Teile teilen könnte; die Taglöhner wünschten, unter deutscher Herrschaft zu stehen; — die Bauern wünschten dieselbe ebenfalls, denn die Tyrannei des polnischen Adels sei bekannt, und die Gutsbesitzer und Städte seien wie in Westpreußen vollkommen deutsch. Es wäre schrecklich, wenn das durch deutschen Schweiß erworbene Land den Fremden übergeben würde!

So kam dann schließlich der Beschluß zustande: „die Frage wegen Aufnahme von Posen in den deutschen Bund offen zu halten"; nebenbei aber dem Gustav v. Struve'schen Antrage beizupflichten: „daß es heilige Pflicht des deutschen Volkes sei, Polen wieder herzustellen, indem die Teilung Polens als ein schreiendes Unrecht erklärt werde!"

Tollkühnes Vorhaben! Ebenso waghalsig als unausführbar!

„Recht erfreuliche Aussichten für die Deutschen im preußischen Polen!", meinte ein Gegner dieses tollkühnen Beschlusses.

Es wurde hierauf die Diskussion über die Frage, welches Verhältnis eintreten soll in Beziehung auf die Zahl der Bevölkerung, die einen Vertreter in die konstituierende Versammlung schicke, eröffnet.

Nachdem sich mehrere Redner des Langen und Breiten dahin ausgesprochen hatten, daß

1. für je 50,000 Seelen ein Abgeordneter gewählt werde,
2. daß auch diejenigen Staaten, deren Seelenzahl weniger als 50,000 beträgt, einen Abgeordneten zur konstituierenden Versammlung senden dürfen",

wurden beide Anträge angenommen, und die unruhige, oft recht lärmende Sitzung des ersten Tages geschlossen.

Während derselben hatten in den Straßen Frankfurts bewaffnete Zusammenstöße stattgefunden. Der Mainzer Republikaner German Metternich, war mit einer Anzahl gleichgesinnter Mainzer, größtenteils recht zweifelhaften Charakters, mit einer roten Fahne „für Republik" voran, in Frankfurt eingezogen, und hatte sogleich in der Nähe des Gasthauses „zum deutschen Hof" bei der die Paulskirche schützenden Bürgerwehr einen kräftigen Widerstand gefunden. — Dieser Metternich war überhaupt eine sehr waghalsige Natur, welche überall nur Unheil, aber nichts Gutes, nichts Heilsames für das Gemeinwohl zu Stande gebracht hat und dessen Quertreibereien oft von recht nachteiligen Folgen begleitet waren.

Der zweite Tag des Vorparlaments begann mit einer äußerst lebhaften Diskussion über den Wahlmodus: „Wer darf

wählen, wer darf gewählt werden? — Wie soll die Wahl geschehen? — Direkt oder indirekt?"

Nach langen, lebhaften, oft recht tumultuarischen Erörterungen, an welchen sich namentlich die Führer der äußersten Linken hervorragend beteiligten, kam man zu folgenden Beschlüssen:

„1. Daß die Wahl der Vertreter zur konstituierenden Versammlung ohne Rücksicht auf einen Zensus statthaben soll;
2. Daß ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis gewählt werde;
3. Daß ohne Standesunterschied gewählt werde;
4. Daß man das Prinzip der direkten Wahl anerkenne, jedem einzelnen Staate aber die Freiheit lasse, für jetzt davon abzugehen und für diesmal nach Bedürfnis zu handeln;
5. Daß jeder volljährige Staatsangehörige wahlberechtigt sein soll;
6. Daß jeder, der fünfundzwanzig Jahre alt ist, gewählt werden kann;
7. Daß es nicht nötig ist, daß der Abgeordnete dem Staate angehören muß, den er in der konstitutionellen Versammlung vertreten soll;
8. Daß auch die politischen Flüchtlinge, die Bürger anderer Staaten geworden sind, aber ins Vaterland zurückkehren und sich niederlassen, wahlberechtigt und wählbar sein sollen; und endlich
9. Daß die konstituierende Versammlung ihren Sitz in Frankfurt a. Main haben solle."

Nun folgte eine Frühstückspause, und bei Wiedereröffnung der Verhandlungen, die stürmischste Sitzung des Vorparlaments, denn es handelte sich um die Permanenz-Frage, zu welcher mehrere Anträge gestellt worden waren.

Der Heidelberger Siebener-Ausschuß hatte vorgeschlagen, die Versammlung solle, nachdem sie ihre Aufgabe erledigt, einen Ausschuß von fünfzehn Personen zurücklassen, der die Ausführung ihrer Beschlüsse zu überwachen, nötigenfalls das Vorparlament wieder einzuberufen hätte. Statt dessen verlangte die republikanische Partei die Permanenz der Versammlung bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung, deren Einberufung auf den „nächsten Montag über vier Wochen" einstimmig festgesetzt wurde.

„Die Hauptsache ist die moralische Kraft der Erklärung, daß wir permanent bleiben wollen!" Mit diesen Worten hatte der Rheinländer Scherer die heikle Frage eingeleitet, nachdem Wesendanck aus Düsseldorf vorgeschlagen hatte, einen Aus-

schuß von fünfzig Personen, statt der vorgeschlagenen fünfzehn zu wählen, welcher bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung die Beschlüsse des Vorparlaments auszuführen oder deren Ausführung zu überwachen habe. — Nachdem unter den verschiedenen nun folgenden Rednern auch Professor Welcker in eindringlicher Rede die Anschauungen des Siebener-Ausschusses vertreten, und betont hatte, daß sich der vom Vorparlament zu wählende Ausschuß von fünfzehn Männern des Vertrauens mit dem Bundestage ins Vernehmen zu setzen habe, brach ein derartiger Lärm auf den Galerien und auf Seiten der äußersten Linken aus, daß es eine geraume Zeit benötigte, bis es dem Präsident gelang, die Ruhe wieder herzustellen, und Welcker fortfahren konnte: „Wir haben oft genug die Möglichkeit von revolutionären Bewegungen gehört. Diese wollen Sie nicht und ich will sie nicht, sondern wir wollen, soweit es menschenmöglich ist, durch Ordnung und Einheit zusammenwirken. — Wir haben kein anderes gesetzliches Organ, als den Bund, und ich sage deshalb nochmals, man muß sich daran halten. Wie können Sie in Österreich und Bayern befehlen? Durch den Bund können Sie es, aber nicht durch Ihre Beschlüsse, und darum halten wir uns an dieses noch bestehende Organ." — Vielseitiges Bravo; — aber der Galerie mißfiel solche Rede gründlich, und sie schrieen und lärmten, man hörte verschiedene Stimmen herabrufen; und Mitglieder der Versammlung protestierten gegen den zu Tag tretenden Terrorismus.

Erst als sich hierauf Friedrich Hecker aus Mannheim auf der Rednertribüne zeigte, beruhigte sich der Lärm, und der Redner begann gleich mit einer Tonart, wie sie den Lärmmachern genehm war. Er sprach in gewandter und eindrucksvoller Rede, mit jugendlichem Feuer, für die Permanenz der Versammlung und ließ durchblicken, daß nach seiner Ansicht die Versammlung an Stelle des Bundestages, der ohnmächtig, und der Regierungen, die gleichfalls geschwächt seien, das Steuerruder für ganz Deutschland ergreifen müsse. „Der Ruf der deutschen Nation geht an Euch", schloß er, „Geschäftsführer der deutschen Nation, seid permanent, wir erwarten es von Euch und nichts anderes als Permanenz!"

Auf Friedrich Hecker folgte noch eine Reihe Redner, welche in gleichem Sinne und für die Permanenz der Versammlung sprachen, gegen dieselbe wandten sich jedoch zwei Norddeutsche Venedey aus Köln und Rüder aus Oldenburg. Dieser führte in längerer Rede aus: „daß sich in Norddeutschland nicht alles im Sinne Heckers machen lasse, und die permanente Versammlung, welche dieser vorhabe, gar bald nur einen kleinen Teil Deutschlands, keineswegs aber das deutsche Vaterland vertreten werde.“ — Noch ein Dritter — der künftige Reichsminister Heckscher, trat den Permanenz-Bestrebungen der republikanischen Partei mit kräftigen Worten entgegen; aber die Stimmung der Versammlung schien sich vorwiegend dem Hecker'schen Vorschlag hinzuneigen.

Da betrat im Augenblick der wichtigen Entscheidung, und als nicht ohne Grund zu befürchten war, daß die republikanische Partei obsiegen werde, Heinrich v. Gagern die Rednerbühne; ein Mann von gewinnendem Äußern, dessen imponierende Hoheit in Gestalt und Miene von mächtigem Eindruck, und dessen leidenschaftslose überzeugende Art selbst bei dem Gegner nicht ohne Wirkung war. Wie mit Zauberstab schienen sich mit einem mal die Gemüter beruhigt zu haben, und selbst das unruhige Publikum auf den Galerien lauschte gespannt den Worten eines Mannes, dessen Namen und Ansehen bereits schon weithin durch Deutschland populär geworden war. — Gagern mit seinem machtvollen Organ, begann ohne leidenschaftliche Erregung, aber fest und bestimmt, die soweitigen Vertreter der Permanenz zu widerlegen, indem er ausführte, „daß man das einzige gesetzliche Organ des Bundes, den Bundestag, nicht verdrängen dürfe, es vielmehr in eine solche Verbindung mit Vertretern des Volkes bringen müsse, daß dadurch das gemeinsame Wohl des Vaterlandes gefördert werde. — Nicht zu zerstören gelte es, sondern aufzubauen! Darum beantrage er, einen Ausschuß nicht von fünfzehn, sondern von fünfzig Mitgliedern zurückzulassen, möglichst gleichmäßig aus allen deutschen Ländern entnommen, einen Ausschuß, der schon durch seine Zahl einen entscheidenden Einfluß üben werde. — Diesen Ausschuß solle man bevollmächtigen, bis zum Zusammentritt des Parlaments den Bundestag bei der

Wahrung der Interessen der Nation und bei der Verwaltung der Bundesangelegenheiten selbstständig zu beraten, die für notwendig erachteten Anträge an ihn zu bringen, im Fall einer Gefahr des Vaterlandes aber die Versammlung selbst sogleich wieder einzuberufen." — Was die Permanenz der Versammlung hauptsächlich als unstatthaft erscheinen lasse, machte Gagern schließend noch damit geltend, „daß sie zu ungleichartig zusammengesetzt sei, und deshalb vielleicht im Süden, nicht aber im Norden das nötige Vertrauen genießen würde."

Nachdem viele Mitglieder sich für alsbaldige Abstimmung ausgesprochen, und mehr als fünfundzwanzig Mitglieder auf Antrag Hecker namentliche Abstimmung verlangt hatten, stellte der Präsident die Frage:

„Will sich die Versammlung als solche bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung für permanent erklären?"

Diese Frage wird mit 368 gegen 143 Stimmen verneint, dagegen der Gagern'sche Antrag auf Niedersetzung eines Fünfziger-Ausschusses mit fast gleicher Mehrheit angenommen. Sogar von den Süddeutschen stimmte die große Mehrheit gegen Hecker; darunter Moriz Mohl, Paul Pfizer, Dr. Schott, Ludwig Uhland, Bassermann, Welcker, Jaup, Lehne, Wernherr, Dr. Zitz u. A.

So war die republikanische Partei abermals gründlich geschlagen, wenngleich sie mit Ausnahme Österreichs alle ihre Truppen ins Feld gestellt hatte, und damit der besonneneren Haltung Gagerns auch am zweiten Tag ein großartiger Erfolg gesichert worden, denn das Verhältnis der Abstimmung vom 1. April 1848 war für die folgende Entwicklung der achtundvierziger Bewegung maßgebend geworden.

Der dritte Tag begann gleich in etwas gereizter Stimmung, welche auch bei fast sämtlichen Rednern während des ganzen Tags anhielt, und der gutbesetzten Galerie vielfachen Anlaß zum Skandalieren gab. — In die ins Breite erörterte Frage über den Wahlmodus des zu wählenden Fünfziger-Ausschusses, brachte der Mainzer Advokat Zitz mit einer Anzahl Gleichgesinnter den Antrag ein:

„Die Versammlung soll erklären, bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Gründung einer konstituierenden Versammlung in die Hand nimmt, möge sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schoße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.“

Dieser Antrag fand allgemeinen Beifall. Das Verlangen, daß dem Bundestage nicht eher gestattet sein solle, die Veranstaltung einer konstituierenden Nationalversammlung in die Hand zu nehmen, als bis derselbe die volksfeindlichen Ausnahmebeschlüsse von 1819, 1832 u. s. w. aufgehoben und aus seiner Mitte diejenigen Gesandten entfernt haben würde, welche an der Fassung dieser Beschlüsse teilgenommen, war ja ein vollauf berechtigtes, aber der offenbare Hintergedanke der Antragsteller zu durchsichtig, um so ohne weiteres darauf eingehen zu können. So kam es denn zu lebhafter, recht stürmischer Erörterung, bis dann der Antrag des badischen Abgeordneten Bassermann, statt „bevor“ das Wort „indem“ zu setzen, — wodurch der Bundestag gründlich gesäubert würde, und die Vorbereitungen zur Nationalversammlung keinen Aufschub erlitten — zur Abstimmung und Annahme kam. Da verließen Friedrich Hecker und eine Anzahl seiner Genossen unter Ostentation das Sitzungslokal, eine Handlungsweise, die um so mehr überraschte und laut mißbilligt wurde, als Hecker gelegentlich der Heidelberger Versammlung ausdrücklich erklärt hatte, sich der Majorität fügen zu wollen. Wie er hierin seinem Versprechen nachgekommen ist, hat die Welt auch fernerhin zur Genüge erfahren! — Ein Teil des Hecker'schen Anhangs kehrte aber alsbald wieder in die Paulskirche zurück, und ließ durch Robert Blum erklären, daß sie sich der Majorität unterwerfen und an den ferneren Verhandlungen Teil nehmen wollten. — Doch kurz vorher hatte noch Struve von der Rednertribüne herabgedonnert: dieses „bevor“ sei der letzte Versuch, welcher von ihrer Seite gemacht werde, ob sie noch weiter mit dieser Versammlung wirken und zusammenbleiben könnten. Dieses ohnmächtige Ereifern war ganz überflüssig, denn auf Antrag der freien Stadt Frankfurt hatte sich der Bundestag

bereits selbst schon gesäubert, hatte die Aufhebung der Ausnahmebeschlüsse zum Beschluß erhoben, und diejenigen älteren Gesandten, welche an einem oder dem anderen jener Beschlüsse beteiligt gewesen waren, hatten selbst ihre Abberufung bei ihrer Regierung erbeten und waren zum Teil sogar schon abgereist.

Nachdem sich die Versammlung noch dahin ausgesprochen hatte, daß in allen deutschen Ländern Volksbewaffnung schleunigst ins Leben gerufen werden solle und man noch schlüssig geworden war, eine Proklamation zu erlassen, die geeignet sei, die überall herrschende Aufregung zu beschwichtigen und besonders den arbeitenden Klassen und den Landbewohnern eine Verbesserung ihrer materiellen Lage in Aussicht stelle, wurde die dritte Tagung geschlossen.

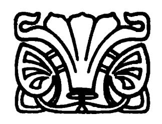
Die vierte Versammlung eröffnete der Präsident mit einer Mitteilung des Bundestags, in dem oben erwähnten Sinn, was eine freudige Erregung in der Versammlung hervorrief und schließlich die Tags vorher ausgetretenen Abgeordneten veranlaßte, wieder einzutreten und sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Frage, ob nicht dem Fünfziger-Ausschuß der Auftrag erteilt werden solle, die Grundzüge der künftigen Verfassung zu beraten und so gewissermaßen der Nationalversammlung vorzuarbeiten, veranlaßte wieder eine äußerst erregte Debatte, als v. Soiron aus Mannheim den Antrag stellte, die Versammlung möge von der Beratung des Programms der Siebener-Kommission Umgang nehmen und sich darauf beschränken, auszusprechen, daß die Beschlußfassung über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke zu wählenden Nationalversammlung zu überlassen sei. Dieser Antrag wurde nach langer Diskussion angenommen und eine Anzahl Vorschläge für die werdenden „deutschen Grundrechte“ zur Berücksichtigung empfohlen, „als geringstes Maß deutscher Volksfreiheit.“

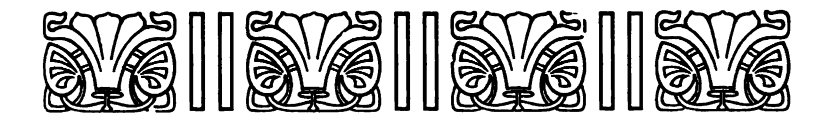
Nachdem die Versammlung der Stadt Frankfurt für die „ächt biedere und ächt deutsche Aufnahme ihrer Gäste“ den Dank ausgesprochen und dies besonders auch der Bürgerwehr „die mit

großer Aufopferung fünf Tage und fünf Nächte zum Schutze der Versammlung unter den Waffen gewesen," anerkannt hatte, schloß der Präsident das Vorparlament mit einer längeren Ansprache, deren Schluß lautete:

„Nur ein Ruf drängt in der Stunde des Abschiedes sich aus der Brust, der Ruf: Heil dem geliebten, durch Eintracht starken, innerlich verbundenen, freien, großen deutschen Vaterlande!"

Stürmisches Bravo folgte diesen Worten, lärmendes Händeklatschen von seiten der Galerie; und die Versammlung ging auseinander.





XI.

Die Zeit des Fünfziger-Ausschusses.

Das Vorparlament war in seiner Haltung im allgemeinen ruhiger und in seinen Beschlüssen gemäßigter verlaufen, als viele befürchteten, auch war man mit dem verhaßten Bundestage glimpflicher verfahren, als dieser es selbst wohl erwartet hatte. — Er war sogar in vielen Stücken den Intentionen des Vorparlaments vorausgeeilt, und hatte z. B. am 30. März die Initiative zur Berufung der Nationalversammlung ergriffen. Er hatte beschlossen, die Bundesregierungen aufzufordern, „Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundesversammlung zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zustande zu bringen." Auch dem Fünfziger-Ausschusse gegenüber zeigte sich der Bundestag im höchsten Grade willfährig.

Das Vorparlament hatte nämlich noch vor seinem Auseinandergehen fünfzig Mitglieder für den Ausschuß gewählt, zum guten Dritteil aus Leuten der entschiedenen Linken bestehend, wie Robert Blum, v. Itzstein, Jacoby, Simon von Breslau, Raveaux und Venedey, während von dem besonneneren linken Zentrum v. Soiron, Mathy, Stedmann, Reh aus Darmstadt und Biedermann gewählt wurden; sämtlich Männer, welche sich in ihren freiheitlichen Bestrebungen längst schon hervorgetan und als Freunde des Volks einen Namen gemacht hatten.

für Österreich, das im Vorparlament nur durch zwei Mitglieder vertreten war, wurden sechs Sitze offen gehalten, deren Besetzung durch den Fünfziger-Ausschuß selbst erfolgen sollte. — Auch hatte die konservative Majorität noch in letzter Stunde beschlossen, dahin zu wirken, daß keiner der Dissidenten Mitglied des Fünfziger-Ausschusses werden dürfe und so kam es denn, daß Hecker, trotz allem Bemühen seiner Freunde nicht gewählt wurde. Er hatte nur 171 Stimmen erhalten.

Erzürnt hierüber verließ er grollend mit v. Struve und anderen Gesinnungsgenossen Frankfurt und zettelte im badischen Seekreis einen Volksaufstand an, der ebenso töricht als strafbar war und zweckloses Blutvergießen forderte. Von nun an handelte Hecker in frevelhafter Verblendung ganz auf eigene Faust, und war den Ratschlägen besonnener Freunde unzugängig. — Am 11. April abends kam er mit Struve ganz unerwartet in Konstanz an. Wenn hier auch die revolutionäre Bewegung schon sehr zahlreiche Anhänger hatte, so war man doch noch weit davon entfernt, loszuschlagen oder zu gunsten einer republikanischen Schilderhebung in den Kampf zu ziehen. Der leitende Gedanke war, die Heimat zu sichern, die Freiheit zu verteidigen und für das begonnene Werk des Vorparlaments zu Frankfurt a. M. nötigenfalls einzutreten; an einen Freischarenzug dachte damals kein Mensch im badischen Seekreis. Schon tags nach seiner Ankunft veranlaßte Hecker eine große Volksversammlung, in welcher er die Republik proklamierte, was ihm vielen Widerspruch brachte. „Wir wollen keine Republik!" ertönte es von vielen Seiten, sodaß er kaum eine Anhängerschar von 300 Mann zählen konnte. Trotz all dieser trostlosen Erfahrung und dem dringenden Abraten seiner besten Freunde beharrte Hecker eigensinnig auf seinem tollkühnen Vorhaben, und verließ am 13. früh morgens mit genau 150 Freischärlern Konstanz, um dem Feinde entgegenzuziehen. Mit blauer Bluse angetan, den „Heckerhut" auf dem Haupte, große Pistolen im Gürtel und Säbel an der Seite, so erschien Hecker als Chef der Insurrektion und Oberkommandant bei seinen Getreuen. — Franz Sigel schildert diesen grotesken Aufzug in seinen „Denkwürdigkeiten" sehr treffend,

wenn er als Mitbeteiligter schreibt: „Die Sache schien mir etwas romantisch, die Schar war so klein, das Wetter so trübe und regnerisch, daß ich mehr diejenigen bewunderte, welche mit ihren schmalen Bündeln auf dem Rücken in Linie standen, als die Urheber und Führer des Aufstandes, mich selbst eingeschlossen." — Nach vielen Enttäuschungen — denn die Landbevölkerung war in der Mehrzahl keineswegs für die revolutionäre Bewegung — war man nach recht beschwerlichen Kreuz- und Querzügen dem „Feinde" näher gekommen, auch waren von allen Seiten Verstärkungen herangezogen. Donaueschingen war als Sammelplatz bestimmt, aber unterdessen von den württembergischen Truppen besetzt worden. Der Fünfziger-Ausschuß sandte sofort einige aus seiner Mitte zu Hecker, um ihn von seinem frevelhaften, kopflosen Beginnen zurückzubringen, erließ gleichzeitig auch ein öffentliches Abmahnungsschreiben an die Bewohner der aufständigen Landesteile. — Beides ohne Erfolg. — In dem Aufruf des Fünfziger-Ausschusses „an das Volk" vom 15. April 1848 hieß es:

„Im See-Oberrheinkreise Badens wird ein Aufruf an das Volk verbreitet, nach welchem es an der Zeit sein soll, das, was die Verfasser jenes Aufrufs die Forderungen des Volkes nennen, mit den Waffen in der Hand zu verwirklichen. Die ganze Volkswehr des Seekreises soll sich am 14. April in Donaueschingen bewaffnet einfinden, mit Munition, sowie mit Lebensmitteln auf sechs Tage versehen, und dort die weiteren Weisungen empfangen. Man will auf Kehl marschieren, sich mit der aus Frankreich kommenden Arbeiter-Freischar verbinden und landab ziehen.

„Männer in Baden, Württemberg, Rheinbayern und Hessen! Zum Bürgerkriege, zu dem Entsetzlichsten, was ein Land treffen kann, ruft man Euch auf! Ihr sollet die Waffen gegen Eure Mitbürger führen, um Meinungen einer Partei dem ganzen Deutschland aufzudrängen. Und das zu einer Zeit, wo der Wille des deutschen Volkes sich binnen wenigen Wochen in der konstituierenden Nationalversammlung aussprechen wird, zu einer Zeit, wo Deutschland im Begriff ist,

den Forderungen aller seiner Stämme durch wahrhafte Volksvertreter ihr Recht zu verschaffen.

„Der Fünfziger-Ausschuß ist der Zuversicht, daß Ihr die Zumutungen jenes Aufrufs mit Entrüstung von Euch weisen, und als freie Bürgerwehr, an der Seite der aufgebotenen Truppen, jenen Verblendeten mit Kraft entgegentreten werdet. Man will Euch überreden, daß die Euch zu Hilfe kommenden Bundestruppen fremde Truppen seien. Freunde! es sind Eure Brüder, mit Euch aus Einem Volke, mit Euch auf demselben Wege zur Freiheit und zur deutschen Einheit. Man will Euch überreden, daß durch diese Truppen reaktionäre Schritte unterstützt werden sollen. Seid versichert, daß wir mit kräftiger Hand jeden tollen Versuch beseitigen würden; die Tat hat gezeigt, daß wir den Willen und durch das Vertrauen des Volks auch die Macht hierzu haben. Aber bedenkt, daß das Unheil der Reaktion, wenn diese in Deutschland jetzt möglich, aber noch durch derartige gewaltsame Vernichtung aller staatlichen Ordnung herbeizuführen wäre.

„Darum lasset uns mit aller Macht den Despotismus einzelner Parteien bekämpfen. In Euren Händen liegt das Heil Deutschlands; Ihr werdet Eure unermeßliche Verpflichtung zu würdigen wissen."

Soiron, Vorsitzender. Simon, Schriftführer.

Hecker führte die Abgesandten des Fünfziger-Ausschusses einige Tage als Geißeln (!) auf seinem Marsche mit sich, gab sie schließlich frei, — beharrte jedoch auf seinem tollkühnen Vorhaben.

Auch die Kammer in Karlsruhe sprach sich gegen ihn aus und verhieß der Regierung ihre Unterstützung gegen die revolutionären Machinationen.

Von Frankreich her hatte man einen in Aussicht gestellten größeren Zuzug deutscher Arbeiter erwartet, doch ward diese Hilfe durch den damaligen dortigen Minister des Auswärtigen, Lamartine, vereitelt, sodaß es dem Dichter Georg Herwegh*) kaum gelang, Mitte April an der Spitze einer

*) Herwegh, Georg, geboren zu Stuttgart am 31. Mai 1817; studierte in Tübingen Theologie, wurde da wegen „grobkörniger Opposition gegen

kleinen deutsch-französischen Arbeiterkolonne in Baden einzufallen, um sich an dem dortigen Aufstande zu beteiligen. — Herwegh hatte wenig Glück mit seinem abenteuerlichen Zuge, denn schon am 27. April wurde er bei Dossenbach von württembergischen Truppen in die Flucht geschlagen. Mit knapper Not konnte sich Herwegh, und nur durch die Geistesgegenwart seiner Gattin, die ihn begleitete, über die Grenze retten.

Schon am 15. April hatte die Bundesversammlung an die Regierungen von Hessen-Kassel und Nassau die Aufforderung erlassen, in Gemäßheit der Bundesbeschlüsse vom 29. März, 4. und 10. April alle disponiblen Truppen zum Anschluß an das achte Bundesarmeekorps sofort in Marsch zu setzen, daß dies geschehen, sowie die Ernennung der Kommandierenden, der Bundesversammlung unvorzüglich anzuzeigen.

---

einen der Stiftsrepetenten" relegiert, und betrat nun in Stuttgart die schriftstellerische Laufbahn als Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften, übersetzte „Lamartines sämtliche Werke", und sah sich, durch eine Unbedachtsamkeit auf einem Balle in Stuttgart gezwungen, die Flucht zu ergreifen; lebte dann vorwiegend in der Schweiz, von wo aus er voll Haßbegeisterung und Witz seine, die Jugend elektrisierenden „Gedichte eines Lebendigen" verfaßte, die aber, bei aller glänzender, schwungvoller Form meistens durch Freiheitsraserei und Umsturzsucht entstellt, des Namens ächter Musenklänge unwürdig sind. Dichterischen Wert haben sie daher nicht. — Herwegh hatte sich in ihnen ausgeklungen, wie es bei seiner haßerfüllten Weltanschauung nicht ausbleiben konnte. Schon 1842 ermahnte ihn der besonnenere, aber doch liberaldenkende Emanuel Geibel, in einem größeren Gedichte: „An Georg Herwegh" zur Mäßigung, in dem er ihm u. a. zurief:

„Bist du dir selber klar bewußt,
Daß deine Lieder Aufruhr läuten;
Daß Jeglicher nach seiner Brust
Das Ärgste mag aus ihnen deuten?
Der Zwerg, der matte Pfeile schnitzt,
Wohl — schieß' er ohne fest zu zielen;
Doch wer vom Wetterlicht umblitzt
Im Donnerwagen grollend sitzt,
Der soll nicht mit den Zügeln spielen."

„Fürwahr, ein Sämann schreitest du,
Der Samen streut, doch der Zerstörung;
Ein Glöckner, der aus ihrer Ruh
Die Völker stürmt, doch zur Empörung.
Du willst die Flamme, die so rein
Und heilig strahlt durch alle Lande,
Du willst den warmen Gottesschein
Zur Fackel Herostrats entweihn,
Du schwingst sie wild zum Tempelbrande.

Herwegh hielt sich in späteren Jahren abwechselnd in Paris und im südlichen Frankreich, zuletzt in Baden-Baden auf, wo er ohne Verständnis für die neue Zeit, am 7. April 1875 starb.

Am 12. April hatte der Fünfziger-Ausschuß, offenbar auch um den drohenden Zuzug französischer Abenteurer abzuwehren, nachfolgenden Aufruf erlassen:

„An die Deutschen in Frankreich und in der Schweiz!"

„Ihr habt vernommen, daß die Versammlung Deutscher Männer in Frankfurt beschlossen hat, eine konstituierende Nationalversammlung zu berufen und ihr einzig und allein die Aufrichtung der Verfassung für unser Vaterland zu überlassen.

„Am ersten Maitag wird sie in Frankfurt zusammentreten.

„Brüder! Es gilt der Welt das Beispiel zu geben, wie die deutschen Männer auf dem Wege der freien Beratung sich einigen zu einer großen Nation, wie sie Freiheit und Wohlstand dauerhaft gründen auf dem unerschütterlichen Boden deutschen Volkswillens! — Es soll sich entscheiden, wem die Ehre, wem die Einheit der deutschen Nation einen Wert hat, der wird, der muß sich ihr unterwerfen.

„Brüder! Euch allen steht die Heimat offen; Deutschland kennt keine Verbannten mehr.

„Aber wir beschwören Euch, verzichtet auf den Gedanken — wenn Ihr ihn anders, wie öffentliche Blätter berichten — gehegt haben solltet, in bewaffneten Massen in das Vaterland zurückzukehren. Ein solches Beginnen könnte das Werk Eurer Brüder in Deutschland, könnte auch Eure Hoffnung auf ein freies einiges Vaterland gefährden, und würde unabwendbar mit Eurem eigenen Untergang endigen.

„Wir mißtrauen nicht Eurem ernsten Willen, mit uns für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu streiten.

„Aber wir mahnen Euch, jetzt nicht den Ruf Einzelner für den Ruf des gesamten deutschen Volkes zu achten.

„Nur dann werden wir alle sicher sein, über den Willen des Volkes nicht getäuscht zu werden, wenn wir die Entscheidung seiner Vertreter erwarten.

„Brüder! Wir müssen einig sein, wollen wir stark sein; wir müssen stark sein, wollen wir frei sein.

„Es lebe die deutsche Einheit, es lebe die deutsche Freiheit!"

Soiron, Vorsitzender. Briegleb, Schriftführer.

Am 8. April hatte der Fünfziger-Ausschuß auch einen Aufruf „An das deutsche Volk!" erlassen, in welchem es eingangs hieß:

„Die Wahlen zu der bevorstehenden konstituierenden Nationalversammlung sind die zunächst wichtigste Aufgabe unseres Volkes. Denn diese Versammlung muß die Freiheitsrechte des Volks aussprechen und feststellen, über die Verfassung beschließen und diejenigen Gewährleistungen auffinden, welche den Bestand der neuen Schöpfung sichern. Die Ruhe ist in Deutschland nicht gesichert, der erschütterte Kredit kann nicht wieder aufblühen, der darniederliegende Verkehr sich nicht neu beleben, bis das Vertrauen auf die Zukunft wiederkehrt; dieses Vertrauen aber wurzelt einzig und allein in den Grundlagen und Grundgesetzen, welche die konstituierende Versammlung zu schaffen berufen ist." — „Die Wahl ist überall auf Männer zu lenken, die ein warmes und ein großes Herz für das Gesamtvaterland und seine Freiheit haben, die Mut und Kraft besitzen, Hand anzulegen an deren Gründung!"

Der Aufruf schließt mit der Mahnung:

„Laßt uns, deutsche Brüder! gemeinsam arbeiten mit Kraft und Ernst. Als Frucht unserer Arbeit entsteht, was wir Alle ersehnen und erstreben: „Das eine freie deutsche Vaterland!"

Unterdessen hatte sich im badischen Oberland der Aufruhr unter dem Terrorismus der Freischaren immer mehr ausgebreitet, ohne gerade beim Bürger- und Bauernstand populär geworden zu sein.

Da sich Friedrich Hecker den eindringlichsten Vorstellungen verschlossen zeigte, und mit Waffengewalt seine republikanischen Pläne durchführen wollte, so blieb der Bundesregierung nichts anderes übrig, als mit aller Energie dem Aufstande zu begegnen, und wurde hierzu in erster Linie die badische Regierung beordert.

Sie stellte an die Spitze ihrer Truppen den General Friedrich v. Gagern, den ältesten Bruder des hessischen Ministerpräsidenten, Heinrich v. Gagern. Jener war bisher General in holländischen

Diensten, hatte sich in verschiedenen Feldzügen sehr vorteilhaft ausgezeichnet, und hatte beim Ausbruch der Märzbewegung in Deutschland seine Dienste zur Verfügung gestellt, in der Hoffnung, der deutschen Sache nützen zu können. — Friedrich v. Gagern war nicht nur ein tüchtiger Soldat, sondern auch ein klarer politischer Kopf und ein glühender Patriot, und hatte als solcher, kaum 23 Jahre zählend, schon in einer Schrift über die Schäden der deutschen Zustände diese ohne Rückhalt aufgedeckt und mit staatsmännischem Blick die Notwendigkeit der preußischen Führerschaft in Deutschland befürwortet, als einzige Möglichkeit, des Vaterlandes Einheit und wahre Freiheit zu schaffen. Als ihm der Auftrag wurde, im badischen Seekreis den Hecker'schen Freischärlern entgegenzutreten und sie zu zerstreuen, folgte er demselben mit der freudigen Zuversicht, dies ohne Blutvergießen ermöglichen zu können. „Ich werde", hatte er sich wiederholt geäußert, „alles aufbieten, um die Aufständigen mit Gründen zur Vernunft zurückzubringen, so daß es zur Anwendung der Waffen nicht zu kommen braucht. Denn jede durch Waffengewalt niedergeschlagene Bewegung ist ein gefährlicher Anreiz zu reaktionären Bestrebungen."

Und diese edle Gesinnung sollte er mit dem Leben büßen, als er seine Truppen — Badenser und Hessen — den Freischaren entgegenführte, und am 20. April unweit Kandern auf dieselben stieß. Seiner Gesinnung getreu, lud er den Hecker vor dem Kampfbeginn zu einer Besprechung im Angesichte der beiderseitigen Truppen ein, um ihm klar zu legen, wie strafbar und nutzlos sein Widerstand, schon in Anbetracht der nummerischen Überlegenheit der Bundestruppen, sei. Mit warmen, eindringlichen Worten stellte Gagern dies Hecker vor, und betonte, daß die Verantwortung und Schuld nutzlosen Blutvergießens einzig und allein auf sein Haupt fallen würde, wenn es zum Kampf käme; — alles vergebens, — Hecker beharrte auf seinem Entschlusse, es auf einen Kampf ankommen zu lassen.

Als nun beide wieder zu ihren Korps zurückkehrten, und General v. Gagern eben sein Pferd besteigen wollte, sank er, ehe überhaupt noch der regelrechte Kampf begonnen hatte, von

mehreren Kugeln der Freischar meuchlings getroffen, sterbend zur Erde, — worauf alsbald der gegenseitige Kampf begann und mit einer vollständigen Niederlage der Freischaren endete. — Man hat nicht ganz mit Unrecht die Verantwortung dieser wider jeden Kriegsgebrauch erfolgten offenbaren Mordtat Hecker angeheftet, denn er konnte bei pflichtschuldiger Vorsorge dieselbe verhüten, und wenn sie auch nicht, wie man damals vielfach behaupten hörte, mit seinem Wissen und Willen geschah, so mußte er dem wohlmeinenden Ansinnen des General v. Gagern wenigstens die Aufmerksamkeit und Rücksichtsnahme schenken, mit seinen Führern sich wegen der ihm gemachten friedlichen Vorschläge zu verständigen zu suchen. — Aber der leidenschaftlich erregte, fanatische Hecker wollte sein abenteuerliches Vorhaben durchsetzen, unbeschadet der blutigen, zwecklosen Opfer. Seine Freischarentruppe wurde zerstreut, teilweise gefangen genommen, und Hecker war einer der Ersten, welche in der nahen Schweiz Schutz und Rettung suchten.

Von durchaus einwandfreier Seite wird der Vorgang übereinstimmend mit verschiedenen anderweitigen Darstellungen, folgendermaßen geschildert:

> General v. Gagern war bemüht, Blutvergießen zu ver-vermeiden, und die Aufständigen zum Niederlegen der Waffen zu bestimmen, und sandte deshalb den Oberleutnant Kieffer, vom 1. Dragonerregiment, zu denselben, indem er ihm sagte: „Reiten Sie hinüber und geben Sie in meinem Namen den Rebellen den Befehl, die Waffen niederzulegen.“ Kieffer ritt bis auf etwa fünfzehn Schritte vor die Rebellen, wo er alsdann den ihm gewordenen Befehl mit lauter, vernehmbarer Stimme zur Kenntnis brachte, und als ihm Niemand antwortete, rief er nach kurzer Pause: „Zum zweiten Male fordere ich Euch auf, legt augenblicklich die Waffen nieder!“ — Da dies nicht geschah, rief Kieffer noch lauter, daß es das Echo wiedergab: „Zum dritten und letzten Male fordere ich Euch auf, streckt die Waffen, widrigenfalls wir von den unsrigen Gebrauch machen werden. Bedenkt Eure Angehörigen, bedenkt das Unglück, welches Euer frevelhaftes Beginnen unserm Vaterlande

bringen wird!" Kieffer ritt nun, als er auch hierauf keine Antwort erhielt, zum General v. Gagern zurück und meldete ihm seinen Mißerfolg. — „Reiten Sie noch einmal hinüber und fordern Sie nun Hecker auf, zu mir auf die Brücke zu kommen, ich will ihn selbst sprechen", lautete nunmehr der Befehl. — Hecker war hierzu bereit und General v. Gagern, vom Pferde abgestiegen, fand sich mit ihm auf der bezeichneten Brücke zusammen. — „Der Name Gagern hat einen guten Klang!" äußerte Hecker, als er den Namen des Generals erfahren hatte. Hecker war von mehreren republikanischen Anführern, v. Gagern von einigen Offizieren begleitet. Dieser forderte Hecker auf, der deutschen Majorität nicht entgegenzutreten, nicht die große deutsche Bewegung durch solch ein Attentat zu kompromittieren; — die Waffen zu strecken und der edlen Freiheit eine würdevolle Entwicklung zu gestatten. Und als v. Gagern sich an das Ehrgefühl Heckers wandte und betonte: „Sie sind ein gescheiter Mann, aber ein Fanatiker", da brauste Hecker auf und erklärte: „Wenn die Hingebung für die Befreiung eines großen Volkes Fanatismus ist, dann mögen Sie diese Handlungsweise also bezeichnen, dann gibt es aber auch einen Fanatismus auf der andern Seite, dem Sie dienen, übrigens bin ich nicht hier, um hierüber zu streiten, sondern frage, ob Sie mir sonst etwas mitzuteilen haben", — und als v. Gagern noch das Zwecklose und Unverantwortliche eines blutigen Kampfes zum wiederholtenmale hervorhob, da entgegnete Hecker, die Unterredung, kurz abbrechend: „Wir werden einem Angriff zu begegnen wissen, übrigens werden Sie uns (die Anführer) zuvor zu unserem Korps zurückkehren lassen", — was bereitwilligst zugegeben und eine Waffenruhe von zehn Minuten vereinbart wurde. — Nach der Unterredung im Angesichte des beiderseitigen Kriegsvolks kehrten der General v. Gagern mit seinen Offizieren, und Hecker mit den Anführern der Aufständigen zu ihren Reihen zurück. Noch war kein Schuß gefallen und v. Gagern hatte ausdrücklich befohlen, ruhig zu bleiben und „nicht eher einen Schuß abzugeben, als bis

dies von feindlicher Seite geschehen und der Angriff erfolgt sei", aber in dem Augenblick, als er zu seinen Truppen zurückkehren und sein Pferd besteigen wollte, und noch vor Ablauf der ausbedungenen Waffenruhe von zehn Minuten, trafen ihn die tötlichen Kugeln meuchlings. — Hecker und seine Anführer, Mögling*), Kaiser und Willich stellen den oben geschilderten Vorgang wesentlich anders, unter einander verschieden und sich gegenseitig widersprechend dar, was begreiflich ist, denn keiner von ihnen wollte die Verantwortung für den offenbaren Meuchelmord auf sich nehmen!

Ein gleiches Schicksal wie die Heckersche Schar traf auch die von Gustav v. Struve geführte, die unweit Steinen mit den Bundestruppen zusammentraf und ebenfalls vollständig geschlagen wurde. Auf der Flucht, der Gefangenschaft zu entrinnen, wurde Struve in Begleitung seiner Frau, in Wehr von einer Anzahl Bürgern und Bauern verhaftet und den Soldaten ausgeliefert. Er kam nach Rastatt, seine Frau nach Freiburg ins Gefängnis. Wenn diese von da im Herbst 1848 an einen Freund schreibt, das badische Volk habe ihren Mann aus der Schweiz gerufen, so verdient festgestellt zu werden, daß nicht das Volk, sondern nur eine Anzahl Revolutionäre den Struve gerufen hatten, und daß die Mehrzahl der Deutschen von dessen Bestrebungen nichts wissen wollte und sie verdammte.

Auch die in Freiburg eingedrungenen Freischaren unter Franz Sigel wurden vertrieben und zerstreuten sich nach allen Seiten, Schutz und Sicherheit suchend.

Die republikanische Schilderhebung war damit zu Ende, hatte aber die Wirkung, daß sie die Parteien heftig entzweite und den alten Autoritäten die erwünschte Gelegenheit gab, wieder zu Kräften zu kommen, — also der Reaktion die Wege ebnete. — Hecker suchte zwar noch von der Schweiz aus für seine republikanischen Pläne zu wirken; als ihm dies mißlang und als seine zweitmalige Wahl zur Nationalversammlung beide mal von der Mehrheit derselben für ungültig erklärt worden

*) Ein natürlicher Sohn König Wilhelm I. von Württemberg.

war, wandte er dem alten Europa den Rücken und siedelte sich in den Vereinigten Staaten von Amerika an.

Die Tätigkeit des Fünfziger-Ausschusses wurde nach verschiedenen Seiten hin in Anspruch genommen. Aus allen Teilen Deutschlands gelangten Bittschriften, Vorschläge und Anträge an ihn heran, die alle zu bewältigen teilweise außer seiner Machtbefugnis und dem Rahmen seiner Tätigkeit lag.

In Posen wütete gleichzeitig ein heftiger Kampf, der auf Lostrennung der ehemaligen polnischen Landesteile von Preußen abzielte, aber von den preußischen Truppen niedergeschlagen wurde.

In Prag fand ein Konflikt zwischen Deutschen und Tschechen statt, der Fünfziger-Ausschuß vermittelte mit Erfolg; in Kassel hatte bei einem unbedeutenden Auflauf die Gardekavallerie auf das Volk eingehauen, das nun in Frankfurt Hülfe suchte. Der Fünfziger-Ausschuß sandte eine Deputation dahin, die den reaktionären Gelüsten der kurhessischen Regierung energisch entgegentrat, und von dieser dann auch beruhigende Zusicherungen erhielt. — So schlichtete der Fünfziger-Ausschuß auch die Unruhen in Aachen und am Rhein, wo die Schiffer die Schleppschiffe nicht mehr fahren lassen wollten, weil diese ihr Gewerbe beeinträchtigten. (!)

Unterdessen war auch, wie bereits geschildert, die Schleswig-Holsteinische Frage in Fluß gekommen und an den Fünfziger-Ausschuß herangetreten. Die provisorische Regierung der beiden Herzogtümer hatte ihre Tätigkeit entfaltet und in Frankfurt die erbetene Unterstützung gefunden. — Schleswig wurde in den deutschen Bund aufgenommen, und ein von der provisorischen Regierung bevollmächtigter Gesandter für beide Herzogtümer in den Bundestag zugelassen, nachdem der bisherige dänische Gesandte sich stillschweigend entfernt hatte.

Die Dänen wurden aus Schleswig verdrängt; — General v. Wrangel überschritt am 1. Mai die Grenze von Jütland, — aber die Wehrlosigkeit Deutschlands zur See gab den Dänen erwünschte Gelegenheit sich durch Wegnahme deutscher Handelsschiffe und die Blockade der deutschen Häfen, für diese

Niederlagen zu Land, zu rächen. Dem Fünfziger-Ausschuß gab diese Tatsache sofort Veranlassung beim Bundestage die Anschaffung von Kriegsschiffen anzuregen und auf Ergreifung von Maßregeln zum Schutze der deutschen Küsten zu dringen; — auch erließ er folgenden Aufruf:

„An das deutsche Volk!

„Brüder! Deutsche Kriegsflotten wiegten einst ihre Masten auf allen Meeren, schrieben fremden Königen Gesetze vor, verfügten selbst über die Kronen deutscher Macht und Herrlichkeit.

„Jetzt sind wir wehrlos auf der weltenverbindenden See, jetzt sind wir wehrlos selbst auf unsern heimatlichen Strömen!

„Ihr wißt es, was mit gerechtem, heiligem Zorn jedes deutsche Herz entflammt.

„Das kleine Dänemark verhöhnt das große, im Lichte seiner Freiheit, im Bewußtsein seiner hohen Weltsendung doppelt mächtige Deutschland!

„Ein Paar Kriegsfahrzeuge, eine Handvoll Seesoldaten dürfen es wagen, deutsche Ströme zu sperren, unsere blühende Handelsmarine dem schmählichen, bereits gewagten Seeraub preiszugeben!

„Unsere Nationalehre ist angetastet, der deutsche Gewerbefleiß bedroht!

„Kann, darf ein großes, edles Volk Solches ertragen?

„In den Nord- und Ostseestaaten antworteten unsere wackeren Brüder bereits mit der Tat ein mannhaftes Nein!

„Sie ringen, Deutschland seetüchtig zu machen. Heiliger Eifer begeistert die Wackern. Sie scheuen kein Opfer, der Schmach ein Ende zu machen.

„Brüder! Ganz Deutschland, das ganze Deutschland muß im gleichen Geiste wirken.

„Gemeinsames Handeln tut not, nur die gemeinsame Kraft kann helfen für die Gegenwart, kann helfen für die Zukunft.

„Es gilt, eine deutsche Kriegsmarine zu gründen. Der Fünfziger-Ausschuß wendet sich an das deutsche Volk, damit es unverweilt das große Werk fördern helfe.

„Sachverständige aus allen deutschen Küstenstaaten werden am 31. Mai in Hamburg darüber tagen.

„Deutsches Volk, unterstütze sie mit der Tat.

„Wann hat Deutschland sein Gut gespart, so es die Ehre, die Unabhängigkeit des Vaterlandes galt?

„Auch der Heller des Unvermögenden wird dankbar angenommen werden. Reich und Arm muß gleichmäßig die Freude werden, zu Deutschlands Erhebung mitzuwirken:

„Wenn das deutsche Volk will, werden bald schwarz-rot-goldne Flaggen auf deutschen Kriegsschiffen wehen, werden bald unsere Feinde uns achten zur See, wie auf dem festen Lande.

„Voran, wackeres deutsches Volk, allüberall deine Ehre zu wahren, allüberall für die Entfaltung deiner Machtherrlichkeit zu sorgen!"

Frankfurt a. M., den 11. Mai 1848.

Der Fünfziger-Ausschuß: Soiron.
Simon, Schriftführer.

Dieser Aufforderung wurde in allen Teilen des Vaterlands entsprochen, teils indem man Sammelstellen errichtete, teils durch Theateraufführungen, durch Konzerte 2c., deren Erlös für die zu gründende Flotte bestimmt war. Auch in Darmstadt, wo stets eine patriotische Strömung vorherrschend war, kam zu obigem Zwecke, unter der Leitung des Konzertmeisters Mangold, ein großartiges, wahrhaft klassisches Konzert zu Stande, welches eines Nachmittags in dem geräumigen Treibhaus des Bessunger Schloßgartens abgehalten wurde, und bei welchem auch ich mich als Mitglied des Polytechnischen Gesangvereins beteiligte. — Diese stark besuchte patriotische Veranstaltung brachte einen ansehnlichen Beitrag für die deutsche Flotte auf; und so war es noch an vielen anderen Orten.

In Schleswig-Holstein hatte Wrangel am 23. April das Danewerk erstürmt, was einen allseitigen Jubel in den deutschen Landen hervorrief, den Fünfziger-Ausschuß unterm 29. April zu dem nachfolgenden Aufruf an die Stürmer der Schanze Danewerk bei Schleswig veranlaßte:

„Brüder!

„Wir sind stolz auf die erste Waffentat des neu entstandenen Deutschlands. Ihr habt Eure Pflicht wie freie Männer getan, und das Vaterland wird Euch Dank dafür wissen. Das ist die rechte Kampfart, und die Feinde Deutschlands an seinen Grenzen im Norden oder Süden, im Osten oder Westen, werden durch diesen ersten Schlag hinlänglich belehrt sein, daß die Zeit vorüber ist, wo man ungestraft sich in die Angelegenheiten Deutschlands mischen durfte. Für diese Lehre, die Ihr der Welt gegeben, werden Euch Eure Nachkommen segnen.

„Es treibt uns, Euch dies im Namen des Vaterlandes zu sagen. Ihr kämpft mit dem Schwerte von Stahl und Eisen, wir mit dem Schwerte des Wortes und des Gedankens. Euer Sieg ist unser Sieg, wie unsere Sache die Eurige. Und so stimmen wir hier auf dem Felde der geistigen Kämpfe in Euern Schlachtruf ein: „Vorwärts für Deutschland" — und mit Gott im Herzen ist der Sieg unser — der Sieg der Freiheit, der Ordnung, der Volksrechte, der Sieg des einigen, selbstständigen und mächtigen Deutschlands!

„Vorwärts für Deutschland!"

gez. Soiron.
gegengez. J. Venedey.

Die Wahlen zu der Nationalversammlung gaben dem Fünfziger-Ausschuß vielfachen Anlaß zu intervenieren und Einsprachen zu erheben; namentlich wollte es da bei den Großstaaten — Preußen und Österreich — nicht glatt abgehen. Am bedeutungsvollsten war der Widerstand in Österreich, wo die „Wiener Zeitung" die amtliche Erklärung gebracht hatte:

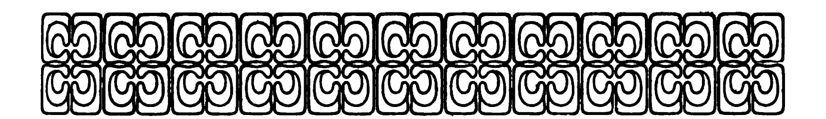
„Weit entfernt, den bevorstehenden Wahlen zum deutschen Volksparlament eine bestimmte Richtung vorzuzeichnen oder auf dieselben Einfluß nehmen zu wollen, findet sich das Ministerium durch die bereits angeregte Frage, ob Deutschland in Zukunft ein Bundesstaat oder ein Staatenbund sein soll, veranlaßt, seine Ansicht auszusprechen. — Es könnte nie ein gänzliches Aufgeben der Sonder-Interessen seiner verschiedenen zum deutschen Bunde gehörigen Gebietsteile, eine

unbedingte Unterordnung unter die Bundesversammlung, ein Verzichten auf die Selbstständigkeit der inneren Verwaltung mit seiner besonderen Stellung vereinbarlich finden, und muß sich die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschluß unbedingt vorbehalten. Wofern letzteres mit der Wesenheit eines Staatenbundes nicht vereinbarlich erkannt würde, wäre Österreich nicht in der Lage, einer solchen beizutreten."

Diese Erklärung des österreichischen Ministeriums stand im direkten Widerspruche mit der vom Vorparlamente ausdrücklich abgegebenen Erklärung, wonach die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein Sache der vom Volke zu erwählenden konstituierenden Nationalversammlung sei, und brachte große Aufregung in den Fünfziger-Ausschuß, der eigentlich über diese Frage gar nicht endgiltig zu entscheiden hatte. Das blieb der Nationalversammlung vorbehalten, die sich dann in einer äußerst hitzigen Debatte über die Frage Österreichs, ob Staatenbund oder Bundesstaat usw., schlüssig machte. Mit der siebenunddreißigsten Sitzung beschloß am 18. Mai der Fünfziger-Ausschuß seine Sitzungen und damit seine Tätigkeit.

So nötig seine Existenz in der ungewissen, unruhigen Zeitströmung auch immerhin erschien — von weittragender Bedeutung war seine Tätigkeit im allgemeinen nicht, und es kann daher auch nicht Wunder nehmen, wenn heute nur sehr wenige Deutsche überhaupt von seinem einstmaligen Dasein Kenntnis haben. Für Frankfurt hatten seine Sitzungen großen Reiz und Vorteil, da dieselben viele Fremden anzogen, denn seine Verhandlungen waren öffentlich, sie wurden in dem Saale der Frankfurter gesetzgebenden Versammlung abgehalten und fanden stets ein zahlreiches, aufmerksames Publikum.

So hatte sich der Fünfziger-Ausschuß dann, nachdem er vom 4. April bis 18. Mai getagt, in dem Augenblick aufgelöst, als die Verfassung gebende Reichsversammlung sich tatsächlich definitiv konstituierte.



XII.

Die erste deutsche Nationalversammlung.

Am 18. Mai 1848 trat sie zusammen.

Unter Vorsitz des Alterspräsidenten Schott von Stuttgart, welcher die Vorberatungen der nach und nach in Frankfurt a. M. eingetroffenen Abgeordneten geleitet hatte, versammelten sich am Nachmittage des 18. Mai im Kaisersaale des Römer wohl mehr als dreihundert Mitglieder. — Nach deren Aufruf ergab sich, daß der Abgeordnete Dr. und Syndikus Friedrich Lang von Werden der älteste unter den Anwesenden sei und er somit von nun an die Versammlung zu führen habe. Ehe sich hierauf der Zug nach der Paulskirche in Bewegung setzte, beantragte der Bischof Müller von Münster zur Feier der Versammlung einen von den sämtlichen Pfarrgeistlichen der Stadt Frankfurt für die verschiedenen Konfessionen zu haltenden Gottesdienst: „Wenn der Herr nicht das Haus baut, so bauen die Werkleute das Werk umsonst." — Dem gegenüber war Venedey der Ansicht, daß man den Gottesdienst aus der Versammlung weglassen müsse. Er denke auch an Gott und trage ihn im Herzen, und er hoffe, daß die Versammelten ohne ihn hier nicht begonnen haben; wer ihn nicht habe, den beklage er. — Und sein Gesinnungsgenosse Raveaux aus Köln erklärte ihm beipflichtend, „die schönen Reden müßten nun einmal aufhören, denn die soweitigen Verhandlungen hätten bewiesen, daß man viele schöne Reden halten könne, ohne auch nur eine einzige Tat zu vollbringen, und schloß: „Hilf dir selber und Gott wird dir helfen."

Genau genommen hatte Bischof Müller mit seinem glaubensvollen Hinweis doch nicht so ganz unrecht, denn das Werk der ersten deutschen Nationalversammlung war tatsächlich von keinem Halt und Bestand, „die Werkleute hatten umsonst gebaut", — aber so ganz vergeblich war ihr Werk insoweit doch nicht, als es für den Ausbau das Fundament schuf, das ihr der heutige Einheitsstaat zu danken hat. Um die vierte Nachmittagsstunde des 18. Mai setzten sich die deutschen Nationalvertreter vom Römer aus in feierlichem Zuge in Bewegung, um mit entblößtem Haupte sich in die Paulskirche zu begeben. Der Zug bewegte sich unter dem Geläute aller Glocken der Stadt und dem Donner der Kanonen über den Römerberg, durch die neue Kräme, an der alten Börse vorbei nach dem Eingang der Paulskirche. Die Frankfurter Bürgerwehr bildete Spalier; eine zahlreiche Menge begrüßte und begleitete den feierlichen Zug, aus den Fenstern wurden Tücher geschwenkt, und große schwarz-rot-goldne Fahnen wehten zur Feier des Tags aus den meisten Häusern der Stadt.

Nachdem die Abgeordneten in der festlich geschmückten Paulskirche ihre Plätze eingenommen hatten, eröffnete der Alterspräsident Dr. Lang von Werden die Versammlung, welche sich dann „feierlichst" konstituierte, indem sich sämtliche Abgeordneten von ihren Sitzen erhoben, die rechte Hand emporhielten und dreimal riefen: „Die Versammlung ist konstituiert! Sie lebe hoch!"

Die erste Sitzung war nur eine vorbereitende, war ungeordnet, lärmend, ja tumultuarisch. In dieser Stimmung nahm sie ein Schreiben der „Deutschen Bundesversammlung" entgegen, das man wohl nicht erwartet hatte, aber so recht zeigte, wie herablassend und gnädig und demütig der einst so gewaltige Bundestag geworden war. Wie sich die Zeiten ändern! — Aber der Fuchs blieb auf der Lauer und rechnete auf seine wiederkehrende Zeit, — und sie kam nur zu bald!

Das Schreiben der Bundesversammlung, an die Nationalversammlung gerichtet, lautete:

„Die Macht außerordentlicher Begebenheiten, das Verlangen, welches sich laut in unserem ganzen Vaterland ausgesprochen hat, und der aus beidem hervorgegangene Aufruf der Regierungen haben in dieser großen Stunde eine Versammlung hierher geführt, wie unsere Geschichte sie noch niemals sah.

„In seinen Grundvesten hat das alte politische Leben gebebt, und von dem Jubel und dem Vertrauen des ganzen deutschen Volks begrüßt, erhebt sich eine neue Größe: das deutsche Parlament!

„Die deutschen Regierungen und ihr gemeinschaftliches Organ, die Bundesversammlung, mit dem deutschen Volke in der gleichen Liebe für unser großes Vaterland vereint, und aufrichtig huldigend dem neuen Geiste der Zeit, reichen den National-Vertretern die Hand zum Willkommen und wünschen Ihnen Heil und Segen."

Dieses Schreiben wurde in der Nationalversammlung mit sehr geteilten Gefühlen aufgenommen, und Zitz aus Mainz fand in demselben nichts als „hohle Komplimente", — und meinte: „Es sei daher der Würde der Versammlung nicht entsprechend, überhaupt zu antworten." Und so geschah es schließlich auch nach einer lärmenden hitzigen Debatte. Das Schriftstück ward einfach zu den Akten genommen.

Überhaupt ging es in dieser ersten Sitzung der Nationalversammlung zeitweise recht toll her; oft kam es mir vor, als wollte jeder der anwesenden 395 Abgeordneten gleichzeitig sprechen, und der Präsident hatte seine liebe Not, einem Redner einigermaßen Gehör zu verschaffen.

So kam es denn, daß aus den stürmischen Verhandlungen über eine provisorische Geschäftsordnung und über die Wahl eines provisorischen Vorsitzenden, die auf den folgenden Tag verlegt wurde, kaum so viel herauskam, um sich einigermaßen ein Bild von den möglicherweise werdenden Parteigruppierungen machen zu können. Und das war nicht zu verwundern, bei dem verschiedenartigen Naturell der deutschen Volksstämme und deren lokalen Interessen. Waren ja doch auch die meisten Abgeordneten langjährige Vertreter liberaler Ideen gewesen, hatten für Freiheit und Einheit des Vaterlandes gekämpft und gelitten, waren zum Teil lange Jahre aus der deutschen Heimat verbannt oder hatten kaum erst das Gefängnis verlassen, wohin sie ihr freies Wort gebracht hatte. Wohl Keiner fand sich so recht in

die neugeschaffene Situation, und tatsächlich war die Nationalversammlung ganz auf sich angewiesen; weder einen speziellen Antrag, noch eine fertige Vorlage fand sie vor; — noch stand bei Vielen die Frage: ob Republik oder Monarchie, ob konstitutionell oder sonst welche Staatsform fest, noch war man darüber klar, ob die Versammlung blos gesetzgeberisch oder auch anordnend zu befinden habe.

Von dem Vorparlament her war ich an tumultuarische Sitzungen gewöhnt, daß sich diese aber selbst bei geringfügigen Anlässen auch in der Nationalversammlung wiederholen würden, das hatte ich doch nicht für möglich gehalten; um so weniger als doch die meisten Abgeordneten das parlamentarische Leben und dessen Geschäftsordnung kannten. So kam es gleich bei der am 19. Mai vorzunehmenden Wahl eines provisorischen Vorsitzenden zu lebhaften Erörterungen, ob Heinrich v. Gagern (der hessen-darmstädtische Minister) oder dessen jüngerer Bruder Max v. Gagern zu wählen sei. — Heinrich v. Gagern, dessen ruhige, imposante Erscheinung und praktische Anschauungsweise schon im Vorparlament nicht ohne Einfluß war, wurde mit 305 Stimmen zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt.

„Ich gelobe hier feierlich vor dem ganzen deutschen Volke", begann er bei Annahme der Wahl, „daß seine Interesse mir über alles gehen, daß sie die Richtschnur meines Betragens sein werden, so lange ein Blutstropfen in meinen Adern rinnt, ich gelobe hier feierlich, als das von Ihnen gewählte Organ Ihrer Versammlung, die höchste Unparteilichkeit!"

Mit nicht endenwollendem Beifall wurden diese Worten aufgenommen, und als Gagern dazu überging quasi ein Programm über Zweck und Beruf der Nationalversammlung zu entwickeln, da folgte dieselbe in lautloser Stille jedem seiner Worte mit Spannung: „Wir haben", betonte er mit dem Ausdrucke des Vertrauens zu dem Gelingen dieses Werks, „wir haben die größte Aufgabe zu erfüllen. Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation." Diesem Schlagworte folgte ein unbeschreiblicher

Beifallssturm, daß es eine Weile dauerte, bis Gagern fortfahren konnte: „Den Beruf und die Vollmacht, dieses Verfassungswerk zu schaffen, hat die Schwierigkeit in unsre Hände gelegt, um nicht zu sagen, die Unmöglichkeit, daß es auf anderem Wege zu Stande kommen könnte. Die Schwierigkeit, eine Verständigung unter den Regierungen zustande zu bringen, hat das Vorparlament richtig vorgefühlt und uns den Charakter einer konstituierenden Versammlung vindiziert. Deutschland will Eins sein, Ein Reich, regiert vom Willen des Volks unter Mitwirkung aller seiner Gliederungen; diese Mitwirkung auch den Staatenregierungen zu erwirken, liegt mit in dem Berufe dieser Versammlung. — Wenn über Manches Zweifel besteht und die Ansichten auseinandergehen: über die Forderung der Einheit ist kein Zweifel; es ist die Forderung der ganzen Nation. Die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben, sie befestigen; sie allein wird schützen vor allen Schwierigkeiten, die von Außen kommen mögen, die im Innern drohen."

Die Gagern'sche Rede hatte allseitigen Eindruck gemacht, wenn man auch über Auffassung und Auslegung bei den einzelnen Parteien nicht eines Sinnes war, wie dies nur zu bald zu Tage trat.

Zum Stellvertreter des Präsidenten war v. Soiron von Mannheim gewählt worden.

In dieser zweiten Sitzung der nationalen Versammlung ereignete sich ein Zwischenfall, welcher mir unvergeßlich geblieben ist und mich damals tief erschütterte und heute noch, nach achtundfünfzig Jahren überkommt mich ein Gefühl der Rührung, wenn ich jener ergreifenden Szene gedenke, die sich in der denkwürdigen Sitzung vom 19. Mai 1848 abspielte, und welche mich damals, wie so viele andern zu Tränen rührte. Ein Abgeordneter machte nämlich die Versammlung darauf aufmerksam, daß in der tumultuarischen Sitzung des vorigen Tags ein Mann die Rednerbühne bestiegen habe, aber ungehört, weil unerkannt, dieselbe wieder habe verlassen müssen, dieser Mann sei kein anderer gewesen, als der Sänger des allbe-

kannten kraftvollen Liedes: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“, der alte ehrwürdige Ernst Moritz Arndt. — Diese Mitteilung fand stürmischen Wiederhall in allen Teilen der Paulskirche, und wie von Seiten der Abgeordneten, so auch von den Galerien herab, ertönte es wie aus einem Munde: „Arndt auf die Tribüne! Arndt soll sprechen!“ Ehe sich noch diese jubelnde Aufforderung gelegt hatte, begab sich Arndt mit einem freundlichen Lächeln auf dem von Gesundheit blühenden Gesichte zur Rednerbühne. Sobald sich die kräftige gedrungene Figur Arndts auf derselben zeigte, brach ein fanatischer Beifallsturm los, worauf eine spannende Ruhe eintrat, als der altbewährte Volksfreund begann: „Ich komme mir vor wie ein altes, gutes, deutsches Gewissen.“ — Unendlicher Jubel unterbrach ihn; — und als er dann fortfuhr: „Wer an die Zukunft seines Volkes glaubt“ — da ward dieser Jubel so stark, daß Arndt zu Tränen gerührt und derart ergriffen war, daß er nicht mehr weiter reden konnte und die Tribüne verlassen mußte. Hierauf bestieg diese sein Zeit- und Leidensgenosse und mutiger Kämpfer für die Rechte des Volks, der alte graubärtige Turnvater Jahn, und forderte die Versammlung auf, dem wackeren Arndt den Dank des Volks zu votieren für sein so oft gesungenes Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ — Die Versammlung stimmte mit lautem Händeklatschen und freudigem Zuruf bei. Der damalige Abgeordnete der Nationalversammlung, Professor Karl Biedermann aus Leipzig schilderte diese Episode in seinem Werk „Dreißig Jahre deutscher Geschichte“ mit dem treffenden Hinweis: „Und so war die erste Sitzung des ersten deutschen Parlaments durch die Erinnerung und gleichsam Anknüpfung an die große Zeit der Erhebung Deutschlands von 1813, die in der Person Arndts verkörpert erschien, auf die würdigste Weise eingeweiht.“

Noch standen mehrere Vorfragen der Nationalversammlung aus, die zu erledigen waren, ehe an die Hauptaufgabe herangetreten werden konnte. So hatte der Abgeordnete von Köln die Frage über das Verhalten derjenigen Mitglieder zur Sprache gebracht, welche für Frankfurt und zugleich auch für Berlin

gewählt worden waren. Es kam hierbei zu lebhaften Erörterungen, es handelte sich ja um das Verhältnis der deutschen Nationalversammlung zu den konstituierenden Versammlungen der Einzelstaaten; also um die Frage der Souverenität der ersteren und um das Maß der Freiheit und der Einheit in deren Autorität, was namentlich in der Stellung Preußens zu Deutschland zu schwerwiegenden Bedenken führte. Merkwürdig! — man sprach nur von Preußen, nur von der in Berlin zusammengetretenen Versammlung, der gegenüber man sich seine Vorrechte zu wahren suchte. Alle Parteischattierungen sprachen in dieser Sache ihr erstes Wort oder gaben zuerst ihre Gesinnung kund. Von der radikalen Meinung derjenigen, welche schon die Existenz der Berliner Konstituante für einen nicht zu duldenden Widerspruch gegen die Souveränität der Frankfurter Nationalversammlung erklärten, und am liebsten von ihrem republikanischen Standpunkt aus, Preußen und Österreich vollständig vernichtet hätten, bis zu der Meinung derjenigen, welche die ganze Frage bis auf zukünftige Bestimmungen über das Verhältnis der deutschen zu den einzelnen Verfassungen zurückgeschoben wissen wollten, machten alle Standpunkte sich geltend, waren die meisten durch Verbesserungsanträge repräsentiert. Es galt, der jungen Versammlung mit Würde ein gewisses Selbstbewußtsein zu verleihen, das auch den Regierungen gegenüber imponieren und ihre Unabhängigkeit charakterisieren sollte. Sie verwarf daher den beantragten Übergang zur Tagesordnung und nahm den Werner'schen Antrag an, der dahin ging:

„Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letztern als giltig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet."

Sonach hatte sich die Nationalversammlung selbst ein Vertrauensvotum gegeben; sie hatte in demjenigen, was ihre

eigentlichste Aufgabe war, in dem Schaffen einer Verfassung für Deutschland, ihr ausschließliches Recht mit festem und entschiedenem Tone gewahrt.

Schon in den ersten Sitzungen fanden sich die Gesinnungsgenossen zusammen und bildeten für sich abgeschlossene Gruppen, welche sich in bestimmten Lokalen vereinigten und von diesen, einem alten Gebrauche gemäß, ihre nähere Bezeichnung entlehnten. So tagte im „Steinernen Hause", später im „Café Milani" die äußerste Rechte, zu welcher sich auch meistens die Römischklerikalen hielten. Diese Fraktion hatte daher auch zwei Häupter: ein protestantisches, Herrn v. Vincke, und ein katholisches, Herrn v. Radowitz. Die „Rechte" erst „Hirschgraben", dann „Casino" genannt, wurde wohl auch als die „preußische" oder die „Professorenpartei" bezeichnet. Sie zählte mehr als 150 Köpfe und war somit die stärkste Gruppe der Nationalversammlung. Im „Württemberger Hof" tagte das Zentrum. Die „Linke" — die republikanische Fraktion, zerfiel in zwei Gruppen: die einfache Linke, welche im „Deutschen Hof" und die äußerste Linke, welche im „Donnersberg" hauste. Im Laufe der Verhandlungen kamen aber noch verschiedene Verschiebungen vor, jenachdem eine brennende Frage die Gesinnungsgenossen trennte.

Eine zweite Frage von prinzipieller Bedeutung bezüglich ihrer Machtbefugnisse sollte die Nationalversammlung gleich zu Anfang beschäftigen.

Im nahen Mainz war es zwischen der Bürgerschaft und den preußischen Soldaten zu blutigen Exzessen gekommen, und nun die Nationalversammlung um Schutz und Hilfe angegangen worden. Das brachte große Erregung, einen wahren Sturm in die Versammlung!

Der Vertreter der Stadt Mainz in der Nationalversammlung, Dr. Franz Zitz, Advokat, Abgeordneter des hessischen Landtags und gleichzeitig Kommandant der Mainzer Bürgergarde und Chef der Revolutionspartei jener Stadt, war seit dem 18. März, an welchem Tage er Abends vom Balkon des Stadttheaters aus vor einer vieltausendköpfigen Menge, eine aufreizende, die republikanische Staatsform verherrlichende Rede

gehalten hatte, von maßgebendem Einflusse bei den leicht zu enthusiasmierenden Mainzern, — Zitz, ein großer starker Mann mit kurzem Halse, großen Augen, breitem Rücken und etwas anstoßender Zunge, bei lebhaften Gesten des Körpers, betrat am 23. Mai sichtlich erregt die Rednerbühne, um über jene Mainzer Vorkommnisse vom 21. in einer fast zweistündigen Rede im allerschärfsten Tone zu referieren, auf Preußen, auf das preußische Militär zu schimpfen und die Versammlung zu energischem Eingreifen gegen die „Rohheit der Soldateska", gegen das Morden der „vertierten Söldlinge" zu bestimmen. Zitz schilderte mit so lebhaften Farben jene „blutige Rauferei" zwischen den preußischen Festungstruppen und den Mainzer Bürgern, daß sich ein allgemeines Entsetzen geltend machte. Ich kannte Zitz schon von dem hessischen Abgeordnetenhaus her, wo ich ihn in gar mancher stürmischen Sitzung sprechen, — oder vielmehr schimpfen hörte, aber am 23. Mai hatte er sich hierin doch „selbst übertroffen."

Wenngleich diese Angelegenheit nicht vor das Forum der Nationalversammlung gehörte, so ging man doch nach einer äußerst stürmischen Debatte schließlich dazu über, eine Kommission nach Mainz zu schicken, die eine gründliche Untersuchung vornehmen und nötigenfalls die geeigneten Schritte veranlassen, jedenfalls aber der Nationalversammlung schleunigst Bericht darüber erstatten sollte. Alles war gespannt auf den Tag des Berichtes, denn man vermutete vielfach, daß die Zitz'schen Schilderungen den wahren Sachverhalt nicht wiedergegeben hatten. Und so war es auch.

Schon am 26. Mai erstattete Hergenhahn den Bericht der zur Aufklärung der Mainzer Ereignisse ernannten Kommission. Hergenhahn kannte die Mainzer Verhältnisse nach eigener Anschauung genau, er war seit den Märztagen Minister in Nassau und seit Jahren ein hervorragender Führer der dortigen liberalen Richtung. Die Kommission hatte sorgfältig geschöpft an allen erreichbaren Quellen, bei der Bürgerschaft, beim Militär, bei der Zivilbehörde, beim Platzkommando; und das Resultat all dieser gründlichen Nachforschung war die unwiderlegbare Überzeugung, daß Zitz skandalös übertrieben hatte, und der Sach-

verhalt sich in Wirklichkeit ganz anders darstellte, als wie ihn Zitz geschildert hatte. — Zitz hatte u. a. behauptet, der Festungsgouverneur habe die Todesstrafe auf die Verweigerung der Ablieferung der Waffen angedroht, die Stadt sei in Belagerungszustand versetzt worden, beide Behauptungen erwiesen sich als vollständig unwahr. Hergenhahn hob auch noch besonders hervor, daß die Kommission einen günstigen Eindruck gewonnen, von den Bemühungen des Festungsgouvernements für Aufrechthaltung der Ordnung, und daß von Seiten dieser Behörde alles geschehe, um neue Ausbrüche der nun allerdings sehr erbitterten Soldaten zu verhüten. Das ganze Ereignis blieb jedenfalls bedauerlich, aber die Bürgerschaft, so weit sie sich dabei beteiligte, erschien keineswegs unschuldig, und die strengen Maßnahmen des Kommandanten waren durchaus gerechtfertigt. Wie unbeliebt die Preußen überhaupt in Süddeutschland, insbesondere aber in Mainz waren, das wußte jedermann. Ich habe viele Jahre in Mainz gelebt und oft genug Gelegenheit gehabt, diese Animosität der Mainzer gegen die preußischen Soldaten wahrzunehmen. Während man bestrebt war, die österreichischen Offiziere zu Familienfestlichkeiten, zu Vereinen, Bällen usw. heranzuziehen, vernachlässigte man hierin geflissentlich die preußischen, und im Bürgerkasino „Germania" war es sogar Usus, keinen Preußen zu dulden. Es ist begreiflich, daß unter solchen zugespitzten Verhältnissen die Lage der preußischen Soldaten eine sehr mißliche war, zu einer Zeit insbesondere noch, in der die politischen Wogen so hoch gingen, und das von jeher sehr demokratische Mainz zur Revolution überhaupt hinneigte. Dies alles berührte der Kommissionsbericht, der noch hervorhob, daß bei dem Straßenkampf am 21. Mai fünfundzwanzig preußische Soldaten verwundet und vier getötet worden, während von den Bürgern drei schwer und zwei leicht verwundet waren — und daß von diesen Soldaten einer durch einen Schuß von vorn durch's Herz, die drei andern aber durch Dolch- und Messerstiche von hinten durch den Rücken getötet waren. Aus allem aber ging klar hervor, daß die republikanischen Umtriebe, welchen der Volkstribun Zitz nicht ferne stand, den ganzen Skandal mit-

verschuldet hatten. Infolge alles dessen schlug die Kommission vor, bei der Bundesversammlung einen teilweisen Wechsel der Garnison zu beantragen, ferner zu veranlassen, daß ein Bataillon der großherzoglich hessischen Truppen baldmöglichst nach Mainz gelegt werde und drittens, daß die aufgelöste Bürgerwehr reorganisiert werden möge unter Beobachtung der durch das Festungsreglement vorgeschriebenen Formen, und sobald ein Bürgerwehrgesetz mit den Ständen des Großherzogtums Hessen vereinbart sei.

Das klang nicht nach dem Sinn der drängenden Revolutionspartei und den Erwartungen der skandalsüchtigen Galerien, am allerwenigsten aber nach dem, was Zitz bezweckt hatte. Ja, die Majorität der Kommission verkündigte durch Hergenhahn ihre Absicht, auf Tagesordnung anzutragen.

Diesen Widerstreit in der Darstellung der Ereignisse konnte Zitz nicht stillschweigend hinnehmen, und so kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, in welchen er ausführte: „Wenn der Bericht zu verstehen gebe, es sei der turbulente Sinn der Mainzer, welcher diese Zwietracht hervorgerufen, warum wären dieselben nicht ein einziges Mal mit den österreichischen Soldaten in Konflikt geraten? — warum bestände mit diesen eine brüderliche Übereinstimmung? — Alle diese Vorwürfe und Verdächtigungen seien Ausflüchte des Festungsgouvernements, um die von diesem beschlossenen furchtbaren Maßregeln zu beschönigen. — Die Geschichte werde aber diese Maßregeln brandmarken als eine Verletzung der Zivilisation, als einen offenen Bruch des Völkerrechts! — Man habe die Kugeln glühend gemacht, um Mainz zusammenzuschießen.*) Und solche angedrohte Maßregeln sollten formell gerechtfertigt werden können! — Aber wie dem auch sei, die Nationalversammlung sei berufen, ihren deutschen Brüdern Schutz gegen Tod und Vernichtung zu gewähren! Ihre Befugnis dazu sei erklärt worden aus dem Munde ihres Vorsitzenden, indem er sagte: „Sie haben das Recht, Deutschland zu konstituieren und überall ordnend in den allgemeinen Staats- und Verfassungsverhältnissen Deutschlands einzuschreiten."

*) Ist tatsächlich als unwahr bewiesen.

Die Brandrede machte nicht den Eindruck, den ich erwartet hatte, und nur die Galerien jubelten ihr den billigen Beifall zu. Dagegen schien mir der folgende Redner, ein Österreicher, wohlverdienten Beifall bei den Abgeordneten zu finden, da ihm von dieser Seite ungewöhnliche Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Es war v. Schmerling*) aus Wien, ein jugendlich aussehender Vierziger, der die Rednerbühne betrat, und in schneidiger Rede und schonungsloser Kritik den Zitz'schen Ausführungen entgegnete. Es war eine wahre Lust diesem Redner zu folgen, nachdem Einem das laute unangenehme Organ des vorhergegangenen wahrhaft maltraitirt hatte.

Zitz hatte den österreichischen Soldaten vor dem preußischen bevorzugt, dem gegenüber hob Schmerling hervor, „daß der österreichische Soldat nach seiner bisherigen Organisation, nach welcher er in bedauerlicher Weise aus den tieferen Schichten des Volkes hervorgehe, von weit niederer politischer Bildung sei, als der preußische Soldat, für den ein Wehrsystem bestehe, das

---

*) Schmerling Anton, Ritter von, österr. Staatsmann, am 23. August 1805 zu Wien geboren, studierte daselbst die Rechte, trat 1829 bei dem Landgerichte seiner Vaterstadt in den Staatsdienst, wurde 1842 zum Staats- und 1846 zum Appellationsgerichtsrat befördert. — In der deutschen Nationalversammlung schloß er sich den Verfechtern der konstitutionellen Monarchie an, und wurde am 15. Juli vom Reichsverweser zum Reichsminister ernannt. Als Vertrauensmann der österr. Regierung trat er stets den Bestrebungen nach der preußischen Hegemonie entgegen, entfremdete sich dadurch mehr und mehr einem großen Teil seiner bisherigen Freunde, war immerwährend den heftigsten Angriffen von Seiten der Linken ausgesetzt, und trat infolge der Verwerfung des Malmöer Waffenstillstandes in der Nationalversammlung mit sämtlichen Ministern vom Amte zurück. Doch behielt Schmerling, da die Neubildung eines Ministeriums auf Schwierigkeiten stieß, die Leitung der Geschäfte und wurde am 24. September wieder definitiv zum Reichsminister ernannt, legte am 15. Dezember, als eifriger Anhänger der Großdeutschen Partei und Gegner des preußischen Kaisertums sein Ministerium nieder. — Die österreichische Regierung erwies sich ihm hierfür dankbar, indem sie ihn zu ihrem Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt ernannte und ihm die Leitung der österr. Interessen in Frankfurt a. M. übertrug. Schmerling wurde später in seinem Vaterlande Minister und beteiligte sich bis zu seinem am 23. Mai 1893 in Wien erfolgten Tode hervorragend an der politischen Entwicklung Österreichs.

auf alle Klassen der Bevölkerung sich verbreite, und die Blüte der männlichen Intelligenz in sich schließe. Es sei daher auch ganz natürlich, daß der preußische Soldat an den Bewegungen der Zeit mehr Anteil nehme! In Folge dieser Richtung mögen auch wohl mancherlei Anlässe zu Konflikten zwischen den Mainzer Bürgern und den preußischen Soldaten stattgefunden haben. In gleicher Lage, unter gleichen Verhältnissen würde der österreichische Soldat genau ebenso gehandelt haben, wie der preußische in der gerügten Lage." Schmerling schloß: „Einen Wechsel der Garnison vorzunehmen werden wir, glaube ich, den Verfügungen der Militärbehörden überlassen können. — Der Gouverneur von Mainz ist mit seinem Haupte ganz Deutschland dafür verantwortlich, daß unsre Bundesfestung, daß Mainz, welches demnächst bestimmt ist, auch uns in Frankfurt gegen feindliche Überfälle zu beschützen, in voller Verteidigungsfähigkeit erhalten werde. In diese Detailfrage aber, wie die Verteidigungsfähigkeit erhalten werden kann, darf nach meiner Ansicht diese Versammlung nicht eingehen, wenn ich ihr auch die umfassendste Weisheit in politischen Verhandlungen zutraue. Ich würde daher den Antrag stellen, sofort zur Tagesordnung überzugehen."

Ihm folgte Robert Blum auf der Rednerbühne und vertrat die Ansicht in einer längeren Aussprache, man könne in Mainz nur Ruhe schaffen, wenn man die Bürgerschaft zum Auswandern, oder das Militär zum Abmarsch bringe. Blum war mit in Mainz gewesen; er hätte dem Kommissionsberichte widersprechen müssen, wenn er die Verhältnisse nicht richtig dargestellt haben würde, und die Zitz'schen Ausführungen die zutreffenderen gewesen wären; das aber konnte er nicht. Überhaupt paßte es der Linken nicht so recht in den Kram, daß die Mainzer Verhältnisse nicht so schlimm lagen, wie sie es sich für ihre Zwecke gewünscht hatte.

Nach Blum trat Fürst Lichnowsky, eine interessante Erscheinung, mit einer gewissen herausfordernden Sicherheit als Verteidiger der preußischen Armee auf. „Es war nicht nur eine Verdächtigung", rief er, „es war eine Ächtung der preußischen Armee, die von Rednern der Nationalversammlung im Gegensatze zu der österreichischen, als eine rohe Horde geschildert worden ist."

Diesen Worten folgte eine stürmische Unterbrechung des Redners, der mit einem fast kecken Blick die Versammlung überschaute und erst als sich deren Erregung einigermaßen gelegt hatte, fortfuhr: „In einem Augenblicke, wo es heißt, daß die Stammesunterschiede verschwinden sollen, wo gesagt wird, daß wir alle ein großes Vaterland vertreten, in diesem Augenblicke werden hier die Söhne eines Vaterlandes vor diese Tribüne gezogen und mit den schmählichsten Ausdrücken" — erneute tumultuarische Unterbrechung — „in diesem Augenblicke, wo die Wunden noch nicht vernarbt sind von der Erstürmung des Danewerk's, wo wir der preußischen Armee die Eroberung Schleswigs verdanken, wo wir es der Kraft preußischer Bajonette verdanken, daß schleswig'sche Deputierte hier sitzen. — Ist denn kein Deputierter für Schleswig hier, der nach mir diese Tribüne beträte, um dafür einzustehen wie sich, nicht in fremdem Lande, wie Herr Zitz es bezeichnete, sondern in einem nichtpreußischen Landesteile preußische Soldaten zu benehmen wissen!" — Mehrere schleswigsche Abgeordneten erhoben sich. Speziell auf die Mainzer Angelegenheit übergehend, machte Lichnowsky einen Seitenhieb gegen die Linke und deren republikanischen Bestrebungen, was diese, sehr wohl verstehend, zu einem heillosen Lärm provozierte und dem Redner beinahe einen Ordnungsruf eingetragen hätte. „Ich will hier nicht von den einzelnen Verdächtigungen der roten Hosen sprechen", hatte Lichnowsky mit schneidigem Sarkasmus gesagt, „obwohl mich die roten Hosen unwillkürlich auf die roten Mützen bringen müssen, denen 1792 auf eine für die deutsche Geschichte sehr traurige Weise in kürzester Zeit durch die Mainzer Klubs die Festung von Mainz übergeben worden. Haben Sie nicht aus dem Munde des Herrn Zitz gehört, daß der Festungsgouverneur auf das Verweigern der Ablieferung von Waffen die Todesstrafe angedroht? (Mehrstimmiges Ja!) — Daß er die Stadt in Belagerungszustand gesetzt? (Ja!) — Nun frage ich Sie, hat sich dies beides bewahrheitet? (Nein!) — Es ist uns aber berichtet worden, daß mit Dolchen und spitzigen Instrumenten die preußischen Soldaten in den Rücken hinein gestochen und umgebracht worden sind. Das heißt Meuchel-

mord — nicht Zufall. — Endlich ist gesagt worden, daß wir keine Richter sind. Wenn wir nicht Richter sind, so wollen wir nicht richten, sondern den Fall den Richtern übergeben."

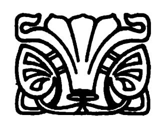
Lichnowsky's Rede machte gewaltigen Eindruck; von der Rechten und dem Zentrum „Bravo", von der Linken Lärm und Zischen. Zwei Schleswiger, Franke und Michelsen, fühlten sich berufen, das preußische Heer zu rühmen, was die Linke zu vereiteln suchte, bis schließlich Welker das Schlußwort sprach: „Stellen wir uns nicht auf den Boden der Revolution! Diese stürzt wohl die Regierungen, und nur zum Stürzen haben Sie Kraft; aber haben Sie auch Kraft zum Aufbauen? (Stimmen von der Linken Ja wohl! Ja! Ja! Lachen von der Rechten.) Ich sage: Nein! (Beifall im Zentrum.) Sie können 38 Regierungen stürzen, aber nicht eine einzige gründen, denn Sie werden mitgestürzt, und zwar zu allererst!" Schließend trug Welker darauf an, zur Tagesordnung überzugehen, was fast einstimmig angenommen wurde, und Murren bei den Republikanern und auf den Galerien große Aufregung erzeugte. Aus der äußerst belebten Verhandlung trat aber auf's unzweideutigste hervor, daß, wenn hinter den Mainzer Vorfällen republikanische Tendenzen versteckt gewesen waren, die Majorität der Nationalversammlung diesen nunmehr jede Sympathie aufgesagt hatte; ihr Votum war indirekt ein Votum gegen die Republik und deren Mittel; und in dieser unzweideutigen Ablehnung der Exekutive trat ein großes Prinzip gegenüber der Linken in der Paulskirche und im Lande, welche die Exekutive in die Hand nehmen wollte, zu Tage, das auf den Beruf der Versammlung hinwies.

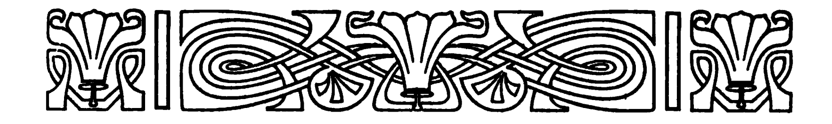
In derselben Sitzung vom 26. Mai brachte Heckscher aus Hamburg folgenden Antrag ein: „Hohe Versammlung wolle sofort einen Ausschuß für die deutsche Marine in den Abteilungen ernennen, und denselben ermächtigen, mit den Marine-Komites der deutschen Seehäfen sich in Vernehmen zu setzen, auch vom In- und Auslande die erforderlichen Materialien zur Vorlage an die Nationalversammlung einzuholen." Diesem Antrage wurde entsprochen.

Unter den vielen bereits eingegangenen Anträgen war auch eine Eingabe seitens einer Deputation polnischer Einwohner,

welche verlangten, „daß die Schmach der Teilung Polens von Deutschland abgewälzt und dem deutschen Volke die Pflicht auferlegt werde, den Polen ihr Vaterland wiederzugeben“; — „daß zunächst Preußisch-Polen und Österreichisch-Polen schleunigst (!) Freiheit und nationale Selbständigkeit gewährt werde.“ — In einer weiteren Eingabe protestierte das polnische „National-Zentral-Komitee“ gegen die Aufnahme der preußischen Abgeordneten aus dem Großherzogtum Posen in das deutsche Parlament.

Diese Polenfrage veranlaßte später noch einmal eine hitzige, dabei noch recht zwecklose Debatte.





XIII.

Die Einsetzung einer provisorischen Zentralgewalt.

Die Nationalversammlung ließ es sich nun ihre erste Sorge sein, eine provisorische Regierungsgewalt für die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten zu schaffen, „um nicht selbst vom Volke als eine solche Regierung betrachtet und mit Aufforderungen behelligt zu werden, welche es ihrem eigentlichen Geschäfte, der Verfassungsberatung, zu entfremden drohten.“

Ehe es noch zu einer endgiltigen Entscheidung kam, waren vorher noch verschiedene Eingaben und an die Versammlung herangetretene Fragen zu erledigen, auch hatte der zu diesem Berufe gewählte spezielle Ausschuß seinen Bericht fertig zu stellen; denn die Ansichten hinsichtlich der zu wählenden Regierungsform gingen mitunter weit auseinander. Die äußerste Linke verlangte einen „Vollziehungsausschuß“; die gemäßigte Linke einen der Nationalversammlung verantwortlichen Präsidenten, der vom Parlament aus allen volljährigen deutschen Staatsbürgern auf eine gewisse Zeit frei gewählt werden sollte; — der monarchisch gesinnte Teil der Versamlung — die eigentliche Majorität, schied sich wieder in zwei Lager: die einen wollten einen einzigen Träger der provisorischen Zentralgewalt, selbstverständlich einen Fürsten, die andern zogen eine kollegiale Behörde vor, deren Mitglieder von den Regierungen ernannt werden sollten. Ein wahrer Hexenbrei, aus dem herauszukommen, die Abgeordneten selbst die Schwierigkeit erkannten.

In einer nicht enden wollenden Debatte, in einem Durcheinander der widersprechensten Anschauungen, rangen die beiden entgegengesetzten Prinzipien Republik und kostitutionelle Monarchie — miteinander, obgleich diese Fragen schon im Vorparlamente ihre Erledigung gefunden hatten. Wenn nun auch hierin gebunden, wirkten diese Anschauungen doch auf die Durchführung des Verfassungwerks hinsichtlich der exekutiven Gewalt, daß erst nach Wochen langen Kämpfen eine Einigung erzielt wurde.

Und während diesen Kämpfen um die Zentralgewalt, stürmten auch sonst noch wichtige Fragen zur Erledigung auf die Versammlung ein, welche nicht unberührt bleiben konnten und oft tagelange Debatten veranlaßten.

Bei der Beratung des Berichts des Ausschusses für völkerrechtliche und internationale Fragen über die Schleswig-holsteinische Sache kam es zu den lebhaftesten Erörterungen, und nach langem Hin und Her wurde der Antrag, wonach die Nationalversammlung erklären sollte, daß die Genehmigung des mit Dänemark abzuschließenden Friedensvertrags der Nationalversammlung vorbehalten zu bleiben habe, mit 275 gegen 200 Stimmen verneint. (!!)

Dagegen wurde der Antrag: „Die Nationalversammlung erklärt, daß die schleswig'sche Sache, als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereiche ihrer Wirksamkeit gehört, und verlangt, daß bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogtümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde", mit großer Mehrheit angenommen.

In derselben Sitzung beschloß die Nationalversammlung 6 Millionen Taler für die Marine aufzubringen.

Kohlparzer von Neuhaus veranlaßte wegen des dem Hafen von Triest drohenden Angriffs den Beschluß: „Die Nationalversammlung erklärt, daß jeder Angriff auf Triest oder jeden deutschen Hafen als eine Kriegserklärung gegen Deutschland betrachtet werden müßte."

Auch die Prager Wirren vom 11. Juni, ein slavisch-demokratischer Aufstand, bei welcher Gelegenheit Fürst Windisch-

grätz zwei Tage lang die Alt- und Neustadt beschossen hatte, beschäftigten die Nationalversammlung, und gaben namentlich Karl Vogt die erwünschte Veranlassung, in einer scharfen Rede dagegen zu wettern. „Der Kampf", rief er, „der sich in Prag entsponnen habe, sei ein zweifacher; es sei derjenige der deutschen Nationalität mit der tschechischen, und derjenige einer aristokratischen Gesinnung gegen eine demokratische. Es sei sehr zu bedauern, daß zu dem Vertreter der deutschen Sache ein so verhaßtes Individuum, wie Fürst Windischgrätz, genommen worden sei!" — Im weiteren sprach sich Vogt dafür aus, daß zum Schutze der deutschen Bewohner Böhmens der Einmarsch bayerischer und sächsischer Bundestruppen nach Böhmen verfügt werde. — Dieser Antrag und ähnliche wurden an die für die slavischen Verhältnisse bestehende Kommission verwiesen.

Erst am 19. Juni kam der Antrag: „Beratung über den Bericht des Ausschusses wegen Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt" auf die Tagesordnung.

Dahlmann-Bonn war Berichterstatter, um einen mit knapper Not im Ausschuß zusammengebrachten Vorschlag für die Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt der Versammlung zu unterbreiten, und was geboten wurde, war so unfertig und unpraktisch wie möglich. Es folgten stürmische Erörterungen, die sich fünf Tage lang hinzogen, bis endlich Heinrich v. Gagern durch seinen „kühnen Griff" die heikle Frage zur Lösung brachte.

„Was ich fürchte," begann Dahlmann, „ist der innere Feind — zum Gegensatz des äußeren —, die mit jedem Tage mehr und mehr um sich greifende Anarchie auf deutschem Boden!" Hierauf große Unruhe und Zischen. Zum Ausschußbericht übergehend fuhr Dahlmann fort: „Die Aufstellung eines einzigen Bundesdirektors oder Reichsverwesers würde den Ansprüchen der Theorie mehr genügt, schwerlich aber den Anforderungen der Gegenwart besser entsprochen haben. Wie es bis dahin steht, teilen nun einmal die streitenden Interessen unser Deutschland in drei große politische Massen, die wir als Österreich, Preußen und die minder mächtigen Staaten bezeichnen. Die Aufstellung

eines einzigen Individuums würde in solcher Lage der Dinge große, gefährliche, verzögernde Schwierigkeiten finden, und der vielleicht aufgefundene Mann eines zusammenstimmenden dreifachen Vertrauens würde gleichwohl in seiner Wirksamkeit unvermeidlich mit allen Mißdeutungen zu kämpfen haben, welche aus der bisherigen Lage unseres Vaterlandes stammen." Diese und noch andere Gründe waren maßgebend gewesen für den Vorschlag des Ausschusses, und es war erstaunlich, wie die Ansichten über die größere Vorzüglichkeit der Dreiheit oder der Einzelherrschaft von Tag zu Tag bei einer großen Anzahl von Mitgliedern hin und her schwankten. Wenn heute die Wagschale zugunsten eines einzigen Reichsverwesers zu siegen schien, so schlug schon morgen das Zünglein zu der gegenüberstehenden Ansicht um, aber nur, um am dritten Tage sich wieder zu der ersteren Ansicht zurückzuneigen, und so wogte es fünf Tage, die Gemüter in Spannung und Erwartung haltend, hin und her. Gar manches geistreiche, ächt patriotische Wort wurde da gesprochen, gar manche edle, hochherzige Gesinnung für das Gemeinwohl in den Kampf geführt, aber die Gegner waren mit ihren Argumenten auch schlagfertig zur Stelle. Oft gestaltete sich das Wortgefecht, der Ideenkampf zu einem derartigen Tumulte, daß man sich fragen mußte, ob man sich wirklich in der Versammlung einigermaßen parlamentarisch gebildeter Männer befinde. Auch blieben die Herren nicht immer bei der Sache; machten Abschweifungen, die wieder zu neuen stürmischen, oft recht hitzigen Unterbrechungen führten.

Die österreichischen Abgeordneten betonten namentlich ihre deutsche Gesinnung, und erklärten, daß es der allgemeine Wunsch ihrer Mandatare sei, zu dem Gesamtdeutschland zu gehören, das sie zu einer freiheitlichen Einheit groß und mächtig wissen wollten. Diese Erklärungen wurden mit großem Beifall aufgenommen, doch sickerte schon bei Vielen der Zweifel durch, ob es überhaupt möglich sei, ein Deutsches Reich einheitlich mit Anschluß von Österreich zu gestalten, und ob dasselbe mit seinem vielseitigen Staatengemisch nicht vielmehr ein Hemmschuh für die freie Entwicklung der Einheit des deutschen Volkes sei? Diese

frage beschäftigte später noch einmal die Nationalversammlung, gelegentlich der Reichsverfassung.

Welcker entwickelte in einer kulturhistorischen Rede den Wert der verschiedenen Regierungsformen und räumte denselben große Befugnisse ein. An alle, welche die konstitutionelle Monarchie in unserem Vaterlande wollen, richte er das Wort des unsterblichen Montesquieu, daß die Ehre das Prinzip der Monarchie sei. Die Ehre sei aber auch das Prinzip unserer Volksstämme, der Schwaben, der Hessen, der Württemberger, der Hannoveraner, der Sachsen, und die Ehre sei unendlich gekränkt, wenn sie entmündigt werden sollte von dem Stimmrechte als besondere Staaten und Regierungen.

Würth von Wien ermahnte unter dem stürmischen Beifall der Rechten und lautem Mißfallen und Zischen auf der Linken: „Das Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit wolle die konstitutionelle Monarchie allein. Es lebe noch im deutschen Volke, in der großen Mehrheit des Volkes die Treue gegen die angestammten Fürsten. Es lebe noch in der großen Mehrzahl des unverdorbenen Landvolkes in allen Teilen Deutschlands ganz besonders jener ächte germanische Zug, der von den ältesten Zeiten der deutschen Geschichte das Volk an seine Fürsten knüpfte. Jetzt gelte es zu zeigen, daß uns alle nur ein Wunsch beseele, Deutschlands Wohl über Alles.“

Unter den gegnerischen Rednern erregte besonders Robert Blum durch eine feurige Rede großen Beifall, indem er mahnende Worte an die Versammlung richtete: „Berufen sei sie durch die Allmacht des Volkes; sie müßte eher ihr Mandat niederlegen, als sich von der Aufgabe entfernen, die ihr geworden sei. Man dürfe aber am wenigsten in dem Augenblick, wo das Volk seine lang verkümmerten Rechte und seine lang verkümmerte Macht errungen habe, mit denen unterhandeln, die seit 30 Jahren niemals mit uns unterhandelt hätten, die selbst unsern Rat niemals hörten, wenn es sich darum gehandelt habe, Deutschland als ein Ganzes zu vertreten.“ Schließlich erinnerte Blum noch an die Vorkommnisse in Bayern, das durch den Fuß einer Tänzerin in seinen Grundvesten erschüttert worden sei.

Hierauf bestieg Simon von Trier die Tribüne und begann mit der drastischen und treffenden Phrase, daß Volkssouveränität nur dann vorhanden sei, wenn im Namen des Volks regiert werde. (Stürmischer Beifall.) Es sei aber bisher sehr viel im Namen des Volks regiert worden, und das Volk sei dennoch betrogen worden. (Lebhafter Beifall auf der Linken und den Galerien. Unruhe auf der Rechten.) Fortfahrend: „In der konstitutionellen Monarchie habe ein Mensch so viel zu sagen, wie die andern alle, und er sei derart mit Privilegien umgeben, daß er dies auch wirklich eine zeitlang vermöge. Er sei halb von Gottes-, halb von Volkesgnaden. Aber höher als jede Staatsform stehe die Republik. Republik sei Form, Demokratie der Inhalt"; und als die Rechte diese Auslassung mit Lärm aufnahm, fuhr Simon, zu ihr gewendet, fort: „Aristokratische Republik sei schlechter als demokratische Monarchie, wenngleich diese letztere ein Widerspruch in sich selbst. Aber auch damit sei die Volkssouveränität noch nicht vollkommen gewahrt, diese sei erst dann vollständig gewahrt, wenn sich jeder selbst vertrete. (!)" (Geräusch und Hohngelächter auf der Rechten.) Einlenkend: „Der Einzelne hat Einfluß auf die Zeit, aber die Zeit hat mehr Gewalt über ihn! Deshalb muß man den vorhandenen Zuständen und Bildungsstufen Rechnung tragen."

Demgegenüber betonte v. Vincke von Hagen, man habe ihn nicht zur Nationalversammlung geschickt, um bloß die ewigen Rechte des Volks zu wahren, sondern auch die Rechte der Fürsten zur Geltung zu bringen. (Großer, steigender Lärm. Lang anhaltende Unterbrechung.) Fortfahrend: „Wir liebten unsere Fürsten, weil sie seit Jahrhunderten zu uns gehörten." — Schließlich kam er zu dem Antrag, daß bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland ein Bundesdirektor zur Ausübung der obersten Gewalt bestellt und von den deutschen Regierungen ernannt werden solle.

Ruge von Breslau vertrat den republikanischen Standpunkt und kam zu dem Schluß: „Statt der Fürstenrepublik, welche durch den Bundestag vertreten werde, sei die Volksrepublik, welche die Nationalversammlung vorstelle, zu konsti-

tuieren. Die republikanischen Formen dürften nicht aufgegeben werden. Die Gewalt habe in der Nationalversammlung zu ruhen; es dürfe keine unverantwortliche Gewalt existieren, und die republikanische Staatsform sei nur eine Frage der Zeit. Die Nationalversammlung habe das Recht, darüber zu beschließen, denn sie stehe über den Fürsten!"

Auch mein Gönner und Freund, Professor Wilhelm Zimmermann aus Stuttgart konnte nicht umhin, der Befürchtung, die Unverletzlichkeit der Volksvertreter sei bedroht, entgegenzutreten, indem er ausführte, man habe gesagt, dieser Sturm, der durch Gottes Macht im Volke erwacht sei, könne auch die Volksvertreter zu Boden reißen; — wohl möglich —, aber wenn sie fallen, so solle wenigstens den Gefallenen von Freund und Feind noch nachgesagt werden, daß sie wahrhaftig und redlich gewesen, daß sie treu gehalten haben zu ihrem Grundsatze: Zur Freiheit, zum Volke, zur Nation! Untergehend werden sie ein ehrenvolles Grab finden im Herzen unseres Volkes.

Lebhafter Beifall folgte dieser Rede, die im Anfang mit sehr geteilten Gefühlen aufgenommen wurde, denn Zimmermann sprach einen „ganz abscheulichen" schwäbischen Dialekt, der namentlich bei den Norddeutschen zur Heiterkeit herausforderte. Zimmermann war eine grundehrliche Natur, ein warmer, aufrichtiger Patriot, wie ich ihn namentlich später, als ich Gelegenheit hatte, mit ihm und in seiner Familie in Stuttgart häufig zu verkehren, wohl erkannt habe. Wir haben oft über Frankfurter Erlebnisse, über die an die Paulskirche geknüpften Hoffnungen und die später erfahrenen Täuschungen gesprochen und hat mich da die edle, lautere Gesinnung des Mannes sympatisch angezogen. In seinem Urteile zwar scharf, war er aber gerecht, selbst seinen politischen Gegnern gegenüber; nur mit Heinrich Laube machte er, und nicht ohne Grund, eine Ausnahme, denn da wurde er stets „fuchswild", wenn man auf dessen Buch: „Das erste deutsche Parlament" zu sprechen kam. — Frau Dr. Zimmermann war eine geistreiche Dame, die in Geschichte und Politik wohl bewandert, einen glühenden Haß gegen die Fürsten, insbesondere gegen König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen

hegte, und mir oft Gelegenheit zu anziehender interessanter Unterhaltung gab, und oft in wahrhaft fanatische Ekstase geriet, wenn sie auf die Bedrückungen des Volks zu sprechen kam. Im übrigen aber war sie eine tüchtige Hausfrau, eine treue Mutter und stets besorgte, liebevolle Gattin. Ich habe der wackeren Frau, wie ihrem vortrefflichen Gemahl, ein warmes Andenken bewahrt, dessen gediegene Geschichtswerke*) mir stets eine angenehme und anregende Lektüre waren und noch sind.

Ich bin in der Erinnerung an die freundschaftlichen Beziehungen zu Wilhelm Zimmermann ganz von den Begebenheiten in der Paulskirche abgekommen und will zunächst nicht unerwähnt lassen, daß auch Fürst Lichnowsky, gleich Zimmermann für die Sicherheit der Abgeordneten eintrat, und namentlich dagegen sprach, denselben einen besonderen Schutz angedeihen zu lassen. Wie schwer, ja mit dem Leben, sollte er nicht ganz drei Monate später diese allzu ideale Auffassung büßen!

Am 24. Juni hielt Lichnowsky eine beachtungswerte Rede, die mir unvergeßlich ist und die in ihrer scharfen, schneidigen Rhetorik, untermischt mit einer spöttischen Beigabe, zu vielfachem allgemeinem Beifall und häufigem Mißfallen der Linken herausforderte.

„Auch er wolle keine Rede halten von der Liebe zu einzelnen Fürsten,“ begann Lichnowsky. „Es möge in Deutschland wohl einige geben, die keinen Anspruch auf Liebe haben; es gebe sogar solche, deren Mediatisierung er nicht einmal als ein Unglück ansehen würde.“ (Heiterkeit und Beifall.) „Er rede daher nicht von der Liebe des Volkes zu den Souveränen, er rede von dem monarchischen Prinzip, und wenn durch Gottes Wille die vierunddreißig deutschen Souveräne und ihre Familien auf einmal hinweggenommen würden von dieser Erde, so werde man sich dennoch alsbald wieder vereinen, um neue an die Spitze

*) Unter seinen Werken sind besonders hervorzuheben: „Geschichte Württembergs“, „Befreiungskämpfe der Deutschen gegen Napoleon“, „Geschichte des großen Bauernkrieges“, „Geschichte der Hohenstaufen“, „Lebensgeschichte der Kirche Jesu Christi“, „Deutschlands Heldenkampf 1870/71“, „Illustrierte Geschichte des deutschen Volkes“ usw.

Deutschlands zu stellen, wenn auch nicht in so großer Anzahl." Mit aller Schärfe wandte er sich dann gegen den Antrag von Zitz und Blum, nach welchem eine Zentralgewalt von fünf Direktoren geschaffen werden sollte, und schloß mit den mahnenden Worten: „Ich beschwöre Sie, geben wir nach (es handelte sich um die Person einer vollziehenden Gewalt) so lange es nicht gegen die Ehre und das Gewissen ist, um das furchtbare Unglück einer Spaltung in diesem Momente zu beseitigen!" (Stürmisches Bravo und Händeklatschen von allen Seiten.)

Diesem versöhnlichen Schluße folgte ein Redner, der zu den Führern der Republikaner gehörte, und schon im Vorparlament Proben seiner extremen, radikalen Richtung abgegeben hatte, Karl Vogt aus Gießen.

„Wie das Gesetz der Natur, so sei das Gesetz der Geschichte das Gesetz der Revolution," führte er aus. „Und der größte Astronom des Jahrhunderts habe dies treffend bezeichnet, wenn er sagt: „Der Friede, die Ruhe, die Gesetzmäßigkeit existieren nicht in der Natur, sie sind reine Abstraktionen; — die Unruhe, die Perturbation, die Revolution, diese sind das Gesetz. Genau so sei es in der Entwickelungsgeschichte der Völker — eine immerwährende Revolution nach Verbesserung, Freiheit und Recht. Die Franzosen bildeten sich ein, Republikaner zu sein, und seien monarchisch von unten bis oben, sie seien geborene Monarchisten und würden es bleiben, solange sie auch Republikaner der Form nach sein möchten; — anders die Deutschen. Wir seien geborene Republikaner und bildeten uns ein, Monarchisten zu sein." In scharfen Ausfällen gegen die Existenz und Wirksamkeit des Bundestags gewendet, sagte Vogt: „Das System des Bundestages beruhe auf der Heimlichkeit, auf der Verschlossenheit, auf der Lüge, auf der Verleugnung der Völkerrechte und einer klassischen Untätigkeit gegen Preußen und Österreich, auf deren Stützen er sein trauriges Dasein friste." Auf die Handlungen der Fürsten übergehend, hob Vogt hervor, man habe gesagt, wir liebten unsere Fürsten; das sei eine rein individuelle Ansicht. Er stehe zwar nicht auf dem Standpunkte des großen Engländers, der gesagt habe, man könne die Fürsten nicht anders

packen als am Halse, oder auf dem des **Dichters**, der gesagt habe: „Wir haben lange genug geliebt, wir wollen endlich hassen!“ Unsere Fürsten zu lieben, das ginge ihm doch zu weit, denn sie hätten uns noch 1813, als die deutschen Völker Gut und Blut eingesetzt hätten für die Befreiung von der französischen Despotie, um ihre Versprechungen verraten und betrogen, und 1830, als die Freiheit an die Türen klopfte, und das deutsche Regiment erschüttert habe, hätten sie wieder alles mögliche versprochen, aber nichts gehalten.“ — Vogt schloß mit Machiavellis Worten: „Die Völker waren oft treulos und die Fürsten waren oft treulos, aber niemals sind die Völker so treulos gewesen als es die Fürsten gewesen sind.“

So dehnten sich die Verhandlungen fünf Tage lang hin. Zwanzig Einzelanträge waren auf den Tisch des Hauses niedergelegt und die Abstimmung hierüber abgeschlossen worden, und mehr als dreißig Redner hatten sich bereits über die Art der Zentralgewalt ausgesprochen, als am sechsten Tage, Heinrich von Gagern das Präsidium dem Vizepräsidenten v. Soiron übertrug und auf der Rednertribüne erschien. Eine seltene Stille und Spannung flog durch die Hallen und selbst die Galerie lauschte den Worten dieses bedeutenden Mannes. Der Ernst seiner Züge fesselte alle Blicke. Jeder mochte sich wohl sagen, daß wir uns augenblicklich in einem historisch bedeutsamen Augenblicke befanden.

Gagern sprach einleitend zuerst von dem Beruf, von der Aufgabe, von dem Umfange der Gewalt, welche der Zentralregierung zu übertragen sei und fuhr dann fort: „Wer soll die Zentralgewalt schaffen? — Meine Herren, ich habe diese Frage von dem Standpunkte des Rechts und von dem Standpunkte der Zweckmäßigkeit vielfach beurteilen hören. Ich würde es bedauern, wenn es als ein Prinzip gälte, daß die Regierungen in dieser Sache gar nichts sollten zu sagen haben; aber vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit ist meine Ansicht bei weiterer Überlegung wesentlich eine andere als die der Majorität im Ausschusse, selbst eine andere, als die im Schader'schen Amendement entwickelte. — Meine Herren! Ich tue einen kühnen

Griff, und ich sage Ihnen: wir müssen die Zentralgewalt selbst schaffen. (Lang anhaltender, stürmischer Jubelruf. Mit Ausnahme der eigentlichen Rechten kam der Jubel von allen Parteien.) Darum müssen wir die Zentralgewalt selbst schaffen; sie muß stark sein, sie muß Vertrauen einflößen. Wir müssen sie aber besonders darum selbst schaffen, weil wir ihrer schnell bedürfen und weil wir nicht gewiß sind, daß sie dann schnell geschaffen werden wird, wenn wir eine Mitwirkung der Regierungen in Anspruch nehmen wollten. Es ist ein Unterschied, ob wir die Vollziehungsgewalt aus Dreien oder Einem bestehen lassen. Würde die Ansicht die überwiegende sein, daß sie aus Dreien bestehen sollte und wir wollten die Mitwirkung der Regierungen, dann wäre die Schwierigkeit nicht so groß; vielleicht läge die Verständigung schon vor, oder sie wäre leicht zu erreichen; ich glaubte auch damit nicht der Volkssouveränität zu nahe zu treten. Aber die Majorität dieser Versammlung scheint mehr und mehr zu der Ansicht gekommen zu sein, die auch ich teile, daß die künftige Zentralgewalt Einem Reichsverweser mit verantwortlichen Ministern übertragen werden müsse. Meine Herren, über diesen Einen könnten solche Schwierigkeiten entstehen, daß wir die Regierungen nur einer großen Verlegenheit überheben, indem wir auf ihre nachträgliche Einstimmigkeit rechnen, ihnen die Wahl und den Vorschlag erlassen." „Jetzt bedürfen wir", sagte er weiter, „eines Mannes, der hoch steht und sich der Unterstützung aller Staaten ohne Widerspruch muß versichert halten können, wenn er das Amt antreten soll, das Sie ihm zudenken." Gagern schloß seine lange, oft mit allseitigem Beifall unterbrochene Rede: „Wenn wir tun, was die Wohlfahrt des Vaterlandes fordert, ohne Rücksicht auf Sophismen, die Einzelnen als Prinzipien gelten; wenn wir in der Überzeugung handeln, daß das Prinzip, welches durch uns Gesetz wird, Gehorsam verlangt, dann werden wir tun, was unsere Schuldigkeit, und die Nation wird uns Beifall zurufen. Wir stellen nicht die Freiheit bloß und wir schaffen die Einheit unseres Volkes und Vaterlandes, nach der wir schon so lange uns sehnten." Stürmischer, langandauernder Beifall von allen

Seiten folgte der Gagern'schen Rede. Nun stand auf einmal die Personalfrage auf der Tagesordnung.

Schon am 20. Juni hatten die Abgeordneten Braun von Cöslin, Röder von Neustettin und Rizza von Stralsund den Antrag gestellt: „Bis zur definitiven Begründung einer obersten Regierungsgewalt für Deutschland werde die Ausübung derselben in allen gemeinsamen Angelegenheiten der Krone Preußen übertragen, mit denjenigen Bestimmungen und Modalitäten, welche das Gutachten für das vorgeschlagene Bundesdirektorium aufgestellt hat." Dieser Antrag fand, mit Hohngelächter aufgenommen, so geringe Unterstützung, daß er nicht einmal zur Beratung gezogen wurde.

Mit der preußischen Spitze war es also nichts! — Die Berliner blutigen Ereignisse waren noch nicht vergessen, und König Friedrich Wilhelm IV., unpopulär geworden, kam nicht weiter in Frage. Unter den kleinen Fürsten war keiner als Haupt des Staats geeignet, und ein regierender Fürst ohnehin ausgeschlossen; so blieb nur die Wahl, ein Glied der Habsburger Herrscherfamilie zu wählen; und da war die geeignete Persönlichkeit bei der Majorität schon feststehend.

Heinrich von Gagern hatte seine bedeutsame Rede am 26. Juni gehalten, erst am 29. konnte man zur Wahl der Zentralgewalt schreiten, nachdem noch Tags vorher nach heftigen stürmischen Verhandlungen das Gesetz, welches eine provisorische Zentralgewalt über Deutschland eingesetzt, fertiggestellt war. Dieses Gesetz lautete:

1. „Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Zentralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden.

2. „Dieselbe hat

a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen;

b) die Oberleitung der gesamten bewaffneten Macht zu übernehmen, und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen;

c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen.

3. „Die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit der Zentralgewalt ausgeschlossen.

4. „Über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Zentralgewalt in Übereinstimmung mit der Nationalversammlung.

5. „Die provisorische Zentralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Nationalversammlung frei gewählt wird.

6. „Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers.

7. „Der Reichsverweser ist unverantwortlich.

8. Über die Verantwortlichkeit der Minister wird die Nationalversammlung ein besonderes Gesetz erlassen.

9. Die Minister haben das Recht, den Beratungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben gehört zu werden.

10. Die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen der Nationalversammlung zu erscheinen und Auskunft zu erteilen.

11. Die Minister haben das Stimmrecht in der Versammlung nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind.

12. Die Stellung des Reichsverwesers ist mit der eines Abgeordneten der Nationalversammlung unvereinbar.

13. Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Zentralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf.

14. Die Zentralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, soweit tunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen.

15. Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Tätigkeit der provisorischen Zentralgewalt auf.

Somit wäre denn endlich Deutschland nach einer vierteljährigen Bewegung provisorisch zusammengefügt gewesen.

Aber wie! Eine Einheit, wie sie die Revolution von 1848 wollte, war dennoch nicht geschaffen; und wer auch der zu wählende Reichsverweser sein mochte, er war der heiklen Stellung nicht gewachsen. Und wer sollte Reichsverweser werden? Es gab damals tatsächlich nur zwei Personen, von welchen man sagen konnte, daß sie allgemein populär gewesen, das waren

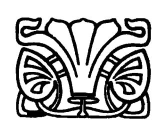
Heinrich v. Gagern und Erzherzog Johann von Österreich. Der erstere konnte nicht Reichsverweser werden, obgleich er nach Gesinnung und Charakter sich sehr dafür geeignet hätte, und der letztere war ein Habsburger, die stets nach dem Ausspruch Maximilians I.: „Erst Österreich, dann Deutschland", gehandelt hatten, und von dem auch als Reichsverweser nichts anders zu erwarten war. Doch was war zu tun? und bei aller Verstimmung für die vorzunehmende Wahl des Reichsverwesers nahm man dessen Wahl vor. Es war bestimmt worden, daß nur der mit absoluter Stimmenmehrheit Gewählte als Reichsverweser proklamiert werde, und nach namentlichem Aufruf des Wählenden von diesem der Name des Gewählten vom Platze aus zu erfolgen habe.

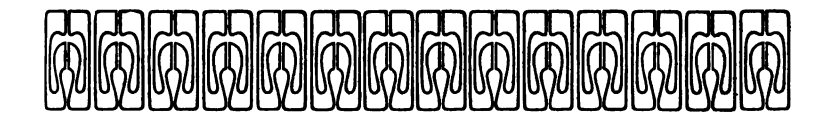
Das Resultat der Wahl war folgendes:

Johann, Erzherzog von Österreich	436	Stimmen
Heinrich v. Gagern, von der gemäßigten Linken,	52	„
Adam v. Itzstein, von der äußersten Linken,	32	„
Erzherzog Stephan	1	„

27 Mitglieder hatten sich eines Vorschlags enthalten, sodaß im ganzen 548 Stimmen abgegeben wurden.

Es erschallte hierauf ein dreimaliges Hoch in der Versammlung und von der Galerie; auch das alsbaldige Läuten aller Glocken und Kanonensalven fehlten nicht.





XVI.

Der Reichsverweser.

Verstimmt über das Resultat der eben vollzogenen Wahl hatte ich damals die Paulskirche verlassen, — verstimmt, daß die deutschen Verhältnisse so traurig geartet waren und keinen andern Ausweg gestatteten!

Ich bezeichnete die Wahl des Erzherzogs Johann von Österreich damals in den mir heute vorliegenden, vergilbten „Tagebuchblättern“ als „einen Mißgriff“, als „einen Faustschlag in das Angesicht der deutschen Geschichte.“ Und meine Ahnung am 29. Juni 1848 sollte noch während den Verhandlungen der Nationalversammlung in Erfüllung gehen! Erzherzog Johann war ein Habsburger; und die haben nie, niemals ein heilsames Interesse für Deutschland betätigt. Keine Zeile in der Geschichte der deutschen Nation gibt davon Zeugnis, daß Österreich für Deutschlands Sicherheit, Freiheit, Einheit und Größe, für seinen Wohlstand jemals etwas getan hat, und viele seiner ausschließlichen Interessen hat es nur auf Kosten des deutschen Volks aufbauen können, ohne daran zu denken, demselben Schutz und Wehr zu sein.

Johann Baptist Joseph Fabian Sebastian, Erzherzog von Österreich, war am 18. Januar 1782 zu Florenz, als Sohn des späteren Kaisers Leopold II. und der Maria Ludovica, Tochter König Karls III. von Spanien, geboren. Er nahm an den österreich-französischen Feldzügen teil und lebte nach deren Been-

digung vorwiegend wissenschaftlichen Studien. Seine liberalen Ideen hatten ihn am kaiserlichen Hof in Wien mißliebig gemacht, noch mehr aber seine Verheiratung (1827) mit der Tochter des Postmeisters Plochl in Aussig, Anna Plochl, die alsdann zur Baronin von Brandhofen und später zur Gräfin von Meran erhoben wurde. Erzherzog Johann erlangte der gehässigen Hofkamarilla gegenüber dadurch jedoch bei dem Volke in Österreich sowohl, wie in Deutschland eine große Popularität, wobei ihm die Sage noch zu Hilfe kam, indem man sich damals allseits erzählte, daß er gelegentlich eines Besuches bei König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen auf Stolzenfels am Rhein im Jahre 1845, bei einem Toaste das geflügelte Wort: „Kein Preußen, kein Österreich, sondern ein einziges Deutschland!" gebraucht habe. Diese Phrase ist in diesem Wortlaut und Sinn vielfach und auch von Leuten, die es wissen konnten, bezweifelt worden, und nach der streng österreichischen Gesinnung des Erzherzogs Johann ist wohl auch nicht anzunehmen, daß er die Grundsätze der habsburgschen Hauspolitik solchermaßen desavouieren würde, um Österreich in Deutschland aufgehen zu lassen, wie es einmal später der ideenreiche König Friedrich Wilhelm IV. in übersprudelnder Anwandlung mit Preußen in Aussicht stellte.

Mit der Wahl des Erzherzogs Johann erklärten sich alle Regierungen ohne Zögern einverstanden; auch die preußische, wenn auch nur unter dem Vorbehalte einer vorherigen Verständigung in ähnlichen, künftigen Fällen.

Eine Deputation der Nationalversammlung wurde beauftragt, dem Erzherzog Johann seine erfolgte Wahl zum Reichsverweser mitzuteilen, und ihn feierlichst nach Frankfurt zu geleiten.

Geschützesdonner und unendlicher Jubel des in der Hofburg versammelten Volkes verkündeten dem freudigen Wien den Entschluß des Erzherzog Johann, der zum Volke gewandt, vom Balkon der Hofburg aus, etwa folgendes sagte: „Ich danke meinen lieben Wienern und Österreichern für die Freundlichkeit, die sie mir erzeigen. Glauben Sie, aus diesem Tage wird großes Heil für Deutschland erstehen!"

Die Reise der Deputation nach Wien schildert der Abgeordnete **Saucken** in einem lebendig und anschaulich geschriebenen Briefe.

„Gestern von sechs Hofequipagen an der Donau bei einer unglaublichen Menschenmenge empfangen und von Nationalgarde zu Fuß und zu Pferde, durch stundenlange Spaliere und bei unaufhörlichem Jubelruf eingeholt und bis an die Wohnung geleitet, fanden wir hier ein großes Privathaus für uns eingerichtet, und von allem, was hier jetzt gebietet, — die Minister und kaiserliche Regierung in der letzten Reihe —, oben enge umgeben, tönte von der Straße Musik ununterbrochener Jubelruf hinauf. Es wurde gewünscht, das Volk von Wien anzureden. Heckscher sollte es nach der Abrede tun, er schob mich aber vor, und mußte ganz unvorbedacht losreden. Von gar oftem und wiederholtem Jubelruf unterbrochen, bei jeder zu sprechenden Stelle fand der Gruß, dem neuen Reichsverweser gebracht, einen beinahe endlosen Jubel; nachher schrie die Menge, wer war der Redner? und als mein Name von Raveaux genannt wurde, mußte ich durchaus vortreten, und ein Hoch über das andere erschallte, während mir bald oben im Zimmer die Hände entzwei gedrückt wurden. . ."

Und dann wird der Zug nach der Kaiserburg geschildert:

„Vor dem Hause Musikchöre und Nationalgarde, oben empfangen von allen Behörden, nach vier kaiserlichen Staatswagen in Gala, alle mit Schimmeln bespannt, fuhren wir langsamen Schrittes vor, während neben und hinter uns alles zu Fuß ging, durch ein dicht gedrängtes Spalier der Nationalgarde und dahinter unabsehbar die Volksmassen, unter stetem Vivats und Bewerfen mit Blumen, in die Kaiserburg ein. Hier füllte sich der große Raum mit Menschen Kopf an Kopf, und als uns Erzherzog Johann empfangen hatte und auf eine würdige ernste Anrede von Heckscher, den wir dazu gewählt, in schlichten, aber ehrlichen Worten geantwortet und die Wahl angenommmen hatte und mit uns auf den Balkon trat und ein paar Worte sprach, da ertönte ein nie gehörter Jubelruf. Nationalgarde, Studenten und Bürger, alles bewaffnet, zog die Schwerter, und unter dem Klingen derselben wurde der Kanonendonner übertönt und das Geläute aller Glocken nicht mehr vernommen. Du kannst es Dir wirklich nicht denken, wie das gesamte Volk, von der Idee der Volksfreiheit bewegt und getragen, doch noch anders zu jubeln vermag, als wenn selbst geliebte Fürsten einziehen und gehuldigt werden."

Am 11. Juli — einem Dienstag — abends nach 6 Uhr, kam Erzherzog Johann in Begleitung der ihn abholenden Deputation in Frankfurt an, wo ihn Kanonendonner, Glockengeläute und zahllose Hochs begrüßten. Die Bürgerkavallerie war zu

seinem Empfang an die Grenze des Stadtgebietes ausgerückt, während die Artillerie der Bürgerwehr sich vor dem Allerheiligentor aufgepflanzt hatte. Die Allerheiligenstraße entlang standen sämtliche Innungen und Gewerke, an welche sich bis zur Wohnung des Reichsverwesers die verschiedenen Korps der Stadtwehr und Linie anreihten. Der Präsident der Nationalversammlung nebst der erwählten großen Deputation empfing den ankommenden Reichsverweser mit einer kurzen Ansprache, in welcher v. Gagern hervorhob: „Ganz Deutschland sehe in der hochherzigen Entschließung Sr. kaiserlichen Hoheit die Bürgschaft einer glücklicheren, einer glorreichen Zukunft.“ Erzherzog Johann antwortete hierauf: „Wenn das Vaterland ruft, so ist es Pflicht, seine letzte Kraft, seine letzten Jahre demselben zu weihen. Dies hat mich bewogen, dem Ruf der Nationalversammlung zu folgen, um mit derselben das große heilige Werk zu vollenden!“ Er schloß mit den Worten: „Da habt Ihr mich; ich gehöre Euch!“ Diese Versicherung wurde mit nicht endenwollendem Jubel aufgenommen.

In seiner Wohnung angekommen, erschien der Reichsverweser alsbald nachher, begleitet von der Deputation auf dem Balkon, und richtete an die versammelte Menge einige Worte des Willkommens, welche mit wiederholtem Lebehoch entgegengenommen wurden. Am folgenden Tage verkündeten Glockengeläute und Geschützsalven den Aufbruch des Reichsverwesers von seiner Wohnung. Derselbe begab sich zu Fuß in Zivilkleidung, unter Vortragung zweier deutscher Fahnen und unter Vorantritt der großen Deputation der Nationalversammlung, geführt von dem Vizepräsidenten v. Soiron, vormittags nach 11 Uhr in die Paulskirche. Die Bürgerwehr bildete von der Wohnung bis zur Kirche Spalier. Bei seinem Eintritt erhoben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen, der Präsident der Nationalversammlung empfing ihn auf der Estrade und geleitete ihn an den für ihn bestimmten Sessel. Alsogleich richtete Erzherzog Johann als Reichsverweser folgende Ansprache an die Versammlung:

„Indem ich das Amt eines Reichsverwesers antrete, wiederhole ich die Erklärung, daß ich das Gesetz über die Grün-

dung der provisorischen Zentralgewalt halten und halten lassen will zum Ruhme und zur Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes!" Diesen Worten folgte ein langanhaltendes donnerndes Bravo und Lebehoch von seiten der Versammlung und der Galerie. Indem der Reichsverweser dem Präsidenten die Hand reichte, sagte er noch: „Auf der Welt darf man nichts halb tun; hat man einen Entschluß gefaßt, so muß man sich dem ganz widmen, wozu man berufen ist, nämlich der deutschen Nation!" Hierauf leistete der Reichsverweser den Eid auf das Gesetz wegen Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt, und verließ sodann, geleitet von dem Präsidium und der Deputation, welcher sich die meisten Mitglieder der Nationalversammlung angeschlossen hatten, die Paulskirche, und begab sich in den Schoß des durch eben dieses Gesetz für aufgehoben erklärten Bundestags, und ließ es geschehen, daß dieser durch den Mund seines Präsidenten, Herrn v. Schmerling, seine Rechte und seine Vollmachten auf den Reichsverweser förmlich übertrug. Das geschah gegen den Willen und die Auffassung der Nationalversammlung, die durch § 15 des Gesetzes wegen Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt den Bundestag überhaupt aus der Welt geschafft hatte, sodaß es einer förmlichen Übertragung seiner Befugnisse nicht mehr bedurfte. Dieser Akt war daher für die Nationalversammlung eine Überraschung, die viel böses Blut erzeugte und als eine rechtswidrige Anmaßung erklärt wurde, da man nicht ohne Grund befürchten mußte, daß eines schönen Tags bei gegebener günstiger Gelegenheit der Bundestag wieder in seine ehemaligen Funktionen eintreten werde, wie es denn auch nur zu bald der Fall war.

Der § 6 des obigen Gesetzes machte es dem Reichsverweser zur Pflicht, sich mit einem Reichsministerium zu umgeben, und die hierzu geeigneten Persönlichkeiten zu wählen war nun seine erste Sorge. Es hing von deren richtigen Wahl viel ab; man war daher sehr gespannt auf den Augenblick, in welchem deren Mitteilung an die Versammlung gelangte. An die Spitze seines Ministeriums stellte der Reichsverweser den Fürsten von L e i n i n g e n, nachdem der von seinem Posten abgetretene

preußische Ministerpräsident Camphausen abgelehnt hatte. Dieser Herr von Camphausen hatte sich durch seine freimütige Äußerung 1847 im weißen Saale zu Berlin in weiteren Kreisen vorteilhaft bekannt gemacht und wäre der rechte Mann als Vorsitzender des Reichsministeriums gewesen. Er hatte damals gesagt: „Der Mensch, welcher lebt, hat auch ein Recht zu leben. Dieses Recht muß von der Gesellschaft im weitesten Umfang eingehalten werden, und die Gesetzgebung unserer Zeit hat den Beruf, die Härten des Lebens zu mildern."

Fürst von Leiningen blieb nicht lange auf seinem Posten; ihm folgte der Österreicher, Herr von Schmerling, dessen Bestreben von allem Anfang an ein mehr österreichisches war, und der in der Sitzung vom 4. Juli bei Beratung über die Grundrechte des deutschen Volks einen Sturm der Entrüstung bei der Linken hervorrief, als er erklärte, „den Herren auf der Linken wäre es angenehm gewesen, wenn die Zentralgewalt ein Anlaß zu einem Zerwürfnis zwischen der Nationalversammlung und den Regierungen geworden wäre." Kriegsminister wurde der Preuße Generalmajor von Peucker, für die Finanzen wurde der Bankier von Beckerath, ebenfalls ein Preuße, gewählt, während das Ministerium des Handels und der Marine dem bisherigen Bürgermeister von Bremen, Duckwitz übertragen und das der Justiz dem berühmten Staatsrechtslehrer R. v. Mohl, einem Württemberger, zugewiesen wurde. Das Ministerium des Auswärtigen übernahm der Hamburger Advokat Heckscher.

Der Reichsverweser erließ nunmehr auch alsbald eine Proklamation

„An das deutsche Volk!

„Deutsche! Eure in Frankfurt versammelten Vertreter haben mich zum deutschen Reichsverweser erwählt. — Unter dem Zurufe des Vertrauens, unter den Grüßen voll Herzlichkeit, die mich überall empfingen, und die mich rührten, übernehme ich die Leitung der provisorischen Zentralgewalt für unser Vaterland. —

„Deutsche! nach Jahren des Drucks wird Euch die Freiheit voll und unverkürzt. Ihr verdient sie, denn Ihr habt sie mutig und beharrlich

erstrebt. Sie wird Euch nimmer entzogen, denn ihr werdet wissen sie zu wahren.

„Eure Vertreter werden das Verfassungswerk für Deutschland vollenden. Erwartet es mit Vertrauen. Der Bau will mit Ernst, mit Besonnenheit, mit ächter Vaterlandsliebe geführt werden. Dann aber wird er dauern, fest wie Eure Berge.

„Deutsche! Unser Vaterland hat ernste Prüfungen zu bestehen. Sie werden überwunden werden. Eure Straßen, Eure Ströme werden sich wieder beleben, Euer Fleiß wird Arbeit finden, Euer Wohlstand wird sich heben, wenn Ihr vertraut Euren Vertretern, wenn Ihr mir vertraut den Ihr gewählt, um mit Euch Deutschland einig, frei und mächtig zu machen. — Aber vergesset nicht, daß die Freiheit nur unter dem Schirme der Ordnung und Gesetzlichkeit wurzelt. Wirkt mit mir dahin, daß diese zurückkehren, wo sie gestört wurden. Dem verbrecherischen Treiben und der Zügellosigkeit werde ich mit dem vollen Gewicht der Gesetze entgegentreten. Der deutsche Bürger muß geschützt sein gegen jede strafbare Tat.

„Deutsche! Lasset mich hoffen, daß sich Deutschland eines ungestörten Friedens erfreuen werde. Ihn zu erhalten ist meine heiligste Pflicht.

„Sollte aber die deutsche Ehre, das deutsche Recht gefährdet werden, dann wird das tapfere deutsche Heer für das Vaterland zu kämpfen und zu siegen wissen.

Frankfurt a. M., den 15. Juli 1848.

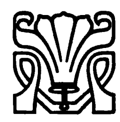
Der Reichsverweser:
Erzherzog Johann.
Die Reichsminister:
Schmerling Peucker Heckscher.

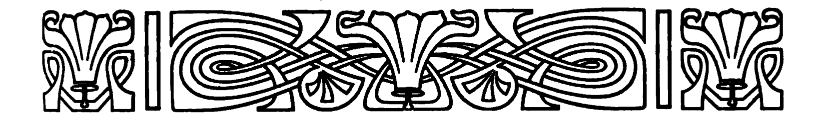
Die Zentralgewalt sollte nur allzubald die Wahrnehmung machen, auf welch schwachen Füßen ihre Autorität trotz aller Verherrlichung stand; und dazu bot ihr die Anordnung Anlaß, wonach am 6. August alle Truppen des deutschen Reichs dem Reichsverweser huldigen sollten. Diese Anordnung erregte vielfache Mißstimmung bei den Regierungen. Die kleinen Staaten folgten dieser Aufforderung, dagegen wurde die geforderte Huldigung in Hannover förmlich verweigert. In Preußen wurde an deren Stelle ein Tagesbefehl gesetzt, demzufolge die preußischen Truppen dem Reichsverweser zu gehorchen hätten, so oft ihr Kriegsherr, der König, sie unter dessen Befehl stellen würde. In Österreich aber ignorierte man die

Bekanntmachung des Reichsverwesers ganz und gar, und tat, als wenn sie nicht erlassen worden wäre.

„Erst Österreich, dann erst Deutschland!“ dieser alte Grundsatz der Habsburgischen Hauspolitik galt auch noch nach den Stürmen der Märztage 1848.

Preußen war in Schleswig-Holstein engagiert und zwar im Interesse einer rein deutschen Sache, in welcher es Österreich frei gewähren ließ, denn es hatte im eigenen Haus noch seine liebe Not, Ruhe und Ordnung zu halten, auch war ihm die schleswig-holstein'sche Frage von jeher ziemlich gleichgiltig gewesen.





XV.

Der Waffenstillstand von Malmö.

Nachdem die Nationalversammlung durch Schaffung der Zentralgewalt sich der weiteren Regierungsfrage entledigt hatte, ging sie an ihre eigentliche Aufgabe, die Verfassung, indem sie sich zunächst in die Beratung der Grundrechte vertiefte, anstatt die Lösung der Hauptaufgabe, die Errichtung der nationalen Einheit, in Angriff zu nehmen. Und das war ein Fehler, der ihr später zu großem Nachteil gereichte und schließlich ihr ganzes Verfassungswerk über den Haufen warf. Durch die weitläufigen Beratungen über die Grundrechte und zeitraubenden Zwischenfälle ging die kostbarste Zeit für die Schaffung einer Reichsverfassung verloren, und als diese endlich nach hitzigen Kämpfen fertig war, waren die Regierungen in ihren reaktionären Bestrebungen schon wieder soweit erstarkt und mächtig geworden, um die Einführung dieser Verfassung beanstanden oder ganz ablehnen zu können.

Die inneren Kämpfe sollten der Nationalversammlung auch jetzt noch nicht erspart bleiben; und die Linke war fortgesetzt bestrebt, Konflikte herbeizuführen.

Am 7. August stand die Frage über die Amnestie der Anhänger Heckers und die Zulassung des letzteren zur Nationalversammlung auf der Tagesordnung. Es kam zu den heftigsten Erörterungen und Anfeindungen, und wurden beide Anträge mit ansehnlicher Stimmenmehrheit abgelehnt.

Simson*) von Königsberg sagte damals in Beziehung auf Hecker: „An die Stelle der ewigen Ordnungen des Rechtes, die nach vorübergehender Verdunkelung allezeit nur um so heller leuchten, hat er das Banner der Gewalt zu pflanzen versucht. Darum kann er nicht sitzen unter den Männern, denen unser Volk die Gründung der Einheit, die Festigung seiner Freiheit anvertraut hat, in den Wegen des Rates, der Mäßigung, der Geduld. Erst nach langer, ernster Sühne kann für ihn wieder ein Raum werden auf unserer vaterländischen Erde."

Anders der badische Abgeordnete Brentano, der von der Tribüne aus für die Amnestie der politischen Verbrecher sprach und sich schließlich zu dem Vergleich verstieg: „Wollen Sie," rief er der Nationalversammlung mit gehobener, herausfordernder Stimme entgegen: „Hecker zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preußen?"

Dieser höhnische Hinweis, den preußischen Thronfolger in eine Linie mit den badischen Rebellen zu bringen, rief einen unbeschreiblichen Tumult hervor. Man verließ die Sitze, stürmte nach der Tribüne, forderte von einer Seite den Ordnungsruf, der von der Linken verwehrt wurde und verlangte mit kaum

---

*) Simson, Martin Eduard von, bedeutender Jurist und Parlamentarier, geb. 10. Nov. 1810 zu Königsberg i. P., studierte aselbst Staats- und Rechtswissenschaft, besuchte dann noch die Universitäten Berlin und Bonn; wurde 1836 zum ord. Professor der Rechte und 1846 zum Rat am Tribunal für das Königreich Preußen ernannt. 1848 von seiner Vaterstadt in die deutsche Nationalversammlung gewählt, wurde er im Herbst 1848 deren Vizepräsident und bald darnach, nach Gagerns Eintritt ins Reichsministerium auch Präsident desselben; — trat aber, als der König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone ablehnte, von der Fortführung des Präsidiums zurück und trat im August 1849 als Abgeordneter von Königsberg in die preußische Zweite Kammer, deren Präsident er 1861 wurde. Im Norddeutschen Reichstag und Zollparlament begleitete Simson die gleiche Funktion, ebenso im deutschen Reichstag bis 1874, als er krankheitshalber eine Wiederwahl ablehnen mußte. Bei der Errichtung des Reichsgerichts in Leipzig am 1. Oktober 1879 wurde Simson zu dessen Präsidenten berufen, und ihm 1888 von Kaiser Friedrich III. mit dem Schwarzen Adlerorden der Erbadel verliehen. Am 1. Februar 1891 trat Simson in den Ruhestand und starb am 2. Mai 1899 in Berlin.

gemäßigtem Zorn, daß Brentano die Rednerbühne verlassen solle. Es entwickelte sich eine grenzenlose Szene der Verwirrung und Aufregung, sodaß die Sitzung aufgehoben werden mußte. Noch an demselben Tag traten Abgeordnete aus allen Teilen Deutschlands zusammen, um einem Antrage v. Vinckes beizutreten, der also lautete:

„Die Nationalversammlung, in Erwägung, daß der Abgeordnete Brentano in seiner am 7. August d. J. gehaltenen Rede sich einer gröblichen Beleidigung eines deutschen Volksstammes und dadurch auch der Würde der Nationalversammlung schuldig gemacht hat, mißbilligt das Benehmen des Abgeordneten Brentano."

Um durch diesen Vincke'schen Antrag nicht abermals neue Tumulte hervorzurufen, begnügte man sich mit einem geharnischten Ordnungsruf gegen Brentano, der aber unter furchtbarem Lärmen von seiten der Linken und von der Galerie aufgenommen wurde. Besonders war es da in meiner Nachbarschaft ein exaltierter Jude aus Rödelheim, der sich im Schimpfen und Schreien und „Pfui"-Rufen ekelerregend hervortat und wie ein Verrückter gebärdete. Ich hatte den Menschen vorher schon häufig auf der Galerie gesehen und wohl auch schreien gehört, aber solchermaßen war er mir doch noch nicht aufgefallen, wie an diesem 8. August. Übrigens hatte er auf der Galerie eine große Anzahl Gleichgesinnter, die es im Lärmen ihm gleichtaten und Trabanten der republikanischen Richtung waren.

Der Hauptsturm brach aber erst los, als der Reichsminister Heckscher am 4. September der Nationalversammlung Mitteilungen über den Waffenstillstand von Malmö vom 26. August zwischen Preußen und Dänemark machte.

Im VII. Abschnitt meiner Mitteilungen habe ich das Verhältnis des deutschen Reichs zu Dänemark bezüglich Schleswig-Holsteins schon eingehend erörtert und erwähnt, daß die Nationalversammlung in Frankfurt sich vorbehalten hatte, bei den Verhandlungen über Krieg und Frieden usw., mitbestimmen zu dürfen.

Entgegen dieser ausdrücklichen Bestimmung hatte Preußen seine schon in Jütland eingedrungenen Truppen zurückgezogen und hatte, ohne zuerst hierüber mit der deutschen Zentralgewalt zu verhandeln, einen siebenmonatlichen Waffenstillstand mit Dänemark abgeschlossen, der nun behufs seiner Gültigkeit der Zustimmung der provisorischen Zentralgewalt und der Nationalversammlung bedurfte.

Das Bekanntwerden von dem Abschluß des Waffenstillstandes rief einen Sturm der Entrüstung nicht nur in der Paulskirche sondern in ganz Deutschland hervor, obgleich die Beweggründe, welche denselben veranlaßten, nicht zu verkennen waren. Preußen war sozusagen in eine Zwangslage gekommen; die Großmächte machten ihren Einfluß ganz energisch geltend, um einen Frieden zwischen Preußen und Dänemark herbeizuführen. Rußland sowohl als England hatten in Berlin ihren festen Entschluß kundgegeben, daß sie Dänemark nicht schwächen oder verkleinern lassen würden. Dazu kam, daß in Preußen selbst der dänische Krieg nicht sonderlich populär war, denn Preußens Seestädte, sein Handel, seine Schiffahrt litten doch gewaltig unter dessen Folgen; seine Häfen waren blockiert und seine Kauffahrteischiffe immerwährend der Gefahr, gekapert zu werden, ausgesetzt. Diese Tatsachen drängten die preußische Regierung, den, die deutsche Nation, ja Preußen selbst demütigenden Waffenstillstand von Malmö einzugehen. Nach demselben waren die zwei deutschen Herzogtümer ganz an Dänemark preisgegeben; die seit dem März erlassenen freisinnigen Gesetze sollten außer Kraft treten; die vom Bundestag bestätigte provisorische Regierung sollte aufgehoben sein, und die schleswig-holsteinische Armee sollte auseinandergerissen werden.

Die tief aufgeregte Nationalversammlung beschloß zunächst: die vereinten Ausschüsse für internationale Verhältnisse und für Zentralgewalt sollten sofort zusammentreten, sollten alle Mitteilungen, die bereits zu machen wären, entgegennehmen und binnen vierundzwanzig Stunden Bericht erstatten.

Schon Tags darauf — am 5. September — erstattete Dahlmann Bericht jener Ausschüsse. Seinen Ausführungen ist

zu entnehmen, daß anfangs Juli schon von der Krone Preußen ein Waffenstillstand zu Malmö abgeschlossen worden sei, doch nicht definitiv. Preußen sei hierzu von der Bundesversammlung beauftragt gewesen, doch sei es ein beschränkter Auftrag gewesen, indem die Bundesversammlung sich die Genehmigung vorbehalten habe. Später seien auf dem Schlosse Bellevue bei Kolding die Verhandlungen am 19. Juli zur Stipulation von Bellevue gediehen. Auch in dieser sei die Ratifikation, diesmal des Erzherzogs Reichsverwesers vorbehalten gewesen. In dieser Stipulation sei zwar auch eine gemeinsame Regierung eingesetzt worden, aber eine solche Regierung, welche die Herzogtümer nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen verwalten sollte. Diese Stipulation sei damals nach Wien zum Reichsverweser gebracht worden, mit dem Begehren, er möge volle Autorisation zum Abschlusse erteilen. Dahlmann hob dann noch besonders hervor, sich zu erinnern, wie ungünstig damals jene Stipulation angesehen worden sei in Deutschland. Die Zentralgewalt habe auch die Autorisation nicht erteilt. Sodann habe erst das neue Verhältnis begonnen. Der preußische Minister Camphausen habe am 5. August unbeschränkte Vollmacht zum Abschlusse für Preußen begehrt, aber das Reichsministerium sei darauf nicht eingegangen. Vielmehr sei unterm 7. August Preußen zum Abschlusse zwar ermächtigt worden, jedoch mit dem Vorbehalte, daß der Abschluß im Namen der Zentralgewalt und auf Grundlage der Bellevuer Stipulation und mit folgenden Modifikationen geschehen müsse:

1. Die Personen einer neuen gemeinsamen Regierung müßten vor dem Abschlusse ausdrücklich und namentlich unter den kontrahierenden Teilen in solcher Art vereinbart werden, daß hierdurch der Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheine.
2. Unter den „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" müßten ausdrücklich alle bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes in den Herzogtümern erlassene mit inbegriffen sein.
3. Die in den Herzogtümern zurückbleibenden Truppen müßten sämtlich unter den Befehlen des deutschen Oberbefehlshabers bleiben.

Von dieser Vollmacht sei niemals, versicherte der Reichsminister, etwas zurückgenommen worden, Preußen aber sei wesentlich davon abgewichen.

Nun habe Unterstaatssekretär von Würth, ein Mitglied des Ausschusses, bemerkt: die Zentralgewalt habe immer vorausgesetzt, daß es einer Ratifikation von seiten der Nationalversammlung bedürfe, worauf er selbst, Dahlmann, zu bedenken gegeben, ob auch das preußische Kabinet dieselbe Voraussetzung möge gefaßt haben. Das Ausschußmitglied Herr Wurm, habe hinzugefügt, dieser Vorbehalt möge nötig gewesen sein, er liege aber schon in dem Gesetze über die Zentralgewalt, und die Hauptsache sei, daß das preußische Kabinet die Bedingungen nicht eingehalten. Obwohl der Reichsminister Heckscher dringend abgeraten habe, sich durch Verwerfung des Waffenstillstandsvertrags, der nichts entehrendes enthalte, in die drohende Gefahr eines europäischen Krieges zu stürzen, — obwohl er an die Versammlung berichtet haben wolle, daß die abgezweigte Frage um Sistierung des Rückzugs den ganzen Vertrag als eine geschlossene Einheit angreife und umstoße, ja, daß es auch mit dieser Sistierung nicht solcher Eile bedürfe, — so sei der Ausschuß in seiner Mehrheit nichtsdestoweniger eines andern Weges gegangen und er beantrage:

„die hohe Versammlung möge die Sistierung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen.“

Dahlmann fügte dann schließend, seiner Berichterstattung die mahnenden Worte an:

„Ist denn nicht die schleswig-holstein’sche Sache eine deutsche? Und so lassen Sie mich denn sagen, was noch ungleich mehr, noch ungleich schwerer in dem versammelten Ausschusse gewogen hat als Schleswig-Holstein: Es war der Hinblick auf unser gesamtes, deutsches Vaterland. Dürfen wir unsere neue Laufbahn mit dem Bruche der heiligsten Zusagen beginnen? Dürfen wir unsere Landsleute, unser eigenes deutsches Fleisch und Blut dem sichern Verderben überliefern? Das ist es, wozu ich den Mut nicht besitze, und darum eben bin ich so mutig! (Lebhafter Beifall.) Meine Herren! Was ist es, das den Engländer so groß gemacht hat? Nicht wahrlich seine weltbeherrschende Flotte, wahrlich nicht seine glänzenden und reichen Eroberungen in allen

Weltteilen! Eines, ein ganz Einfaches, hat ihn groß gemacht: Jeder einzelne Engländer wiegt für England so schwer wie das ganze England; jeder einzelne Engländer wiegt für England das ganze Vaterland — und hier gilt es viele Hunderttausende! Meine Herren! Vorahnend hab' ich schon am 9. Juni zu Ihnen gesprochen, es sei das keineswegs diese isolierte schleswig'sche Frage, welche so viele Strebungen, so vieles Ankämpfen gegen uns veranlaßt, sondern es sei die Einheit Deutschlands. (Von allen Seiten lebhaftes Bravo.) Diese neue deutsche Macht, welche, so lange Deutschland besteht, noch nie erblickt ward, welche ihren Mittelpunkt hier in der Paulskirche hat und über welche das Vertrauen des gesamten deutschen Volkes wacht, sie soll von Anfang her in ihrem Aufkeimen beschnitten, sie soll, wenn es möglich wäre, nach allen Seiten hin zerfetzt und endlich zerbrochen werden. (Vielseitiges Bravo.) Unterwerfen wir uns bei der ersten Prüfung, welche uns naht, den Mächten des Auslandes gegenüber kleinmütig beim Anfange dem ersten Anblicke der Gefahr, dann, meine Herren, werden Sie ihr ehemals stolzes Haupt nie wieder erheben. Zwar gewiß nicht die Despotie, davor bin ich sicher, aber die Anarchie wird in diesen Räumen herrschen und darüber hinaus, und Die werden fallen, welche jetzt in ihrem Wahne glauben, sie triumphierten über uns." (Bewegung. Außerordentlicher, langanhaltender Beifall.)

Der Berichterstatter für die Minderheit der vereinigten Ausschüsse, Schubert aus Königsberg, machte geltend, die Sistierung sei ein Bruch des Waffenstillstandes, und dieser sei bereits am 2. September zu Lübeck von Preußen ratifiziert worden. Werde daher die Sistierung beschlossen, so führe dies den Bruch mit Preußen herbei, denn dasselbe könne nicht mehr zurück. Dann hätte man, um einige hunderttausend Deutsche in die Einheit zu ziehen, vielleicht sechszehn Millionen verloren. Dann möge man nicht vergessen, daß von einer Peinigung der Schleswiger durch die Dänen nach den Vertragsbedingungen doch nicht die Rede sein könne, und nicht nur mehrere Millionen Preußen, sondern auch Hannoveraner, Mecklenburger und Hanseaten begrüßten dankbar einen Waffenstillstand.

An diese Frage knüpfte sich eine mehrtägige, äußerst heftige Debatte, die noch verschärft wurde, als infolge des Beschlusses vom 5. September wegen Sistierung des Waffenstillstandes sämtliche Reichsminister und Unterstaatssekretäre, sowie Fürst von Leiningen, als Präsident des Reichsministerrats, die Entlassung von ihrem Amte nachsuchten und diese von dem Erzherzog Reichsverweser genehmigt wurde.

Das paßte der Linken schlecht, und Wesendoeck von Düsseldorf geißelte das Verhalten des Reichsministeriums in scharfen Ausdrücken, indem er ausführte, daß, nachdem das abtretende Reichsministerium nicht wenigstens dem kommandierenden General v. Wrangel als Oberbefehlshaber der Bundesarmee und dem preußischen Kabinet eine Notifikation gemacht habe, man eine andere Absicht darin erblicken müsse, als die, den Willen der Nationalversammlung zu vollziehen, indem es sofort nach dem Beschluß nichts eiligeres zu tun gewußt hätte, als sein Amt niederzulegen.

Heinrich Simon von Breslau tadelte, man höre immer, wir hätten Rücksicht zu nehmen auf die auswärtigen Mächte und Rücksicht zu nehmen auf Österreich und Preußen. Und diese ewigen Rücksichtnahmen seien Schuld, daß in allen Angelegenheiten nicht energisch gehandelt werde. Die Nationalversammlung habe keine Rücksicht zu nehmen, keine andere, als auf die Ehre Deutschlands. Möchten es Rußland, Frankreich, England wagen, uns hineinzureden in unsere gerechte Sache, wir würden ihnen antworten mit anderthalb Millionen bewaffneter Männer. Und die schleswig-holstein'sche Frage sei eine rein deutsche Angelegenheit.

Ihm folgte Wilhelm Zimmermann aus Stuttgart in längerer Rede, in der er ausführte, daß die deutsche Nation in ihrer Mehrheit niemals dafür sein werde, daß Schleswig-Holstein preisgegeben, daß die Ehre Deutschlands hingegeben würde.

Die Linke schickte ihre besten und eindruckvollsten Redner auf die Tribüne, um gegen den Waffenstillstand zu sprechen. Es war ihr eine erwünschte Gelegenheit, einen letzten, nachhaltigen Versuch zu wagen, die vorhergegangenen Niederlagen wieder

gut zu machen, der unsicheren winzigen Majorität eine Niederlage zu bereiten. Ihr schwebte die französische Revolution von 1793 mit all ihren Schrecken und ihrer Gewaltherrschaft vor Augen, und der „gewaltige" Karl Vogt von Gießen fand Anhaltspunkte, die Lage Deutschlands mit ihr zu vergleichen.

„Auch Frankreich," führte er aus, „war damals von Innen und Außen bedrängt, es war zerspalten von Parteien, es hatte eine Vendee und einen legitimistischen Süden und einen abgefallenen Norden; die feindlichen Armeen griffen alle Grenzen zugleich an. — Meine Herren! damals berief man sich auf die Volkskraft, und weil man kein Pulver hatte, so brachte die Wissenschaft das Pulver aus dem Boden hervor, man schuf Armeen und Schiffe, man schlug die Feinde; — aber, meine Herren, das war auch der Konvent, der so großes konnte und nur ein Konvent kann es! — Meine Herren! man hat an Ihre Ruhe und Mäßigung appelliert: ich hoffe, daß wir an die Leidenschaften appellieren werden!" Mit wildem Beifallsgeschrei hatte die Galerie diese Aufforderung beklatscht, und mein Rödelheimer Jude, der mir ganz nahe saß, rief ein über das andere mal: „Ja, ja, der Konvent! — Schafft den Konvent!" Vogt hatte den Plan der Linken in diesen wenigen Worten gekennzeichnet, aber auch das Schrecknis der in Aussicht gestellten Herbeiführung eines deutschen Konvents, ein Produkt der „Leidenschaften", als eine tiefgehende Warnung jedem wahren Patrioten ins Gedächtnis gerufen. Daher hatte der Reichsminister Heckscher nicht so unrecht, als er in zwar unparlamentarischer Redewendung gegen die Linke gerichtet, seine Ausführungen zugunsten des Waffenstillstandes schloß: „Es sind diejenigen unter denen, die den Waffenstillstand nicht genehmigen wollen, welche planmäßig darauf ausgehen, die Fackel der Zwietracht in unser Volk zu werfen, und es sind diejenigen darunter, welchen eine Entzweiung mit Preußen nicht unwillkommen wäre!" Nun folgten leidenschaftliche Mißfallensäußerungen von seiten der Linken und der Galerie und schließlich auch die nicht ausbleibenden Ordnungsrufe. Präsident von Gagern konnte kaum noch die Ruhe herstellen.

Für den Waffenstillstand waren namentlich noch Wilhelm Jordan von Berlin, Vincke aus Hagen und Fürst Lichnowsky eingetreten. Jordan wies nach, wie ein Stamm gleich dem preußischen mit seiner Geschichte verwachsen sei und durch die Erinnerung an seine großen Männer immer wieder zurückgetrieben werde zum Festhalten an einer selbständigeren Existenz. Man sei in Preußen deutsch gesinnt, aber man wisse es nicht. Wenn man die Einigung Deutschlands ernstlich wolle, so müsse man den preußischen Partikularismus nicht brechen wollen — man müsse ihn bekehren und versöhnen.

Vincke schloß seine lange eindringliche Rede mit den Worten: „Nun denn, der Waffenstillstand, wenn er auch nicht allen Erwartungen entsprochen hat, welche wir vielleicht gehegt haben, enthält doch alles, was wir nach der jeweiligen Lage der europäischen Verhältnisse von Dänemark haben erlangen können. Nehmen Sie ihn an; auf der einen Seite liegt die Achtung Europas und die Einigung Deutschlands; auf der andern Seite die Mißachtung Europas und die Spaltung in Deutschland! — Die Würfel liegen — wählen Sie! Werfen Sie!“ Über die Vincke'sche Rede war man sehr geteilter Meinung und die Galerie war mit derselben höchst unzufrieden, was sie auch unverholen zum Ausdruck brachte. Als nun

Fürst Lichnowsky die Tribüne betrat, zeigte sie sich noch sehr unruhig, wurde aber im Laufe seiner Rede aufmerksam und zollte am Schluß derselben ihr sogar vereinzelten Beifall, als hätte sie sein zwei Tage später erfolgtes schreckliches Ende vorher geahnt und übte ihm, dem von ihr sonst verhaßten Abgeordneten gegenüber einen Akt humaner Pietät.

Fürst Lichnowsky sagte: „Die gehörten Reden, auch die des Herrn Vogt und, ich muß es bedauern, auch die beredte, vortreffliche Rede meines verehrten Freundes aus der Grafschaft Mark, die heute die Sitzung eröffnete, alle diese Reden haben mich Eines vermissen lassen. Dieses Eine, welches Viele von Ihnen befähigter gewesen wären, auf die Tribüne zu bringen, als ich — es war eine Anbahnung zur Versöhnung und Vermittelung! Sie sind sich darüber vollkommen klar,

daß, wenn entweder der eine oder der andere von den extremen Anträgen hier von uns angenommen wird, ein Bruch durchaus notwendig entstehen muß; und dennoch sind viele im parlamentarischen Leben ergraute und geübtere Männer als ich hier heraufgestiegen und haben kein Wort der Versöhnung gefunden. Anstatt die Hand zur Versöhnung zu reichen, haben sie geschmäht auf die mittleren Anträge; sie haben Ihnen das Einzige genommen, was Ihnen bleibt, das Höchste, was geboten werden kann: die Palme des Friedens unter uns, von dem der Friede Deutschlands abhängt!"

Diese Friedensworte, die letzten, welche der ritterliche Mann in der Paulskirche sprechen konnte, wurden fast von allen Seiten (nur vereinzelt von der Linken und der Galerie) mit lebhaftem Beifall aufgenommen. —

Endlich am 16. September — einem Samstag — kam in später Abendstunde eine definitive Abstimmung zustande; mit 257 gegen 236 Stimmen wurde der sogenannte Francke'sche Antrag angenommen, welcher lautete:

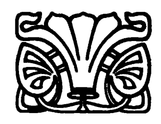
1. Die Vollziehung des Waffenstillstandes zu Malmö vom 26. August l. J., soweit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar, ist nicht länger zu hindern.

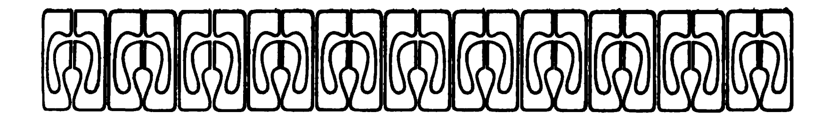
2. Die provisorische Zentralgewalt ist aufzufordern, die geeigneten Schritte zu tun, damit auf Grund der dänischer Seite amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die notwendigen Modifikationen des Vertrags vom 26. August baldigst eine Verständigung eintrete.

3. Die provisorische Zentralgewalt ist aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen.

Das Bekanntwerden dieses endgültigen Beschlusses der Nationalversammlung rief auf den Galerien, bei dem vor der Paulskirche zahlreich versammelten Volke, wie überhaupt auch in ganz Deutschland einen Sturm der größten Entrüstung hervor. War es schon während des 16. September in verschiedenen Stadtteilen Frankfurts zu blutigen Exzessen gekommen, die durch die Bürgerwehren alsbald wieder unterdrückt worden waren, so steigerten sich diese Auftritte des Abends in erhöhtem Maße, und schreckte man nicht zurück, sogar die Abgeordneten, welche für den Waffenstillstand gestimmt hatten, gröblich zu insultieren.

Der Reichsminister Heckscher sah sich infolgedessen genötigt, Frankfurt zu verlassen. In Höchst wurde er erkannt und auf wahrhaft schmähliche Weise beschimpft und lebensgefährlich bedrängt, sodaß es ihm kaum möglich wurde, nach Mainz zu entkommen. Auch dem alten ehrwürdigen „Turnvater Jahn" wäre beinahe das gleiche Schicksal widerfahren. Es herrschte an diesem Abend und an dem folgenden Sonntag, zu welchem eine Volksversammlung nach der „Pfingstweide" ausgeschrieben war, in Frankfurt eine unbeschreibliche, zu Exzessen geneigte Aufregung.





XVI.

Der Septemberaufstand in Frankfurt.

Nordöstlich von Frankfurt, auf der Bornheimer Seite, war damals ein großer Anger, genannt die „Pfingstweide", wohin von demokratischer Seite ausgehend, eine allgemeine Volksversammlung auf Sonntag den 17. September — nachmittags — ausgeschrieben worden war. Der republikanische Agitator Germain Metternich aus Mainz war der Hauptentrepreneur, der mit einer ansehnlichen Schar seiner Gesinnungsgenossen schon frühzeitig auf dem Plane erschienen war.

Es mag wohl 2 Uhr vorbei gewesen sein, als ich mich nach der „Pfingstweide" begab, die schon von Tausenden besucht und wo ein Gedränge herrschte, daß kaum durchzukommen war. Es wurden Flugblätter verteilt, natürlich sämtlich im Sinne der republikanischen Partei, von derselben wohl auch herausgegeben und gegen die Nationalversammlung gerichtet. Auch die von Robert Blum und Georg Günther herausgegebene „Deutsche Reichszeitung", ein wahres Schmähblatt, welches sich oft in der gemeinsten, schmutzigsten Weise gegen hervorragende, verdienstvolle Männer der Rechten ausgelassen und hierin selbst Heinrich v. Gagern nicht verschont hatte, erschien in ihren letzten Nummern auf der Bildfläche und fand reißenden Absatz; denn sie war ja im Geiste der Umsturzpartei redigiert, und traf in ihren Hetzartikeln die Stimmung der meisten Teilnehmer der Versammlung.

Ich bewegte mich in der schon von vornherein sehr aufgeregten Versammlung und hatte hierbei vielfache und hinreichende Gelegenheit, mir ein klares Bild über deren Zusammensetzung und Stimmung zu machen. Der bessere und wohlhabendere Bürgerstand Frankfurts war nur schwach oder gar nicht vertreten, die Masse der Versammlung gehörte der Arbeiterbevölkerung an, die namentlich von Offenbach, Hanau und aus der Umgegend sehr zahlreich herbeigeströmt war, dann aus Turnern und halbwüchsigen Burschen, alten und jungen Weibern, die den meisten Lärm machten. Unter den Teilnehmern machte sich auch wieder mein Rödelheimer dickleibiger Jude von der Paulskirche her bemerkbar, der von Gruppe zu Gruppe und zu Einzelnen lief und seine agitatorische Tätigkeit entfaltete. Der Zufall wollte es, daß ich im Getümmel einen alten Schulfreund traf, der als Neffe des Pfarrers zu Rödelheim, mit den dortigen Verhältnissen sehr wohl bekannt, mir über die Persönlichkeit des jüdischen Agitators Näheres mitteilen konnte. Da erfuhr ich denn, daß derselbe Saul Buchsweiler mit Namen, noch vor Jahresfrist in Rödelheim Judenschulmeister gewesen, aber wegen Unmoralität entlassen worden sei und im allgemeinen als ein recht schlechtes Subjekt gelte. Ich wußte genug. — Von der Nationalversammlung waren die Abgeordneten Zitz, Schlöffel und Ludwig Simon erschienen, von der nach Tausenden zählenden Versammlung mit tollem Jubel begrüßt.

Zitz ließ sich in seiner bekannten verletzenden und verhetzenden Redeweise gegen den Tags vorher erfolgten Waffenstillstandsbeschluß der Nationalversammlung aufs schärfste aus, nannte die Abgeordneten, welche dafür gestimmt hatten, „gemeine Vaterlandsverräter", „Volksverräter", die nicht wert seien, daß man sie aus Frankfurt hinauspeitsche, denn das beste sei, sie für alle Zeit unschädlich zu machen, ehe sie noch ein neues Unheil über das Vaterland brächten. Die Nationalversammlung sei unfähig, die wahre Wohlfahrt und Freiheit des Volkes zu schaffen, es sei deshalb Sache dieses von ihr so schmählich verratenen Volkes, zur Selbsthilfe zu schreiten und andere, gewissenhaftere Männer an seine

Spitze zu setzen, Männer des Volkes, wahre, ehrlichere Freunde desselben, als die von der Rechten, die im Schlepptau der Reaktion, nur elende Verräter seien. Es sei die höchste Zeit, endlich einmal mit „Frakturschrift“ zu schreiben. — Diesen Ausführungen folgte ein wahrhaft betäubendes Beifallsgeschrei der Menge. Ludwig Simon erging sich dann in packender Rhetorik ebenso heftig gegen die Nationalversammlung und sparte bei Erwähnung der Gegner — gleich Zitz — nicht mit den verächtlichsten Schimpfworten. Auch er kam zu dem Schluß, daß es an der Zeit sei, reine Bahn zu machen, die Fürstenherrschaft zu brechen und eine Republik zu gründen, und dahin würden die Neuwahlen führen, denn das Volk habe unterdessen erkannt, welches seine wahren Freunde seien, diese würden dann sofort einen Konvent einsetzen und für das wahre Wohl des Volkes sorgen. Natürlich fanden auch diese Ausführungen stürmischen Beifall, sodaß Germain Metternich sich mit seiner ohnmächtigen Republikerklärung kaum noch Gehör verschaffen konnte.

Das Endresultat dieser stürmischen Volksversammlung lief auf eine Revolution hinaus, deren Vorspiel und Einleitung zunächst die Erstürmung der Paulskirche und Sprengung der Nationalversammlung sein sollte. Schließlich wurde nachfolgende Kundgebung beschlossen:

„Die Volksversammlung zu Frankfurt a. M. am 17. September, bestehend aus mindestens 20000 (?) Bürgern aller Städte und Dörfer der Umgegend beschließt:

1. Daß die Majorität von 258, welche in der Nationalversammlung am 16. d. M. den schmählichen Waffenstillstand angenommen hat, von dieser Volksversammlung hiermit als Verräter des deutschen Volks, der deutschen Freiheit und Ehre erklärt;

2. daß dieser Beschluß der deutschen Nation auf das schnellste bekannt gemacht werde;

3. daß eine Deputation obigen Beschluß morgen der Nationalversammlung mitteile.“

An demselben Sonntag fand noch am Abend im Gräberschen Lokal in Frankfurt eine stark besuchte Versammlung von Deputierten verschiedener demokratischer und Turnvereine statt, worin unter wütenden Reden gegen die Rechte beschlossen

wurde, daß am folgenden Tage — 18. September — eine große, bewaffnete Volksversammlung auf dem Roßmarkte sein sollte, zu welcher ein gewisser Daniel Georg einen entsprechenden Zuzug aus dem benachbarten Orte Ginnheim und der Jude Saul Buchsweiler einen solchen von Rödelheim in Aussicht stellten; auch von Offenbach und Hanau erwartete man Scharen.

Die drohende Gefahr erkennend, und um derselben noch rechtzeitig vorzubeugen, hatte bereits schon am 17. September der Senat der freien Stadt Frankfurt Truppen zum Schutze der Nationalversammlung verlangt, welche auch schon des Morgens um 3 Uhr einrückten und auf dem Platz vor der Paulskirche — Österreicher und Preußen — Aufstellung nahmen.

Im Weiteren richtete der Senat noch folgendes Schreiben an das Reichsministerium, welches dasselbe um Mitternacht empfing und der Nationalversammlung zur Kenntnis brachte:

„Die freie Stadt Frankfurt, welche zum Sitz der Nationalversammlung gewählt worden ist, hat es sich zur Ehre gerechnet, derselben von dem Zeitpunkt ihrer Konsistierung an den Schutz zu gewähren, welchen sie in der Widmung ihrer Bürgerschaft und in den sonst ihr zu Gebot stehenden materiellen Mitteln finden konnte. — In den dermaligen Verhältnissen, wo eine bedrohliche Aufregung gegen die Nationalversammlung besteht, wo diese durch Volksversammlungen, durch zahlreiche Zuzüge von außen vergrößert und überdies Massen von Auswärtigen hierher gezogen werden, wo endlich von den verschiedensten Seiten her, wie dem Reichsministerium ohne Zweifel näher bekannt sein wird, Aufforderungen zu tätlichem Einschreiten, ja zur Ächtung und Vergewaltigung eines Teiles der Nationalversammlung ergangen sind, fühlt sich der Senat gedrungen, seine Ansicht dahin auszusprechen, daß für den Schutz der Nationalversammlung, als eine dem Reich obliegende Pflicht, fortan von dem Reichsministerium, unbeschadet der Rechte der Stadt, Fürsorge zu treffen sein dürfte. — Der Senat verbindet mit dieser ergebensten Anzeige die dem Reichsministerium des Innern ohne Zweifel schon bekannte Mitteilung, daß er, um der augenblicklich der Nationalversammlung drohenden Gefahr möglichst zu begegnen, von der durch das Reichskriegsministerium zur Verfügung gestellten militärischen Hilfe vorsorglich Gebrauch gemacht hat.

Der Senat sieht einer entsprechenden Eröffnung des Reichsministeriums vertrauensvoll entgegen und stellt demselben ergebenst anheim, der Nationalversammlung hiervon Nachricht zu geben.

Frankfurt a. M. den 17. September 1848.

Bürgermeister und Rat der freien Stadt Frankfurt.

Gez. von Heyden."

Als sich am Vormittag des Achtzehnten die Abgeordneten nach der Paulskirche begaben, fanden sie zu ihrer Überraschung den Platz vor derselben mit Militär besetzt. Die Anzahl der Truppen war klein, und dichte Volkshaufen standen zwischen ihnen und den Eingängen der Kirche. Aus der Volksmenge heraus wurden die Abgeordneten mit Drohungen und Schimpfworten empfangen und mit dem Rufe: „Ihr müßt alle gehenkt werden!" Und was waren das für Leute, die solche Redensarten führten? Welches Vertrauen verdienten sie, um ihren Bestrebungen folgen zu können, und welches Heil würden sie über das Vaterland bringen, wenn ihnen, solchen Kreaturen, die Gewalt überliefert würde! Auch Saul Buchsweiler war wieder dabei, und einer der Lautesten. Noch klingt mir seine geifernde Stimme in den Ohren, wenn ich mich seines widerlichen Benehmens an jenem Morgen erinnere.

Auch waren Abgeordnete, als sie den Einlaß in die Paulskirche verlangten, von dem um dieselbe aufgestellten Militär gröblich behandelt und von Seiten eines österreichischen Offiziers sogar mit Arretierung bedroht worden. Solchen Vorkommnissen gegenüber beschloß die Nationalversammlung, daß das provisorische Reichsministerium sofort die erforderliche Verfügung zum Schutze der Abgeordneten zu treffen habe.

Natürlich stimmte die Linke gegen diesen Antrag und protestierte gleich zu Anfang in der von Gagern präsidierten Versammlung gegen die Heranziehung von Truppen, deren Dringlichkeit man nicht einsehe und welche die Freiheit der Beratungen hindere.

Der Reichsminister v. Schmerling rechtfertigte diese Maßregel und betonte, daß das Militär auf Gesuch des Frankfurter Senates zum Schutze der Nationalversammlung einberufen worden sei, und das Ministerium hierfür sogar die volle Verantwortlichkeit übernehme. Schließlich machte er noch darauf aufmerksam, daß ein gewaltsamer Angriff gegen die Versammlung ein Akt des Hochverrats sei, was sich diejenigen merken möchten, welche einen solchen planen.

Als „höchst dringlichen Antrag" brachte die Linke: „Da Zweifel erhoben worden sind, ob die Nationalversammlung in ihrer jetzigen Zusammensetzung noch das Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volks besitze, so seien sofort neue Wahlen anzuordnen, in der vom Vorparlament festgesetzten Weise."

Dieser Antrag wurde als „nicht dringlich" abgewiesen, ebenso der hierauf folgende, der gegen „die Masse von Soldaten um die Paulskirche" gerichtet war. Hierauf erfolgten lebhafte Erörterungen über die Geschäftsordnung, ein Thema, welches die Nationalversammlung oft recht zeitraubend beschäftigte. Da hörte man mit einem Male ein heftiges Drängen und Stoßen von außen gegen die Türe des mittleren Eingangs, was eine lebhafte Bewegung unter den Abgeordneten veranlaßte, sodaß es dem Präsidenten kaum möglich war, die Ruhe — wenigstens vorübergehend — wieder herzustellen. Gagern hatte sich in der ganzen Kraft seines gebieterischen Ansehens erhoben und verlangte, daß die Versammlung ohne irgend ein Zeichen von Unruhe ihren Platz behalten sollte, daß sie würdigen Schweigens dem drohenden Angriffe entgegensehe. Derselbe war auch alsbald beschwichtigt, und die Versammlung konnte in der begonnenen Beratung der Grundrechte fortfahren.

Die Schulfrage stand auf der Tagesordnung. Hierzu hatte der spätere Bischof von Mainz, Emanuel v. Ketteler aus Münster, gerade das Wort und ausgeführt, daß es nicht angebracht sei, das ganze Erziehungs- und Unterrichtswesen dem Staate zu übergeben und bis zur Volksschule herab von der Kirche zu trennen. „Tun Sie das, so rufen Sie einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Institutionen hervor, die Sie schaffen wollen." — „Wenn ich neben meinen religiösen Pflichten, die ich als katholischer Priester dem Volke gegenüber zu erfüllen habe, noch ein hohes, politisches Interesse habe, so ist es gerade das, die Einheit Deutschlands hergestellt zu sehen!" Schließend: „Wir verlangen eine Verfassung, wo jeder frei sich entwickeln kann, jeder nach seinem Glauben und seiner eignen Überzeugung. Gewähren Sie uns das, und nichts wird vermögen, die Katholiken vom Reiche loszureißen."

Bald hatte sich der Tumult vor der Paulskirche wieder erneuert, man war eben daran, die mittlere Türe gewaltsam einzudrücken und die Aufforderungen von der „Pfingstweide" auszuführen, als ein preußischer Offizier an der Spitze einer Abteilung Soldaten die Masse aufforderte, sich zu entfernen, und als dies nach dreimaliger Aufforderung nicht geschah, laden und mit gefälltem Bajonett gegen die Menge vorgehen ließ. Der Bajonettangriff hatte die Masse gesprengt, auch die an der Türe Stürmenden waren zum Rückzug genötigt worden, doch war eine Verwundung vorgekommen, die das Losungswort zum Aufbau von Barrikaden wurde. Die Barrikaden wurden im Angesichte der Soldaten errichtet, die nur die Ordre hatten, den Platz um die Paulskirche besetzt zu halten und die Nationalversammlung zu schützen.

Das Reichsministerium hatte unterdessen auch von Darmstadt Militär requiriert, welches mit der Bahn bis an die noch nicht vollendete steinerne Eisenbahnbrücke in drei Extrazügen gefahren wurde, dieselbe zu Fuß überschritt und dann an der „Mainlust" vorbei in Frankfurt seinen Einzug hielt. Da hatten bereits die Barrikadenkämpfe begonnen; die österreichischen Truppen hatten den Kampf beginnen müssen auf dem „Liebfrauenberge", während die Preußen unten an der Zeil beim „Türkenschusse" kämpften, ebenso in der Bleichstraße. Die ganze östliche Stadt nach der Hanauer Seite hin und das Friedberger Viertel waren verbarrikadiert und unpassierbar. Mit Lebensgefahr gelangte ich über eine Barrikade hinweg und durch einige Seitenstraßen nach dem oberen Maintor. Schon hörte man lebhaftes Musketenfeuer verbunden mit Kanonendonner. Mein Schrecken war daher kein geringer, als die Bayern das untere Maintor geschlossen und Ordre hatten, niemand mehr aus der Stadt zu lassen. Was anfangen? Da war guter Rat teuer! Da erbarmte sich ein Schiffer, mich und einige andere Flüchtlinge für je 30 Kreuzer über den Main zu fahren. Wir landeten oberhalb Sachsenhausen an einer Wiese, durch welche der Fußpfad nach Offenbach führte, den ich dann benutzte, um mich bei meinem dortigen Onkel in Sicherheit zu bringen. Auf dem

Wege dahin begegneten mir viele bewaffnete Offenbacher und Oberrader Turner und Bürgerwehrleute, welche vorhatten, sich an den Barrikadenkämpfen in Frankfurt zu beteiligen, jedoch größtenteils wieder umkehrten, als sie von mir und anderen hörten, wie zwecklos und für sie verhängnisvoll eine Teilnahme daran sei.

In Offenbach war die Bevölkerung im höchsten Grade aufgeregt; überall Gruppen, welche die Frankfurter Ereignisse besprachen, auf die Rechte, auf die Nationalversammlung schimpften, und als später aus Frankfurt angekommene Leute berichteten, daß hessische Geschütze auf die Barrikaden gefeuert hätten, und der Aufstand so gut wie unterdrückt sei, da bemächtigte sich der Menge eine ungezügelte Entrüstung, aber es gab auch sehr viele, welche eine stille Genugtuung darin fanden, daß der „Pöbelherrschaft" ein Ende bereitet worden war, und als ich Tags darauf wieder nach Frankfurt kam und eine Niedergeschlagenheit der Bevölkerung erwartete, sah ich fast überall fröhliche Gesichter und nahm nichts mehr wahr von der gedrückten Stimmung der vorhergegangenen Tage. Überall fand man noch die Spuren des stattgehabten blutigen Straßenkampfes, das Straßenpflaster aufgerissen und eine beispiellose Verwüstung an Gebäuden, Bäumen und Anlagen redeten laut, wo der Kampf gewütet hatte. Während der Nacht wurde noch gekämpft, aber gegen Morgen war die Macht der Barrikadenkämpfer gebrochen, die Rädelsführer verborgen oder aus Frankfurt verschwunden, wie Germain Metternich und andere.

Viel Tode und Verwundete, auf beiden Seiten, hatte es gegeben, die Ordnung war mit schweren Opfern hergestellt und über Frankfurt der Belagerungszustand verhängt; Truppen durchzogen die Straßen, und mehr als drei Personen durften in Trupps nicht zusammengehen, und niemand auf der Straße stehen bleiben. Viele Läden und Geschäfte waren noch geschlossen, aber von Bewohnern der Nachbarschaft strömte es scharenweise nach Frankfurt.

Schon in Offenbach hatte ich gehört, daß die beiden Abgeordneten, General v. Auerswald und Fürst Lichnowsky,

meuchlings ermordet worden seien und hörte nun in Frankfurt, daß der letztere im Spital „zum heiligen Geist" nachts halb 11 Uhr seinen schrecklichen Wunden erlegen sei. Mir war Lichnowsky stets eine interessante Persönlichkeit und unter allen Rednern der Nationalversammlung derjenige, dessen Rhetorik mich am meisten fesselte. Sein schmähliches Ende ging mir daher ernstlich nahe, und als ich hörte, daß man ihn im „Heiligen Geist-Spital" noch sehen könne, war dahin mein erster Gang. Es wurden aber nur noch einige näherstehende Persönlichkeiten zugelassen, und ich mußte leider unverrichteter Sache abziehen, wie noch so viele, die das Haus umlagert hatten.

Die Nationalversammlung war am 19. September — Tags nach den Barrikadenkämpfen — zahlreich besucht, als Präsident v. Gagern dieselbe mit feierlichem Ernste eröffnete. Man merkte bei den Abgeordneten eine gedrückte Stimmung und wo man sich gruppenweise unterhielt, eine sichtliche Erregung derselben. Als Gagern das Zeichen zur Eröffnung der Versammlung gegeben, hatte, trat sofort eine gespannte Stille ein, und alle folgten, wie in heiliger Scheu, seinen Worten, der beiden hingemordeten Abgeordneten v. Auerswald und Lichnowsky gedenkend:

„Nicht im Kampf für die Erhaltung der gesetzlichen Ordnung im Innern, für Unterdrückung des Aufstandes, sind sie gefallen, sie sind auf die niederträchtigste Art meuchlings ermordet, geschlachtet worden. (Unruhe bei der Linken.) Ich will nicht aufregen, aber das Gefühl der Scham für die Schmach, welche durch solche Tat über die Nation kommt, kann ich nicht unterdrücken. Die neuesten Ereignisse sind hervorgegangen aus einem Zerwürfnis der Versammlung, zu welchem kein tiefliegender Grund vorlag. Wenn man sich bemüht hätte, Verständigung zu suchen, statt die Leidenschaften aufzuregen und walten zu lassen, statt im Partei- und Koteriengeiste sich abzuschließen, wir würden die Ereignisse nicht erlebt haben, wie wir sie haben erleben müssen. Für die Entscheidung der Majorität verlangt die Nation den Gehorsam Aller. Dieser Gehorsam ist von einer Anzahl

verblendeter oder irregeleiteter Menschen verweigert worden. Daß aber eine solche bösliche und auflößende Weigerung des Gehorsams nicht ungestraft hingehen kann, darüber wird in dieser Versammlung kein Zweifel obwalten." Ein wiederholtes „Nein" unterbrach den Redner, der seine Ausführungen mit den Worten schloß: „Es sind Maßregeln zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe von dem Reichsministerium getroffen worden, und wir werden gewiß zu allem die Hand bieten, was zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung notwendig ist und zwar sowohl zur Erhaltung der Achtung vor dem Gesetze, als auch zur Kräftigung der Vollziehung. Ich bin überzeugt, die Mehrheit dieser Versammlung, alle werden daran mitwirken. Wollen wir die Freiheit, so müssen wir sie mit Maß wollen und ihr Maß lehren. Wollen wir die Einheit, so lassen sie uns vor allem hier einträchtiger zusammenwirken."

Wiederholter stürmischer Beifall hatte die Worte Gagerns begleitet und unterbrochen.

Nun betrat Venedey von Köln die Tribüne und erörterte, es sei eine Schmach und Schande für die Nation, das Blut, welches gestern geflossen, und der Sieg, welcher errungen wurde, sei ein Sieg der Nationalversammlung, denn es habe dieser gegolten, aber dieser Sieg schließe auch eine hohe, sehr hohe Gefahr in sich. Er — Venedey — warne, daß diese Gefahr nicht über uns alle komme, eben die Reaktion, die sich daraus entwickeln könne.

Schließlich votierte die Nationalversammlung, trotz dem Widerspruch einzelner Mitglieder der Linken, den deutschen Reichstruppen für die von ihnen bei Unterdrückung des Aufruhrs bewiesene Hingebung und Mäßigung den Dank des Vaterlandes.

Trotz den mahnenden Worten des Präsidenten, hatte man aus dem Verhalten der Linken nur zu bald erkannt, daß mit dieser nicht in Eintracht zu wirken war, und wenn hierüber noch ein Zweifel bestanden hätte, so hätte die von Robert Blum und Georg Günther herausgegebene „Deutsche Reichszeitung" vom 19. September unwiderleglich eines andern belehrt. Dieselbe erging sich in verschiedenen Schmähartikeln gegen die

Majorität der Nationalversammlung in wahrhaft empörender Weise. Unter anderem behauptete sie: „Das Gros der Nationalversammlung bildeten zwei Fraktionen, die der Stockpreußen, oder besser gesagt, die Partei des Prinzen von Preußen*). Ihr zur Seite wirke die Partei Gagern, die darauf ausginge, eine Einheit nach ihrem Geschmacke zuwege zu bringen und zugunsten ihres Hauptes und ihrer Kreaturen den Gewinn der Erhebung des deutschen Volkes in die Tasche zu stecken. Es sei die Partei der macchiavellistischen Schliche und Kniffe, der jesuitischen Machinationen und der Korruption; ihr reihe sich die ultramontane Partei an, die da wisse, daß sie nur in solchem Bündnisse ihre Herrschaft wieder fest zu gründen vermöge. Sich ganz besonders gegen die Bestrebungen dieser Partei in der Schulfrage wendend, fuhr das Blatt fort: „Siehe, deutsches Volk, so opfern die Pfaffen und Römlinge deine Ehre, um die Fortdauer ihrer Herrschaft über deine Bildung, deinen Unterricht, deine Entwicklung, deine Einsicht und Aufklärung zu bewahren, um dich für ewige Zeiten in Geistesknechtschaft zu erhalten."

Dieser Artikel kam in der Nationalversammlung zum Verlesen und veranlaßte eine aufgeregte Verhandlung in derselben, indem von der Rechten das Bedürfnis geltend gemacht wurde, gegen solche freche Beschuldigungen und Anklagen des Verrats geschützt zu sein, welchem Ansinnen die Linke heftig widersprach.

Wernherr von Nierstein hatte Bericht erstattet über den Entwurf einer Ansprache der Nationalversammlung an das deutsche Volk über den Aufstand vom 18. September 1848, welche aber bei der Linken heftigen Widerstand hervorrief. Karl Vogt erging sich in längerer heftiger Rede gegen diesen Plan, den er in seinen einzelnen Sätzen einer scharfen Kritik unterzog; schließlich wurde der Antrag „Übergang zur Tagesordnung" mit 194 gegen 173 Stimmen angenommen, der beantragte Erlaß also abgelehnt.

Es war eine großartige Beerdigungsfeier für die am 18. September Gefallenen beabsichtigt, der Reichsminister publizierte daher folgende

*) Der spätere Kaiser von Deutschland, Wilhelm I.

Warnung.

„Mit Bezug auf die Verordnung vom 18. September 1848, wodurch der Belagerungszustand verfügt worden, wird jedermann gewarnt, an Aufzügen, Zusammenrottungen oder Zusammenläufen teil zu nehmen. Wer dieser Warnung nicht entspricht, wird verhaftet und dem ständigen Kriegsgericht übergeben werden.

Frankfurt a. M., am 23. September 1848.

Das Reichstruppen-Kommando:
General Nobili.

In der Sitzung vom 22. September brachte der Reichsminister v. Schmerling folgenden Aufruf des Reichsverwesers zur Kenntnis der Nationalversammlung:

„An das deutsche Volk!

Deutsche! Die verbrecherischen Vorfälle in Frankfurt, der beabsichtigte Angriff auf die Nationalversammlung, Aufruhr in den Straßen, der durch Waffengewalt unterdrückt werden mußte, empörender Meuchelmord und lebensgefährliche Bedrohung und Mißhandlung an einzelnen Abgeordneten verübt, sie haben die Pläne und Mittel einer Partei deutlich gezeigt, die unserem Vaterlande die Schrecknisse der Anarchie und eines Bürgerkrieges bringen will.

Deutsche! Eure Freiheit ist mir heilig. Sie soll durch das Verfassungswerk, zu welchem Eure Vertreter hier versammelt sind, dauernd und festbegründet werden. Aber sie würde Euch entrissen sein, wenn die Gesetzlosigkeit mit ihrem Gefolg über Deutschland sich verbreitete.

Deutsche! Durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 ist mir die vollziehende Gewalt gegeben in Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands betreffen. Ich habe unser Vaterland zu schützen, möge es durch Feinde von außen, möge es durch verbrecherische Taten im Innern gefährdet werden. Ich kenne meine Pflicht, ich werde sie erfüllen; ich werde sie erfüllen, fest und vollständig. Und Ihr, deutsche Männer, die Ihr Euer Vaterland und Eure Freiheit liebt, Ihr werdet mir, dessen bin ich gewiß, tätig zur Seite stehen.

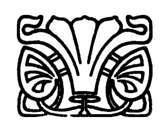
Frankfurt den 20. September 1848.

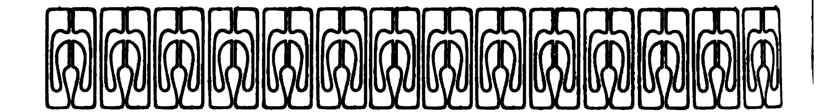
Der Reichsverweser:
Johann.
Die Reichsminister:
Schmerling Peucker Duckwitz Mohl."

So war denn die bewaffnete Revolution vom 18. September besiegt; die republikanischen Elemente hatten eine entschiedene Niederlage erlitten und das Entsetzen und den Abscheu

des deutschen Volkes auf sich geladen. Das hatten sich wohl die Hetzer und Wühler von der „Pfingstweide“ nicht träumen lassen, daß ihr strafbares Beginnen so enden werde, und daß sie dadurch nur der Reaktion, die sie bekämpfen und unschädlich machen wollten, in die Hände gearbeitet hatten.

Wenig Tage später — am 21. September — brach Struve mit einer Schaar von Flüchtlingen in das badische Oberland ein und proklamierte in Lörrach die Republik. Das Werk eines Tollhäuslers! Schon am 24. September wurde er jedoch in Staufen vom badischen Militär unter General Hoffmann angegriffen, seine Schaar zersprengt und er selbst auf der Flucht gefangen genommen. Ein gleiches Schicksal hatte der Versuch, den Rau in Württemberg in Szene setzte.





XVII.

Die Ermordung der Abgeordneten v. Auerswald und Fürst Lichnowsky.

Die schmähliche Ermordung der beiden Abgeordneten hatte in ganz Deutschland wie auch im Auslande einen Schrei des Entsetzens und des Abscheues hervorgerufen, wenn auch in der Paulskirche die Auffassung und Teilnahme — das Mitleid — nicht bei allen gleich war. Die Linke nahm die Logik der Tatsachen zur Argumentation ihrer Auffassung und Beurteilung zu Hilfe, und beschwichtigte das natürliche Entsetzen über die empörenden Ausschreitungen der, durch sie verhetzten rohen Massen, so gut sie es konnte. — Ich begegnete am Vormittage des 19. September, als die Ermordung der beiden Abgeordneten in aller Mund war, dem mir bekannten Professor Dr. Wilhelm Zimmermann vor der Paulskirche und hatte Gelegenheit, mit ihm zu sprechen. Er verdammte natürlich die Ermordung der beiden politischen Gegner auf das entschiedenste, konnte aber doch nicht umhin, seiner Teilnahme die Kritik folgen zu lassen, und so hörte ich Karl Vogt, Raveaux und andere sprechen: „Sie sind an ihrem Schicksal selbst schuld!" „Es war von ihnen geradezu tollkühn und leichtsinnig, auszureiten, da bereits auf den Barrikaden gekämpft wurde, und ein wütender Volkshaufen sie schon am Friedberger Tor bedrohte." — „Das hätte ihnen eine Warnung sein müssen,

eine Veranlassung, zuhause zu bleiben, ihr Vorhaben aufzugeben. Sie hatten keinen Auftrag hierzu, waren nicht verpflichtet, einen solchen auszuführen" usw. Aber auch sie fühlten, die so redeten, daß die „Rettung der Nationalversammlung" kein Sieg war, wie ihn das Verfassungswerk bedurfte, und daß die Gewalttaten des 18. September 1848 dasselbe nicht nur erschweren, sondern die ganze, so hoffnungsvoll begonnene deutsche Revolution nahezu zwecklos machen werde. Man hatte bereits vier Monate getagt, — und was war in der langen Zeit geleistet — erreicht worden? Parteikämpfe waren an der Tagesordnung, und rhetorische Spitzfindigkeiten ein Hemmschuh an dem raschen Gedeihen des Verfassungswerkes. Die Linke hielt an ihrem republikanischen, regierenden Standpunkt fest und suchte durch häßliche Agitationen außerhalb der Paulskirche zu erreichen, was ihr im Innern derselben durchzusetzen nicht möglich war, und die aufgehetzte Masse glaubte schließlich bei all diesen strafbaren Ausschreitungen noch in ihrem Sinne, im wahren Interesse der Freiheit und Einheit des Vaterlandes zu handeln. All das vergossene Blut, all die Greueltaten und Schändlichkeiten des 18. September sind daher nicht mit Unrecht den Bestrebungen und Wühlereien der Linken und ihren Gesinnungsgenossen als verschuldet aufgebürdet worden. Und was dabei noch das Schlimmste war: es ging nicht nur eine kostbare Zeit, sondern bei den Regierungen und im Volke selbst das Vertrauen verloren, daß die Arbeit der Nationalversammlung überhaupt etwas Ersprießliches zu schaffen in der Lage sei. Und wozu und warum ist gekämpft worden? Die wenigsten wußten es eigentlich so recht, für welche „heilige Sache" sie ihr Leben aufs Spiel setzten!

Nach Schluß der am 19. September so kurzen Parlamentssitzung hatte ich mich alsbald nach der Bornheimer Haide, dem Schauplatze der Mordtaten, begeben, um mir denselben anzusehen, und Näheres und Zuverlässigeres über deren Verlauf zu erfahren. Aber der Ort war bereits derart besucht und umlagert worden, daß man ihn absperren mußte, sodaß ich meinen Zweck erst gegen Ende der Woche erreichen konnte. Bei dieser

Gelegenheit hatte ich den Gewinn, im Schmidt'schen Hause mit mehreren Augenzeugen sprechen zu können, die mir ein vollständiges und in allen Einzelheiten wahrheitsgetreues Bild des ganzen Herganges entwickelten. Derselbe war folgender:

Die beiden Abgeordneten Auerswald*) und Fürst Lichnowsky**) hatten um die angegebene Zeit unbewaffnet und ohne irgendwelchen politischen Zweck die Stadt zu Pferd verlassen. Am Friedberger Tor, wo sich eine bedeutende Menschenmasse, darunter Bewaffnete, angesammelt hatte, fragte Lichnowsky nach dem Wege, den kurz vorher eine vorbeimarschierende Abteilung preußischer Truppen eingeschlagen habe, worauf er nach dem Allerheiligen-Tore hingewiesen wurde. Als er mit seinem Gefährten dieser Richtung einschlug, erschollen aus der versammelten Volksmenge Drohungen und Schimpfreden: „Das ist der Lichnowsky! — der Schurke! — der Spitzbub! der Lichnowsky! — der Schuft! — Das sind Preußen — Spione, — auf sie!" Diesen Worten folgte ein Steinhagel und der Schuß aus einer Pistole, worauf die Bedrohten in der Richtung nach

*) Hans Adolf Erdmann von Auerswald, preußischer Generalmajor, war am 19. Oktober 1792 geboren, studierte seit 1810 Staatswissenschaften zu Königsberg. Im Januar 1813 schloß er sich dem York'schen Korps in Königsberg an, trat in das 2. Dragonerregiment, kämpfte als Offizier in den Schlachten von Großbeeren, Dennewitz und Leipzig mit Auszeichnung, sowie in dem Feldzuge in Holland unter Bülow. — Von 1817—1840 war er dem Generalstabe zugeteilt, wurde 1841 Oberst des litauischen Dragonerregiments, 1846 Brigadekommandeur in Neisse und 1848 nach Breslau versetzt. In die Nationalversammlung gewählt, hatte er den Gesetzentwurf über die deutsche Wehrverfassung ausgearbeitet, wie derselbe den Beratungen hierüber zu Grunde lag.

**) Fürst Felix Lichnowsky, geboren am 5. April 1814, trat früh in preußischen Militärdienst, aus dem er aber 1838 austrat, um in die Dienste des spanischen Prätendenten Don Carlos einzutreten, der ihn zum Brigadegeneral und Generaladjutanten ernannte. Nach der Rückkehr aus Spanien gab er seine Erinnerungen aus den Jahren 1837—1839 heraus, machte dann 1842 eine Reise nach Portugal, über welche er in dem Werke „Portugal, Erinnerungen aus dem Jahre 1842" berichtete. Er nahm lebhaften Anteil an dem ersten preußischen Landtag von 1847 und wurde 1848 von Ratibor in die Nationalversammlung gewählt.

dem Allerheiligen-Tor weiter ritten, um die Bornheimer Haide zu gewinnen.

Durchaus unrichtig ist die Behauptung, die von der Linken verbreitet wurde und auch Aufnahme in deutschen Geschichtswerken fand, als sei von den Fliehenden auf das Volk — ihre Verfolger — geschossen worden. Sie waren beide ohne Waffen, was ich um deswillen noch besonders betone, da auch heute noch vielfach behauptet wird, Lichnowsky habe durch einen Schuß auf das Volk dasselbe gereizt und die Verfolgung provoziert.

Überall stellten sich ihnen bewaffnete Gruppen entgegen, die auf sie mit Steinen warfen und auf sie feuerten, sodaß sie wiederholt ihre Richtung ändern mußten, und wie ein Wild verfolgt, endlich in die Schmidt'sche Gärtnerei flüchteten, wo sie bereitwilligst Aufnahme fanden, wenngleich man ihnen doch bedeutete, daß das Haus zu einem Versteck nicht geeignet sei. Da sie aber auf ihrem Vorhaben, hier ein Unterkommen zu suchen, bestanden, eilten sie ins Haus, während der Hausherr bemüht war, die beiden Pferde unterzubringen. Im Schmidt'schen Hause war zuerst Auerswald erschienen, wo ihn Frau Schmidt mit einem Schlafrock und einer Mütze ihres Mannes bekleidete und durch eine Verwandte zu einem Versteck nach dem Boden bringen ließ. Die Türe zur Bodentreppe wurde abgeschlossen und der Schlüssel versteckt.

Unterdessen hatte die hilfbereite Frau Schmidt den Fürsten Lichnowsky seinem ausdrücklichen Verlangen gemäß nach dem Keller gebracht, den dortigen Lattenverschlag geöffnet und ihn hinter einem sogenannten Obstbette verborgen, den Schlüssel ebenfalls abgezogen und zu sich gesteckt.

Kaum waren die beiden Verfolgten in ihrem Versteck, als auch schon die wilde Rotte lärmend und schimpfend in den Schmidt'schen Garten eindrang, denselben mit Wachen umstellte, und eine peinliche Durchsuchung aller Räume des Hauses, des Gartens und des Treibhauses vornahm.

Die Durchsuchung des Schmidt'schen Hauses war anfangs fruchtlos, bis endlich der Schlüssel zum Boden gefunden wurde, und

einige Bewaffnete nun die enge und steile Bodentreppe hinaufstürmten, wo sie Auerswald in einem Bette versteckt vorfanden. „Herbei! herbei! wir haben einen!“ erklang es mit teuflischem Jubel von oben, und alsbald hatten sich schon auf diesen Ruf hin die übrigen im Hause zerstreuten Bewaffneten in dem Hausgang gesammelt, welche den Gefundenen lärmend und tobend in Empfang nahmen und unter fruchtlosen Protestationen der Hausbewohner die Treppe hinab nach dem Garten zerrten. Schon im Hausgang hatte Auerswald unsägliche Leiden auszustehen. Man beschimpfte ihn mit den gemeinsten Worten, riß ihm die Perücke vom Kopf, schlug ihm mit den Fäusten in's Gesicht, und ein Bockenheimer Schütze riß ihm den Schlafrock von hinten herab, gab ihm dann einen Schlag mit der Faust auf den Kopf, indem er rief: „Der Kerl muß sterben!“ Auerswald lamentierte herzzerreißend, man möge ihn am Leben lassen, er sei Vater von fünf unerzogenen Kindern, denen erst kürzlich die Mutter gestorben sei und fragte, ob unter seinen Peinigern denn kein Familienvater sei, dessen Kinder sich freuten, wenn sie den Vater wieder sähen? Und fast schien es, als hätte dieser rührende Hinweis Eindruck gemacht, denn während ihn zwei Turner fest packten und nach dem Garten hinaus drängten, verlangten andere, man solle ihm nichts zu leid tun und ihm nicht das Leben nehmen. Da stürzte sich ein Weib — Henriette Zobel, die Frau eines Lithographen in Bornheim — auf den schon am Kopf heftig blutenden Auerswald, schlug ihm wiederholt ihren Regenschirm auf's Haupt, und rief in leidenschaftlicher Erregung: „Der schlechte Kerl muß sterben! — schießt ihn tod, den Lump — den Hallunken — den Dieb!“ — Diese Worte und die damit verbundene rohe Art des Angriffes regte bei der Masse ein gleiches Vorgehen an. Man schleppte Auerswald durch den Garten nach dem Ausgange hin, indem man ihm unausgesetzt mit Stöcken, Schirmen, Flintenkolben usw. auf Kopf, Brust und in's Genick schlug, daß er das eine Mal taumelte, das andere Mal niederfiel. Vor dem Gartentor angelangt, schlug ihm wieder ein Schütze mit dem Gewehrkolben auf die Brust, daß er in den trocknen Graben fiel, sich aber

rasch wieder erhob und seine Bitten um's Leben wiederholte. Aber der wilde Haufen hatte kein Erbarmen, und abermals in den Graben gestoßen, schoß ihm ein Turner eine Kugel in die Mitte des Körpers, und als er den Versuch machte, sich zu erheben, schlug ihm ein Bockenheimer Schütze mit seinem Gewehrkolben auf den Kopf, daß er wehklagend in den Graben zurücktaumelte, worauf der Schütze seine Büchse umdrehte, anlegte und dem Auerswald oben auf den Kopf schoß, sodaß dieser alsbald seinen Geist aushauchte. Das oben erwähnte entmenschte Weib eilte dann mit einem schweren Quaderstein, größer als eine Kegelkugel, herbei, und schleuderte denselben mit aller Wucht auf den Kopf des sterbenden Auerswald, der noch eine wie abwehrende Bewegung mit dem Arm machen konnte. Wie diese Megäre die verwilderten Männer zum Todschlage angefeuert hatte, so erging sie sich auch jetzt noch in den gemeinsten Redensarten über den Sterbenden, worin sie durch den herbeigeeilten Rödelheimer Juden — Saul Buchsweiler — unterstützt wurde. Dieser hatte auf der Friedberger Chaussee von der Ermordung Auerswalds gehört und war herbeigeeilt, um sich davon zu überzeugen. Mit wahrem Freudengeheul hatte er sich an dem Anblick des im Graben liegenden Auerswald erfreut und dessen Leiche mit den Worten apostrophiert: „Du Hund!, so muß Dir's gehen! Du warst ein Feind des Landes, Du Hallunke, Du Volkszertreter!" und als ihm ein Bekannter zurief: „Dort führen sie auch den Lichnowsky," da tat er wie närrisch, weinte, küßte den Schützen die Hand, sprang jauchzend hin und her und rief: „Gottlob, liebe Brüder! Nun ist Deutschland gerettet! Jetzt ist die Freiheit gerettet!"

Von der Leiche des Auerswald hinweg lief er dem Trupp, der Lichnowsky führte, spornstreichs nach, noch im Fortlaufen „Nieder mit dem Kerl!" usw. rufend.

Die Leiche des Generals von Auerswald blieb nahezu eine Stunde in dem vor dem Garten hinziehenden Graben liegen, alsdann wurde sie in den Schmidt'schen Garten verbracht, wo sie einige Zeit am Wege liegen blieb, bis sie gegen 8 Uhr abends in einem der Gewächshäuser niedergelegt, und nachts

11 Uhr aber unter militärischer Bedeckung nach der Wohnung des Ermordeten abgeführt wurde. Der Paletot und Hut, welche Auerswald bei seiner Umkleidung im Schmidt'schen Hause abgelegt hatte, waren unterschlagen worden.

Nach der Tötung des Generals Auerswald stürmte ein großer Teil der Bewaffneten wieder in den Garten zurück und beteiligte sich auch noch an dem Aufsuchen des Fürsten Lichnowsky. „Der hat seinen Lohn," hieß es, „jetzt den andern!" — „Einen Spitzbub' haben wir, jetzt soll auch noch der andere d'ran!"

Wenn schon die Durchsuchung des Gartens und des Hauses in allen Teilen während der Hinausführung und Tötung Auerswalds fortgedauert hatte, so wurde dieselbe nunmehr mit erneutem Eifer und doppelter Genauigkeit wieder aufgenommen. Man suchte in allen Behältern, im Kuhstall, Heuboden, Treibhaus, im Schornstein, in der Küche, in den Betten, indem man mit Säbeln in dieselben stach. Man verlangte gewaltsam den Kellerschlüssel und begann auch da die Suche. Der Keller war seicht, nur ein paar Stufen führten hinab und an der Kellertür vorüber hatte man Auerswald hinausgeschleift, sodaß Lichnowsky wahrscheinlich den ganzen schreckenerregenden Hergang gehört hat. Im Keller waren drei Bretterverschläge nebeneinander. In dem mittleren war Lichnowsky verborgen worden. Da kein Schlüssel zu dem mittleren Verschlag vorhanden war, so wurde dessen Tür mit einer Axt eingehauen und Lichnowsky alsbald aufgefunden, sofort gepackt und herausgezerrt. Er bat, ihn am Leben zu lassen, und versprach Alles für das Wohl des Volks tun zu wollen. Darauf sagte ein Teil, er solle nur mitgehen, es geschehe ihm nichts; dagegen protestierte ein anderer Teil und rief: „Das hättest Du früher tun sollen; jetzt ist es zu spät — Du mußt sterben!" Der Keller füllte sich mit Bewaffneten, da alsbald das Jubelgeschrei erscholl und sich weiter verbreitete: „Wir haben ihn!" Aber schon machte sich eine Gegenströmung geltend, die den Fürsten Lichnowsky zu retten suchte. — „Sucht ihr hier und durch solche Taten die Republik", hatte Einer gesagt, „schämt Euch!"

Standhaft trotz aller Androhungen auf eigne Lebensgefahr und für einige Zeit erfolgreich waren die Bemühungen eines aus dem nahen Bornheim herzugekommenen Mannes von Bildung namens Dr. Hodes, dem es gelang, den Gedanken aufzubringen, daß Lichnowsky nicht sofort getötet, sondern nach Bornheim gebracht werde, um dort als Geisel zu dienen, und als „Preuß" für irgend einen Aufständischen, der von den Preußen gefangen würde, ausgewechselt zu werden. Das leuchtete Vielen ein, und den eindringlichen Reden jenes Dr. Hodes folgend, wurde dementsprechend, trotz des lebhaftesten Widerspruchs Einzelner und der sich stets steigernden Wut der Rotte, Lichnowsky an Auerswalds Leiche vorüber nach der nach Bornheim führenden nahen schmalen Pappelallee geführt. Man war in derselben etwa dreihundert Schritt unter wildem Toben und Drohen gekommen, als Saul Buchsweiler den Zug erreichte und gleich jener Megäre, die den Tod Auerswalds verschuldete, der Menge zuredete, keine Gnade obwalten zu lassen, sondern den Fürsten sogleich totzuschießen. „Er sei nicht wert, ihn nach Bornheim oder Hanau zu führen", was einige wollten. „Man solle den Fürsten, den Hallunken nur ja totschießen und das Opfer nicht aus der Hand lassen; man solle ihm — dem Juden — nur eine Waffe geben, er wolle ihn erschießen." Bei einer späteren Gerichtsverhandlung sagten Zeugen übereinstimmend aus: „Der Jude gebärdete sich wie ein Wahnsinniger, fiel auf die Knie und schrie: „Den Volksverräter, diesen Spitzbuben wollt ihr laufen lassen? — Feiglinge, die ihr seid!"

Durch das Ausreißen von Fetzen aus dem Rocke des Fürsten entstand ein Gebalg, die Reden wurden wilder und blutdürstiger und die Stellung derer, welche sich des so schmählich Mißhandelten annahmen, immer gefährlicher; da riß einem der Henker die Geduld, er haschte nach dem Kleide Lichnowskys, der sich dagegen wehrte und nach einem Gewehrlauf griff. Das war das Signal zu einem beispiellosen Handgemenge, in welchem auf den Fürsten mit den Waffen eingehauen wurde, und derselbe Bockenheimer Schütze, welcher auf Auerswald den letzten, absolut tötlichen Schuß abgegeben hatte, versetzte dem Lichnowsky nun einen

solchen Kolbenschlag ans linke Ohr, daß sofort das Blut herausquoll und rühmte sich dessen bei seinen Spiesgesellen mit den Worten: „Dem habe ich eine gegeben, daß er genug hat!“ Es wurde „Platz“ gerufen, und auf die, welche den Fürsten noch zu decken versucht hatten, selbst angeschlagen. „Weg da vorn“, schrieen einige; man machte vorne Platz, und die Schüsse knallten auf den zusammenbrechenden Redner der Paulskirche, auf den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung, welcher den verhetzten rohen Gegnern mißliebig war. Er lief noch einige Schritte auf eine Pappel zu, streckte die zerfleischte blutige Hand empor und tat einen herzzerreißenden Schmerzensruf. Erst auf einen Schuß, den er in den Rücken erhielt, brach er zusammen, worauf noch einige Schüsse auf ihn fielen, und die Mörder dann unter wildem Hohne weitergingen.

Der Rödelheimer Jude — Saul Buchsweiler — der gemaßregelte Judenschulmeister, konnte seine Freude über die eben vollzogene Ermordung nicht beherrschen und benahm sich in widerlich ausgelassener Weise. Und als Lichnowsky noch ein Lebenszeichen von sich gab, da rief der Jude nach der Aussage verschiedener Zeugen in fanatischer Freude: „Ihr Brüder, drin in der Stadt da leiden eure Brüder! — Auf den Hund! — Gebt ihm den Rest!“ und dabei schlug er mit seinem gelben Krückenstock auf den wehrlos daliegenden Sterbenden ein. „Das ist der Lohn für deine Taten, die du getan und Spanien verraten hast.“

Wie mehrere der Beteiligten kam auch Saul Buchsweiler in Anklage, wußte sich aber — der erbärmliche Feigling! durch schleunige Flucht der Verhaftung zu entziehen. Er suchte zunächst in Frankreich Rettung, und als sich dasselbe bereit finden ließ, die dahin geflohenen Meuchelmörder auszuliefern, da floh er nach Amerika, wo er, in Deutschland in contumaciam standrechtlich zum Tode verurteilt, verschollen ist.*)

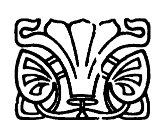
*) Von ihm sagen die Zeugen: „In Frankfurt schrie er: „Bürger heraus! — Waffen heraus! Jetzt ist es Zeit!“ und hielt Reden, wobei er heftig mit den Armen hin und her focht.“ „In Bockenheim schrie er, daß ihm der Schaum vor dem Munde stand: „Heute gilt's, Brüder! Was säumt

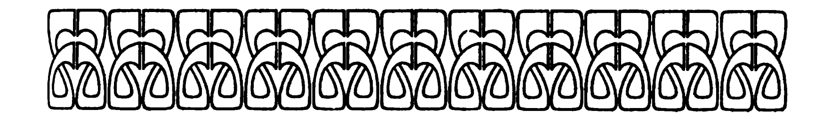
Ein Frankfurter Handelsmann namens Karl Hoch — sein Name verdient der Nachwelt erhalten zu bleiben — war bei dem langsam schmerzhaft Sterbenden niedergekniet, hatte ihm auf sein Bitten in seinem Hut Wasser gereicht, obgleich man ihm zugerufen hatte: „Lassen Sie's nur, es ist der Lichnowsky!" Mit Hilfe eines Turners hatte Karl Hoch den Fürsten an eine Pappel herangetragen und dessen Kopf fortwährend in der Hand gehalten. „Bleiben Sie weg!" rief man den Samaritern da zu. „Es ist genug, er verreckt doch, der Volksverräter krepiert doch! und auf die Bitte des Fürsten, ihn in's Spital zu bringen und ihm einen Geistlichen zu besorgen: „Sie haben gut menschlich sein! Wir wollen menschlich sein und dem Hund den Kopf abreißen; er lebt doch nicht mehr lang!"

Den Sterbenden brachte man dann in das Gartenhäuschen der Unglücksstätte, wo er sein Testament diktierte. „Mein Erbe ist mein Bruder Karl," hatte er bestimmt, sich dann aber unterbrochen: „Nein, nein, ich widerrufe! Mein Erbe ist die Herzogin von Sagan!" Sie, die frühere Herzogin von Dino-Talleyrand, stand wohl seinem Herzen nahe, und sie liebte den schneidigen, geistreichen Kavalier.

ihr? Fort nach Frankfurt!" Ein Zeuge sagte: „Der Jud hat geschrieen und getobt, man konnt's vor lauter Schreien nicht recht verstehen. Er machte uns Courage und schrie: Waffen 'raus! Waffen 'raus!" Oben aus dem Fenster hielt er eine Rede: „Es gilt für unser deutsches Land 2c.," das verstand ich nicht. Sie denken gar nicht, was der dicke Jud gekrischen hat, so wie ein Jud spricht: „Habt ihr Euren Führer? Vorwärts! Heute gilt's! Heute wird das Parlament gestürzt! Die Kerls müssen hinausgejagt werden, die schon so lange dasitzen und das Volk schon so viel gekostet haben — und so in der Art viele Reden." — „Der Jud, der Buchsweiler, ist in Frankfurt in jedes Wirtshaus gekommen, der hat die Menschheit aufgeweckt, in ganz Frankfurt, sozusagen. Er stellte den Hut hin und hat gepredigt, er machte es merkwürdig." — „Aus der Chaise kam ein dicker Jude zu uns hereingestürzt wie ein brüllender Löwe und hat geschrieen: „Es ist die höchste Zeit; eilt eilt, daß ihr in die Stadt kommt! Die Preußen machen schon in der ganzen Stadt herum! Dabei schimpfte er auf das Parlament, das seien keine Volksvertreter, sondern Volkszertreter, und vieles so." — „Schon am Morgen kam er in eine Bockenheimer Wirtschaft und hat eine merkwürdige Predigt getan; er klopfte auf den Tisch und hat die Leute alle ganz rebellisch gemacht."

Spät abends wurde Lichnowsky nach der Stadt in das Spital „Zum heiligen Geist gebracht, wo er gegen Mitternacht verschied, ein Opfer des politischen Hasses. Ein glänzender Stern, ein Schatz des frischesten Lebens ist mit ihm in's Grab gesunken! Den verschiedensten politischen Interessen hatte er sich immer mit der vollen Lebhaftigkeit seines Geistes gewidmet und war ein eifriger Gegner Aller, die Willkür und Gesetzlosigkeit förderten, anstatt sie zu unterdrücken und für das wahre Wohl des Volkes einzutreten. Immer tapfer, oft keck und heftig, hatte er seine Meinung vertreten, aber immer mit edlem Anstand die Regeln des parlamentarischen Kampfes inne gehalten und gar oft manches Wort der Versöhnung zu den streitenden Parteien gesprochen. Und noch seine letzte Rede in der Paulskirche atmete Versöhnung, Einigkeit und Frieden. Oh, wäre seine Mahnung befolgt worden!





XVIII.

Die österreichische Frage in der Nationalversammlung.

Etwa nach sechsmonatlichem Tagen hatte die Nationalversammlung nach unendlichen Stürmen und heftigen Debatten endlich die Grundrechte des deutschen Volks durchberaten und publiziert, und vier Wochen nach der Ermordung der beiden Abgeordneten, quasi noch unter dem düsteren Eindruck des Septemberaufstandes, die Beratung der sogenannten Reichsverfassung begonnen, wobei es gleich bei den ersten Paragraphen zu den heftigsten Auseinandersetzungen kam. Die Mehrheit im Verfassungsausschusse und auch die maßgebenden Abgeordneten aus Schleswig-Holstein selbst, wollten, daß die Verhältnisse Schleswigs definitiver Anordnung vorbehalten bleiben sollten. Dagegen wollte die Linke, daß Schleswig ohne weiteres zum deutschen Reiche gerechnet und nur die Grenzbestimmung wie bei Posen vorbehalten werde.

Die Abgeordneten Mittermaier und Droysen erstatteten den Ausschußbericht über die Reichsverfassung am 19. Oktober 1848. Auf der Rechten und im Zentrum war die Überzeugung vorherrschend, Deutschland müsse eine Nationalpolitik befolgen und deshalb sich von der österreichischen, — von Österreich selbst lossagen, weil sich dieses mit seinen deutschen Provinzen nicht von den nichtdeutschen trennen wolle. Diese Frage war

der Kernpunkt einer fast achttägigen äußerst heftigen Debatte, nachdem man sich über den ersten Punkt, über den Bestand des deutschen Reichs geeinigt hatte, und der Entwurf des Verfassungsausschusses, wie er vorgeschlagen war, zur Annahme kam.

Derselbe lautete:

„Das deutsche Reich besteht aus den Gebieten des bisherigen deutschen Bundes.

„Die Verhältnisse des Herzogtums Schleswig und die Grenzbestimmungen im Großherzogtum Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten."

Der zweite und folgende Artikel waren der Schlüssel zur ganzen Stellung eines deutschen Reiches, das Verhältnis desselben zu Österreich, denn es wurde darin bestimmt, daß, wenn ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen dasselbe Oberhaupt habe, Verfassung und Verwaltung beider Landesteile durchaus getrennt sein müßten.

In dem Ausschußberichte wurde hierzu hervorgehoben, daß die Erfahrungen während des Bestehens des deutschen Bundes und der Zweck eines Bundesstaats überhaupt keinen Zweifel darüber lassen, daß jede Teilnahme eines Staates, der zugleich Bundesstaat ist und zugleich nichtdeutsche Länder beherrscht, manigfaltige Störungen herbeiführten und hindernd der Erreichung der Bundeszwecke entgegentreten könne. Sehr leicht könne ein solcher Staat wegen seiner außerdeutschen Besitzungen in Kriege verwickelt werden, welche, wenn sie zunächst auch den Bund nicht berührten, dennoch auf denselben wirken, ihn in Feindschaft mit andern Staaten bringen und den Staat zu außerordentlichen Opfern nötigen könnten, welche die Mittel zur Erfüllung seiner Bundespflichten beschränkten. Die Zeit sei gekommen, in welcher diejenigen, welche an der künftigen Verfassung Deutschlands zu bauen berufen seien, sich klar machen müßten, daß Deutschlands Einheit nur durchgeführt werden könne, wenn diejenigen Staaten, welche als Glieder das Reich bildeten, ganz und mit ungeteiltem Interesse Bundesglieder würden. Wenn die Gründung von Deutschlands Einheit nicht selbst den Keim ihrer Vernichtung in sich tragen solle, so müsse das Verhältnis Deutschlands zu Österreich ohne Halbheit klar

so festgestellt werden, daß dieser Staat mit seinen deutschen Landesteilen vollständig und ausschließlich Deutschland angehören solle, dagegen die nichtdeutschen Provinzen dieses Kaiserreichs von der unmittelbaren Zugehörigkeit zum deutschen Staatenbunde ausgeschlossen bleiben müßten.

Die bestrittenen beiden Paragraphen 2 und 3 lauteten:

§ 2. „Kein Teil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein.

§ 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personal-Union zu ordnen."

Zu diesen beiden Paragraphen hatte die Minorität des Ausschusses den Zusatz beantragt:

„Insofern die eigentümlichen Verhältnisse Österreichs die Ausführung dieses § 2 und der daraus abgeleiteten Paragraphen hinsichtlich desselben nicht zulassen, soll die angestrebte Einheit und Macht Deutschlands im größtmöglichen Maße durch den innigsten Anschluß Österreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der österreichischen Regierung erzielt werden.

Die Linke konnte sich weder mit dieser noch mit der Fassung des Majoritäts-Entwurfs einverstanden erklären, und so kam es denn, wie oben erwähnt, zu mehrtägigen, äußerst lebhaften und heftigen, ja oft recht tumultuarischen Erörterungen, bei welchen selbst die österreichischen Abgeordneten nicht immer übereinstimmender Ansicht waren.

Zu der Frage bezüglich des Verhältnisses Österreichs zu Deutschland wurden eine Menge Amendements gestellt, die freilich sich öfters nicht ausschließlich mit dieser Sache beschäftigten, sondern die augenblickliche österreichische Notlage zur Veranlassung hatten und das Interesse der Nationalversammlung hierfür zu gewinnen bezweckten.

In Österreich hatten die Verhältnisse unterdessen freilich eine Wendung genommen, welcher gegenüber notgezwungen auch die Nationalversammlung Stellung nehmen mußte, ganz abgesehen davon, daß sie darum angegangen wurde.

In Ungarn war ein Bürgerkrieg im Anzug; die Kroaten unter ihrem Banus Jellachich lehnten sich gegen das magyarische Übergewicht auf, weigerten sich, der ungarischen Regierung Gehorsam zu leisten und setzten sich gegen Ungarn in Aufruhr. Am 28. September 1848 wurde der kaiserliche Kommissar und Oberkommandant von Ungarn — Graf Lamberg — auf der Pester Brücke ermordet, worauf Jellachich das Oberkommando übernahm, und der ungarische Landtag für aufgelöst erklärt wurde. — Derselbe protestierte gegen die Gewaltmaßregel, blieb aber versammelt und wählte Kossuth zum Präsidenten des Landesverteidigungsausschusses, worauf am 14. April 1849 die Thronentsetzung des Hauses Habsburg-Lothringen und die Unabhängigkeitserklärung Ungarns beschlossen wurde.

Österreich sandte zur Bewältigung des Aufstandes in Ungarn Truppen der Wiener Garnison dahin, was Anlaß gab, daß am 6. Oktober 1848 in Wien eine blutige Revolution entstand, welcher der Kriegsminister Latour zum Opfer fiel. Vorher schon hatte ein kaiserliches Manifest den konstituierenden Reichstag am 22. Juli vertagt und ihn wieder am 15. November nach Kremsier berufen. Hatte diese Maßregel schon bei allen liberal denkenden Männern eine revolutionäre Stimmung erzeugt, so brachten die Nachrichten aus Ungarn und Deutschland dieselbe zum gewalttätigen Ausbruch.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse fand die österreich-deutsche Frage iu der Nationalversammlung ihre lebhafte, oft recht tumultuarische Erörterung, und waren es da vorwiegend die österreichischen Abgeordneten, welche dem Anschluß des Kaiserreichs an Deutschland das Wort redeten.

Der mir von Heidelberg her persönlich näher bekannte Wiesner von Wien führte hierbei aus: „Er kenne nur eine Alternative: Die deutschen Länder Österreichs ganz bei Deutschland — oder ganz in der Gesamtmonarchie, d. h. sie bleiben bei den erblich verbundenen ungarisch-slavisch-italienischen Ländern. — Deutschlands Bau würde leichter sein ohne Österreich, aber er glaube, daß wohl niemand in der Versammlung sei, der nicht den schwierigsten und mühseligsten Bau lieber wolle,

als den leichteren ohne Österreich! Aber Österreich müsse mit uns den schwierigen Bau wollen, denn es sei Deutschland und solle Deutschlands Interesse teilen. Sollte es einmal anders werden, dann würden wir freilich trauernde Millionen deutscher Brüder von uns scheiden sehen; wir würden ihnen auch dann noch freundlich die Hand reichen. Deutschland wolle sich einigen, müsse sich einigen, werde sich einigen, sei es zur Zeit auch ohne Österreich."

Der folgende Redner — v. Würth von Wien — kannte kein Ausscheiden Österreichs; es gehöre zu Deutschland. „Der Gedanke, daß die österreichisch-deutschen Länder dem übrigen Deutschland entfremdet, von ihm ausgeschieden, weggestoßen werden sollten, sei ihm, wie überhaupt den Österreichern, unfaßbar."

Giskra von Mährisch-Trübau hielt eine zweistündige Rede für den Anschluß ganz Österreichs an Deutschland, indem er sich bemühte, dies durch historische Tatsachen zu begründen, und schloß: „Die Einigung ganz Deutschlands ist es ja, was uns belebt, und kein Österreich, kein Preußen, sondern ein einiges Deutschland soll es sein, und es sein und werden, und wenn auch darum alle Kronen ihren Glanz verlören und alle Throne stürzen sollten!"

Rauschender, anhaltender Beifall und der Ruf nach Vertagung folgte dieser Rede.

In der hierauf folgenden nächsten Sitzung (23. Oktober) stellten Venedey und Naumarck Anträge auf Wahrung der Interessen Deutschlands in den gegenwärtigen Zuständen Österreichs, doch erkannte die Nationalversammlung deren Dringlichkeit nicht an.

v. Mayfeld von Wien erinnerte daran, daß der österreichische Minister Doblhoff in dem Wiener Reichstage ein „wahres Wort" gesprochen habe, als er sagte: „Die Politik werde heutzutage nicht auf der Ministerbank gemacht, sondern der Weltgeist mache die Politik." Das Reichsministerium sei aufzufordern, Sorge dafür zu tragen, daß alle in deutsch-österreichischen Landen befindliche Truppen nur den ver-

fassungsmäßigen und gesetzlich verantwortlichen Organen zur Verfügung stehen. Er möchte nicht die Schmach auf sich laden, daß die deutsche Sache in Wien unterläge, während man in Frankfurt die Mittel in den Händen habe, die österreichischen Provinzen zu retten."

Unter sichtlicher Verkennung der wahren Sachlage, des möglichen und unmöglichen Könnens, brachte Berger von Wien den folgenden Antrag ein:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1. „Ihre Mißbilligung auszudrücken, daß die Zentralgewalt im Interesse der deutschen Sache und zur raschen Beendigung des in Österreich ausgebrochenen Bürgerkriegs keine energischen Mittel ergriffen hat;

2. der Zentralgewalt aufzutragen, sie habe den Kaiser von Österreich aufzufordern (!!), daß er sich ungesäumt (!) nach Wien an den Ort der konstitutionellen Gewalten zu begeben habe;

3. der Zentralgewalt aufzugeben, daß sie sofort die Aufhebung der militärischen Zernierung Wiens und den Abmarsch der sämtlichen, um Wien zusammengezogenen Truppenmassen zu verfügen habe;

4. der Zentralgewalt aufzugeben, sie habe die zur eventuellen Beendigung des Bürgerkrieges erforderlichen Reichstruppen unter die Befehle des Wiener Reichstags zu stellen (!!);

5. zu erklären, daß alle von dem Kaiser von Österreich ohne konstitutionelle Kontrasignierung erlassenen Befehle und Verfügungen ungültig und als nicht erlassen anzusehen sind."

Die Rechte und das Zentrum belachten den ohnmächtigen Antrag, während die Linke denselben beklatschte und mit nicht endenwollendem Jubel unterstützte.

In der Begründung seines seltsamen Antrages hob Berger hervor: „Auf der einen Seite stehe der reaktionäre Wiener Hof, gestützt auf die Slaven, und seine materielle Macht sei die Armee unter Windischgrätz und Banus Jellachich; auf der anderen Seite stehe die Sache der Deutschen in Österreich, welche demokratisch sei, — und wenn er (Berger) die Gewißheit hätte, daß die Slaven ihm als Inhalt die Demokratie bieten könnten, würde er sich unbedingt für den slavischen Gesamtstaat erklären, falls Deutschland ihm keinen demokratischen Inhalt gebe."

Somaruga von Wien wetterte gegen die Handlungen Kossuth's, insbesondere gegen dessen Vorgehen gegen Österreich, und nahm sich dagegen mit Wärme des Jellachich an, indem er die gegen ihn gerichtete „Verdächtigung", er sei ein Werkzeug der Wiener Camarilla — der Hofpartei —, entschieden zurückwies. — Wenn Somaruga aber noch hervorhob, daß er an die reaktionären Bestrebungen der Hofpartei — der Camarilla — nicht glaube, sie auch nicht fürchte, so befand er sich doch in großem Irrtum, und die weitere Entwicklung der österreichischen Wirren belehrten ihn hierüber nur zu bald eines andern.

Nachdem alsdann v. Vincke in längerer Rede sich noch mit Schärfe gegen die Bestrebungen der Linken gewendet und das Majoritätsgutachten des Ausschusses unter lebhaftem Beifall der Rechten und des Zentrums befürwortet hatte, ergriff Karl Vogt aus Gießen das Wort zu einer äußerst scharfen, mit vielen witzigen Ausfällen gespickten Rede, in welcher er zunächst die Handlungen des Reichsministeriums, das die Rückkehr zum Polizeistaat anstrebe, geißelte, dann aber, zu den österreichischen Ereignissen übergehend, die Gräueltaten in Wien — eingehend im Sinne der Linken behandelte und ein Schreiben der dortigen Studenten zum Verlesen brachte. Dasselbe lautete:

„An die hohe deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., eventuell an die hohe deutsche Zentralgewalt.

Das Vaterland ist in Gefahr, fremde Kriegerscharen haben unsern deutschen Boden betreten, haben sich vor den Mauern einer deutschen Stadt gelagert und bedrohen dieselbe durch offene Angriffe; sie haben ohne allen Rechtsgrund deutsche Volkswehr entwaffnet; sie haben das deutsche Banner von der Kaiserburg gerissen und mit Füßen getreten. Alles dies ist eine offene empörende Verletzung der Ehre Deutschlands, es ist ein entschiedener Angriff des Gesamtvaterlandes, und wir richten daher in diesem furchtbaren Augenblicke die dringende Aufforderung an die hohe deutsche Zentralgewalt, sie wolle offen und entschieden diese Angriffe als eine tatsächliche Kriegserklärung gegen Deutschland anerkennen, und die deutsche Bundesmacht aufbieten, um dieselben zu bekämpfen.

Wien, am 18. Oktober 1848.

Vom Ausschuß der Studenten in Wien.

C. Hoffer, Vorsitzender Karl Schulhof, Schriftführer."

Die Rechte und das Zentrum nahmen diese an sich recht bedeutungslose Aufforderung mit lautem Lachen auf, was Vogt zu einer scharfen Rüge veranlaßte, worauf er seine lange Rede mit dem Hinweis, daß die Bewegung in Österreich für die Freiheit nur mit der Gewalt der Waffen unterdrückt werde, und besonders gegen die Rechte gewendet, wörtlich also schloß: „Machen Sie nicht, daß auch für Österreich der traurige Spruch wahr werde, der in Deutschland längst wahr gewesen ist, der Spruch des Dichters:

„Es ist in Deutschland keine Stadt,
Kein Dörflein, dessen stille Hut
Nicht einen alten Kirchhof hat,
Darin ein Freiheitsmärt'rer ruht!"

Unter dem lebhaftesten Beifall der Linken hatte Vogt geendet, worauf nach einigen geschäftlichen Erörterungen

Venedey von Köln die Tribüne erstieg und in geschichtlichen Rückblicken hervorhob, daß Ruhe und Ordnung erst in der Freiheit und Einheit Deutschlands begründet seien. Wohl wären auch Ruhe und Ordnung die Worte gewesen, mit denen man Deutschland ein Jahrhundert geknechtet habe; zu verhüten sei, daß es die Worte würden, mit denen man uns die Früchte der Revolution entreißt. Wir wollen nicht nur Ruhe und Ordnung, wir wollen auch die Freiheit und Einheit in Österreich sichern, wir wollen die deutsche Sache vor allem!" Die Rechte des Volks seien in Österreich gefährdet; er müsse bedauern, wenn er nicht das unbedingte Vertrauen auf das Ministerium setzen könne, daß es diese Rechte ganz und gar in unserem Sinne schützen würde. Er könne dies aber keineswegs vollkommen, wenn er in der letzten Sitzung hier auf der Tribüne von einem Mitgliede des Ministeriums habe sagen hören müssen, daß wir die deutsche Frage in Österreich an der Zustimmung einer Camarilla anhängen sollten, die in diesem Augenblicke den Kampf gegen Deutschland in Österreich selbst führe. Es entscheide sich die Frage, ob Österreich in Wien, und ebenso auch die Frage, ob Deutschland deutsch sein werde, denn „wahrlich, wenn Sie nicht imstande wären, Österreich bei Deutschland zu

behalten, so würden Sie nie und nimmer imstande sein, Deutschland zu schützen gegen Feinde, die von allen Seiten aufstehen werden, sobald es kräftig, mächtig und gewaltig sich in die der Tat zu erheben versuchen wird.“ (Lebhafter Beifall bei der Linken.)

Der gute Venedey! In welchem gewaltigen Irrtum befand er sich! Wann hat Österreich — das Haus Habsburg! — für rein deutsche Interessen etwas getan? — Mit Österreich, das Deutschland vielfach in Not und politischer Ohnmacht gelassen, würde Deutschland nie zu Ansehen, nie zu seiner heutigen Machtstellung gelangt sein; wer daran Zweifel hegt, der möge sich nur die traurige Vergangenheit unter österreichischem Einfluß vergegenwärtigen, und Venedey blieb selbst noch nach 1866 auf seinem einseitigen Standpunkte von der Paulskirche her, und die Siege von 1870 waren ihm nicht volkstümlich genug, die großartige Vereinigung aller deutschen Volksstämme hat er leider nicht mehr erlebt — er starb schon am 8. Februar 1871 — vielleicht wäre er doch noch anderer Ansicht geworden.

In derselben Sitzung vom 23. Oktober hielt auch Bassermann aus Mannheim eine bedeutungsvolle Rede, indem er in scharfer, treffender Auseinandersetzung an der Hand der vorliegenden Tatsachen gegen die Ausführungen Vogts und Venedeys, von der Linken wiederholt stürmisch unterbrochen, sprach. Bassermann führte aus, daß der Streit der Kroaten und Magyaren und die Bewegung in Österreich, ob sie eine deutsche oder eine slavische sei, nicht einseitig behandelt werden dürfte. Es sei Tatsache, daß die Magyaren im ungarischen Reiche die Minderzahl bildeten gegenüber den Deutschen, den Kroaten und anderen Völkern; man könne daher die Kroaten nicht von vornherein verdammen und als Freiheitsmörder brandmarken, wenn sie sich die Herrschaft der Minderheit nicht länger gefallen lassen wollte. Die Inhumanität der Ungarn habe den Bürgerkrieg hervorgerufen und bedrohe die wahre demokratische Freiheit. Die revolutionäre Bewegung in Österreich habe ihren Anfang aus der Widersetzlichkeit eines Bataillons genommen, und sei zu mörderischen Gewalttaten und Diebstählen ausgeartet. Die Ungarn

hätten sowenig Sympathie für Deutschland als die Polen für dieses, und nichts spreche dafür, daß der Wiener Aufstand für Deutschlands Interesse unternommen sei. Wenn man sich vergegenwärtige, daß am ersten Tage der sogenannten „glorreichen Erhebung“ schon die Weinkeller gewaltsam erbrochen und die Warenlager geplündert wurden, da bekomme man doch einiges Bedenken, daß die Bewegung eine deutsche sei, und man frage sich, ob Deutschland ein Interesse habe, die Bewegung für sich zu vendicieren, ob nicht die Erhebung ein unnötiges verbrecherisches Unternehmen sei. Und wer freue sich am meisten über diese „glorreiche Erhebung“? Gleich nach Empfang der Nachrichten von Wien habe man in Turin neue Hoffnung geschöpft und frohlockt und sich bereit gefunden, auf's neue gegen die deutschen Waffen zu ziehen. Auch sei es bekannt, daß sich der „nordische Koloß“ bereit erklärt habe, die „glorreiche“ Bewegung zu benutzen und in Deutschland zu intervenieren, was selbstverständlich nie und nimmer die Billigung der Nationalversammlung finden könnte. Wenn sich aber die Ungarn, die Piomontesen, die Franzosen und Russen freuten über diese „glorreiche Erhebung“, dann sei doch sehr zu bedenken, ob wir Deutsche uns darüber freuen könnten, denn wenn Deutschland die ihm gebührende Achtung wieder erlangen solle, dann dürften solche Erhebungen nicht wieder vorkommen, dann müsse im Lande Ruhe und Frieden herrschen, und wenn dies Herr Vogt mit dem Ausdruck „Polizeien“ bezeichne, so sei er (Bassermann) doch der Ansicht, daß die Polizei, welche im Innern den Bruderkrieg und die Anarchie verhindere, und uns von der inneren Schwäche heile, um nach Außen endlich stärker zu werden, daß diese Polizei sich um das Vaterland verdient mache!

Während die Linke ihr lautes Mißfallen an den Tag legte, betätigten die Rechte und das Zentrum ihren lebhaften Beifall den Bassermann'schen Ausführungen. Nunmehr kam der Antrag der Mehrheit des Ausschusses in der betreffenden Sache zur namentlichen Abstimmung:

„Die Nationalversammlung möge beschließen:

1. Die von der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland verfügte Abordnung von Kommissären nach Wien, in welcher die Nationalver-

sammlung sowohl ein Mittel zur Abwehr des Bürgerkrieges und zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung als auch gleichzeitig eine Gewähr der Sicherung der Interessen Deutschlands wahrnimmt, gutzuheißen;

2. Das Reichsministerium aufzufordern, nach Maßgabe der von den Kommissären eingehenden Berichte sogleich die weiter erforderlichen Schritte zu tun, insbesondere aber mit aller Entschiedenheit je zum Schutze etwa in Frage gestellter Interessen Deutschlands notwendigen Maßregeln zu ergreifen und über dieselben der Nationalversammlung Mitteilung zu machen."

Dieser Antrag der Majorität des Ausschusses wurde mit 250 gegen 166 Stimmen angenommen.

In der folgenden Sitzung der Nationalversammlung — am 24. Oktober — ging es wieder bei der Beratung der Paragraphen 2 und 3 der Reichsverfassung recht lebhaft zu, und waren es besonders die österreichischen Abgeordneten, welche teils für teils gegen die Aufnahme des gesamten Österreichs in den deutschen Staatenbund sprachen.

Nach erregten stundenlangen Rede kam Wagner von Steyr zu dem Schluß: „Deutschland brauche Österreich und Österreich Deutschland! unter keiner Bedingung aber dürfe man Deutsch-Österreich fallen lassen; Deutsch-Österreich gehöre zu Deutschland, wie jeder andere Teil."

Diesen Ausführungen trat v. Vincke in längerer Rede entgegen, indem er den Gedanken ventilierte, daß die Gleichberechtigung der verschiedenen Nationen in dem österreichischen Kaiserstaate nicht durchführbar sei und es nicht angehe, daß ein Teil des einen Bundesstaates zugleich auch ein Teil des andern Bundesstaates sei. Und wenn auch aus der Gleichberechtigung der verschiedenen Nationalitäten die Personalunion hervorginge, so würde diese Personalunion Deutschland nichts nützen, im Gegenteil, überall ein Hemmschuh in unserer freiheitlichen und nationalen Entwicklung sein. Vincke schloß: „Wir wollen einen Bau gründen, der Deutschland groß und mächtig macht, der ihm seinen alten Ruhm sichern soll an der Spitze der Staaten von Europa! Wir wollen alle Küsten wieder gewinnen an den

Meeren, worin unsere Ströme münden und unsere Flaggen wehen lassen auf der weiten See! Aber das können, das wollen wir nur im engsten Bunde mit Österreich. Diesen Bund, wir wollen ihn errichten, nicht mit der Unbedachtsamkeit des Jünglings, der seinen Jugendtraum träumt, sondern wie es Deutschen geziemt, mit dem besonnenen Ernst des Mannes!"

Schneider aus Wien sprach hierauf für den Anschluß sämtlicher Völkerschaften Österreichs an Deutschland. Man spreche von einem „Stock-Preußen", es gäbe aber auch ein „Stock-Österreicher", der wie jener für sein Vaterland schwärme! Eine tausendjährige Geschichte hätte Österreichs Völker gemacht, in hundert und hundert Schlachten hätte es siegreich gekämpft, mehr als einmal Europa von Überflutungen asiatischer Barbaren bewahrt, und dieses Österreich sollte aufgegeben werden? Österreichs Völker hätten aber keinen Vorteil von all diesen Siegen gehabt.

An einen gänzlichen Ausschluß Österreichs denke wohl niemand in der Nationalversammlung, wenn aber Deutschland in einen Staatenbund mit Österreich trete, würde wohl schwerlich eine deutsche Politik im eigentlichen Sinne des Wortes möglich sein. Eine deutsch-nationale, großartige Politik wäre dann ein Unding.

Er (Schneider) sei kein Freund der österreichischen Regierung, denn sie verfolge eine Politik, die den Deutschen in Österreich nichts frommen könne, wenn aber gesagt werde, wie dies Abgeordneter Eisenmann von Würzburg getan habe, es könne nur für Deutschland Ehre und Vorteil erwachsen, wenn der Einfluß Deutschlands, wie er durch Österreich in Italien geübt werde, vernichtet werde, so müsse er eine solche Beschuldigung mit Entschiedenheit zurückweisen, denn gerade die deutsche Regierung Österreichs habe Italiens Handel und Industrie belebt, Kultur und Gesittung verbreitet. Als am 15. Mai sich die Wiener erhoben hätten gegen eine Konstitution, die durch eine eigentümliche Zusammensetzung der ersten Kammer die zweite zur Nullität verurteilte, da sei der Sieg der Demokratie in Österreich nicht nur ein Sieg der Freiheit, sondern auch der deutschen Einheit gewesen.

Uhland hatte den Antrag gestellt, „die §§ 2 und 3 des Entwurfs von der zweiten Beratung auszunehmen, unbeschadet der Aufnahme in die Reichsverfassung, sogleich zum definitiven Beschluß zu erheben," hatte aber damit kein Glück, so großen Beifall auch seine längere, mitunter recht witzige Rede fand. Er sprach im Sinne der österreichischen Abgeordneten und in einer Logik, die mich damals in großes Erstaunen setzte, weil seine Ausführungen nicht in allem den historischen Tatsachen entsprachen. „Österreich habe den großen providentiellen Beruf", so führte Uhland aus, „nach dem Osten hin mächtig zu sein, nach dem Osten Aufklärung und Gesittung zu tragen. Aber wie könne das deutsche Österreich Macht üben, wenn es selbst überwältigt sei? Wie könne es leuchten und aufklären, wenn es zugedeckt und verdunkelt sei? Möge immerhin Österreich den Beruf haben, eine Laterne für den Osten zu sein, es habe einen näheren, höheren Beruf, eine Pulsader zu sein im Herzen Deutschlands!" Lebhafter Beifall auf allen Seiten, worauf Uhland mit gehobener Stimme fortfährt: „Österreich sei mit uns gewesen im deutschen Bunde, wie auf ihm selbst habe auf uns, auf allen Zuckungen der Freiheit in den einzelnen deutschen Staaten der Druck der österreichischen Diplomatik gelastet; wir hätten dennoch Österreich nicht losgelassen, weil wir gewußt hätten, was wir ihm verdankten (?), aber jetzt sollte Österreich von uns losgerissen werden?; — jetzt, wo es eben, wie ein Adler, mit den frischen Wunden der März- und Maikämpfe zu uns herangetreten sei, um den neuen Bund der Freiheit zu schließen? Österreich müsse mit uns sein und bleiben in der neuen politischen Paulskirche! Die Reichsgewalt habe Kommissäre nach Österreich geschickt, um die dortigen Kämpfe zu versöhnen, um die deutschen Interessen zu wahren, aber wenn die deutschen Interessen gewahrt sein sollten, so müßten die Kommissäre des Reichs auch wissen, welches die Stellung sei, welche die gesetzgebende Gewalt Deutschlands sich geben wolle zu den deutsch-österreichischen Staaten. Diplomatische Verhandlungen seien gefährlich, wenn sie keine festen Grundlagen hätten!" Uhland wandte sich dann noch gegen den

Antrag von Rösler von Oels, welcher verlangte, „daß kein Ausländer als Beamter angestellt werden könne, außer mit Zustimmung der Volksvertretung des betreffenden Staates.

Nachdem noch mehrere Redner über das Für und Gegen gesprochen, erörterte Mareck von Graz in längeren Ausführungen, daß Österreich nicht mehr ein Gesamtstaat bleiben könne. Österreich sei, wie Fürst Metternich ganz richtig gesagt habe, „ein aus verschiedenen Teilen zusammengefügtes, zusammengeleimtes Ganze, und wenn die Wogen der Konstitution über Österreich hereinbrechen würden, so gehe alles aus dem Leim.“ (!) Das sei die richtige Bezeichnung der österreichischen Zustände. Nur die Sprache allein sei das stärkste Band der Nationen; ganz Deutschland müsse in einer kräftigen Konstitution vereinigt sein.

So zog sich die Debatte über diese Frage mehrere Tage hin, ohne mehr zu bieten als Modifikationen und Modifikationen, und sich in Aufschub und Ausnahmen zu gefallen, bis dann endlich Heinrich v. Gagern zu guterletzt trotz heftig verlangtem Schluß von seiten der Linken, die Tribüne betrat und wieder eine seiner bedeutungsvollen Reden hielt, deren Hauptpunkte ich mir damals auf's gewissenhafteste notiert hatte und danach lautete:

„Das deutsche Volk wäre in Erniedrigung gesunken gewesen, und nun suchten die berufenen Vertreter des Volks nach den Mitteln, es wieder zu erheben, und um es vor abermaligem Falle zu sichern, wollten sie diese Mittel zu Grundsätzen der künftigen Verfassung formulieren. Es sei natürlich, daß man sich zunächst frage, welches in den bisherigen Zuständen hauptsächlich die Gründe jener Erniedrigung und welches die Hindernisse gewesen seien, die es verschuldeten, daß unser Volk nicht zu der Macht aufsteigen konnte, welche ihm gebührte? Unter diesen Gründen sei obenan gestanden das Verhältnis der gemischten Staaten, jenes Verhältnis, wonach unter einem Oberhaupte deutsche und nichtdeutsche Staaten unter einer Regierung zu einer Staatseinheit vereinigt waren. Die Lösung dieses Verhältnisses sei die erste große Schwierigkeit, welche bei Beratung der Reichsverfassung, auf welche das Volk mit Ungeduld harre, entgegentrete. Die Frage, ob das deutsche Land das Nebenland sei, welches mit einem nichtdeutschen Hauptland verbunden, oder ob das deutsche Land das Hauptland sei, zu dem nichtdeutsche Länder als Nebenländer gehörten, stehe zur Entscheidung. Das erstere Verhältnis sei Ursache gewesen, daß wir selbst von mindermächtigen Nationen mißachtet und in unseren Interessen gekränkt

wurden. Als Beispiele erinnere er nur an die Erfahrungen, welche Deutschland bei Luxemburg und Limburg gegenüber Holland, und mit Holstein bei Dämemark gemacht habe. Diese Zustände müßten gelöst, ein für allemal beseitigt werden. Preußen gegenüber sei das Verhältnis ein anderes als bei Österreich. Es möge zweifelhaft erscheinen, was bei der Zusammensetzung des österreichischen Staatenkomplexes der nationale Hauptbestandteil sei; das aber wäre nicht zweifelhaft, daß wenn auch das deutsche Element der Zahl der Bevölkerung nach in der Minorität, es doch das einflußreichste in dieser Monarchie sei und auch noch mehr werden müsse. Aus diesem Grunde könne er (Gagern) nicht die Ansicht teilen, welche dahin gehe, daß für Österreich ein Zwang herbeigeführt werde, von den Staaten, die bisher mit ihm zur Staatseinheit verbunden waren, sich staatlich zu trennen, dadurch die Gesamtmonarchie aufzulösen. Um diese Trennung des Deutsch-Österreich von dem nichtdeutschen, um die Auflösung der österreichischen Gesamtmonarchie würde es sich handeln bei der Verwirklichung der §§ 2 und 3. Und aus diesem Grunde müsse er sich gegen deren Annahme aussprechen.

In bundesgenossenschaftlichem Geiste würde man aber handeln, wenn man dazu beitragen würde, die Überzeugung zu betätigen, daß die österreichische Gesamtmonarchie, deren Fortbestand in staatlicher Einheit ebenso sehr im Interesse des Gesamtvaterlandes liege, fortbestehen würde, durch die Freiheit gekräftigt, ein mächtiges Reich, eng verbunden mit Deutschland zu der großen nationalen Aufgabe. In diesem Sinne müßte gehandelt werden, oder die Nationalversammlung tue nicht die Pflicht eines guten Nachbars, vielweniger noch die eines volkstümlich Verbündeten. Die vornehmste Verpflichtung sei, daß die Hoffnung und Berechtigung der Völker auf Frieden bei gesicherter Freiheit nicht getäuscht werde durch eine Aussaat neuer Revolutionen, wie sie in solchen, durch die §§ 2 und 3 entstehenden chaotischen Verhältnissen liegen würden. Das würde bezüglich derjenigen außerdeutschen Provinzen Österreichs gelten, die den Anspruch noch gar nicht gemacht hätten, selbständige Staaten zu werden, wie dies von Dalmatien und dem Küstenland, von Kroatien und selbst von Galizien gelte. Die Frage sei bei eingehender Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse: Ist es mehr im Interesse Deutschlands, daß das gesamte Deutschland sich nur so gestalte, eine so laxe Einheit eingehe, daß Österreich, ohne zur Trennung der Staatseinheit seiner deutschen mit den nichtdeutschen Provinzen genötigt zu werden, unter gleichen Verhältnissen wie die übrigen deutschen Staaten dem Reich angehören kann; oder ist es nicht im Gesamtinteresse der Nation, sowohl Österreichs, als des übrigen Deutschlands, daß wenigstens das übrige Deutschland sich fester an einander anschließe, auch wenn Österreich wegen seiner außerdeutschen Provinzen unter gleichen Bedingungen in diesen engsten Bund nicht eintreten kann,

dabei aber nichtsdestoweniger ein enges Bundesverhältnis zwischen Österreich und dem übrigen Deutschland aufrecht erhalten werde? Die Begriffe von Bundesstaat für das eine, Staatenbund für das andere seien unbestimmte; es könnten auch Bundesverhältnisse gedacht werden, die zwischen beiden in der Mitte liegen und die Übergänge bildeten. Ein Hindernis der seither vermißten Einheit in Deutschland sei der Mangel an gemeinschaftlichen Interessen, und man habe absichtlich dieselben auseinandergehalten, um den Partikularismus bis zum äußersten zu treiben. Von dem Augenblick an, da gemeinschaftliche nationale Interessen einen großen Teil Deutschlands vereinigt habe, die Möglichkeit einer separaten Politik unter diesen näher verbundenen Staaten ausgeschlossen, von dem Beginn und der Entwicklung des Zollvereins an, habe sich das Bedürfnis und das Bewußtsein der Einheit in erhöhtem Maße entwickelt. Daher seien vor allem die materiellen Interessen in's Auge zu fassen, die Möglichkeit ihrer Verschmelzung zwischen dem übrigen Deutschland und Österreich. Auf diesem Wege würde man Österreich mit Deutschland verbinden können, ohne es nötigen zu müssen, seine deutschen Provinzen von den nichtdeutschen zu trennen. Die Österreicher wollten mit Deutschland sein, aber auch Österreich erhalten wissen; diese beiden Verbindungen möglich machen. Wir aber dürften dabei für das übrige Deutschland die so gebotene, so unerläßliche Aufgabe nicht hintansetzen, die Einheit zu begründen im Bundesstaat, während Österreich mit und neben uns seine Weltstellung erhalten würde. — Schließlich sprach sich Gagern für ein nicht weiteres Hinausschieben der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Österreich und dem übrigen Deutschland aus und betonte, daß Österreich in den engeren Bundesstaat, den das übrige Deutschland wolle, vorerst nicht eintreten könne, einesteils, weil die Mehrheit der Österreicher die Bedingung dieses Eintritts in den engeren Bundesstaat, die staatliche Trennung der deutschen Provinzen von den nichtdeutschen, nicht wolle, andernteils weil diese Trennung und die Auflösung der österreichischen Monarchie und das Aufgeben ihres weltgeschichtlichen, nun im engsten Bunde mit Deutschland zu erfüllenden Berufes ebensowenig im deutschen National-Interesse liege.

Gagern stellte daher folgenden Antrag:

„Österreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschland in dem beständigen unauflöslichen Bunde.

Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältnis, welche die veränderten Umstände nötig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundes-Akta."

Man hätte nach diesem Antrage offenbar als Schlußfolge der schon mehrtägigen eingehenden Beratung über die

§§ 2 und 3, und der österreichischen verworrenen, besonderen Verhältnisse annehmen sollen, daß man nunmehr des grausigen Spiels genug habe und zu einer Abstimmung hätte kommen können; das wäre freilich gegen die seitherige, hinschleppende Gepflogenheit der Abgeordneten, namentlich derer von der Linken, gewesen, und so wurde denn mit starker Mehrheit beschlossen, daß auch in der folgenden Sitzung — am 27. Oktober — in der Diskussion über das Verhältnis Österreichs zu Deutschland fortgefahren werden solle.

In derselben eröffnete Riehl von Zwettl das Redner-Turnier und erklärte, daß die Deutschen in Österreich darauf bestehen müßten, daß die §§ 2 und 3 in der Fassung des Entwurfs angenommen würden und schloß seine lange Rede mit den Worten:

„Wenn Sie eine Vereinigung Österreichs mit Deutschland blos auf dem Wege des völkerrechtlichen Bundes für möglich halten, wenn Sie es bloß auf diesem Wege wollen (Bewegung, Unruhe!), so mögen Sie es sogleich und bestimmt aussprechen; — sagen Sie dann lieber gleich, daß Deutschland aufgehe in Preußen, das scheint mir dann der wahre Sinn des neuen Bundes ohne Österreich zu sein; ohne Österreich kein einiges Deutschland — aber nie einiges Preußen.“ (Lebhafter Beifall auf der Linken.)

Beim Anhören der Riehl'schen Rede und dem obigen Schlußsatze derselben, mußte ich mich doch fragen, was Österreich denn jemals für Deutschland getan hat, und wohin wir gekommen wären, wenn wir dem Einflusse der österreichischen Staatswirtschaft noch fernerhin unterliegen würden, anstatt sich an Preußen anzuschließen, das geschichtlich nachweislich durch Jahrhunderte hindurch der deutschen Sache gedient hatte. Österreich wird als Gesamtstaat niemals eine Einheit in sich schaffen können, wie wir sie in Deutschland gebrauchen, und wie wir solche unter Preußens Führung einmal verlangen können.

So schrieb ich damals — am 27. Oktober 1848 — zu meinen parlamentarischen Tagesnotizen, und die Zukunft hat uns belehrt, daß meine damalige Schlußfolgerung keine irrige war.

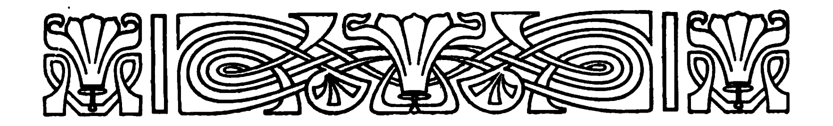
Es folgten nun der Riehl'schen Rede wieder mehrere neue Anträge und Redner, die für und gegen die Fassung der §§ 2 und 3 sprachen; besonders waren es wieder die österreichischen Abgeordneten, welche sich lebhaft ins Zeug legten, schließlich aber doch durch den endlichen Schluß der Diskussion an weiteren Ausführungen gehindert wurden.

v. Mayfeld von Wien hatte sich noch dahin ausgesprochen, „daß deutsche Länder mit nichtdeutschen Ländern nur in der Art zu einem Staate verbunden sein dürften, daß die für ganz Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmungen in solchen deutschen Ländern durch ihren Verband mit nichtdeutschen Ländern durchaus keine Modifikation erleiden dürften."

Doch hatte v. Mayfeld damit kein Glück bei der nun einmal herrschenden Strömung, die sich mehr dem Gagern'schen Vorschlage zuneigte, welcher dennoch keine Mehrheit erlangte, sodaß schließlich bei namentlicher Abstimmung der Antrag des Verfassungs-Ausschusses § 2 mit 340 gegen 76 Stimmen, und § 3 mit 316 gegen 90 Stimmen angenommen wurde, — ein Resultat, welches mit lebhaftem Bravo und Beifallklatschen aufgenommen wurde.

Mit „Nein" stimmte unter andern auch Bassermann, Heinrich v. Gagern, Jordan-Berlin, v. Ketteler (späterer Bischof von Mainz), Reichensperger-Trier.





XIX.

Die Wiener Revolution und das Ende Robert Blums.

Die Wiener Ereignisse gaben der Nationalversammlung in Frankfurt wieder Anlaß zu den lebhaftesten Erörterungen; namentlich war man unzufrieden mit der soweitigen Wirksamkeit der am 13. Oktober nach Österreich gesandten Reichskommissäre. Es wurde daher der Antrag gestellt, daß das Reichsministerium sofort die nötigen Befehle zu erlassen habe, daß der Belagerungszustand in Wien aufgehoben und sämtliche Truppen aus der Nähe der Stadt entfernt würden.

Ferner:

„Daß das Reichsministerium auf's schleunigste Reichstruppen aufbieten und erforderlichenfalls einschreiten zu lassen habe (!), damit Wien befreit, das Ansehen des österreichischen Reichstags aufrecht erhalten, und die gesetzliche Ordnung und Freiheit wiederhergestellt werde."

Doch fand man beide Anträge nicht dringend genug, und so wurden sie zurückgestellt, um in der Sitzung vom 3. November nochmals zu erscheinen. In derselben Sitzung wurde auch der Antrag gestellt, „daß inanbetracht die Reichskommissäre versäumt hätten, den Banus Jellachich aufzufordern, sogleich mit seinen Scharen das deutsche Reichsgebiet zu räumen, die Nationalversammlung beschließen möge, diese Reichskommissäre zurückzube-

rufen, und solche durch kräftigere, die Ehre und Interessen Deutschlands besser wahrende Männer zu ersetzen."

Venedey von Köln erstattete den Bericht des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten, welcher wieder einen Sturm der heftigsten Reden von links und rechts entfesselte und Karl Vogt in seinen Schlußworten an den Ausspruch des nordamerikanischen Freiheitshelden, des „weisen Franklin": „Der Weg zur Freiheit geht durch Blut", erinnerte.

Nach endloser Diskussion über die Vorlage der verschiedensten Anträge und Abänderungen kam endlich der Antrag des Ausschusses zur Annahme, welcher lautete:

„Die hohe Versammlung möge das Reichsministerium auffordern, alle mögliche und nachträgliche Sorge dafür zu tragen:

1. Daß die Reichskommissäre das Ansehen und die Anerkennung der deutschen Zentralgewalt überall kräftig zur vollen Geltung zu bringen sich angelegen sein lassen;

2. daß sie die Interessen Deutschlands in Österreich überall zu schützen suchen;

3. daß sie ihren vollen Einfluß aufbieten, die fernere Entwicklung der österreichischen Wirren auf friedlichem und unblutigem Wege herbeizuführen;

4. daß sie endlich, wie diese Entwicklung auch ausfallen möge, die in den Monaten März und Mai zugestandenen Rechte und Freiheiten der österreichisch-deutschen Völker gegen alle Angriffe in Schutz nehmen."

Diesem ohnmächtigen Beschlusse gegenüber, der „nicht gehauen und nicht gestochen", wie sich damals ein Abgeordneter der Paulskirche ausdrückte, kam ein bestimmterer, tatkräftigerer Antrag zur Vorlage — von Bauernschmid aus Wien —, welcher dahin ging:

„Den Fürsten Windischgrätz in Anklagezustand zu setzen, (!) wegen rechtswidriger und ungesetzlicher Aufhebung der konstitutionellen und allgemeinen Bürger- und Menschenrechte der Wiener Bevölkerung und wegen Widersetzlichkeit (!) gegen die Anordnung der Zentralgewalt, außerdem alle, welche den Fürsten Windischgrätz zu einer solchen Maßregel autorisiert hatten, ebenfalls anzuklagen."

Selbstverständlich kam dieser machtlose Antrag nicht zur Annahme, aber er charakterisierte deutlich genug die ohnmächtige

Teilnahme der Nationalversammlung an dem Verfall der Wiener Erhebung und insbesondere ihrem immer mehr schwindenden Einfluß auf die Entwicklung der politischen Ereignisse.

Der kaiserliche Hof befand sich zurzeit in Olmütz, und die vom Reichsministerium nach Österreich gesandten Reichskommissäre Welcker und Mosle bemühten sich dort vergeblich im Sinne der Nationalversammlung etwas erreichen zu können. Das gab wieder in der Sitzung vom 6. November Veranlassung zu den heftigsten Erörterungen und Interpellationen der schärfsten Art.

Reichsminister v. Schmerling beantwortete diese Interpellationen in einer allseits unbefriedigt aufgenommenen Weise, indem er referierte, daß vonseiten der Reichskommissäre eine Depesche eingegangen sei über den ersten Angriff des Fürsten Windischgrätz, über die erste Kapitulation, die formell abgeschlossen worden sei, und über den Bruch einer Kapitulation vonseiten einer Partei in Wien, nachdem sie glaubte, daß durch das Herannahen der Ungarn eine günstigere Lage der Dinge für sie eintreten würde. „Übrigens habe das österreichische Ministerium den Reichskommissären die erneute bestimmteste offizielle Erklärung gegeben, daß die bestimmtesten Befehle ergangen seien, und es die bestimmteste Absicht der Regierung sei, in keiner Weise irgend eine weitere Beschränkung der Freiheit eintreten zu lassen, als die notwendig erkannt werde, um der in Wien herrschenden Anarchie entgegenzutreten."

Das war der Linken alles nicht nach Wunsch, auch setzte sie Zweifel darein, daß der Hergang in Wien sich nach der Darstellung des Reichsministeriums abwickelte. Nachdem ein Antrag Bergers, wonach die Nationalversammlung aussprechen sollte, „die Stadt Wien habe sich durch ihre letzte Erhebung um das Vaterland verdient gemacht", gefallen war, beschloß die linke Seite der Paulskirche, von sich aus eine Deputation nach Wien zu senden, um die Erklärung ihrer Sympathie mit der Wiener Revolution auszusprechen. Die beiden Fraktionen der Linken vereinigten sich zu diesem Zwecke, und wurden Robert Blum und Fröbel dazu gewählt, um eine kurze Adresse in obigem

Sinne nach Wien zu bringen. Zwei andere Abgeordnete — Hartmann und Trampusch — hatten sich dieser Deputation angeschlossen.

In der Sitzung vom 14. November kam die Nachricht, daß am 9. ds. Mts., morgens 7 Uhr, der Abgeordnete für Leipzig, Robert Blum, in der Brigittenau beim Jägerhause standrechtlich erschossen worden sei — eine Nachricht, die selbstverständlich in der Nationalversammlung ungeheuere Aufregung veranlaßte. Im Reichsministerium hatte man hierüber noch keine Mitteilung, noch keine Bestätigung erhalten, sodaß der Reichsminister der Justiz, Robert v. Mohl, auf eine dieserhalb an ihn gerichtete dringende Interpellation außer Stand war, sogleich antworten zu können.

Sobald die Nachricht von der Verhaftung Robert Blums und Fröbels bei dem Reichsministerium eingetroffen, — am 8. November — war von demselben sofort ein Erlaß nach Österreich ergangen, wonach bezüglich dieser beiden Abgeordneten nach dem Gesetze vom 10. Oktober das Verfahren einzutreten habe. Leider war Robert Blum bei Eintreffen dieses Erlasses in Wien bereits Tags vorher ein Opfer des Standrechts geworden.

Bei dieser gelegentlichen Auseinandersetzung in der Nationalversammlung vom 17. November erklärte der stets der österreichischen Regierung entgegenkommende Reichsminister v. Schmerling, daß die beiden Abgeordneten auch ohne offizielle Kenntnis des Ministeriums, lediglich nur auf Veranlassung einer Fraktion, quasi auf eigne Faust nach Wien gegangen seien, und so sehr er das tragische Schicksal des Abgeordneten Blum bedaure, so sei bei ihm doch nur in Erfüllung gegangen, daß, wer sich leichtsinnig in Gefahr begibt, der komme in ihr um! Diese kalte, herzlose Erwägung, so rücksichtslos ausgesprochen, hatte einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, während auf der Rechten vereinzelte Bravos erklangen und der rechte Flügel des Zentrums sich jeder Äußerung enthielt. Mag ihnen doch wohl das herzlose Verhalten der Linken in Erinnerung gekommen sein, als die Meuchelmorde ihrer beiden Gesinnungsgenossen,

Auerswald und Lichnowsky, bekannt wurden. Damals — es waren kaum acht Wochen her — hörte man ja auch auf der Linken die letzten Worte des Reichsministers in gleichem Zusammenhang, daß die Bedauernswerten hätten zuhause bleiben sollen. Und wie ganz anders lagen diesmal die Verhältnisse! Damals ein scheußlicher Überfall wehrloser, unbewaffneter Männer, diesmal der gesetzlich begründete standrechtliche Vollzug gegen einen „Rebellen", der auf den Barrikaden gegen die Obrigkeit gekämpft hatte! Und was hatte Robert Blum als Abgeordneter der Nationalversammlung in Wien auf den Barrikaden zu schaffen? Dafür hatte ihn doch wahrlich Leipzig nicht nach Frankfurt gesandt!

Schließlich beschloß die Nationalversammlung noch in der Sitzung vom 14. November, daß das Reichsministerium unmittelbar einschreite und die erforderlichen Maßregeln treffe, „daß der verheißene Schutz des Ansehens der Gesetze und der persönlichen Freiheit, insbesondere in Ansehung der gesetzwidrigen Assentierungen,*) dann Nachsuchungen und Verhaftungen mißliebiger Personen in Deutsch-Österreich zur Wahrheit werde."

Am 16. November faßte die Nationalversammlung den gleichfalls nutzlosen Beschluß nahezu einstimmig:

> „Die Nationalversammlung, indem sie vor den Augen von ganz Deutschland gegen die mit Außerachtlassung des Reichsgesetzes vom 30. September lfd. Js. vollzogene Verhaftung und Tötung des Abgeordneten Robert Blum feierlich Verwahrung eingelegt, fordert das Reichsministerium auf, mit allem Nachdruck Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren und mittelbaren Schuldtragenden zur Verantwortung und Strafe zu ziehen."

Bedeutung und Ansehen der Nationalversammlung waren aber bereits soweit herabgesunken, daß man diesem obigen Beschlusse in Wien auch nicht den geringsten Wert beilegte und der Reichsminister Schmerling hatte, gleich dem Reichsverweser — Erzherzog Johann — keine Lust, den österreichischen Wirren noch Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

---

*) Das ist nach österreichischem Sprachgebrauch die „Militärabstellung".

In der Sitzung vom 18. November erstattete der abends vorher von Wien zurückgekehrte Abgeordnete Fröbel von Reuß, von der Linken und dem linken Zentrum lebhaft begrüßt, Bericht über seine und Robert Blums Erlebnisse in Wien, welchem ich Nachfolgendes entnahm:

Am 13. Oktober war die von der Linken gewählte Deputation von Frankfurt abgereist und am 17. d. Mts. in Wien angekommen, wo sie die betreffenden Adressen sofort dem permanenten Ausschusse des Reichstages, dem Oberkommando, dem Gemeinderat und dem Studentenausschusse mitteilten. Nachdem Robert Blum und Fröbel die Tage bis zum 19. Oktober dazu verwendet hatten, den Auftrag der Frankfurter Linken zu vollziehen, waren sie bereit, am 20. wieder abzureisen. Blum hatte sich zu diesem Behufe beim sächsischen Gesandten einen Paß verschafft, während man dies Fröbel verweigerte, da er kein sächsischer Untertan sei. Fröbel verschaffte sich dann beim Oberkommando einen Passierschein, der auf drei Tage lautete. Da man aber nach verschiedenen Vorkommnissen allgemein der Ansicht war, daß ohne Mißhandlung durch das Heer nicht durchzukommen sei, so verzögerte sich die Abreise. Da wurden am 26. Blum und Fröbel durch einen Hauptmann außer Diensten, namens Hauk, der beordert war, ein „Elitenkorps" zu bilden, aufgefordert, diesem Korps beizutreten, und die beiden Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung folgten törichterweise dieser Einladung und übernahmen dabei die Stelle von Hauptleuten ein. Nach dem Organisationspatente war dieses Korps dazu bestimmt, die Ruhe und Ordnung der Stadt zu sichern. Dies Korps wurde aber, entgegen der vorhergegangenen ausdrücklichen Abmachung, sogleich auf andere Weise verwendet, indem dasselbe an die äußersten Punkte der Stadt kam, wo Barrikaden gebaut und zu verteidigen waren, — an die gefährlichsten Orte, die überhaupt möglich waren, und Robert Blum stand hier den Kroaten gegenüber. Er hatte fünf Kanonen, aber den strengsten Befehl in der Tasche, sie nicht zu gebrauchen. An der Barrikade, wo Fröbel stand, hatte man seinen Leuten Patronen ohne Kugeln (!!) ausgeteilt und Kanonen-Patronen,

die mit Sägspähnen gefüllt waren. Unter diesen empörenden Verhältnissen sahen sowohl Robert Blum, als auch Fröbel sich genötigt, schon am zweiten Tage ihrer Funktionen, am 28. Oktober abends, ihre Demission einzureichen, welche auch von dem Kommandierenden des Korps angenommen wurde. Hierauf verbrachten Blum und Fröbel die Zeit vom 29. Oktober bis 4. November in ihrem Gasthause, wo sie gleich bei ihrer Ankunft am 17. Oktober abgestiegen waren, und hatten keinen weiteren Anteil mehr an der revolutionären Bewegung in Wien. Nichtsdestoweniger wurden beide, Blum und Fröbel, am 4. November früh morgens um 6 Uhr verhaftet. Trotzdem sie gegen diese Gewaltmaßregel protestierten und geltend machten, daß sie Mitglieder der deutschen Nationalversammlung seien und nur durch die Unmöglichkeit, Wien ohne Gefahr verlassen zu können, zurückgehalten würden, erklärte man ihnen, daß der Befehl zu beider Verhaftung keine Rücksicht auf die Protestation zulasse, und wurden beide in das Gefängnis im Stabsstockhause abgeführt. Dem hierauf an die Zentral-Untersuchungskommission eingereichten Proteste folgte, wie zum Hohn, alsbald die standrechtliche Verurteilung und Hinrichtung Robert Blums, über dessen männlich standhaftes Verhalten bei der Vollziehung der Todesstrafe sich der die Exekution leitende Offizier auf das anerkennendste ausgesprochen hat: „Blum ist nicht feige, ist aber auch nicht als Held gestorben; er hatte nicht geglaubt, daß der Urteilsspruch vollzogen werde, hatte sich daher mit der Idee des Todes nicht vertraut gemacht."

Der Protest war um 4 Uhr nachmittags geschrieben worden, zwei Stunden später wurde Blum zum Verhör gerufen; um 8 Uhr war das Verhör aus, am andern Morgen um 6 Uhr früh wurde ihm das Urteil verkündet — und eine Stunde danach (!) um 7 Uhr — Robert Blum erschossen! Man hatte es eilig, damit Proteste und etwaige Begnadigung zu spät kommen sollten!

In Österreich, namentlich aber in Wien selbst, fand das Ende Blums keineswegs die allgemeine Teilnahme, welche man da hätte erwarten sollen. Man war ungehalten über Deutsch-

land, „welches seine Deputierten als Prediger der Anarchie und der Blutherrschaft in Wien wirken ließ, ohne ein Wort des Tadels offiziell gegen sie auszusprechen, und jetzt, als einen derselben das ganz verdiente Schicksal auf gesetzlichem Wege ereilt habe, maßlos über Österreich schimpfe und Todenfeiern für denselben veranstalte, wie man deren weder für Lichnowsky, noch für Auerswald angeregt, geschweige ausgeführt habe."

Raveaux und Venedey, Blums kölnische Landsleute, hatten in der Nationalversammlung auf eine Todenfeier für Robert Blum angetragen, und wenn deren Veranstaltung auch mit großer Mehrheit an eine Kommission zur Begutachtung überwiesen worden war, so konnte sich doch bei reiflichen Erwägungen das Plenum nicht entschließen, dieselbe gutzuheißen, und so unterblieb die Todenfeier der Paulskirche. Dagegen veranstalteten viele größeren Städte, besonders aber Köln, seine Geburtsstätte, und Leipzig, dessen Bürger er war, großartige Todenfeiern für Robert Blum.

Sein Schicksal war ein neuer Beweis dafür, wessen man sich von Österreich her zu versehen hatte, und durch die Verhandlungen über die Dinge in Wien kam selbst mancher von der Linken zur Erkenntnis, daß die Nationalversammlung in vollständiger Einflußlosigkeit in bezug auf die dortigen Ereignisse und die dortige Politik war. Man erkannte in der Paulskirche nur zu gut den nunmehrigen Bruch Österreichs mit der Nationalversammlung, mit ihren Beschlüssen und Bestrebungen. Man hatte in den auf Blum gerichteten Schüssen ja auch die Nationalversammlung in Frankfurt treffen wollen, um derselben den Beweis zu liefern, wie wenig man nach ihren Beschlüssen und Protesten zu fragen geneigt war; an Blum selbst aber wollte die jesuitische reaktionäre Partei der Hofburg Rache nehmen für all das Unheil, das er ihrer Kirche gebracht, für all' die Wahrheiten, die er gesprochen, für all' die Donnerkeile, welche er jahrelang gegen sie gerichtet hatte. Nach einem später bekannt gewordenen Briefwechsel zwischen Windischgrätz und Schwarzenberg war zwischen diesen beiden die Erschießung Blums sogar verabredet worden, um der Nationalversammlung eine

Probe von Österreichs erneuter Allmacht (!) zu geben. — Für die Hinterbliebenen Blums wurde eine „Nationalsubskription" eröffnet, die nahezu 30000 Taler ergab.

Was nun Fröbel selbst betrifft, so entnahm ich seinen weiteren Erlebnissen noch Folgendes:

Fröbel begann: „Ich mußte die Folgen des Protestes empfinden, denn Sie werden in der Art, wie ich behandelt wurde, eine gewisse Raffinerie bemerken, die ich so auslege, daß man mit einem Opfer schon genug zu haben glaubte, daß man aber mich wenigstens so empfindlich wie möglich zu strafen suchte. Ich sehe sonst nicht ein, warum Robert Blum milde behandelt wurde bis zum letzten Augenblick, während ich in die härteste Gefangenschaft kam, und vier Tage absichtlich in der Meinung gelassen wurde, daß ich den Tod durch den Strick zu erwarten habe. Ich wurde aus dem Gefängnisse, in dem ich mit Blum gemeinschaftlich gewesen war, nachts 12 Uhr plötzlich herausgenommen; der Stabs-Profos in voller Uniform, begleitet von vier Soldaten, führte mich hinab zu einem vor der Tür haltenden Wagen, zwei Soldaten setzten sich hinein, mir gegenüber, der Profos neben mich, und ein Mann kam auf den Bock, und einer hinten auf den Wagen."

Fröbel wurde nach einem Bureau, aber alsbald wieder zurück nach dem ersten Gefängnisse im Stabsstockhause gebracht, wo er am 10. November, abends 6 Uhr vor ein Kriegsgericht gestellt wurde. Fröbel berichtete hierüber:

„Der Gesichtspunkt, auf den die Fragen gestellt waren, war der, ob ich nach dem 23. Oktober, d. h. nachdem Fürst Windischgrätz außen vor der Stadt angelangt, die Stadt in Belagerungszustand erklärt hatte, die Waffen geführt habe, und da ich das augenblicklich eingestand, wurde bemerkt, das wäre das wesentliche, auf das übrige käme es nicht an. Meine diesbezüglichen Einwendungen und was ich sonst zu meiner Verteidigung sagen konnte, wurden nicht weiter beachtet, doch als ich hervorhob, daß ich vor einigen Monaten in Wien gewesen sei, viel gesprochen und auch einiges habe drucken lassen, und zwar in dem Sinne, daß die österreichisch-deutsche Frage nicht

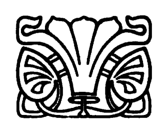
durch die Teilung Österreichs, sondern durch die Verbindung des ganzen österreichischen Länderkomplexes mit Deutschland gelöst werden müsse, sagte der Oberstleutnant, welcher der Vorsitzende des Gerichts war, daß dieses ein sehr wichtiger Punkt in meiner Verteidigung sei, und daß ich es zu Protokoll geben möge." Fröbel wurde nach diesem Verhör zurückgeführt und blieb bis zum nächsten Vormittag im Gefängnis.

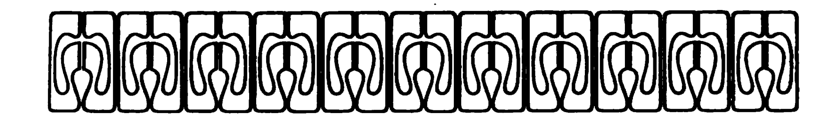
Nach nochmaliger Vorführung vor den Standesrichter wurde Fröbel mitgeteilt, daß er durch eigenes Geständnis überwiesen, die Waffen gegen die kaiserlichen Truppen geführt zu haben, vom Standgerichte einstimmig zum Tode durch den Strang verurteilt worden sei. Als Nachsatz war diesem Todesurteile aber angefügt:

„Der Fürst Windischgrätz befiehlt, in Berücksichtigung mildernder Umstände, dem Verurteilten die Todesstrafe gänzlich zu erlassen und denselben sogleich auf freien Fuß zu stellen."

Hierauf wurde Fröbel unter polizeilicher Begleitung aus Wien gebracht.

Nachdem er seinen Bericht beendet hatte, wurde ihm hierfür von der Nationalversammlung allseitiger Beifall gezollt.





XX.

Die Berliner Wirren in der Nationalversammlung.

Unterdessen hatte sich auch in Berlin auf's neue revolutionärer Zündstoff gehäuft und entwickelt und die Nationalversammlung gereizt, auch da zu intervenieren, um schließlich wie in Wien, auch in der Hauptstadt Preußens die beschämende Wahrnehmung zu machen, daß ihre Beschlüsse ebenfalls nicht weiter mehr respektiert wurden.

Noch waren in Berlin die Eindrücke der Märztage in aller Gedächtnis, aber Friedrich Wilhelm IV. konnte sich dennoch nicht entschließen, der liberalen Strömung vollauf Rechnung zu tragen. Berlin war ihm verleidet, und so verlegte er seine Residenz schon im Mai nach Potsdam', wenngleich die konstituierende Versammlung am 22. Mai eröffnet worden, und der König in deren Nähe den Ministern sehr erwünscht gewesen wäre. Der König war zaghaft und ängstlich geworden, zu schwach, um den Tumultuanten mit Energie zu begegnen, und die Minister daher unschlüssig, den eingerissenen, anarchistischen Bewegungen Einhalt zu gebieten.

So kam es denn, daß am 14. Juni die revolutionäre Masse — ein Pöbelhaufen — das Zeughaus stürmte, Waffen und Munition erbeutete, trotzdem die Bürgerwehr den tatkräftigsten Widerstand dagegen versuchte.

Tags danach — am 15. Juni — beschloß die Versammlung nichtsdestoweniger auf Uhlichs Antrag: „Sie bedürfe keines Schutzes Bewaffneter, sondern stelle sich unter den Schutz der Bürgerwehr,“ dieser schwachen untüchtigen und unzuverlässigen Schutzwehr gegen den herausfordernden Terrorismus des Pöbels. In derselben Tagung faßte die konstituierende Versammlung den Beschluß, den von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf, als zu wenig demokratisch, durch eine Kommission unterbreiten zu lassen, ein Umstand, der das Ministerium veranlaßte, seinen Rücktritt zu nehmen.

Das neue Kabinet, dessen Vorsitz Rudolf v. Auerswald führte, blieb in der Farbe des abgetretenen Ministeriums, stellte außer der Verfassungsberatung Gesetze über die Bürgerwehr, die Entlastung des Eigentums, die Gemeindeverwaltung, die Rechtspflege und die Besteuerung in Aussicht, und brachte am 20. Juli den Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Grundsteuerfreiheit der Rittergüter zur Vorlage.

Am 26. Juli legte die Verfassungskommission ihren Entwurf der Versammlung vor; derselbe war hauptsächlich ein Werk Waldeck's, der darin einen gründlichen Umbau des gesamten Staatswesens anstrebte. Diesen Entwurf einer ersprießlichen Beratung zu unterziehen, war unter den eingetretenen Verhältnissen geradezu zur Unmöglichkeit geworden, denn die Versammlung stand faktisch unter der Herrschaft des Berliner Pöbels, der das Sitzungslokal umlagerte und jeden heraustretenden gegnerischen Abgeordneten aufs gröblichste insultierte.

Aus Anlaß eines Zusammenstoßes zwischen Bürgerwehr und Linientruppen in Schweidnitz in Schlesien am 31. Juli, wobei zweiundzwanzig Personen das Leben einbüßten, beschloß die Versammlung, eine Kommission zur Untersuchung des dortigen Tatbestandes einzusetzen, und, ohne deren Resultat erst noch abzuwarten, nahm sie einen Antrag des Abgeordneten Dr. Stein aus Breslau an, dahin gehend: „Der Kriegsminister möge in einem Erlasse an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fernbleiben, nicht nur Konflikte jeder Art mit dem Zivil vermeiden, sondern durch

Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen sollten, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitwirken wollen." Ferner noch, „daß denjenigen Offizieren, mit deren politischen Überzeugungen eine solche Handlungsweise unvereinbar sei, es zur Ehrenpflicht gemacht werden sollte, aus der Armee auszutreten."

Dieser Antrag wurde mit nur einer Stimme Mehrheit (180 gegen 179) angenommen.

Als der Kriegsminister hierauf erklärte, daß der Erlaß in dieser Fassung nicht ausgeführt werden könne, beschloß die Versammlung demonstrativ mit 219 gegen 143 Stimmen, daß derselbe dennoch ohne weiteres abgehen müsse, worauf das Ministerium demissionierte. Ihm folgte ein Kabinet von außerparlamentarischen Persönlichkeiten, an dessen Spitze der König den alten General v. Pfuel, einen tapferen Veteranen aus den Befreiungskriegen stellte.

Der Krieg mit Dänemark hatte unterdessen seinen vorläufigen Abschluß durch den Waffenstillstand von Malmö (am 26. August) gefunden, wodurch die unter Wrangel gegen die Dänen stehenden Truppenteile verfügbar, und nunmehr in der Nähe Berlins zusammengezogen wurden.

Die Versammlung verfiel mit jedem Tage mehr und mehr den Einflüssen der rebellischen Berliner Bevölkerung, sodaß sich die Rechte am 26. September, durch wiederholte, tumultuarische Vorfälle veranlaßt, genötigt sah, zu beantragen: „Der Präsident möge dafür sorgen, daß die Würde und Unverletzlichkeit der Versammlung gesichert werde." Dieser Antrag wurde mit 175 gegen 130 Stimmen für „nicht dringlich" erklärt.

Endlich am 12. Oktober ging die Versammlung zur Beratung der Verfassung über und verschärfte gleich zu Anfang ihre Stellung der Regierung gegenüber durch zwei schwerwiegende Beschlüsse, indem sie mit 217 gegen 134 Stimmen an dem Titel des Königs die Bezeichnung „von Gottes Gnaden" strich und mit 200 gegen 153 Stimmen die Abschaffung des Adels, der Orden und Titel beschloß. Abgeordnete, welche gegen diese

Beschlüsse gestimmt hatten, wurden von dem, vor dem Sitzungslokal lauernden Pöbel beleidigt und mißhandelt. Die Stimmung war überhaupt in Berlin hochgradig gereizt und zu Ausschreitungen geneigt, sodaß es nicht Wunder nehmen konnte, wenn es am 16. Oktober wieder zu blutigen Konflikten zwischen der Arbeiterklasse und der Bürgerwehr kam, als diese sich anschickte, die Abgeordneten auf der Straße vor Beleidigungen und Tätlichkeiten zu schützen. Die Folge war die gesteigerte Sehnsucht nach geordneten Zuständen, was nun allseits unverhohlen zum Ausdruck kam. Das paßte der Reaktion.

Es überraschte daher vielfach, und namentlich bei der ruhig denkenden Bürgerschaft einigermaßen, daß der Abgeordnete Waldek an die Versammlung das Ansinnen stellte, sofort Schritte zum Schutze der Volksvertretung in Wien zu tun. Die Versammlung mag wohl die Nutzlosigkeit einer solchen ohnmächtigen Kundgebung eingesehen haben, denn sie begnügte sich schließlich mit der Vermittlung der Zentralgewalt zu Frankfurt am Main in Sachen Wiens. Vor dem Sitzungslokale erneuerten sich auch diesmal wieder die skandalösen Tumulte der vorhergehenden Tage in erhöhtem Maße, indem man wieder die heraustretenden Abgeordneten, soweit sie nicht der Linken angehörten, unter Vorhalten von Stricken lebensgefährlich bedrohte.

Bürgerwehr und Regierung waren ohnmächtig gegen derartige gewalttätige Ausschreitungen, sodaß der Gedanke, die Versammlung von Berlin hinweg zu verlegen, immer mehr Boden gewann. Der König selbst schien an die Grenze seiner Geduld und seines Zusehens angelangt zu sein und zu strengeren Maßregeln greifen zu wollen. Und es war hierzu die höchste Zeit.

Das Ministerium erhielt am 2. November seine Entlassung, und General Graf von Brandenburg wurde mit der Bildung eines neuen Kabinets betraut, in das Manteuffel, Strotha und Ladenburg eintraten. Eine Deputation der Versammlung an den König war erfolglos; bei dieser Gelegenheit soll Dr. J. Jacoby die vielbestrittenen Worte gesagt haben: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“ — Am 8. November erschien eine königliche Botschaft,

welche die Versammlung bis zum 27. November vertagte, für diesen Tag aber nach Brandenburg, um sie dem Drucke des Berliner Pöbels zu entziehen, wieder einberief und über Berlin selbst den Belagerungszustand verhängte und die Bürgerwehr auflöste.

Die Versammlung erklärte beide Maßregeln für ungesetzlich und beschloß, ihre Beratungen fortzusetzen. Am 10. November rückte Wrangel mit seinen Truppen in Berlin ein; der Sitzungssaal der Versammlung ward geschlossen. Die der Linken angehörende Mehrheit trat anderwärts zusammen und faßte am 15. November den kühnen Beschluß: „Das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt, über die Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, solange die Versammlung nicht ungestört in Berlin ihre Beratungen fortzusetzen vermöge" — ein Beschluß, der jedoch im Lande das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorrief, denn man hatte das negierende Verhalten der Berliner Versammlung und den beispiellosen Terrorismus des dortigen Pöbels nun doch endlich herzlich satt.

Die Mitglieder der Rechten erschienen am 27. November vollzählig in Brandenburg; auch die von der Linken — zirka hundert — fanden sich nach und nach ein, sodaß die Versammlung beschlußfähig gewesen wäre, wenn diese letzteren es nicht durch ihre Obstruktion unmöglich gemacht hätten.

Allen diesen fortgesetzten fruchtlosen Parteistreitigkeiten machte der König durch seine Botschaft vom 5. Dezember ein Ende, indem er die Auflösung der Versammlung verfügte und eine Verfassung oktroyierte, die übrigens von dem durch Waldeck ausgearbeiteten Entwurfe der Verfassungskommission wenig abwich, und die, wie ausdrücklich hervorgehoben wurde, durch die nächsten Kammern revidiert werden sollte, welche gleichzeitig auf den 26. Februar 1849 einberufen wurde. Auch hatte der König in seiner Proklamation ausgesprochen, daß auf die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung (wegen Unterordnung der Einzelverfassungen unter die künftige Reichsverfassung) gebührende Rücksicht genommen werden solle.

Der König Friedrich Wilhelm IV. schien mit einem Mal entschieden auftreten zu wollen, um nach seinem eignen Ausspruche: „Den Kampf zu Ende zu führen, und wenn er fallen sollte", — jedenfalls aber um das „Königtum von Gottes Gnaden" in seiner ganzen Macht wieder herzustellen, nachdem dasselbe, wie er sich gegen den Reichskommissär Bassermann offen ausgesprochen, in den Märztagen eine schwere Einbuße erlitten habe.

Am gleichen Tage, an welchem die Erschießung Robert Blums der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt zur Kenntnis kam — 14. November — wurde der Konflikt der königlich preußischen Regierung mit der Berliner Versammlung in der Paulskirche Gegenstand einer lebhaften Erörterung, durch welche offiziell konstatiert wurde:

„1. Daß die Berliner Versammlung unter einem ihre Würde schwer beeinträchtigenden und die Freiheit der Beratung störenden Einflusse eines Teils der Berliner Bevölkerung schon seit längerer Zeit gestanden;

2. daß sie nicht die notwendigen Mittel ergriffen hat, sich den gegen sie gerichteten Drohungen und Gewalttätigkeiten zu entziehen;

3. daß sie der von der Krone erklärten Absicht, durch den Grafen Brandenburg ein neues Ministerium zu bilden, mit einer protestierenden Adresse entgegengetreten und dem noch nicht gebildeten Ministerium ein Mißtrauensvotum gegeben hat;

4. daß nach erfolgter Bildung dieses Ministeriums die preußische Regierung die Verlegung der Versammlung von Berlin nach der Stadt Brandenburg und die Vertagung derselben bis zum 27. November durchzuführen unternommen hat;

5. daß die Versammlung gegen diese Maßregeln Protest eingelegt und nur der Gewalt weichen zu wollen, erklärt hat."

„Es ist lediglich eine innere Angelegenheit Preußens!" rief man rechts, „und was Ihr jetzt gegen die neue Regierung tut, das tut Ihr für eine neue Revolution!" — „Brandenburg-Manteuffel vertritt den vormärzlichen Standpunkt!", schrie die Linke und Heinrich Simon von Breslau meinte: „In Österreich ist es zu spät, in Preußen noch Zeit! Jetzt endlich zeigt, daß Euer ewiger Trumpf „keine Revolution, aber auch keine Reaktion Stich hält." — Gegen die Simon'schen Ausführungen richtete sich Welcker ganz energisch: „Er sei neulich durch Berlin gekommen,

und was habe er da gesehen und gehört? — Berlin gleiche einem Dorfe! Alles Vertrauen, alles Leben sei zerstört. Er habe zwar auch Leben und Bewegung gesehen, aber es seien Jungen gewesen, welche die Freiheitshelden machten, von Volksbeglückern aufgeregt, welche die Unruhe vor allem einzuführen suchten, und da sei ihm eingefallen, was ein Landsmann von ihm in Baden, ein achtbarer Bürger, gesagt habe: Woher ist all das Unglück gekommen über unser schönes Land, woher ist es gekommen, daß wir nicht wissen, ob die Freiheit gut für uns ist? Daher ist es gekommen, weil die Männer bisher die Hände in den Taschen hatten, und deshalb regieren die Buben!"

Nach langer, äußerst lebhafter Diskussion kam folgender Antrag mit 239 gegen 189 Stimmen zur Annahme:

„1. Die königlich preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der Versammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Beratungen in Berlin sicher zu stellen;

2. daß die preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgnis vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist."

Ein ebenso ohnmächtiger Beschluß, wie der einige Tage vorher in der österreichischen Frage erlassene! Beide Beschlüsse waren ohne allen und jeden Einfluß auf die Handlungen der betreffenden Regierung geblieben!

In der Sitzung vom 18. November machte die Linke in denkbar heftiger Weise dem nach Berlin gesandten Reichskommissär Bassermann den Vorwurf, daß er nicht im Sinne der Beschlüsse der Nationalversammlung gehandelt habe, verlangte dessen sofortige Rückberufung und beantragte, gleichzeitig eine Reichskommission mit dem Auftrag nach Berlin abzusenden:

„Alle Mittel anzuwenden, um einen gewaltsamen Zusammenstoß der Militärgewalt mit dem Volk zu verhüten." — Ein weiterer Antrag lautete:

„Die deutsche Nationalversammlung wolle der preußischen Volksvertretung ihre vollsten Sympathien aussprechen."

All diese und weitere dahin gehenden Anträge wurden nicht als dringend erachtet und dem betreffenden Ausschuße zugewiesen.

Der Reichskommissär Bassermann war unterdessen auch schon von Berlin zurückgekehrt und erstattete in dieser Sitzung vom 18. November, unter gesteigerter Unruhe der Linken, Bericht über die Erfolge seiner Mission. Aus seiner langen Rede schälte sich das geflügelte Wort der „Bassermann'schen Gestalten“ ab, da er referierte: „Spät Abends kam ich in Berlin an, durchwanderte aber noch die Straßen, und muß gestehen, daß mich die Bevölkerung, welche ich auf denselben, namentlich in der Nähe des Sitzungslokals der Stände erblickte, erschreckte; — ich sah hier Gestalten die Straßen bevölkern, die ich nicht schildern will!“ Bassermann erklärte, daß an eine konstitutionelle Ausgleichung mit der Berliner Versammlung nicht gedacht werden könne, sondern daß diese nach den Eigenschaften eines Konventes trachte, und daß mit ihrem Siege das freie Walten einer Schreckensherrschaft unfehlbar eintreten werde! Weder im Interesse der Freiheit, noch im Interesse der Einheit sei von ihr das mindeste zu hoffen. Er schloß seine, von der Linken oft leidenschaftlich unterbrochene, äußerst ruhig gehaltene Rede mit der Erklärung, daß er, da eine Vermittlung zwischen der preußischen Regierung und der Versammlung nicht möglich gewesen, zu dem Entschlusse gekommen sei, zurückzukehren, und da es überhaupt unmöglich sei, den Beschluß, welchen die Nationalversammlung gefaßt habe, auszuführen, habe er es nach seiner politischen Überzeugung, wie nach seiner Einsicht in dem Grad der Möglichkeit für unfähig gehalten, daß er sich entschlossen habe, dem Erzherzog Reichsverweser seine Entlassung als Unterstaatssekretär anzubieten.

Bassermann hob noch in seinen Schlußworten mahnend hervor:

„Lassen Sie mich noch eine Überzeugung, die ich von der Reise durch einen großen Teil Deutschlands mitbringe, Ihnen ans Herz legen, es ist die, daß wir durch nichts mehr dem Vaterlande dienen können, als durch eine rasche, ja mehr als rasche Beratung der Verfassung, ehe es zu spät ist!“

Hierauf folgte anhaltender Beifall auf der Rechten und dem rechten Zentrum, während die Linke in heftigen Zorn geriet und durch unbändiges Zischen und Lärmen sich bemerklich machte. Bassermann hatte „den Nagel auf den Kopf getroffen", denn das langsame Vorwärtskommen in der Beratung und Beschlußfassung des Verfassungswerks zeitigte den kläglichen Erfolg, den all' diese langen Debatten hatten.

Die Verhandlung steigerte sich an diesem Tage noch zur größten Leidenschaftlichkeit; „nichts mehr von einem Ausschusse", schrie die Linke, „keinen Verzug! Unverzügliches, sofortiges Handeln." Da betrat Raveaux, sichtlich erregt, die Rednerbühne und verlangte sofortigen Beschluß. „Berlin steht auf einem Vulkane!", schrie er. „Der Fünfzigerausschuß vom Vorparlament befahl einem Fürsten, befahl einem Ministerium! Und jetzt schleppen wir uns mit halben Maßregeln! Österreich haben wir schon verloren! — wenn wir heute die Sache an einen Ausschuß verweisen, geht vielleicht auch Preußen verloren!"

Aber nichtsdestoweniger verwies die Nationalversammlung die Sache zur Untersuchung und Begutachtung an einen Ausschuß. Dieser berichtete schon zwei Tage später — am 20. Nov. — über die Berliner Verhältnisse, und näherte sich in der Hauptsache der Bassermann'schen Auffassung. Nach hitziger Debatte wurde der Antrag des Ausschußes mit 393 gegen 6 Stimmen (24 Abgeordneten hatten sich der Abstimmung enthalten) angenommen. Derselbe lautete im ersten Absatz: „Die Reichsversammlung, in Verfolgung ihrer Beschlüsse vom 14. d. Mts. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse, fordere die Zentralgewalt auf, durch die in Berlin anwesenden Reichskommissäre hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt."

Bei dem nun folgenden Absatze des Ausschußantrages gingen die Ansichten sehr auseinander, sodaß derselbe nur mit 274 gegen 150 Stimmen angenommen wurde, während die Linke das Resultat mit wiederholtem „Pfui!" und die Rechte dasselbe mit Zischen aufnahm. Der fragliche Absatz lautete:

„Sie erklärt (die Nationalversammlung) den auf Suspension der Steuerhebung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung ausdrücklich für null und nichtig."

Gegen diesen Absatz hatten sogleich 140 Abgeordneten Protest erhoben und erklärt:

„In Anbetracht, daß wir durch unsere Abstimmung einen einzelnen Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung für null und nichtig erklärt haben, verwahren wir uns ausdrücklich gegen die Auslegung, als enthielte unser Votum die indirekte Anerkennung der Rechtmäßigkeit irgend eines von jener Versammlung seit ihrer Vertagung gefaßten Beschlusses."

Der dritte Absatz des Ausschußantrages lautete:

„Sie (die Nationalversammlung) erklärt endlich, daß sie die dem preußischem Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde."

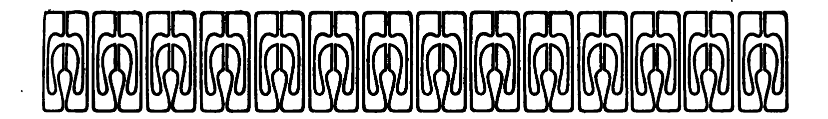
Dieser Antrag wurde mit 277 gegen 2 Stimmen angenommen; 140 Abgeordnete hatten sich der Abstimmung enthalten und erklärt, daß sie in all diesen Beschlüssen „leere, nichtssagende Phrase" erblicken müßten.

So geschehen am 20. November 1848, nachdem die Nationalversammlung schon ein halbes Jahr getagt hatte.

Sie hatten Recht, diese Hundertundvierzig! denn in Berlin bekümmerte man sich nicht weiter um die ohnmächtigen Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung und notierte sich wohl schon die Namen derer, welche durch ihre Abstimmung bei der preußischen Regierung mißliebig geworden waren, um sie hierfür früher oder später einmal büßen zu lassen, wie es in einzelnen Fällen auch geschehen.

Nach Bassermann hatte man zwei andere Reichskommissäre nach Berlin gesandt, den Vizepräsidenden Simson und den nassauischen Minister Hergenhahn. Aber auch sie waren außer Stand, den Gang der Ereignisse in Berlin aufzuhalten.





XXI.

Heinrich v. Gagern als Reichsminister.

Die österreichische Frage war seither und auch für die Folge noch ein Gegenstand der leidenschaftlichsten Eröterungen in der Nationalversammlung geblieben und hatte so nach und nach eine neue Gruppierung der Parteien geschaffen. Denn darüber waren fast alle einig, daß, wenn Österreich auf der Einheit seiner Monarchie bestand, sein Eintritt in die erstrebte bundesstaatliche Verfassung Deutschlands unmöglich wurde.

Die natürliche Folge war, daß der Österreicher v. Schmerling, der Vertrauensmann des Erzherzog Reichsverwesers, dessen spezifisch österreichische Gesinnung überhaupt schon vielfach beanstandet und befehdet worden war, am 15. Dezember aus dem Reichsministerium ausschied und Heinrich v. Gagern an seine Stelle trat; — den Vorsitz in der Nationalversammlung erhielt nunmehr der bisherige erste Vizepräsident Simson von Königsberg.

Die Sache wurde durch Österreich selbst, insbesondere noch durch die nachträglichen Quertreibereien Schmerlings verwickelter, da am 27. November Fürst Schwarzenberg dem Reichstage zu Kremsier eine Art von Programm vorlegte; gleichsam eine Antwort auf die von der Nationalversammlung beschlossenen §§ 2 und 3 der deutschen Reichsverfassung. Das Schwarzenberg'sche Programm besagt:

„Österreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie europäisches Bedürfnis. Von dieser Überzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses in Deutschland entgegen. Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zu neuen nnd festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Österreich fortfahren, seine Bundespflichten zu erfüllen."

Das „Programm von Kremsier" wurde anfänglich allgemein so aufgefaßt, als ob Österreich freiwillig seiner inneren Verhältnisse wegen, auf den zu bildenden deutschen Bundesstaat verzichte und nur eine freundnachbarliche Verbindung mit dem verjüngten Deutschland erstrebe. Gagern akzeptierte daher auch in seiner Antrittsrede am 18. Dezember das „Programm von Kremsier", wonach

1. alle österreichischen Lande in staatlicher Einheit verbunden bleiben sollen;

2. die Beziehungen Österreichs zu Deutschland dann erst staatlich geordnet werden könnten, wenn beide Staatenkomplexe zu neuen und festen Formen gelangt seien, d. h., daß sie ihre innere Gestaltung vollendet haben werden.

Gagern betonte hierauf noch, daß dies Programm vom Reichstag in Kremsier beifällig aufgenommen worden sei und auch den Wünschen und Ansichten der großen Mehrheit in den deutsch-österreichischen Landen zu entsprechen scheine. In der Beurteilung dieser Stellung glaubte er von folgenden Sätzen ausgehen zu müssen:

„1. Bei der Natur der Verbindung Österreichs mit unseren deutschen Ländern beschränkt sich für jetzt und während des Provisoriums die Pflicht der Reichsgewalt darauf, das bestehende Bundesverhältniß Österreichs zu Deutschland im allgemeinen zu erhalten. Es ist aber das Sonderverhältnis Österreichs anzuerkennen, wonach es anspricht, in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat unter Bedingungen, die die staatliche Verbindung der deutschen mit den nichtdeutschen österreichischen Landesteilen alterieren, nicht einzutreten. (Bewegung in der Versammlung.)

2. Österreich wird also nach den bis jetzt durch die Nationalversammlung gefaßten Beschlüssen, wodurch die Natur des Bundesstaates bestimmt worden ist, als in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten sein.

3. Österreichs Unionsverhältnis zu Deutschland mittelst einer besonderen Unionsakte zu ordnen und darin alle die verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Bedürfnisse nach Möglichkeit zu befriedigen, welche Deutschland und Österreich von jeher verbunden haben, und in gesteigertem Maße verbinden können, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten.

4. Da Österreich zu dem von der provisorischen Zentralgewalt repräsentierten Deutschland zwar in einem unauflöslichen Bunde steht, in den Bundesstaat aber nicht eintritt, so ist die Verständigung über alle gegenseitigen, sowohl bereits bestehenden, als künftigen Bundespflichten und Rechte auf gesandtschaftlichem Wege einzuleiten und zu unterhalten.

5. Die Verfassung des deutschen Bundesstaates, deren schleunige Beendigung zwar in beiderseitigem Interesse liegt, kann jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlungen mit Österreich sein."

Nachdem Gagern das Programm verlesen hatte, übergab er dasselbe der Nationalversammlung zur Prüfung, und suchte damit für das Reichsministerium die Ermächtigung nach, die „gesandtschaftliche" Verbindung mit der Regierung des österreichischen Kaiserreichs in dem angegebenen Sinne, namens der Zentralgewalt anknüpfen zu dürfen.

Der abgetretene Reichsminister v. Schmerling konnte die ihm gewordene Niederlage nicht verschmerzen, denn sie schloß auch einen bedeutsamen Zurückgang in der noch immer nicht zur Ruhe gekommenen österreichischen Frage in sich. Kaum hatte Heinrich v. Gagern sein Ministerium angetreten, als Herr v. Schmerling auch schon eilends nach Olmütz reiste, wo zurzeit die kaiserliche Hofhaltung und der Sitz der Regierung war. Schon wenige Tage danach war er zurück, um, zum österreichischen Bevollmächtigten bei der deutschen Zentralgewalt ernannt,

eine Note der kaiserlichen Regierung vom 28. Dezember zu überbringen, worin dieselbe gegen die dem Programm von Kremsier gegebene Auslegung, als wolle Österreich in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten, entschieden protestierte. Die Regelung der deutschen Verhältnisse, sagte sie (entgegen, wie es im Programm von Kremsier hieß: Die Regelung der „gegenseitigen Beziehungen“ (!) zwischen dem neukonstituierten und zu festen Formen gelangten“ Deutschland und dem ebenso neukonstituierten Österreich), müsse „weiterer Vereinbarung“ vorbehalten bleiben. Die Note schloß in fast drohendem Tone mit den vielsagenden Worten: „Österreich wird in dem neuzubildenden deutschen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen!“

Gagern teilte diese Note dem Ausschusse für die österreichische Frage mit, und erklärte zugleich, daß er eine Vereinbarung mit Österreich über die deutsche Verfassung ganz entschieden zurückweisen müsse. „Die Hoffnung“, so schloß die ministerielle Erklärung, „daß die Zeit gekommen sei, den starken Bundesstaat mit dauerhafter, einheitlicher oberster Gewalt in der Geburt zu ersticken und durch ein Surrogat zu ersetzen, das dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt, diese Hoffnung wird zu Schanden werden.“

Die österreichische Frage stand nun wieder auf der Tagesordnung, und gab Veranlassung zu den hitzigsten Erörterungen. Drei Tage lang wogten dieselben hin und her und die Gegner des Gagern'schen Programms benutzten die Gelegenheit mitunter zu den perfidesten Angriffen auf Gagern und die bundesstaatliche Partei. Im Grunde genommen standen sich jetzt nur noch zwei Parteien, wenn auch von ganz verschiedenen Beweggründen ausgehend, gegenüber: Die Anhänger des Gagern'schen Programms, des Bundesstaats mit preußischer Führung, und die Gegner dieser Politik, aus dem größten Teil der Linken, den Österreichern, den Ultramontanen, den Partikularisten und anderen Schattierungen gebildet. Die letzteren stellten den Grundsatz auf, daß die zukünftige Verfassung Deutschlands von der Art sein müsse, daß Österreich hinein passe, und war geneigt, die bereits angenommenen §§ 2 und 3 noch nachträglich

dafür zu opfern. Nur eine verschwindende Minorität hatte sich im Ausschuß dafür ausgesprochen: „Dem Ministerium Gagern die von ihm erbetene Ermächtigung zu „gesandtschaftlichen" Verhandlungen mit Österreich zu erteilen, und der republikanischen Linken kam es darauf an, die Sache möglichst lang hinauszuziehen, in Anbetracht der noch bestehenden Wirren in Österreich und Preußen, von welchen sie noch immer einen Erfolg für ihre Bestrebungen erhoffen zu können glaubte. „Das Warten auf Österreich ist das Sterben der deutschen Einheit!" hatte der Reichsminister von Beckerath solchen Machinationen gegenüber damals sehr bezeichnend und richtig gesagt, und Gagern drängte, wie sein Freund Bassermann, das deutsche Verfassungswerk möglichst zu beschleunigen.

Gagern war der Überzeugung, daß der Fortbestand der österreichischen Gesamtmonarchie in staatlicher Einheit sowohl als ein europäisches, wie als ein deutsches Bedürfnis erscheine und zu pflegen sei. „Mit dieser österreichischen Gesamtmonarchie womöglich eine gemeinschaftliche Handels- und Zollpolitik, eine gemeinsame Schifffahrtsakte, gemeinsame Konsulate u. a. m. zustande zu bringen, sei ein echt patriotisches Unternehmen. Auch Österreich werde einst erkennen, daß ein starkes Deutschland neben ihm sowohl jetzt als künftig, bei allen Eventualitäten, die beiden großen Staatenkomplexen bevorstehen könnten, ihm nützlicher sei, als sein früherer, ohnehin nicht wieder herzustellender Einfluß auf die Einzelstaaten, wie ein solcher bei dem laxen alten Bundesverhältnisse, aber auch nur bei diesem, möglich gewesen sei."

Gagern hatte die Erteilung der von ihm erbetenen Vollmacht zur Kabinetsfrage gemacht, und die Verehrung, welche er noch und auch bei Gegnern seines Programms besaß, sicherte ihm den anfänglich sehr zweifelhaften Erfolg. Von 485 Stimmen erklärten sich 261 gegen 224 Stimmen für ihn. Unter feierlicher Stille war die Abstimmung vor sich gegangen, und schweigend wurde das mit Spannung erwartete Resultat entgegengenommen; aber die Bedeutung dieser parlamentarischen

18*

Entscheidung war unermeßlich, denn ihre Wirkungen reichen weit in die Zukunft!

Nun schritt man auch schon in der nächsten Sitzung — am 15. Januar 1849 — zur Oberhauptsfrage. Die Vorschläge des Verfassungsausschusses gingen hierin weit auseinander, und die verworrensten Ideen kamen zu Tage. Das aber fühlten wohl alle, auch ohne es einzugestehen, daß, sollte eine deutsche Regierung entstehen, so mußte eine Großmacht allein an die Spitze gestellt werden, die ihr Interesse darin fand, im deutschen Staate aufzugehen. Den Österreichern wäre dies wohl recht gewesen, wenn ihr Kaiser das Oberhaupt gewesen wäre, während die norddeutschen Abgeordneten Preußen an die Spitze gestellt wissen wollten, und die Linke, trotz aller Erfahrungen noch für eine Direktorialregierung von drei oder fünf Personen schwärmte.

Eine Minderheit des Ausschusses hatte ein erbliches Kaisertum beantragt, und der größte Teil der Bundesstaatlichen scharte sich um dieses Panier, und erklärte mit großer Entschiedenheit, „daß nur die Erblichkeit einem deutschen Kaisertum Festigkeit und Kraft gegenüber den anderen Monarchien im Bundesstaate verleihen könne, daß nur bei einem erblichen Besitz der Kaiserkrone das Herrscherhaus das Interesse seines Erblandes nicht von dem Interesse des Reiches trennen werde." Nichtsdestoweniger wurde der Erblichkeitsantrag des Verfassungsausschusses mit 263 gegen 211 Stimmen verworfen, was mit lautem Triumphgeschrei der republikanischen Linken im Hause, sowie auf den Galerien begrüßt wurde; dagegen wurde der Antrag, die Würde des Reichsoberhauptes einem regierenden deutschen Fürsten zu übertragen, mit 258 gegen 211 Stimmen angenommen.

Infolge dieses Beschlusses hatte Schmerling seinen früheren und mit ihm ausgetretenen Staatssekretär v. Würth ungesäumt nach Olmütz gesandt, von wo dieser eine Note der österreichischen Regierung vom 4. Februar mitbrachte, in welcher ausgesprochen wurde: „Gegen eine Unterordnung des Kaisers von Österreich unter eine von einem anderen

deutschen Fürsten gehandhabte Zentralgewalt verwahren sich der Kaiser und seine Regierung auf das feierlichste." — Was man in Frankfurt anstrebe, hieß es dann weiter, sei kein Bundesstaat, sondern ein Einheitsstaat, ein solcher sei aber verderblich für alle Teile (!). — Das Schreiben des Ministerpräsidenten von Gagern, worin dieser die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung einzuleiten versuchte, hatte man in Olmütz mit Stillschweigen übergangen, und anstatt an das Reichsministerium wandte sich diese nunmehr direkt an die Nationalversammlung, in welcher sie ihre Freunde wußte; und doch hatte ihre Note vom 4. Februar bei diesen nicht die erwartete Aufnahme gefunden. Aber die Österreicher und die Linke waren in der Paulskirche in dem Bestreben einig, das Zustandekommen eines kräftigen deutschen Bundesstaates mit allen Mitteln zu verhindern.

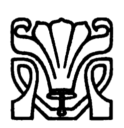
Am 4. März hatte die österreichische Regierung eine neue Verfassung oktroyiert, was Welcker veranlaßte, zum Überraschen Aller den Antrag zu stellen:

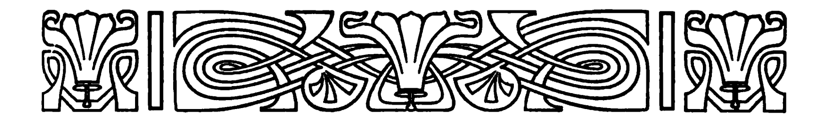
„Die Nationalversammlung möge sofort die Verfassung in der Gestalt, wie sie vom Verfassungsausschuß für die zweite Lesung vorbereitet sei (der Punkt wegen des erblichen Kaisertums war darin wieder aufgenommen), in einer einzigen Abstimmung annehmen und möge ebenso ungesäumt auf Grund dieser Verfassung die erbliche Kaiserkrone dem König von Preußen übertragen."

Welcker begründete seinen Antrag mit dem Hinweis auf die oktroyierte österreichische Verfassung vom 4. März, nach welcher es außer allem Zweifel sei, daß Österreich in einen deutschen Bundesstaat mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die anderen Mitglieder desselben nimmermehr eintreten könne. In einem solchen Augenblicke gelte es, zusammenzuhalten, durch schnellen, kräftigen und einmütigen Beschluß die Ehre der Nationalversammlung zu retten, damit nicht eine oktroyierte Charte ihren Beratungen ein Ende mache, sondern eine auf dem Nationalwillen und auf dem

Rechte beruhende, zum Heile des Vaterlandes gegründet werde. „Ich sage nichts weiter", schloß er seine Begründung von der Tribüne aus, „als: Das Vaterland ist in Gefahr; retten Sie das Vaterland!"

Bravorufe folgten der Welcker'schen Rede; die Diskussion ruhte, und während einer langen Pause bildete das eben Gehörte den Gegenstand der allgemeinen Unterhaltung, welche namentlich von der Linken und den Österreichern sehr lebhaft geführt wurde. Besonders waren Schmerling und sein Anhang entschiedene Gegner dieses Antrags und agitierten mit Hochdruck gegen denselben. So kam es denn, daß er nicht gleich von vornherein den erwarteten Anklang fand, und die zweite Lesung der Reichsverfassung begonnen wurde. Als aber während derselben mehrere Änderungen im demokratischen Sinne angenommen, und dadurch ein Teil der Radikalen für das Erbkaisertum gewonnen worden waren, wurde die Reichsverfassung nach der Fassung der zweiten Lesung am 27. März mit 267 gegen 263 Stimmen angenommen, worauf man Tags darauf zur Kaiserwahl schritt.





XXII.

Die Kaiserwahl und ihr Erfolg.

Vonseiten des Verfassungsausschusses wurde der Nationalversammlung vorgeschlagen, die Wahl des Kaisers sofort zu vollziehen und zwar durch absolute Stimmenmehrheit. Jeder namentlich aufgerufene Abgeordnete habe den Fürsten zu nennen, den er zum Kaiser erklärt sehen wolle. Die erfolgte Wahl solle sofort Namens der Nationalversammlung durch den Präsidenten derselben öffentlich verkündet werden. Der erwählte Kaiser solle durch eine Deputation der Nationalversammlung eingeladen werden, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Reichsverfassung anzunehmen. — „Die Nationalversammlung spricht das feste Vertrauen aus", so schloß die Vorlage mit den Worten des Welcker'schen Antrags, „daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch in Übereinstimmung mit der Nationalversammlung die Verwirklichung der von ihr gefaßten Beschlüsse fördern werden!"

Gleichzeitig wurde die alsbaldige Verkündigung der Verfassung beschlossen, die Nationalversammlung bis zum Zusammentritt des Ersten Reichstags für permanent erklärt.

Präsident Simson leitete die Wahl ein. Sie war dem „Genius unseres Vaterlandes" empfohlen. — Es herrschte eine fast peinliche Spannung, sowohl bei den Abgeordneten, als auch

auf den Galerien, wo sich das sonst lärmende, unruhige Publikum diesmal auffallend ruhig verhielt, — — auf allen Seiten eine gewisse erregte Erwartung in Betreff des Resultats.

Von 538 Stimmenden hatten sich 248 des Stimmens enthalten, es waren dies Österreicher, Bayern, Ultramontanen und die von der Linken; — 290 antworteten mit: Friedrich Wilhelm, König von Preußen; für denselben hatten auch vier Österreicher gestimmt, während 102 ihrer Landsleute sich der Abstimmung enthalten hatten. Die Majorität war hiernach klein, aber die Österreicher dürfen dabei nicht in Betracht gezogen werden, so daß sich das Resultat danach doch wesentlich besser gestaltete.

Der Akt wurde in würdiger Haltung vollzogen, und Präsident Simson schloß ihn mit folgenden Worten:

„Die 290 abgegebenen Stimmen haben sich sämtlich auf den König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV. vereinigt; 248 Mitglieder haben sich der Wahl enthalten. — Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung hat also in ihrer 196. öffentlichen Sitzung — Mittwoch den 28. März des Jahres 1849 —, auf Grund der von ihr beschlossenen, angenommenen und verkündigten Reichsverfassung die in derselben begründete erbliche Kaiserwürde auf den König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., übertragen. — Möge der deutsche Fürst, der wiederholt und öffentlich in unvergessenen Worten den warmen Herzschlag für die deutsche Sache sein kostbares mütterliches Erbe genannt hat, sich nun als Schutz und Schirm der Einheit, der Freiheit, der Größe unseres Vaterlandes bewähren, nachdem eine Versammlung, aus dem Gesamtwillen der Nation hervorgegangen, wie keine, die je auf deutschem Boden tagte, ihn an deren Spitze gerufen hat.

„An unserem edlen Volke aber möge, wenn es auf die Erhebung des Jahres 1848 und auf ihr nun erreichtes Ziel zurückblickt, der Ausspruch des Dichters zur Wahrheit werden, dessen Wiege vor jetzt fast einem Jahrhundert in dieser alten Kaiserstadt gestanden hat:

„Nicht den Deutschen geziemt es, die fürchterliche Bewegung
Ziellos fortzuleiten, zu schwanken hierhin und dorthin.
Das ist unser! so laßt uns sprechen und so es
behaupten!"

Gott sei mit Deutschland und seinem neugewählten Kaiser!"

„Möge", fügte Simson hinzu, „der Genius Deutschlands walten über dieser Stunde!"

In der Paulskirche erhob sich nach diesen Worten ein dreimaliges stürmisches Hoch; auf ihrem Turme und nach ihm von allen übrigen Türmen Frankfurts läuteten die Glocken, und die Kanonen donnerten in den Glockenklang.

Den Jubel teilten Viele, sehr Viele, aber nicht Alle, und die Linke, möge die Entschließung des Königs von Preußen ausfallen, wie sie auch wolle, blieb bei ihrem Widerstand gegen Alles, was aus der Nationalversammlung hervorgegangen war. Die Frage, ob Friedrich Wilhelm IV. die ihm vom Volke angebotene Krone samt der Verfassung annehmen werde, beschäftigte die Abgeordneten lebhaft, ebenso, ob die anderen Fürsten sich bereit finden werden, dem durch die Mehrheit der freigewählten Nationalversammlung gesetzlich ausgesprochenen Willen der Nation ihre Zustimmung zu erteilen? — Über die Ansichten und Absichten Friedrich Wilhelms IV. zirkulierten in Frankfurt nur Meinungen. Vielfache Zweifel, ob er die ihm angebotene Kaiserwürde annehmen würde, sie hatten ihren Grund in der bekannten Unbeständigkeit des Königs, — und mit großer Besorgnis sah man allgemein dem Tage der Entscheidung entgegen!

Mehr als dreißig Mitglieder bildeten die Reichsgesandtschaft, welche dem König von Preußen den Beschluß der deutschen Nationalversammlung, die Einladung zur Übernahme der Kaiserwürde überbringen sollte; — an ihrer Spitze der Präsident der Versammlung — Simson. Am 30. März verließ sie Frankfurt, und da sie, anstatt den kürzeren Weg zu wählen, sie denselben, Rhein abwärts, über Köln nahm, verzögerte sich ihre Ankunft um zwei Tage.

Am 3. April war die Deputation zur feierlichen Audienz beim König entboten worden. Dieselbe fand im Rittersaale des Königlichen Schlosses statt. Unter dem Thronhimmel stehend, in Uniform, den Helm im Arme, umgeben von den Prinzen, Ministern, Generalen und Hofstaaten, empfing der König die Deputation.

Präsident Simson richtete hier folgende Ansprache an den König:

„Die verfassunggebende Deutsche Reichsversammlung, im Frühling des vergangenen Jahres durch den übereinstimmenden Willen der Fürsten und Volksstämme Deutschlands berufen, das Werk der deutschen Verfassung zustande zu bringen, hat am Mittwoch den 28. März 1849, nach Verkündigung der in zweimaliger Lesung beschlossenen deutschen Reichsverfassung, die in derselben begründete erbliche Kaiserwürde auf Seine königliche Majestät von Preußen übertragen. — Sie hat dabei das feste Vertrauen ausgesprochen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch in Übereinstimmung mit der Nationalversammlung die Verwirklichung dieser von ihr gefaßten Beschlüsse mit aller Kraft fördern werden. Sie hat endlich den Beschluß gefaßt, den erwählten Kaiser durch eine Deputation aus ihrer Mitte ehrfurchtsvoll einzuladen, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Verfassung anzunehmen. In der Vollziehung dieses Auftrags stehen vor Eurer königlichen Majestät der Präsident der Reichsversammlung und zweiunddreißig ihrer Mitglieder in der ehrfurchtsvollen Zuversicht, daß Eure Majestät geruhen werden, die begeisterten Erwartungen des Vaterlandes, welches Eure Majestät als den Schirm und Schutz seiner Einheit, Freiheit und Macht zum Oberhaupte des Reichs erkoren hat, durch einen gesegneten Entschluß zu glücklicher Erfüllung zu führen.“

Der König antwortete:

„Meine Herren! Die Botschaft, als deren Träger Sie zu mir gekommen sind, hat mich tief ergriffen. Sie hat meinen Blick auf den König der Könige gelenkt und auf die heiligen und unantastbaren Pflichten, welche mir als dem Könige meines Volkes

und als einem der mächtigsten deutschen Fürsten obliegen. Solch' ein Blick, meine Herren, macht das Auge klar und das Herz gewiß!

„In dem Beschluß der deutschen Nationalversammlung, welchen Sie, meine Herren, mir überbringen, erkenne ich die Stimme der Vertreter des deutschen Volks. Dieser Ruf gibt mir ein Anrecht, dessen Wert ich zu schätzen weiß; er fordert, wenn ich ihm folge, unermeßliche Opfer von mir; er legt mir die schwersten Pflichten auf.

„Die deutsche Nationalversammlung hat auf mich vor Allem gezählt, wo es gilt, Deutschlands Einheit und Kraft zu gründen. Ich ehre ihr Vertrauen, sprechen Sie ihr meinen Dank dafür aus. Ich bin bereit, durch die Tat zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf meine Hingebung, meine Treue, auf meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stützen.

„Aber, meine Herren, ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Versicherung ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands eine Entschließung fassen, welche für sie und die von ihnen regierten deutschen Stämme die entschiedensten Folgen haben muß.

„An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Beratung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt; ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnung seiner Völker zu erfüllen.

„Dessen aber möge Deutschland gewiß sein, und das, meine Herren, verkündigen Sie in allen deutschen Gauen, bedarf es des preußischen Schildes und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde, so werde ich auch ohne

Ruf nicht fehlen; ich werde dann getrost den Weg meines Hauses und meines Volkes gehen, den Weg der deutschen Ehre und Treue!"

Mit Bestürzung vernahmen die Mitglieder der Deputation die Worte des Königs, denn das ganze Verfassungswerk ging an der überraschenden Entschließung Friedrich Wilhelms IV. zu Grunde. Hatte dieser auch nicht förmlich abgelehnt, so war doch seine Erklärung der Art, daß sie einer Ablehnung gleich zu erachten war, denn einer Revision der von der Nationalversammlung beschlossenen und verkündigten Verfassung durch die Fürsten konnte diese unmöglich zustimmen. Am Abend des verhängnisvollen 3. April war die Deputation zum Prinzen von Preußen — dem späteren Kaiser Wilhelm I. — geladen gewesen. Die Eindrücke, welche sie bei dieser Gelegenheit hatten und dann in der Paulskirche erörterten, waren derart versöhnend, und ermutigend, daß man geneigt war, seine Hoffnung auf eine einstmalige Durchführung des Verfassungswerks nicht ganz aufzugeben. Namentlich hatte es die Gemahlin des Prinzen zu Wege gebracht, daß sie bei allen eine Begeisterung und Verehrung erweckte, die an Bewunderung grenzte. Sie unterhielt sich in tiefer Bewegung mit jedem Einzelnen der Deputation, und entwickelte bei männlicher Einsicht so warme weibliche Teilnahme für deren Aufgabe, sodaß sie dieselbe als eine Verbündete in dem Zwecke ihrer Sendung betrachteten. Die Sendung der Deputation könne unmöglich als abgebrochen betrachtet werden, hatte sie wiederholt geäußert, denn es handle sich ja um „etwas so Gutes, so Großes, so Notwendiges!"

Wohl mit schwachen Hoffnungen war die Kaiserdeputation nach Berlin gegangen, — fast aller Hoffnung bar war sie nach Frankfurt zurückgekehrt.

Was nun!

Die preußische Regierung hatte in ihrer Zirkularnote vom 3. April sämtliche übrigen Regierungen aufgefordert, Bevollmächtigte nach Frankfurt zu senden, um sich untereinander und mit ihr wegen einer gemeinsamen Vereinbarung mit der Nationalversammlung zu verständigen.

Diese selbst hatte am 11. April mit 267 gegen 159 Stimmen beschlossen: „Feierlich vor der deutschen Nation zu erklären, daß sie an der in zweiter Lesung beschlossenen und verkündeten Reichsverfassung samt Wahlgesetz unwandelbar festhalten werde." Zugleich setzte die Nationalversammlung einen Ausschuß von dreißig Abgeordneten ein „zur Vorberatung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der gegebenen feierlichen Erklärung nötig erscheinen."

Die österreichische Regierung hatte am 5. April erklärt: „Die Nationalversammlung habe durch die Verkündigung der Reichsverfassung den Boden des Rechts verlassen; nie werde Österreich seine Gesetzgebung einer fremden, nie der Kaiser von Österreich sich einem andern Fürsten unterordnen." — „Die Nationalfrage existiert für uns nicht mehr!" hatte sie in einer unterm 8. April nach Berlin gerichteten Note gesagt, und erklärte schließlich die Sendung seiner Abgeordneten für beendet. Die vier Königreiche verharrten der Aufforderung der Nationalversammlung gegenüber in völligem Schweigen, während von den Staaten zweiten und dritten Ranges achtundzwanzig — an ihrer Spitze Baden und die beiden Hessen — ihre bedingungslose Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung erklärten.

Am 28. April hatte Friedrich Wilhelm IV. die endgültige Ablehnung der Kaiserkrone zur Kenntnis der Nationalversammlung gebracht und hierbei hervorgehoben: „Die Antworten der Regierungen hätten gezeigt, wie weit die Ansichten namentlich in der Oberhauptsfrage auseinandergingen und wie wenig Hoffnung auf Erzielung eines umfassenden Einverständnisses vorhanden sei. Einzelne Fürsten hätten gewünscht, daß der König die Krone annehmen möchte; dagegen hätten mehrere ihren festen Entschluß ausgesprochen, einem anderen Fürsten sich nicht unterzuordnen. — Die Ablehnung der Kaiserkrone ist keine Gefährdung, sondern eine Förderung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einheit. Noch liegt es in der Hand der Nationalversammlung, der Verfassungsangelegenheit eine solche Wendung zu geben, daß die Regierungen

sich mit ihr verständigen und daß unter ihrer Mitwirkung auf dem Wege der Vereinbarung die von einer ruhigen Erwägung der deutschen Verhältnisse geforderten Modifikationen zustande kommen können."

In der Paulskirche kam es zu den heftigsten Kämpfen; die Tatsachen hatten sich drohend angehäuft und der Terrorismus der Linken in erschreckender Weise Boden gewonnen. In der Sitzung am 10. Mai beantragte der Abgeordnete Schäler aus Jena: „Es solle die Nationalversammlung diejenigen Fürsten, welche die Reichsverfassung nicht annehmen wollten, ihres Thrones für verlustig erklären, und Schlössel wünschte den Reichsverweser für einen Feind des deutschen Volks erklärt und seiner Stelle entsetzt zu wissen, und daß ein Vollziehungsausschuß von fünf Personen statt seiner ernannt werde.

Gleichzeitig publizierte die Linke eine Aufforderung zum offenen Kampf gegen die Fürsten:

„Zu den Waffen, deutsche Männer, in allen Gauen des deutschen Vaterlandes! — Die Verbindung der Fürsten, welche Hochverrat an dem Volke und dem Vaterlande begehen wollen, liegt klar am Tage. Verbindet auch Euch und erhebt Euch, um das Vaterland zu retten. Schon kämpfen Eure Brüder in Sachsen und in der Pfalz für Euch; laßt sie nicht untergehen.

„Nachbarstämme der Sachsen und der Pfälzer, an Euch ist es zunächst, — zieht hin zu Euren Brüdern, zieht hin und helft ihnen und es wird Euch geholfen sein. Ihr könnt nicht zaudern, Ihr dürft nicht zaudern, Ihr dürft sie nicht allein stehen lassen, die aufgestanden sind, das Recht in einer Hand und in der andern das Schwert. Das Schwert für Euer Recht! Helft mit den Waffen, und wenn Ihr die nicht habt, helft wie Ihr könnt — nur helft!

„Ihr andern Stämme auch, erhebt Euch, bewaffnet Euch und zeigt dem Despotismus und den Barbaren, die Euch entgegenstehen, die festgescharte Macht des Volks, das sein Recht verlangt. Gerechteren Kampf hat es nie gegeben. Zu den Waffen, Männer, zu den Waffen!"

Die Raveaux, Karl Vogt, Ludwig Simon waren die Redner: „Erst Bürgerkrieg und das Weitere findet sich!" — Und als Heinrich von Gagern gegen solchen Gedankengang in edler Entrüstung ausrief: „wenn die Waffen gezogen würden zwischen Brüderstämmen, so würde er sich im

letzten Augenblick noch dazwischen werfen", — da lachten die Helden von der Linken hell auf. — „Buben lachen darüber!", schrie Gagern außer sich über solche Frechheit des Unpatriotismus, ließ den Ordnungsruf über sich ergehen, und bat den Präsidenten und das Haus um Verzeihung für den Ausdruck, aber es sei doch gar zu empfindlich: „Wenn man sich bewußt ist sein Vaterland zu lieben, und für diese Liebe und Hingebung noch verhöhnt wird!"

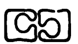
Ich hatte in letzter Zeit die Sitzungen der Nationalversammlung weniger häufig besucht; die häßlichen, spitzfindigen, oft recht persönlich verletzenden Reden der Linken, widerten mich an und verletzten meine idealen Anschauungen von des Vaterlandes Einheit, Freiheit und Größe. Wie war doch alles anders gekommen, anders verlaufen, anders geendet, als wie ich es mir in schwärmerischer Begeisterung in den Märztagen von 1848 träumte! Wehmütigen Herzens hatte ich daher am 21. Mai die Paulskirche und damit die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. für immer verlassen, an demselben Tage, an dem 65 Mitglieder ihren Austritt aus derselben erklärten. Unter diesen Heinrich v. Gagern, Dahlmann, Simson, Arndt, Beseler, Waitz, Duncker, Wilhelm Jordan, Wernherr. Damit war die moralische Kraft der Nationalversammlung gebrochen; es war nur noch ein Restparlament — ein Rumpfparlament — vorhanden.

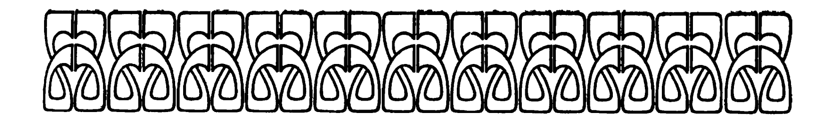
„Es ist kein unehrenhafter Tod, an getäuschtem Vertrauen zu sterben!" hatte Wilhelm Jordan mit Pathos ausgerufen, als er die Fünfundsechziger-Erklärung unterschrieb; — und so sind die wackersten Führer der deutschen Sache mit den gleichen Gedanken aus der Paulskirche geschieden. Ihre Namen, ihre Verdienste, ihre Opfer sind leider zum großen Teil im wechselnden Strome der Zeit verloren gegangen, und die Gegenwart hat keinen Drang, sich in der Erinnerung an sie besonders dankbar zu zeigen. Am 10. Mai trat Heinrich v. Gagern aus dem Reichsministerium aus, und der Erzherzog Reichsverweser umgab sich mit einem streng konservativen Ministerium, das Ergebnis einer österreichischen Intrigue, die

jedes Zusammengehen mit der Nationalversammlung unmöglich machte. Diese bestand nunmehr seit dem 21. Mai überhaupt nur aus Mitgliedern der Linken, welche — 103 an der Zahl — am 30. Mai ihre Sitzungen nach Stuttgart verlegten und dort das sogenannte Rumpfparlament bildeten. Uhland und Venedey, beide der Linken angehörend, hatten sich auf das entschiedenste gegen die Wahl Stuttgarts als künftigen Versammlungsort ausgesprochen, aber Vogt und sein Anhang setzten ihren Plan durch, um von da aus für die revolutionäre Bewegung namentlich Württemberg zu gewinnen, und so wurde der obige Beschluß mit der ganz kleinen Mehrheit von 71 gegen 64 Stimmen gefaßt.

Sechs Jahre später hatte ich Veranlassung, die Paulskirche wieder zu betreten, gelegentlich der in Frankfurt veranstalteten Mozartcentenarfeier, welche in derselben durch die Wiedergabe des Mozart'schen „Requiems" und seines „Davide poenitente" in der erhebensten Weise begangen wurde. Ich fand trotz des beispiellosesten Gedränges auf der Galerie einen Platz, welchen ich 1848 und 1849 so oft eingenommen hatte. Wie war da alles anders! — Statt der unruhigen, dunklen Gestalten der Abgeordneten jetzt Damen in reizender Toilette und Herren in elegantem Anzuge, überall eine freudige Feststimmung statt der oft so finsterernsten Atmosphäre der Parlamentszeit! — Meine Augen suchten jetzt nicht die mir bekannt gewordenen hervorragenden Männer jener großen Zeit in dem Gewühle der Parterreplätze, — diesmal waren es Frauengestalten, Glieder einer mir lieb gewordenen Frankfurter Familie, Mutter und Tochter, die Heldin meines damals pseudonym erschienenen Romans: „Antoinette von Steinwart"*), welche mein Interesse fesselten, und von welchen einen Blick zu erhaschen, mein sehnsüchtiges Verlangen war. — Wie sich doch die Zeiten und Menschen ändern!

*) Antoinette v. Steinwart, Roman in 2 Bänden von Oswald Stein. 1856. Leipzig bei Chr. E. Kollmann.





XXIII.

Der Meuchelmord in Oberlaudenbach.

Von Frankfurt nach Darmstadt zurückgekehrt, erfuhr ich, daß am 24. Mai eine große Volksversammlung in dem mir wohlbekannten Unterlaudenbach bei Heppenheim abgehalten werden sollte, an welcher sich auch hervorragende Redner der Paulskirche beteiligen würden. Sofort war ich entschlossen, derselben beizuwohnen, und begab mich zu Fuß der Bergstraße entlang über Eberstadt, Zwingenberg, Bensheim und Heppenheim nach Laudenbach, in all den berührten Orten militärische Vorbereitungen und Einquartierungen antreffend.

Mein Großvater mütterlicherseits war lange Jahre, bis zu seiner Versetzung nach Boxberg, Pfarrer in Laudenbach gewesen, und so kam es denn, daß meine Mutter, die daselbst ihre Kindheit und Jugendjahre verlebt hatte, mit mehreren dortigen Familien freundschaftliche Beziehungen unterhielt, die uns Kindern insoweit von Vorteil waren, als wir gar manche Ferienzeit dort verbringen konnten. Ich hatte mir später bei meinen Fußwanderungen nach Heidelberg und weiter, in den befreundeten Familien zu Laudenbach dann stets eine Erholungspause gönnen können, und war auch am 24. Mai 1849 einer freundlichen Aufnahme gewiß. Aber meine Erwartungen hinsichtlich der ausgeschriebenen Volksversammlung sollten sich nicht erfüllen, denn das Abhalten derselben war vonseiten der Bürgermeisterei Laudenbach untersagt worden, weil sich die Veranstalter derselben

nicht dazu verstehen wollten, daß dieselbe nur von Unbewaffneten besucht sein dürfe. So zog man denn nach dem hessischen Oberlaudenbach, allwo man sich größere Freiheit zu erlauben glaubte, als in dem revolutionären badischen Orte.

Baden war seit dem 14. Mai vollständig in revolutionärer Gewalt; der Großherzog Leopold war über Germersheim nach Lauterburg im Elsaß und dann nach Ehrenbreitstein geflohen; vom badischen Militär hatten sich Infanterie und Artillerie der Bewegung angeschlossen und mit den Freischaren fraternisiert, und eine Exekutivkommission war an die Spitze der Regierung getreten.

Durch Volksversammlungen, Flugschriften und die unermüdlichen Bestrebungen der Agitatoren war namentlich auch der Odenwald für die revolutionäre Bewegung gewonnen worden. Proklamationen brachte fast jeder Tag, bald von der Reichsregierung, bald von dem Ministerium Jaup in Darmstadt oder der Militärbehörde, dann aus dem Lager der Freischaren und der provisorischen Regierung in Karlsruhe, — von dieser namentlich dahin gerichtet, um das hessische Militär zum Treubruch zu bewegen, das Volk für die Beeidigung auf die Reichsverfassung und für allgemeine Bewaffnung zu entflammen. Die demokratischen Vereine im Odenwald und in den Orten an der badischen Grenze waren für die Sache der Revolution bis zum Terrorismus tätig und wirkten vielfach durch Furcht und Schrecken auf die Massen. Die besseren Elemente wichen vor der Keckheit der revolutionären „Volksmänner“, und überließen diesen das Feld in der Voraussicht und Hoffnung, daß die ganze Insurrektion alsbald schon durch das Militär niedergedrückt werde.

So ließ z. B. in Bensheim der Präsident des dortigen demokratischen Vereins, nachdem er vorher bereits diktatorisch vom Bürgermeister die der Stadt gehörenden Waffen gefordert hatte, durch die Schelle verkündigen:

„Sämtliche hiesige Einwohner werden aufgefordert, ihre Waffen, wenn sie nicht selbst davon Gebrauch machen, an den hiesigen demokratischen Verein abzuliefern, widrigenfalls sie sich die nachteiligen Folgen selbst zuzuschreiben haben. Auch sollen sich alle waffenfähige Männer bereit halten.“

Als am 24. Mai die Kunde nach Heppenheim kam, daß die Volksversammlung auf hessisches Gebiet verlegt worden und bewaffnet sei, auch sich badische Vorposten an der Grenze zeigten, ließ General von Schäffer die zwischen Heppenheim und Lorsch stehenden drei Kompagnien des III. hessischen Regiments Dingeldey nach Oberlaudenbach marschieren, um die Volksversammlung, falls sie bewaffnet sei, auf gesetzliche Weise zu verhindern, während Oberleutnant Zimmermann sich als Parlamentär über die Grenze begab, um den badischen Vorpostenkommandanten über die Absichten der jenseitigen Bewegung zu interpellieren, und zu erklären, daß jede Grenzverletzung energisch zurückgewiesen werden würde.

Der erste Verwaltungsbeamte des Kreises, Regierungsrat Prinz zu Heppenheim, ein als Mensch und Beamter gleich hoch geachteter Mann, und in den Gemeinden seines Bezirks sehr beliebt, folgte aus freien Stücken als Zivilkommissär, der nach Oberlaudenbach bestimmten Kompagnie, in der Hoffnung, durch seine Gegenwart und Bemühungen die erregten und aufgehetzten Gemüter besänftigen zu können, und ging, von einigen Gendarmen gefolgt, den Truppen voraus.

Die Veranstalter dieser Volksversammlung waren die als Republikaner allbekannten Brandredner Dr. v. Löhr aus Worms — Redakteur der Zeitschrift „Neue Zeit", später als badischer Volkstribun und Kommissarius besonders terroristisch im Bezirk Mosbach unrühmlich tätig, der bisher immer die Bestrebungen der Nationalversammlung, namentlich die Reichsverfassung anzufeinden und verächtlich zu machen gesucht hatte, — sodann Dr. Zimmermann, Arzt in Darmstadt, über dessen Moralität damals schwerwiegende Bedenken das Stadtgespräch, — Ohly, ein blutjunger Theologe, und Max Beck.

Von diesen wurde wiederholt auf das bestimmteste versichert, daß die Versammlung unbewaffnet sei, aber schon in Unterlaudenbach kamen Waffen zum Vorschein, welche später wohl verborgen wurden, aber doch für alle Fälle stets handbereit waren, wie sich das ja auch später zeigte. — Auch der von der Zentralgewalt zum Reichskommissär für Baden ernannte Abge-

ordnete Raveaux war in Oberlaudenbach erschienen, entfernte sich aber von da eilends, als er sah, daß es zu einem Zusammenstoß kommen würde, und ging über Heidelberg nach Karlsruhe.

Anstatt die erregte Versammlung zu besänftigen, der obrigkeitlichen Anordnung Gehör zu verschaffen und die drohende, schreckliche Gefahr abzuwenden, suchte Raveaux — wie all die feigen Helden jener Zeit — das Weite und überließ die durch ihn und seine Gesinnungsgenossen verführten und aufgehetzten Bauern ihrem blutigen Schicksal. Raveaux hätte durch ein besänftigendes Eingreifen bei der Masse das Unheil verhüten können. Er war Reichskommissär, vom Reichsministerium nach Baden gesandt, sein Einfluß und Ansehen machten Eindruck und fanden Gehör, wie ich Gelegenheit hatte, mich selbst zu überzeugen; ein Wort von ihm, und die Masse hätte sich willig der Aufforderung des hessischen Regierungskommissärs gefügt; aber wie die heraufbeschworene Gefahr nicht mehr abzuwenden war, da war er verschwunden, auch lag es wohl nicht in seiner Absicht, das Unausbleibliche zu verhüten.

Raveaux sucht seine Handlungsweise in seinen „Mitteilungen über die badische Revolution" auf seine Art zu beschönigen, indem er schreibt: „Werner sagte mir, es könne leicht der Fall eintreten, daß diese Volksversammlung, in deren Schoße sich auch Bewaffnete befanden, in einen Konflikt mit den Hessen geraten würde; er bat mich, da Eichfeld (Kriegsminister) in Weinheim zurückgeblieben war, dieses demselben mitzuteilen und die Streitkräfte auf der Grenze derart zu konzentrieren, daß man nötigenfalls bewaffnet einschreiten könnte." Natürlich eilte Raveaux sofort zurück, teilte Eichfeld das Gehörte mit und reiste mit ihm und Mögling nach Heidelberg weiter.

Der badische revolutionäre Kriegsminister Eichfeld hatte eine Kompagnie Infanterie nach Oberlaudenbach gesandt, um auf die etwa erscheinenden hessischen Soldaten einzuwirken, sie zum Treubruch zu verleiten. Tatsächlich wurden auch, als gegen 5 Uhr nachmittags die Truppen, von Heppenheim kommend, eintrafen, diese mit lautem Hochrufen empfangen, worauf denn alsbald die verwegensten Verführungs-

mittel versucht wurden. Durch lockende Worte, kameradschaftliches Benehmen, durch Darreichen von Getränken &c. suchte man sie zu gewinnen, sodaß Oberst Dingeldey, um einen Konflikt zu vermeiden, seine Leute auf einem Seitenwege hinaus vor das Dorf führte, und hier südlich desselben auf einer Anhöhe Stellung nahm, und wo auch ich einen gedeckten Platz fand, sodaß ich der weiteren Entwicklung ohne Gefahr folgen konnte. Und was waren das für Leute, welche die Volksversammlung bildeten? — Bauern aus dem Odenwalde, mit Heugabeln, Dreschflegeln &c. bewaffnet, wild aussehende Freischärler, eidbrüchige badische Soldaten, ohne alle und jede Disziplin, und Gestalten, von welchen Raveaux später selbst sagte, daß er erschrocken sei, als er sie gesehen, und dabei gedacht habe, solchem Pöbel gar einmal das Wohl und Wehe des Vaterlandes anvertrauen zu müssen.

Auf dem Versammlungsplatz, wie auch schon in Unterlaudenbach, wurde eine Aufforderung des Dr. v. Löhr aus Worms verteilt, welche lautete:

„Männer des Odenwaldes und der Bergstraße!

Die Stunde ist da, wo wir kämpfen müssen für die Freiheit unseres schönen Vaterlandes. Greift zu den Waffen und kommt zu uns. Es gilt einen ernsten Kampf, allein die Mittel, die uns zu Gebot stehen, reichen aus (?). Kommt zu uns, unsere Freiheit ist auch die eurige. Jeder Ort schicke seine ledige Mannschaft. Jeder bewaffne sich so weit er kann, um einzutreten in die Armee der Freiheit. Wer keine Schießwaffe hat, greife zur Sense. Mit dem Augenblicke, wo ihr in Rheinbayern anlangt, übernimmt der Staat eure Verpflegung, gastfreundlich werden euch die Rheinbayern aufnehmen. Schon stehen 200000 Mann (?) unter den Waffen, der Odenwald wird nicht fehlen!

Ludwigshafen, den 13. Mai 1849.

Löhr."

Regierungsrat Prinz in Oberlaudenbach angekommen, war, begleitet von einigen Soldaten, an die Menge herangetreten und hatte eine Abteilung Bewaffneter in dienstlicher Eigenschaft zum Auseinandergehen und Niederlegen der Waffen aufgefordert, indem er sie über das Ungesetzliche ihres Schrittes, — besonders ihrer Bewaffnung wegen — aufzuklären suchte, und die Masse zur Ordnung und zum Gehorsam ermahnte.

Als man diesem, in ermahnenden Worten ausgesprochenen Verlangen nicht Folge gab, wurde auch von militärischer Seite dasselbe wiederholt, worauf dann die Menge widerwillig Anstalten machte, auseinander zu gehen.

Für den Augenblick schien es auch, als sollte die Versammlung ohne weitere Störung verlaufen, und Regierungsrat Prinz hielt die Aufgabe für vollständig gelöst, sodaß er dem Obersten Dingeldey sogar erklärte, er bedürfe des Beistandes des Militärs nicht weiter mehr, und werde sich nun selbst nachhaus begeben.

Nichtsdestoweniger versuchte es Prinz nochmals und nur von einem Gendarm begleitet, ins Dorf zurückzukehren, um vereint mit dem Bürgermeister wiederholt zu den Aufrührern zu reden, als er plötzlich von einer Rotte von nahezu achtzig Aufständischen verfolgt, von Einem derselben heimtückischerweise mit einem Schuße erreicht und zu Boden gesunken, von den Übrigen mit Heugabeln und ähnlichen Waffen völlig ermordet wurde.

Der ihn begleitende Gendarm, der ihn tapfer zu verteidigen suchte, dabei aber selbst verwundet wurde, rettete sich schließlich durch die Flucht, um die Kunde dem Obersten zu bringen.

Noch war bis dahin vonseiten des Militärs keine drohende Haltung eingenommen worden, und von da kein Schuß gefallen.

Nun aber befahl der Oberst den Truppen, ins Dorf vorzurücken. Man ging mit gefälltem Gewehr, ohne zu schießen, vor, und erst als aus den umliegenden Häusern, Scheunen, Stallungen, Kellern und sonstigen Verstecken auf die Soldaten geschossen wurde, da eröffneten diese ein äußerst wirksames Rottenfeuer, welches in wenigen Augenblicken gleich 11 Mann darniedergestreckt und viele Verwundete gemacht hatte. — Wie mir noch am Abend ein hessischer Scharfschütze erzählte, war unter den ersteren auch einer der Mörder des Prinz geblieben; er hatte dessen Anschlagen gesehen und ihn für seinen ersten Schuß aufs Korn genommen. Es war ein allgemeiner hitziger Kampf entbrannt, dem die Rebellen nicht Stand halten konnten,

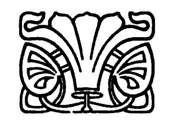
und zumeist alsbald ihr Heil in der Flucht suchten; die Veranstalter und Leiter der Volksversammlung waren aber die ersten, welche ihr Leben in Sicherheit brachten, daher auch der Gefangenschaft entschlüpften.

Die Rebellen hatten 41 Tode, darunter vier Bürgermeister von Odenwälder Gemeinden, aber wegen der großen Nähe der Kämpfenden verhältnismäßig nur wenig Verwundete. Gefangen wurden 123 Mann, welche unter militärischer Bedeckung auf der Eisenbahn nach Darmstadt ins Gefängnis gebracht wurden, und mehr als 100 Gewehre und Büchsen, welche die Fliehenden weggeworfen hatten, wurden auf dem Kampfplatze gefunden. Vonseiten des Militärs war nur ein Unteroffizier schwer und zwei Soldaten waren leicht verwundet worden.

Die Kunde von der Niederlage der Rebellen verbreitete sich rasch und verfehlte nicht, auf dieselben entmutigend zu wirken, während das Vertrauen zu der Pflichttreue der Soldaten gehoben wurde.

Eine Untersuchung über die Ermordung des Regierungsrat Prinz wurde später vom Großh. Hofgericht Darmstadt geführt, doch habe ich über das Resultat nichts erfahren können.

Dem Regierungsrat Prinz hat man aus freiwilligen Beiträgen der Gemeinden des Kreises Heppenheim in Oberlaudenbach ein Denkmal gesetzt, welches am 24. Mai 1851 feierlichst enthüllt, und bei welcher Gelegenheit wiederholt die große Verehrung für den so schändlich hingemordeten pflichttreuen Beamten zum Ausdruck gebracht wurde.



XXIV.

Das Rumpfparlament und sein Ende.

Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt! — hatte Napoleon I. bei seiner Flucht aus Rußland 1812 in schneidigem Sarkasmus gesagt; mehr noch paßte dies Paradoxon aber auf das klägliche Ende der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt und Stuttgart. Napoleon hatte wenigstens, als er diese Worte sprach, noch nicht den Rest seiner Tatkraft eingebüßt und konnte der Welt noch Proben seines unvergleichlichen Genies geben, während der nach Stuttgart geflüchtete Rest der einstmals so imposanten Frankfurter Versammlung tatsächlich zum Gespött des In- und Auslandes bei allen Einsichtsvollen wurde, und alle Hoffnungen des deutschen Volkes vernichtet waren.

Und wie konnte auch dieser kleine Teil von der einstmaligen imposanten Gesamtvertretung der deutschen Nation erwarten, daß er im Volke selbst noch so viel Halt, noch so viel Begeisterung finden werde, um seine nur republikanischen Ideen verwirklichen zu können? Nicht „lächerlich" — geradezu frivol und unverantwortlich leichtsinnig war das Beginnen! — aussichtslos und umsomehr verwerflich, als bereits schon am 9. Mai der Aufstand in Dresden durch preußische Truppen bezwungen, und gegen Baden und die Pfalz gewaltige Heeresmassen im Anmarsch waren. In unverzeihlicher Selbsttäuschung aber machte man sich glauben, daß die Masse des Volkes ihren

Bestrebungen huldigen und dieselben unterstützen werde; aber nur an einzelnen wenigen Orten, und da nur in schwacher Beteiligung, fand das gewaltsame Vorgehen der Linken Unterstützung.

Und wie ist das Alles gekommen?

Die Regierungen hatten nur zu bald erkannt, daß aus den Beratungen der Nationalversammlung kein ersprießliches, annehmbares Verfassungswerk zutage gefördert werde, das insbesondere nicht den lokalen Verhältnissen aller Staaten gleichmäßig angepaßt werden könne, und hatten nach den blutigen Ausschreitungen vom 18. September 1848 eine Mahnung erhalten, der eigenen Sicherheit und Existenz eingedenk zu sein. Zaghaft, unentschlossen standen daher nun die meisten Regierungen dem Beginnen der Nationalversammlung gegenüber.

Schon im Februar 1849 hatte sich bekanntlich das österreichische Kabinett auf das allerentschiedenste gegen die Unterordnung seines Kaisers unter jede, von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Zentralgewalt verwahrt, und am 5. April hatte es die österreichischen Abgeordneten aus Frankfurt zurückberufen. Nichtsdestoweniger hatten diese aber doch — nun unberufenerweise — noch an den Beratungen der Nationalversammlung teilgenommen und mitgestimmt, und bei der Kaiserwahl eine so winzige, beschämende Majorität veranlassen helfen!

Die Weigerung des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, die ihm angebotene deutsche Kaiserkrone anzunehmen, und die geschickte Taktik des Erzherzog-Reichsverwesers Johann, der die österreichischen Interessen unermüdet und mit Erfolg vertrat, kamen der österreichischen Politik zu Hilfe, um die nationale Schöpfung der Paulskirche zu durchkreuzen und unmöglich zu machen.

Am 28. April 1849 lehnte Preußen die Annahme der Reichsverfassung, wie sie aus der Nationalversammlung hervorgegangen war, endgiltig ab, und am 14. Mai rief es seine Abgeordneten zurück, ein Beschluß, den die Nationalversammlung für ungesetzlich erklärte. In dieser gewannen nunmehr die

radikalen Elemente die Oberhand, und als man sich unter den eingetretenen Verhältnissen in Frankfurt nicht mehr sicher wähnte, machte man den Gang nach Stuttgart, wo gleich in der ersten Sitzung, am 6. Juni, fünf „Reichsregenten" gewählt wurden: Heinrich Simon, Karl Vogt aus Gießen, Raveaux aus Köln, Friedrich Schüler aus Zweibrücken und August Becher aus Stuttgart (ein ultra-demokratisches Mitglied der württembergischen Kammer). — — Man wählte den letzten Präsidenten der deutschen Nationalversammlung der Paulskirche, Dr. Löwe aus Calbe a. d. Saale, auch für das „Rumpfparlament" zum Präsidenten.

Die Stuttgarter Versammlung, aus 103 Mitgliedern bestehend, war nun nur noch ein Klub zur Revolutionierung Süddeutschlands, ein macht- und autoritätsloser Konvent, der den Rest von Würde, welcher an dem Namen der Nationalversammlung haftete, in einigen unglücklichen Aufwiegelungsversuchen verzettelte.

Die Regentschaft, welche die badische und die pfälzische Bewegung sofort in die Hand nahm, Reichskommissäre mit weitgehenden Vollmachten dahin sandte, und die Generale des Frankfurter Reichsministeriums — von Peucker und von Miller — auffordern ließ, unverweilt die Feindseligkeiten gegen die Insurgenten einzustellen, — was natürlich zwecklos war und nicht befolgt wurde, richtete an das deutsche Volk eine Proklamation, in der sie dasselbe anwies, nur von ihr — der Regentschaft — und ihren Bevollmächtigten, von Niemand sonst, Befehle anzunehmen, und worin sie zum „Kampf gegen den Absolutismus" aufforderte. Sodann verlangte sie von der württembergischen Regierung die Stellung von 5000 Mann (!) zur Bildung eines „Reichsheeres", und forderte ebenso die anderen Regierungen, welche die Reichsverfassung anerkannt hatten, zur Stellung von Kontingenten auf. Ein Gesetz zur Organisation der Volkswehr wurde gegen geringen Widerspruch angenommen, und da man vor allen Dingen auch des Geldes bedurfte, so beschloß die Reichsregentschaft eine Kreditforderung von fünf Millionen Thaler (!).

Sodann versprach die Regentschaft im Widerspruch mit ihrem Vorgehen, alle Kräfte aufzubieten, um den Bürgerkrieg abzuwenden, wenn es aber zur Erreichung des gesteckten Zieles notwendig werden sollte, der Gewalt Gewalt entgegenzustellen. Alle die Hunderttausende aus allen Teilen des Vaterlandes, welche bisher so oft feierlich gelobt hatten, Gut und Blut für die Frankfurter Verfassung einzusetzen, wurden aufgefordert, auch ihr Wort einzulösen.

All' diese Beschlüsse hatten nicht den geringsten Erfolg, kamen nicht zur Ausführung, — waren zwecklos und gaben nur Zeugnis von der Ohnmacht und Kopflosigkeit der Matadoren.

Anfänglich tagte das „Rumpfparlament" in dem Saale der Württembergischen Kammer der Abgeordneten, doch wurde der Regierung bei den fanatischen, aufreizenden Reden und Beschlüssen der Versammlung wohl unheimlich zu Mute, denn sie entzog ihr alsbald schon den Ständesaal, so daß man genötigt war, sich in einem Privatlokal, der Fritz'schen Reitbahn, zu versammeln. — Am 13. Juni forderte sodann das Ministerium die Reichsregentschaft auf, ihren Sitz außerhalb Württemberg's zu verlegen; — und als diesem Verlangen nicht entsprochen wurde, teilte es am 17. Juni dem Präsidenten Löwe mit, daß es das fernere Tagen der Versammlung im Lande nicht dulde, und daß es dem Verlangen ihrer Entfernung nötigenfalls „durch Anwendung der geeigneten Mittel Geltung verschaffen werde" (!!). — Auch die Württembergische „Volkskammer" hatte Partei gegen das Rumpfparlament ergriffen, und mit 54 gegen 31 Stimmen die „Rechtsbeständigkeit der Nationalversammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung" in Zweifel gezogen.

Am 16. Juni hielt die Regentschaft dennoch eine Versammlung ab, und beschloß die Absetzung des Reichsverwesers in Frankfurt, ein Gesetz über die Bildung der Volkswehren, und die freie Führerwahl. Gleichzeitig erließ die Regentschaft eine Proklamation, in welcher es heißt:

„Wir haben das Gesetz verkündet, welches die deutsche Volkswehr organisiert. Jede Stadt, jedes Dorf wird nach diesem Gesetz die waffenfähigen Männer von 18 bis 30 Jahren sofort unter die Waffen rufen; Schmach dem, der die Kraft hat und sich dem Vaterlande entzieht. — — Zu den Waffen, deutsches Volk! Es gilt den heiligen Kampf für unsere Freiheit gegen schamlose Unterdrückung. — Zeige der Welt, daß Dein Herz groß ist wie Dein Geist; zeige, daß das Herz Europas, das man erstorben wähnte, noch in Begeisterung schlage für die Freiheit."

An demselben Tage, als dieser Beschluß gefaßt wurde — am 18. Juni — wollte nichtsdestoweniger das Rumpfparlament eine Sitzung halten, und die Mitglieder desselben waren im Begriff, in geordnetem feierlichem Zuge, an der Spitze der Präsident Löwe, neben ihm der Dichter Ludwig Uhland, nach ihrem Sitzungslokale zu gehen, als sie dasselbe durch Militär besetzt fanden, und von den Soldaten zurückgedrängt und zum Auseinandergehen gezwungen wurden.

Löwe, Günther aus Sachsen und Simon machten wohl einen Versuch, durch phrasen- und effektvolle Reden auf das versammelte Volk einzuwirken und schleuderten mit lauter Stimme einen feierlichen Protest in die Welt, aber ein Trommelwirbel übertönte die Worte.

In einer später abgehaltenen nochmaligen Versammlung, welche im Hotel Marquardt stattfand, einigten sich die Mitglieder des Rumpfparlaments dahin, nach Baden, dem Herde der Revolution, und zwar nach Freiburg im Breisgau überzusiedeln, was aber durch die Ereignisse vereitelt wurde.

„So schmachvoll", sagte die Demokratie, „war das Ende einer Versammlung, die so glorreich begonnen hatte. — Feierliches Glockengeläute und Jubelruf des Volkes begrüßte ihren Anfang, militärischer Trommelschlag und ohnmächtiges Wutgeschrei begleiteten ihr Ende!"

Aber ein bedeutender englischer Staatsmann meinte damals: „Jetzt ist es mit der Wiedergeburt der deutschen Nation vorbei, das deutsche Parlament versteht nichts mit der Revolution anzufangen."

So endete das erste deutsche Parlament, genau dreizehn Monate nach seinem Beginn! — Eine ominöse Zahl!

Mit Glockengeläute, Kanonendonner und unter dem Jubel eines hoffnungstrunkenen Volkes betraten wir damals die Paulskirche, und heute — am 18. Juni 1849 — endete die einst so stolze Nationalversammlung in wahrhafter Jämmerlichkeit, als ein Bild der Ohnmacht und der traurigsten Verhältnisse!

* * *

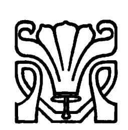
Eine heitere Episode, welche ich damals im Kreise einiger Abgeordneter erlebte, mag hier schließlich nicht unerwähnt bleiben.

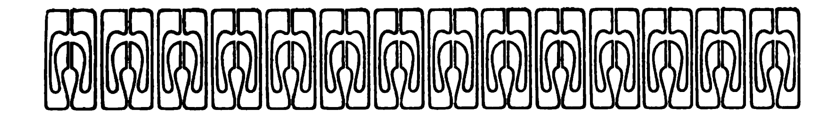
Ich war am 8. Juni in Stuttgart zum Besuche meiner Tante, einer Amtsnotarswitwe, angekommen und hatte alsbald am nächsten Nachmittage meinen verehrten Gönner, Professor Dr. Wilhelm Zimmermann besucht. Derselbe war gerade im Begriff, nach dem nahen Heslach zu gehen, wohin er sich mit mehreren Abgeordneten des Rumpfparlaments verabredet hatte, und lud mich ein, ihn dahin zu begleiten. „Sie werden alte Bekannte aus der Paulskirche treffen, die Ihnen dankbar sein werden, wenn Sie Ihre Eindrücke und Erlebnisse, welche Sie an der Bergstraße und auf der Reise hierher gewonnen haben, schildern", fügte er seiner Einladung hinzu, welcher ich gern nachkam.

Wir trafen zu Heslach in einer Gartenwirtschaft mit einigen Herren des Rumpfparlaments zusammen, welche ich wohl von Ansehen, nicht aber persönlich näher kannte. Nachdem mich Dr. Zimmermann vorgestellt, und dabei mitgeteilt hatte, daß ich, von Darmstadt kommend, der Oberlaudenbacher Volksversammlung angewohnt, die Hemsbacher Bataille miterlebt und einen Teil des in Aufruhr befindlichen badischen Gebiets durchreist hatte, wurde ich von allen Seiten mit Fragen bestürmt und hatte Auskunft zu geben. Während der lebhaften Unterhaltung entfernte sich einer der Herren, — wenn ich mich recht erinnere Löwe-Calbe, — und ich sah, wie er sich mit dem Wirte unterhielt und bezahlte. Als wir uns dann später allesamt zur Rückkehr nach Stuttgart rüsteten und bezahlen wollten, da erklärte der Wirt, indem er auf Löwe wies: „Der Herr habe schon

alles bezahlt", und als sich derselbe dagegen verwahrte, stellte es sich heraus, daß der Wirt durch die damals in Frankfurt gebräuchliche Anrede: „Na, was sinn mer schillig (schuldig?") der Meinung war, der Herr wolle die ganze Zeche bezahlen, wie geschehen, was große Heiterkeit erweckte. Löwe war der geforderte Betrag nicht weiter aufgefallen, da er von Frankfurt her große Preise gewohnt war.

Sechzehn Jahre später, im Frühjahr 1866, hatte ich bei einer großen Wahlmännerversammlung in Westfalen — wenn ich mich recht erinnere, war es in Witten a. d. Ruhr, — wieder Gelegenheit, mit Dr. Löwe-Calbe zusammenzutreffen. Er war damals gemeinsam mit Dr. Hermann Becker (der „rote Becker") und Metzmacher, Abgeordneter des Wahlkreises Dortmund-Bochum-Witten. Es war zurzeit, als wegen des in Aussicht stehenden Krieges mit Österreich 2c. die Erregungen im preußischen Volke sehr groß waren, und bei jener Versammlung, an welcher außer Löwe der alte ehrwürdige Fritz Harkort, Dr. Hermann Becker, Lünning, Louis Berger-Witten teilnahmen, und in wuchtigen Reden das vielgebrauchte: „Diesem Ministerium keinen Pfennig!" (dem Bismarck'schen) in allen möglichen schneidigen Wendungen wiederklang. — Der Versammlung folgte ein gemeinschaftliches Essen, bei welcher Gelegenheit ich die Ehre hatte, mich mit Dr. Löwe längere Zeit zu unterhalten, und das Gespräch auf unsere einstmalige Begegnung in Heslach zu bringen. Er konnte sich meiner so recht nicht mehr erinnern, wohl aber jener Episode, welche damals so viel Heiterkeit hervorgerufen hatte, und mich nunmehr in nähere, gesinnungsgleiche Berührung mit ihm bringen sollte, welche bis zu seinem Tode am 2. November 1886 fortbestand.





XXV.

Der Kampf um die Einführung der Reichsverfassung.

(Im Lichte der Wahrheit.)

Mit der Vollendung der Reichsverfassung vom 28. März 1849 und deren Publikation waren die deutschen Angelegenheiten in eine verhängnisvolle Krisis geraten. Der Bruch zwischen Preußen und der deutschen Nationalversammlung war eingetreten, Österreich hatte sich vorher schon zurückgezogen und war durch seine inneren Kämpfe sehr in Anspruch genommen, und die kleineren Staaten waren ohnmächtig, der verlangten Einführung der Reichsverfassung entgegenzutreten, während die Königreiche derselben opponierten — die Masse des Volkes aber stand im allgemeinen diesen Fragen recht indifferent gegenüber. Durch diese Widersprüche war die Rechtsverwirrung im Vaterlande allgemein geworden, denn was hier für Hochverrat galt, wurde an anderer Stelle für Gesetz und Recht gehalten, und in diesen widerstreitenden Auffassungen entwickelte sich ein revolutionärer Zustand schlimmster Art. Die Einführung der Reichsverfassung wurde zwar als treibendes Motiv vorgeschoben, aber die Gründung einer republikanischen Verfassung war der verschleierte Zweck der ganzen Bewegung. So in Dresden, so am Niederrhein, in der Pfalz und in Baden.

Im Königreich Sachsen hatten die Kammern die sofortige Anerkennung der Reichsverfassung seitens der Regierung verlangt, was diese aber mit der Erlärung ablehnte, daß sie Bedenken trage, so lange der König von Preußen die Reichsverfassung und die Kaiserkrone nicht annahm, ihrerseits eine Anerkennung auszusprechen, durch die sie die Selbständigkeit Sachsens zu gefährden befürchten müsse. Ohnehin hatte Sachsen sich Preußen gegenüber bereit gezeigt, seine Zustimmung zu einer Revision des Frankfurter Reichsgesetzes zu geben. Die Kammer wurde daraufhin aufgelöst; — die nächste Folge war eine ungezügelte Aufregung, welche ganz Sachsen ergriff, und zu einer gewaltsamen Erhebung in Dresden führte. Der König entfloh am 4. Mai mit der Regierung auf den an der Elbe gelegenen Königstein, während sich in Dresden eine provisorische Regierung bildete, die unter Führung des Russen Bakunin den Kampf gegen die vom König herbeigerufenen, preußischen Truppen aufnahm, aber schon am 9. Mai überwältigt wurde. Nun rief auch die sächsische Regierung, nach dem Vorgange Preußens, die Abgeordneten ihres Landes von Frankfurt ab.

In der bayerischen Rheinpfalz

war die demokratische Agitation schon im Laufe des April ungewöhnlich tätig, veranlaßte Volksversammlungen, in welchen die Revolution gepredigt und die Einführung einer republikanischen Verfassung hochgeprießen wurde.

In einer zu Neustadt a. Hdt. Ende April abgehaltenen Versammlung wurde einstimmig beschlossen, daß jede der Frankfurter Verfassung entgegenstehende Regierungs-Verfügung als eine Auflehnung gegen die bestehenden Gesetze, sowie gegen die Souveränität des Volkes betrachtet werden müsse und für letztere das Recht der Selbsthilfe begründe; ferner, daß die Abgeordneten des bayerischen Volkes sich einer Pflichtverletzung schuldig machen würden, wenn sie nicht auf ihre augenblickliche Einberufung dringen und nach erfolgtem Zusammentritt nicht sogleich eine Klage gegen die Minister, wegen Verletzung der Verfassung, erheben würden.

Eine in Speyer abgehaltene Volksversammlung erklärte, daß, falls das Ministerium zu München fortfahre, gegen die deutsche Einheit zu „agieren“, die Pfalz sich von Bayern los-sagen würde.

Zu derselben Zeit fanden in Frankenthal, Oggers-heim, Eppstein und Kirchheimbolanden Volksversamm-lungen statt, in welchen gleichlautende Beschlüsse gefaßt wurden.

All diesen revolutionären Strömungen gegenüber verhielt sich die bayerische Regierung in München anfänglich sehr zurück-haltend und ließ es geschehen.

In Kaiserslautern — damals wohl die volksreichste Stadt der Pfalz — trat am 1. Mai 1849 ein Landesver-teidigungs-Ausschuß zusammen, der seine Tätigkeit sogleich entfaltete und zum 2. Mai eine allgemeine Volksversammlung nach Kaiserslautern berief, indem er seinen Aufruf hierfür begann:

„Pfälzer! das Unglaublichste ist geschehen! Maximilian von Bayern hat die durch unsere souveränen Vertreter zu Frankfurt festgestellte und für uns rechtsgiltige Verfassung verworfen. Tiefe Entrüstung erfüllt die Brust eines jeden Pfälzers; es gilt zu zeigen, ob der Wille des souveränen Volks oder der Wille einer volksfeindlichen Regierung maß-gebend sei ꝛc.“

Alle Pfälzer, alle waffenfähigen Bürger waren zu dieser „allgemeinen Volksversammlung für Süddeutschland“ eingeladen, und doch war die Masse des Volks — namentlich des Land-volks — keineswegs revolutionär gesinnt, man verlangte nichts als Ruhe und Ordnung und war soweit bei der ganzen Sache teilnahmslos geblieben; von der Einführung der Republik wollte man erst recht nichts wissen.

Zum Obergeneral der pfälzischen Armee wurde Fenner von Fenneberg, ein früherer österreichischer Leutnant und späterer Oberkommandant der Wiener Nationalgarde während des dortigen Oktober-Aufstandes ernannt, aber seine gänzliche Unfähigkeit entfernte ihn sehr bald von dem soeben übernomme-nen Posten eines Obergenerals. Er hat später ein lesenswertes Werk über die „Rheinpfälzische Revolution“ geschrieben, in dem er darlegt, daß die Revolution der Rheinpfalz nicht aus

dem Volke hervorgegangen, sondern demselben von den demagogischen Wühlern quasi aufgedrungen worden sei. Er erläuterte dies, indem er ausführte: „Die Pfalz sei ein reiches, gesegnetes Land, beinahe ohne Proletariat, und selbst die wenigen Proletarier, welche sich daselbst finden möchten, erfreuten sich einer Existenz, die gegenüber der der schlesischen oder rheinpreußischen Proletarier eine gemächliche genannt zu werden verdiene. Das Volk erfreue sich materiellen Wohlseins, freisinniger Gesetze und Staatseinrichtungen, die gegenüber der Reichsverfassung nicht viel zu wünschen übrig ließen. Die freie Presse sei der Pfalz seit den Märztagen geworden; das freie Versammlungsrecht hätte sie schon seit Jahren ungestört ausüben können, und die Volksbewaffnung, die durch die Reichsverfassung organisiert werden sollte, sei nicht sehr nach ihrem Geschmacke gewesen. Man habe in der Pfalz nach Errichtung der Bürgerwehr einige Wochen damit „gespielt“, aber bald die Lust dazu verloren. Was konnte also die Pfalz bewegen, zu Gunsten der Reichsverfassung eine Revolution zu beginnen?“ — fragt der Chef der rheinpfälzischen Armee daher nicht mit Unrecht. Nicht das Bedürfnis nach diesem „halb demokratisch, halb absolutistischen Flickwerke“, nicht die Hingebung für eine Versammlung, die im Volke nur wenig Beachtung, „unter den Parteien aber die Verachtung beinahe aller auf sich gezogen habe“, sei es gewesen, was das Pfälzer Volk zu einer Revolution vermögen konnte; es sei einzig und allein nur der Beschluß Einzelner, daß die Pfalz revolutionieren sollte. Die Teilnahmlosigkeit des Landvolks, die der anbefohlenen Rekrutierung zum Volksheer überall aufstoßenden Hindernisse, wie Weigerung der Gemeinden, die sie treffende Seelenzahl zum Volksheer zu stellen, die geringen Geldbeiträge, die aus einem so wohlhabenden Lande eingingen, die in der Mehrzahl konservativ ausgefallenen Wahlen behufs Einsetzung einer provisorischen Regierung, welche letztere einzig und allein einem gelinden Terrorismus ihr Dasein verdanke, dazu das Benehmen der Pfälzer Gemeinden bei Herannahen des preußischen Heeres — dies Alles beweise hinlänglich, daß die rheinpfälzische Revo-

lution nicht aus dem Willen des Volks hervorgegangen, sondern demselben von einer bedeutenden Minorität oktroyiert worden sei.

Zu der am 2. Mai in Kaiserslautern abgehaltenen Volksversammlung hatten sich wohl mehr als 8000 Teilnehmer eingefunden; unter ihnen Vertreter der politischen Vereine, der Landrat der Pfalz, Abgeordnete von Ständen, vom Parlament aus Frankfurt ꝛc. In stürmischen, wütenden Reden ergingen sich Nik. Schmitt, ein ehemaliger Rechtspraktikant aus Kaiserslautern, der deutsch-katholische Pfarrer Lose, und Uhrmacher Weber von Neustadt a. H., der Kommunist Schifterling aus Ulm a. D., das Parlamentsmitglied Reichard, Notar in Speyer ꝛc., und wußten die Versammlung derart zu erregen, daß nachfolgende Beschlüsse ohne Widerspruch gefaßt wurden:

1. Steuerverweigerung dem bayerischen Staate;
2. Rückberufung der pfälzischen Soldaten;
3. Organisation der Volksbewaffnung von 18—50 Jahren, die von 30—50 Jahren unter die Landwehr.
4. Aufforderung an die Regierung und die Beamten zur Anerkennung der Frankfurter Verfassung.
5. Aufforderung an die Gemeinden, ihre Zustimmung zu erklären.
6. Beschlagnahme der pfälzischen Staatskassen.
7. Verbindung mit den angrenzenden deutschen Volksstämmen.

Zugleich ist bestimmt worden, daß die Erklärung der Regierung und Beamten in dreimal vierundzwanzig Stunden erfolgen muß, widrigenfalls weitere entscheidende (!) Maßregeln getroffen würden.

In Bezug auf Punkt 7 wurde folgende Ansprache beschlossen und publiziert:

„Auf, du Volk der Pfalz!

Du Volk, weithin berühmt durch dein Rechtsgefühl und deinen gesetzlichen (!!) Sinn, beweise Deutschland, das seine Augen auf dich gerichtet hat, daß du zwar dem Gesetze dich beugst, daß du aber auch die Kraft in dir fühlst, die Machthaber zu beugen, welche mit frecher Stirn allen Gesetzen Hohn zu sprechen wagen.

Brüder! Unsere ganze Provinz muß zu einem Lager umgeschaffen, jeder Arm bewaffnet, jedes Haus zur Festung, jeder Baum zur Brustwehr werden. Lasset euch nicht einschüchtern durch das Schreckbild der Anarchie oder durch das Hirngespinst einer allgemeinen Güterverteilung.

Wenn Alle, Alle sich erheben, zur Verteidigung der schmählich bedrohten Rechte unsres Volkes, dann wird eine höhere Glut der Begeisterung alle Gemüter erfassen, und dem bevorstehenden Kampf eine Weihe geben, die das Eigentum achten und jedes unlautere Gelüst ersticken machen wird.

Auf denn, Brüder! und rüstet euch zum heiligen Kampf der Notwehr, schart euch einträchtig zusammen und stimmt mit uns ein in das Feldgeschrei: „Es lebe Deutschland und seine ewigen Rechte!“

Man wählte in den Landesausschuß:

1. Notar Reichard, Oberst der Speyerer Bürgerwehr, eines der entschiedensten Mitglieder der äußersten Linken in der Nationalversammlung zu Frankfurt, von dem Fenner von Fenneberg sagt, daß „Danton gegen Bürger Reichard ein unentschlossener, gemäßigter Schwachkopf war.“

2. Didier, Ökonom von Landstuhl, der den Auftrag übernahm, Gewehre von Lüttich herbeizuschaffen, ihn aber so ungeschickt zur Ausführung brachte, daß er sie rheinabwärts den Preußen in die Hände speditierte.

3. Notar Schmidt von Kirchheimbolanden, „eine ehrliche Haut, die zu allem „Ja“ sagte.“

4. Nik. Schmitt aus Kaiserslautern, ein eifriger, rücksichtsloser Parteimann, der als Minister des Innern fungierte.

5. Rechtskandidat Greiner, der sich schon in den Märztagen von 1848 als Volksredner hervorgetan, aber eine, „dem Deutschen angeborene, heilige Scheu vor allem, was nach Terrorismus roch“, hatte.

6. P. Fries, ebenfalls Rechtskandidat, funktionierte als Justizminister; er wird als der einzig wahrhaft revolutionäre Charakter im Landesausschuß wie der Regierung von seinen Parteigenossen gerühmt.

So nebenbei spielte Dr. Hepp aus Neustadt a. H., schon vom Hambacher Fest her bekannt, eine Art Finanzmininister ohne Finanzen. Er wird von Fenner als „Repräsentant des verrückt gewordenen konstitutionellen Bourgeois, der seine Art von Liberalismus zum Leben ebenso erforderlich halte als Salz und Brot“, bezeichnet. — Es fehlte überall und auf allen Seiten an geeigneten Personen und an angemessenen Agitations-

mitteln. — „In ein Zivilkommissariat," sagte der später so hervorragende Parlamentarier Ludwig Bamberger*) in seiner Schrift über die pfälzische Revolution, „wurden drei Erlanger Theologen, bewaffnet mit großen, rostigen Chevauxlegersäbeln, gesandt, das Ungelenkteste und Ungeschickteste der Welt. Wo sie auftraten, liefen sie Gefahr, durchgeprügelt zu werden!"

Am 25. Mai faßten die beiden provisorischen Regierungen von Baden und der Pfalz gemeinsam den Beschluß, von Frankreich Hilfe zur Durchführung ihrer Pläne nachzusuchen und sandten für diesen Zweck zwei Deputierte nach Paris. Sie wurden, statt Hilfe zu erlangen, von der französischen Regierung arretiert. Das Beglaubigungsschreiben der Pfalz lautete:

„Im Namen des Volkes der Pfalz! Durch Gegenwärtiges wird der Bürger Schütz aus Mainz, Mitglied der konstituierenden Versammlung zu Frankfurt zum Geschäftsträger für letztgenanntes Land (?) bei der französischen Regierung zu Paris ernannt. Er hat die besondere Mission, die diplomatischen Beziehungen, welche zwischen Frankreich und der Pfalz bestehen müssen, anzuknüpfen und selbige zu unterhalten.

Namentlich ist er von uns beauftragt, alles was in seinen Kräften steht, aufzubieten, aufdaß die französische Regierung das Volk der Pfalz in seinen Schutz nehme, daß sie ihm Hilfe gewähre, entweder durch Zusendung von Kriegsmunition und Generälen oder auch dadurch, daß sie ihre Truppen gegen die Preußen marschieren lasse, welche auf dem Punkte stehen, in unser Land einzubrechen.

Kaiserslautern, 26. Mai 1849.

Die provisorische Regierung der Rheinpfalz:
Schmidt Reichard Fries Greiner."

---

*) Bamberger, Ludwig, liberaler Parlamentarier in späteren Jahren, sonst politischer und volkswirtschaftlicher Schriftsteller, und als solcher eine hervorragende Kapazität, geboren zu Mainz am 22. Juli 1823, studierte 1842 bis 1845 zu Gießen, Heidelberg und Göttingen die Rechte und arbeitete dann 2 Jahre bei den Mainzer Gerichten. Er beteiligte sich sowohl 1848 lebhaft an der revolutionären Bewegung, als 1849 an dem Aufstande der bayerischen Pfalz und Badens, wurde infolgedessen zum Tode verurteilt und floh in die Schweiz, ging später nach England, Belgien, Holland, und von da nach Paris, wo er 1858—1866 die Geschäfte eines großen Bankhauses leitete; 1866 amnestiert, kehrte er in seine Vaterstadt zurück, wurde 1868 ins Zollparlament und 1871 in den Deutschen Reichstag gewählt. Anfänglich zur nationalliberalen Partei, später zur „Liberalen Vereinigung" gehörend, hat er sich große Verdienste um unsere finanzielle und volkswirtschaftliche Gesetzgebung erworben. 1893 trat er vom öffentlichen Leben zurück und starb am 14. März 1899 in Berlin.

Also auf die Hilfe der Franzosen rechneten die Revolutionäre fortwährend bei ihren angeblichen Bestrebungen für die deutsche Reichsverfassung!

Die bayerische Regierung in München hatte unterm 22. Mai 1849 eine Bekanntmachung an die Pfälzer gelangen lassen, in welcher sie erklärte:

1. „Die Rheinpfalz wird als eine im Zustande des Aufruhrs befindliche Provinz betrachtet;

2. die Einrichtung der provisorischen Regierung ist ein Akt des Hochverrats;

3. alle Verfügungen der sogenannten provisorischen Regierung, sowie alle Beschlüsse der Kantonalvertretung sind nichtig; alle Steuerentrichtungen an die provisorische Regierung oder deren Organe sind ungiltig;

4. die Gemeinden der Pfalz werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach dem Gesetz für allen durch den Aufruhr verursachten Schaden ersatzpflichtig sind."

Zu gleicher Zeit wurde aber auch von den besser gesinnten Männern der Pfalz an den damaligen Reichsminister v. Gagern die Bitte gerichtet, um den zu befürchtenden Übergriffen und Willkürlichkeiten der revolutionären Strömung Einhalt zu tun, einen Reichskommissarius nach der Pfalz zu senden. Gagern sandte hierauf den Abgeordneten Eisenstuck in dieser Eigenschaft nach der Pfalz, einen ehemaligen Postmeister in Annaberg in Sachsen, dann Amtshauptmann. Da hatte man „den Bock zum Gärtner gemacht", denn anstatt, wie sein Mandat es erheischte, die Revolution in das gesetzliche Geleise zu bringen, begünstigte und beförderte er dieselbe, lobte in einem ausgegebenen Plakat die Erhebung des Volkes zur Verteidigung und Aufrechthaltung der Verfassung, „dieser ersten Schöpfung der National-Souveränität." Er bestätigte den auf der Volksversammlung zu Kaiserslautern erwählten Landesverteidigungs-Ausschuß als eine zur Durchführung der Reichsverfassung eingesetzte Behörde von Rechtswegen, wodurch er der Revolution eine Stütze gab, deren diese bei der Bevölkerung gar sehr ermangelte. Sobald Eisenstucks Treiben in Frankfurt bekannt wurde, erhielt er Weisung seine Tätigkeit einzustellen und zurückzukehren.

Aber die Revolution war in Fluß gekommen, die Märzvereine, Turnerschaften ꝛc. machten mobil. In Kaiserslautern und in Neustadt a. H. kam es bereits schon mehrfach zu vollständiger Schreckensherrschaft, besonders dem Landvolke gegenüber, namentlich im Bezirk Landau, wo man noch konservativ, aber ängstlich war und terrorisiert wurde.

Der Dichter, Professor Gottfried Kinkel*) aus Bonn hatte sich der revolutionären Bewegung angeschlossen und die Rekognoszierung an der preußisch-bayerischen Grenze übernommen und war mit etwa 500 Mann Freischärler am 14. Mai auf ein preußisches Kavallerie-Detachement von 50 Pferden gestoßen. Kaum waren diese von der Kinkel'schen Schar bemerkt worden, als die letztere auch augenblicklich auseinanderstob und sich in eiligster Flucht zerstreute. Kinkel selbst sprang vom Pferde, ließ dies mit Mantelsack, Sattel und Zeug im Stich und rettete sich ebenfalls durch die Flucht.

Der Weinreisende Ludwig Blenker, Kommandant der Bürgerwehr in Worms, der als Reiteroffizier früher in griechischen Diensten gestanden, sammelte bei Ausbruch der Revolution

*) Kinkel, Gottfried, Dichter und Kunsthistoriker, geboren am 11. August 1815 zu Obercassel bei Bonn, als Sohn eines evangelischen Pfarrers. Kinkel schloß sich 1848 der republikanischen Bewegung an und begann als Agitator und als Journalist in dieser Richtung zu wirken. — 1849 wählte ihn die demokratische Partei als Abgeordneten der zweiten Kammer nach Berlin; nach deren Auflösung (10. Mai) machte er den bewaffneten Zug nach Siegburg mit, begab sich dann in die Pfalz, stellte sich der provisorischen Regierung zur Verfügung und trat endlich am 19. Juni zu Karlsruhe in eine Freischärler-Kompagnie unter Willichs Kommando. Bei der Affäre zwischen Rothenfels und Muggensturm ward er von einer Kugel am Kopfe verwundet und von der preußischen Feldwache gefangen genommen. Vom Kriegsgericht zu Rastatt zu lebenslänglicher Festungsstrafe verurteilt, welche er auf Anordnung des Königs von Preußen in einer bürgerlichen Strafanstalt verbüßen sollte, kam er schließlich nach Spandau in strenge Haft, bis er in der Nacht vom 7. November 1850 durch Mitwirkung des Studenten Karl Schurz die Freiheit wieder erlangte. Kinkel kam glücklich nach England, wohin im Januar 1851 Frau und Kinder nachfolgten. Im April 1866 folgte er einem Ruf nach Zürich als Professor der Archäologie und Kunstgeschichte an das Eidgenössische Polytechnikum. Er starb am 13. November 1882 daselbst.

eine Schar Bewaffneter von etwa 500 Mann, mit welcher er, nachdem er vorher in Worms eine wahre Schreckensherrschaft geführt hatte, in Begleitung seiner, mit Säbel und Büchse bewaffneten Frau, das damals erst aus wenigen Häusern und der von den Bayern bewachten Rheinschanze bestehende Ludwigshafen besetzte, wobei sowohl die bayerische Besatzung als auch die zum Ersatz anrückenden bayerischen Truppen treubrüchig wurden und zu den Freischaren übertraten. Der günstige Erfolg dieser Unternehmung zog am folgenden Tage noch einige hundert Mann Volkswehr aus der Umgegend herbei, sodaß Blenker, in dessen Begleitung sich auch Dr. v. Löhr befand, jetzt an 1500 Mann stark war. Blenker, zum Militär-Kommandanten der pfälzer Volkswehr ernannt, erließ ungesäumt an die Direktion der Kölner Dampfschiffahrts-Gesellschaft eine Benachrichtigung, daß er jedes Schiff, welches Truppen gegen die Pfalz herbeiführen würde, in den Grund schießen lasse, alle übrigen, mit Personen und Gütern beladenen Schiffe dagegen könnten den Rhein ungehindert passieren.

Unter Blenkers Kommando befanden sich zirka 130 Schützen von Worms und Frankenthal, die alsbald eine Brandschatzung bei den noch wenigen Einwohnern von Ludwigshafen vornahmen, welche die hohe Summe von 2100 Gulden ergab. In Baden trieben sie es später ebenso, und Blenker voran, mißachteten sie das Eigentum anderer.

Schon am 29. Mai war es vor und in Worms zu hitzigen Kämpfen zwischen den Insurgenten und dem hessischen Militär gekommen. Um dem gewalttätigen Handeln der Freischaren Einhalt zu tun, waren hessische Truppen bei Gernsheim über den Rhein gegangen und rückten gegen Worms vor, dessen Eingänge verbarrikadiert und stark besetzt waren. Um gewissermaßen einen moralischen Druck auf die heranziehenden Hessen auszuüben, hatten die Freischaren die bis dahin noch nicht geflüchteten Frauen der Offiziere gezwungen, sich an die Barrikaden zu begeben. Aber diese Abscheulichkeit hielt die tapferen Hessen nicht zurück, die Barrikaden zu stürmen und die Insurgenten in die Flucht zu schlagen, die, nachdem sie

zuvor noch die Magazine geleert und sonstigen Raub ausgeführt hatten, bis Ludwigshafen zurückwichen. Worms blieb von den Hessen besetzt. Viele Freischärler waren auch nach Mainz geflüchtet.

Durch das Übertreten pfälzischer Soldaten und durch das Ansammeln der Volkswehr war Blenker bis auf 2000 Mann stark geworden. Es verdient nicht unerwähnt gelassen zu werden, daß Blenkers Adjutant ein gewisser Branner war, ein Subjekt, das schon in mehreren Zuchthäusern gesessen hatte und noch kurz vor dem Ausbruch der Revolution in Offenburg wegen wiederholten Diebstahls in Untersuchung saß.

Dr. Zitz führte mit seinem Freunde Dr. Bamberger, Redakteur der „Mainzer Zeitung", ein eigenes Korps von 1500 Mann aus Rheinhessen dem Landesausschusse zu. Bamberger erzählt die tragikomischen Erlebnisse dieses unglücklichen Freikorps wirklich anziehend, in anständiger und offenbar in wahrer Sprache. Sein Urteil über das ganze Unternehmen ist scharf und sachlich, er bezeichnet dasselbe als von vornherein als verfehlt und tollkühn, sodaß er, wie er offen bekennt, sich von demselben schon in Wörrstadt, dem Sammelplatz, zurückgezogen haben würde, wenn man es ihm möglich gemacht hätte. „Du hast die Sache unternommen, nun führe sie auch aus und schrick' nicht gleich zurück!", so war man ihm mit geballter Faust drohend entgegengetreten. Bamberger blieb, aber die Schreier waren die ersten, welche, noch ehe es zum Kampf kam, ausrissen. Solche und ähnliche Szenen charakterisieren am besten den Geist des ganzen Unternehmens. „Man trommelte, schrie, schoß, musizierte und jubilierte nach Herzenslust, bis man endlich in der Nacht ermüdet in Häusern, Scheunen und Ställen Unterkunft suchte." So war das Lagerleben, dabei ohne alle und jede Disziplin, sodaß selbst auch Zitz alles Vertrauen zu einem glücklichen Erfolg schon in Wörrstadt verloren hatte.

Unterdessen waren die Preußen unter dem Oberbefehl des Prinzen Wilhelm (nachmaliger deutscher Kaiser) in der Rheinpfalz eingerückt, sodaß das Zitz'sche Freischarenkorps bei Kirchheimbolanden am 14. Juni die erste Feuerprobe zu bestehen

hatte, bei welcher sich namentlich die Mainzer Turner mit Bravour geschlagen hatten. Am Schloßgarten wütete der Kampf sehr heftig und am längsten; doch suchten die Insurgenten schließlich ihr Heil in der Flucht, sodaß nur 30 Mann von den nachsetzenden Ulanen gefangen wurden. Zitz und Bamberger entflohen, wie letzterer selbst schreibt, gemeinschaftlich in einem Wagen auf der Straße über Rockenhausen nach Neustadt a. H. und fanden erst in Basel etwas Ruhe und Besinnung. Der Verlust der Freischaren konnte nicht ermittelt werden, da sie ihre Verwundeten mitnahmen; an Toden fand man etwa fünfzig, darunter die Mehrzahl Mainzer Schützen, die ehrlich, aber töricht genug waren, ihrem schlechten Führer Zitz die schmachvolle Flucht zu decken!

Zitz hatte beim Herannahen der Preußen befohlen, daß überall Sturm geläutet werde, und die Landleute sich daraufhin in Kirchheimbolanden sammeln sollten, aber kein Mann folgte diesem Befehle — im Gegenteil — den preußischen Truppen wurde nicht nur kein Widerstand entgegengesetzt, sondern überall wurden sie mit lautem Jubel als die Befreier von einer drückenden Gewaltherrschaft begrüßt, auf's freigebigste beschenkt und als Freunde behandelt.

„Die von den Insurgenten gedrückten und beraubten Einwohner empfingen und begrüßten uns," schreibt ein Teilnehmer jenes Feldzuges, „an allen Orten wie langersehnte Freunde und Befreier. Die Frauen und Kinder wehten mit weißen Tüchern aus den Fenstern, und die halbe Bevölkerung stand mit entblößtem Haupte in den Straßen, halb noch scheu, halb schon vertrauensvoll die ersten Preußen zu begrüßen." — „Gott sei Dank, daß Sie hier sind." — „Seid Ihr endlich angekommen, Ihr lieben Herren!", rief es von allen Seiten in einem Tone, welcher deutlich bewies, wie viel die armen Leute durch ihre Bedrücker gelitten hatten. Die Orte waren von der kräftigen männlichen Bevölkerung meist entblößt, und die weiblichen Bewohner, häufig in Tränen, baten laut um Schonung für ihre Söhne und Brüder, die nur gewaltsam zu den Insurgenten zu gehen, gezwungen worden wären.

Seit dem Herannahen der Preußen waren bei der Umsturzpartei alle Schranken der Mäßigung und Besonnenheit verschwunden und hatten einem Terrorismus freie Bahn geschaffen. Das Volk wurde zu neuen Opfern aufgefordert, neue Zwangsanleihen aufgelegt; die Wohlhabenden mußten mitunter 20000 bis 40000 Gulden zahlen, und als man in Kaiserslautern im versammelten Stadtrat auf die geforderte Zwangsanleihe von 80000 Gulden nicht sofort eingehen wollte, erklärte Nikolaus Schmitt, der auch Vorsitzender des Stadtrats war, „die Herren möchten nicht vergessen, daß er jetzt die Macht habe, ihnen den Kopf vor die Füße legen zu lassen."

An die preußischen Soldaten hatte die provisorische Regierung unterm 12. Juni eine Proklamation erlassen, in welcher es hieß:

„Brüder! Ihr steht heute der pfälzischen Volkswehr gegenüber, die für das höchste Gut des Menschen, die Freiheit, kämpft; nicht etwa für die Pfalz, nein für ganz Deutschland. Wir wollen keinen Kampf mit dem preußischen Volk, das wir achten als ein tapferes, hochherziges, und von dem wir überzeugt sind, daß in ihm dieselbe Begeisterung für die Freiheit glüht, wie in uns.

„Wir wollen nur einen Kampf mit seinen eignen Unterdrückern, den Fürsten und der Kaste Bevorzugter, die sie umgeben, und die von dem gegenwärtigen Kampf die Vernichtung ihrer volksfeindlichen Privilegien fürchten. — Brüder! Soldaten! reicht uns die Hände, wenn man euch gegen uns führt; bedenkt, daß eure Pflichten als Bürger, eure Pflichten gegen eure Väter, eure Brüder und das ganze Volk höhere sind, als gegen den König, der euch mißbraucht, euch wie uns verrät und euch den barbarischen Horden des russischen Zars überliefert" usw.

Dieser Aufruf der provisorischen Regierung verfehlte ganz die beabsichtigte Wirkung, während Tags darauf — am 13. Juni — die erschienene Ansprache des preußischen Korps-Kommandeurs General-Leutnant v. Hirschfeld in der ganzen Pfalz eine freudige Erregung und Vertrauen erzeugte. Sie lautete:

„Bewohner von Rheinbayern und Rheinhessen! Auf Befehl meines Königs, veranlaßt durch die Aufforderungen eurer Regierungen, die bundesgemäßige Hilfe zu leisten, betrete ich mit meinen braven Truppen, euren deutschen Brüdern, heut eure Grenze, um euch den durch Aufruhr und Verrat gestörten Frieden wiederzubringen. Den wohlgesinnten Bürgern verspreche ich Schutz und erwarte von ihnen kräftige Unter-

stützung bei Handhabung des Gesetzes und bei Herstellung der Ordnung. Die Aufrührer aber, die Euch in Unglück und Verderben gestürzt haben, werde ich mit starker Hand niederwerfen, wo ich sie finde.

„Ihr preußischen Untertanen, die ihr durch Aufruhr und Verrat den preußischen Namen schändet und in den Reihen der Rebellen gegen eure Brüder kämpft, ihr seid dem Kriegsgesetz unnachsichtlich verfallen. Ihr habt die Todesstrafe verwirkt und sie wird euch treffen nach dem Gesetz!"

Blenker hatte in Ludwigshafen 600 Mann als Besatzung zurückgelassen, und war, erhaltenem Befehle folgend, mit zirka 2000 Mann nach Landau, das vom Willich'schen Korps eingeschlossen war, abgezogen. Er hatte die Weisung, unter allen Umständen, die von Bayern besetzte Festung einzunehmen. In derselben waren gleichfalls mehrere Desertionsfälle vorgekommen; der Kommandant der Festung, General Jeetze, hielt deshalb an die Soldaten der Garnison eine Ansprache, in welcher er sie aufforderte, den Pfad der Ehre nicht zu verlassen, sondern auch fernerhin dem Eide treu zu bleiben, stellte es jedoch allen denen frei, die Festung zu verlassen, welche in der Verteidigung derselben gegen die Rebellen nicht ihre höchste Ehre sehen sollten. Viele machten von dieser Erlaubnis Gebrauch, wodurch die Festung von dem revolutionären Zündstoff befreit wurde. Nunmehr wurde die Festung vom Kommandanten in Belagerungszustand erklärt. Zu derselben Zeit gingen auch Soldaten der Festung Germersheim truppenweise zu den Freischaren über.

Die mehrmaligen Versuche der Insurgenten, die Festung Landau zu stürmen, waren vergeblich, und da weder die provisorische Regierung noch Blenker dem Ober-General Fenner v. Fenneberg von diesen „kopflosen Unternehmungen" Mitteilung gemacht hatten, so legte dieser seine Stelle nieder und ging nach Frankreich.

Nunmehr wurde ein aus Paris verschriebener Pole namens Sznaide (vulgo: Schneider aus dem Großherzogtum Posen, für 10000 Gulden vom Landesausschuß erkauft!) Ober-General über sämtliche pfälzische Truppen, während Willich zum Oberbefehlshaber der Freischaren ernannt wurde. Der Dichter Kinkel wurde im Bureau beschäftigt.

Bamberger, der in seinem schon erwähnten Werkchen eine mit einer Masse Details belegte Beschreibung von der pfälzischen Volksarmee gibt, die mit Gewalt gepreßt, ohne Waffen, Pferde, Munition, Geld, Equipierung, namentlich aber ohne tüchtige Offiziere war, läßt auch die Lauge seiner Satyre über diesen General Sznaide aus, der ganz das Aussehen eines alten, pensionierten, österreichischen Stabsoffiziers gehabt, und nur von den drei Lagern gesprochen habe, die er bilden werde.

Struve, dessen Versuch, am 6. Juni die Republik in Karlsruhe zu proklamieren, mißlungen war, kam am 10. mit seiner Frau nach Neustadt a. H., um sich von da nach Kaiserslautern zu begeben; aber die Nachrichten über das Herannahen der Preußen machten ihm den Plan höchst bedenklich. Auch war der Präsident der provisorischen Regierung bereits schon nach Heidelberg abgereist, um mit dem zum Ober-Feldherrn der badischen Insurgenten ernannten Polen Mieroslawski über die nunmehr zu ergreifenden Maßregeln Rücksprache zu nehmen.

Aus Kaiserslautern waren die Freischärler und Volkswehren am frühen Morgen des 14. Juni abgezogen, und die provisorische Regierung, welche in tausend Phrasen erklärt hatte, mit dem Volke siegen oder untergehen zu wollen, war ihnen auf dem Fuße gefolgt, hatte aber den Rest des zusammengerafften Geldes mitzunehmen nicht vergessen. In Neustadt angekommen, fand sie bei der Bürgerschaft so geringes Interesse am Kampfe gegen die anrückenden Preußen teilzunehmen, daß die Bürgerwehr rundweg erklärte, ihre Waffen niederlegen zu wollen. Dies geschah am 14. Juni, am Tage des für die Insurgenten so verhängnisvollen Kampfes von Kirchheimbolanden.

Am 15. Juni rückten die Preußen, von Oggersheim her, gegen Ludwigshafen vor, das verbarrikadiert und mit etwa 800 Insurgenten, worunter eine badische Kompagnie mit zwei Geschützen aus Mannheim, besetzt war. Die an die Barrikaden anstoßenden Häuser, namentlich der an dem westlichen Ausgange des Ortes gelegene Gasthof „Zum deutschen Hause" waren stark besetzt, und die vorgehenden Truppen erhielten sowohl von hier aus als von dem besetzten Bahnhofe ein sehr lebhaftes Feuer.

Nach einem kurzen Tirailleurgefecht ging die preußische Infanterie zum Sturm über und trieb die Insurgenten zurück, welche sich in wilder Flucht nach der Rheinbrücke hin stürzten, teils in Mannheim, teils in der Richtung nach Speyer Rettung suchten. Beim Übergang über die Brücke lösten sie das dritte und vierte Joch derselben, aber mit solcher Hast und Eile, daß mehrere von ihnen in den Rhein stürzten und ertranken. Auf der Brücke selbst verloren sie noch einige Tode durch das Büchsen-, Infanterie- und Artilleriefeuer der Preußen. Nach zweistündigem Kanonen- und Gewehrfeuer war Ludwigshafen von den Preußen gewonnen. Man fand 17 Tode und machte 27 Gefangene, während auf Seiten der Preußen 3 Artilleristen und 2 Pferde durch Kanonenkugeln getötet wurden. Die Insurgenten eröffneten indessen von Mannheim herüber eine heftige Kanonade aus Geschützen schweren Kalibers, und alsbald zündete eine Granate in einem der Lagerhäuser, worin Baumwolle aufgehäuft war, infolgedessen ein verheerendes Feuer entstand, das die ganze Nacht hindurch wütete und einen Schaden von mehreren hunderttausend Gulden anrichtete. Die Rheinbrücke war im Laufe des Nachmittags in Brand geraten und wurde durch denselben zum großen Teil zerstört.

Am folgenden Tage schon rückte eine Abteilung der Preußen nach Speyer, eine andere in der Richtung nach Landau vor.

„Für Jeden, der die Nacht vom 15. bis 16. Juni in Ludwigshafen zubrachte," sagte ein Teilnehmer des Gefechts, „umgeben von einem Meer von Flammen, welche bis zum Himmel emporloderten, umsaust von feindlichen Geschossen, welche krachend in die Mauern und Dächer der Gebäude schlugen, gespannt durch die Erwartung eines feindlichen Überfalls, wird die Erinnerung an diese Situation unvergeßlich bleiben."

Während dieser furchtbaren Kanonade sorgten Einwohner in und um Ludwigshafen für eine „überreichliche" Verpflegung der Preußen, wobei es an den kostbarsten Weinen, ja selbst an Champagner nicht fehlte.

„Ludwigshafen bot ein Bild der Zerstörung dar," schreibt Staroste in seinem „Erinnerungsbuch", „die Lagerhäuser in

Asche, die Rheinbrücke abgebrannt, die schönen Gebäude fürchterlich zerschossen, die Einwohner mit Zurücklassung ihres gesamten Eigentums meist geflüchtet. Die kostbarsten Meubel, Silberzeug, Leinwand 2c. waren unbewacht, und ist dies ein sprechendes Zeugnis der Disziplin der preußischen Truppen und der Achtung vor fremdem Eigentum, denn es war auch nicht eine Entwendung vorgekommen." — Der Urheber dieser vandalischen Zerstörung von Ludwigshafen war Corvin v. Wirsbitzki, welcher die Gesamt-Artillerie in Mannheim kommandierte und nicht allein ohne Befehl, sondern sogar wider Befehl auf die unglückliche Stadt feuern ließ. — „Das sind Bubenstreiche", sagte ein Artikel damals in der „Konstanzer Zeitung", „aber es ist unsere gerechte Strafe, weil wir solche Menschen bei uns Minister werden ließen."

Landau war unterdessen von den Insurgenten aufgegeben worden, und diese hatten am 17. Juni bei Knielingen den Übergang über den Rhein unter Sznaides Leitung vollführt. 8000 Mann mit 900 Sensemännern, 8 Geschützen, den Kassen und der provisorischen Regierung aus Kaiserslautern.

Ein Augenzeuge schildert denselben:

„Es gewährte einen traurigen Anblick und nahm den ganzen Tag in Anspruch. Chevauxlegers, Infanterie, Freischaren aus Hessen, Nassau und den Rheinprovinzen, alles bunt durcheinander, alles aufs höchste erschöpft. Die Führer sahen verlegen aus; mehrere derselben waren bereits verschwunden, so auch unter andern der Abgeordnete d'Ester, der sich nach der französischen Grenze zuwandte, statt bei seinen Komilitonen zu bleiben."

Die aus der Pfalz geflohenen Insurgenten zogen am 19. Juni unter Willichs Führung in Karlsruhe ein.

Der Kommandant der Festung Landau, General-Major v. Jeetze, erließ am gleichen Tage folgenden Tagesbefehl an die Besatzung:

„Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen haben bei Ihrem gestrigen kurzen Aufenthalt in hiesiger Festung die glänzendste Anerkennung für die ausgezeichneten Dienste, welche die Offiziere und treu-

gebliebene Mannschaft seit mehr als einem Monat zur Erhaltung der Festung Landau mit so vieler Hingebung leistete, in für die bayerischen Waffen ehrendsten Ausdrücken ausgesprochen und dabei vorzüglich mit Nachdruck hervorgehoben, daß diese seltene Treue und Ausdauer der Garnison von Landau sich die Achtung und Bewunderung aller Militärs, namentlich der preußischen Armee, und den Dank des deutschen Vaterlandes erworben habe, und überdies als größten Lohn Jeder, der hier seine Pflicht so treu erfüllt, ein höchst erhebendes Bewußtsein im Herzen trage."

Unterm 16. Juni war eine zur Besetzung der Pfalz bestimmte bayerische Division unter dem General-Leutnant Fürsten Thurn und Taxis bei Oppenheim über den Rhein gegangen und hatte die in der Pfalz abziehenden Preußen ersetzt. Diese hatten nunmehr in nicht ganz einer Woche die Pfalz von den Insurgenten gesäubert.

Zu derselben Zeit, als durch die Preußen die Rheinpfalz von den Insurgenten befreit wurde, wurden in zahlreichen altbayerischen Kirchen achttägige Gebete für die Errettung Bayerns aus den „preußischen Klauen" gehalten; „nach den besuchtesten Wallfahrtsorten zogen zahlreiche Scharen, um die Himmelskönigin gegen den herrschwütigen Norden anzurufen", — so meldete damals die „National-Zeitung". — Man sollte es nicht für möglich halten.

Nicht so rasch wie in der Rheinpfalz war die

Revolution in Baden

zu überwinden. Da waren die Vorbereitungen hierfür mit mehr Umsicht und Energie ins Werk gesetzt und geleitet worden; auch war das Volk im allgemeinen empfänglicher für die revolutionären und republikanischen Ideen, die zahlreiche Agitatoren zu verbreiten wußten.

Die während des Sommers 1848 neu gegründeten und organisierten demokratischen Vereine hatten ihren Zentralausschuß in Berlin und provisorisch in Frankfurt a. M. Zweck war die demokratische Republik. Baden zählte 400 solcher „Volksvereine", mit mehr als 60000 Mitgliedern, welche sich über das ganze Land verbreiteten und einen revolutionären Geist pflegten. Einen stichhaltigen Grund zu revoltieren hatte man

in Baden nicht, denn der Großherzog Leopold hatte längst die liberalen Forderungen des Volks bewilligt, sein Ministerium durch liberale Männer gebildet und die Reichsverfassung bereits schon am 11. April anerkannt. Aber darum handelte es sich ja auch nicht, man wollte die Republik, und diejenigen, welche mit solchen Ideen den Volksgeist vergifteten, wollten an die Herrschaft gelangen; das leuchtete aus allem aufs unzweideutigste hervor. Man suchte namentlich die Soldaten hierfür zu gewinnen, denn ohne deren Teilnahme ließ sich der rebellische Plan nicht durchführen; man verbreitete unter ihnen aufhetzende Flugblätter der schamlosesten Art, um sie zum Treubruch zu verleiten. Eine solche Flugschrift: „An die braven, republikanisch gesinnten Soldaten" gerichtet, sagt: „Schießt die Hunde, eure Offiziere, tot und wählt euch selbst welche. Viele von euch haben mehr militärische Kenntnisse als diese Lausbuben! — Nur ein Narr wird noch diesen feigen Buben, seinen Offizieren, Gehorsam leisten. — Euer Fahneneid, worin ihr Treue dem Großherzog geschworen, zu welchem ihr gezwungen worden seid, ist null und nichtig und nur ein Schafskopf wird ihn halten ꝛc." Und in diesem gemeinen aufreizenden Tone ging es weiter. Bei der ungebildeten rohen Masse fand solche Sprache stets ein williges Ohr, und auch bei den Soldaten war dies der Fall, die fortgesetzt durch solche Schmähschriften und aufrührerischen Reden bearbeitet wurden, sodaß schließlich fast das ganze badische, wie auch das pfälzische Militär den Treueid brach und zu den Insurgenten übertrat, sich zu beispiellosen Gewaltakten hinreißen ließ, die an Rohheit und Terrorismus ihresgleichen in der Mißachtung von Disziplin noch nicht hatten.

Die so von lang her und sorgfältig unter den Soldaten verbreiteten Lehren, die alle Begriffe von Pflicht, Treue und Ehre verwirrten und die Bande des Gehorsams und der Kriegszucht förmlich löſten, trugen ihre unvermeidlichen Früchte und hatten es dahin gebracht, „daß diese nämlichen Soldaten, die früher kaum von ihrem brutalen, händelsüchtigen Betragen gegen die Mitbürger und ihre Offiziere abgehalten werden konnten, nun ihre Wut gegen diese kehrten, daß die nämlichen Soldaten,

welche im Herbste vorigen Jahres Struve's Gefängnis stürmten und ihn zerreißen wollten, in der Bestialität so weit kamen, daß sie im Kerker der Offiziere einen Kannibalentanz mit gezückten Waffen aufführten."

Wo aber die Disziplin fehlt, der Geist des Ungehorsams und der Zuchtlosigkeit zur Herrschaft gelangt, da ist die Ruhe und Sicherheit des Staates gefährdet, das öffentliche Wohl und der innere Frieden zerstört. Gerade die freiesten Völker suchen die Disziplin im Militär am strengsten zu handhaben.*)

Lorenz Brentano, Advokat vom Mannheimer Obergericht, der als ein kalt berechnender, selbstsüchtiger, eitler Mann geschildert wird, dessen Streben ein Portefeuille im Ministerium war, hatte in Mannheim einen provisorischen Landesausschuß der badischen Volksvereine gebildet, er war erster, Gögg, ein Schreiber beim dortigen Zollamte und kaum 22 Jahre alt, zweiter Vorstand derselben. Man organisierte nun von hier aus die Revolution im ganzen Lande. Baden wurde in acht Kreisvereine mit eigenen Kreisausschüssen geteilt, die dem Landesausschusse zu gehorchen hatten. „Nur frisch an's Werk", hieß es in einer Proklamation, „der Erfolg ist sicher! Bedenkt, welch' hohen Beruf für Deutschland Baden wieder erhält, wenn es auch in diesem wirksamen Mittel, Rechte des Volks zu

*) So bedrohen die Art. 5 und 6 der nordamerikanischen Kriegsartikel jeden Soldaten mit den strengsten Strafen, wenn er sich beleidigende oder unehrerbietige Äußerungen gegen den Präsidenten, Vizepräsidenten, gegen den Kongreß 2c., gegen Militärbefehlshaber 2c. erlaubt, und der Art. 7 lautet wörtlich:

„Jeder Offizier oder Soldat, der eine Meuterei oder einen Aufruhr beginnt, anzettelt, verursacht, oder daran teilnimmt bei irgend einem Teil des im Dienst befindlichen Heeres, soll zum Tode oder zu einer Strafe verurteilt werden, die ein Martialgericht verhängt." —

Auch andere Militärgesetzgebungen, wie die französische, die englische, gehen von ganz denselben Grundsätzen aus, sie bestrafen das Verbrechen der Meuterei unnachsichtig mit dem Tode, und die französischen Kriegsartikel bestrafen sogar schon den Aufruf zur Empörung und aufrührerisches Geschrei (!) mit dem Tode.

erkämpfen, ein schönes Beispiel gibt." — „Seid wachsam, seid bereit zur Verteidigung eurer Rechte und eurer Freiheit. — In wenig Tagen entscheidet sich unser Geschick."

Nun schrieb Brentano von Mannheim aus einen allgemeinen Landes-Kongreß aller Volksvereine auf den 12. und eine große Volksversammlung auf den 13. Mai nach Offenburg aus:

„An das Volk in Baden!

Bei der ernsten Lage unseres Vaterlandes, die eine geschlossene Haltung der Volkspartei notwendig macht, sind wir der Ansicht, daß die Abhaltung des allgemeinen Landes-Kongresses der Volksvereine keinen Aufschub mehr zulasse. Derselbe soll daher Samstag, den 12. Mai in Offenburg stattfinden.

Nach der Entscheidung der Mehrheit der Kreis-Kongresse ist derselbe von jedem Bezirksverein durch einen stimmgebenden Abgeordneten zu beschicken. Wir laden die einzelnen Abgeordneten ein, sich am genannten Tage, nachmittags 1 Uhr im Gasthof zum „Zähringer Hof" zu versammeln. Als Grundlage der Verhandlungen wird das durch die Kreis-Kongresse, deren Berichte auszugsweise in den verschiedenen demokratischen Blättern veröffentlicht wurden, an die Hand gegebene Material dienen.

Am Tage nach Abhaltung des Kongresses, Sonntag, den 13. Mai, mittags 12 Uhr: Volksversammlung in Offenburg, zu deren Besuch das gesamte Volk in allen Teilen Badens aufgefordert wird. — Es handelt sich um die Beratung der gegenwärtigen Lage unseres gesamten Vaterlandes. — Der Gegenstand ist groß, der Augenblick ist wichtig. Es fehle kein Freund des Volkes.

Mannheim, den 4. Mai 1849.

Der provisorische Landesausschuß der Volksvereine in Baden."

Unter Schauder und Entsetzen erregenden Greueltaten war unterdessen tags vor den Offenburger Versammlungen zu Rastatt eine vollständige Militär-Emeute ausgebrochen. Am Morgen rückten die badischen Soldaten wie auf Kommando plötzlich aus und forderten ihre Offiziere auf, mit ihnen die Frankfurter Verfassung zu beschwören. Da schon einige Tage vorher vom Reichs-Kriegsminister in Frankfurt diese Beeidigung als unzulässig und verderblich geschildert worden war, so machten die Offiziere hierauf aufmerksam und lehnten die Forderung ab.

Nun fielen die Soldaten über die Offiziere her, verwundeten einige und nötigten alle, die sich ihnen nicht anschließen wollten, zur Flucht. Zwei Offiziere, welche dem Strome entgegentraten und die Empörer zu ihrer Pflicht zurückführen wollten, wurden schmählich mißhandelt, die Regimentsfahne vernichtet und der Stabsoffizier, der dies zu verhindern suchte, getötet. Der „souveräne Pöbel" half hier wie auch später und anderwärts bei all diesen Exzessen eifrigst mit! — Die ganze Festung, samt der aus 120000 Gulden bestehenden Festungskasse kam in die Hände der Meuterer; die Tore wurden geblendet, Wasser in die Gräben gelassen, sämtliche Wachen verstärkt und Geschütze vor dem Kommandantur-Gebäude aufgefahren, auch mehrere derselben sogar gegen die Stadt gerichtet.

Der Aufstand verbreitete sich rasch nach den andern Garnisonsstädten des Landes, in welchen sich ähnliche Szenen der Pflichtvergessenheit, der Ehrlosigkeit und schändlichsten Verrats wiederholten, wozu das Resultat der Offenburger Versammlung noch anregend mitwirkte.

Nun begann es der Karlsruher Regierung Angst zu werden und sie sandte unterm 11. Mai Eilboten nach Frankfurt an das Reichsministerium, um militärische Hilfe und Schutz zu erlangen, erhielt aber die deprimierende Antwort, daß keine Reichstruppen zur Verfügung wären, denn man hatte in Frankfurt die Truppen wohl zur eigenen Deckung nötig, sandte aber den Abgeordneten Raveaux, als Reichskommissär mit der Vollmacht nach Baden, zur Durchführung der Frankfurter Verfassung, durch Vermittelung und Belehrung über die allein zulässigen friedlichen und gesetzlichen Mittel den Reichsfrieden aufrecht zu erhalten und die Autorität der Landesbehörde nach Kräften zu unterstützen."

Raveaux*) erschien schon zur Offenburger allgemeinen Volksversammlung, und hätte die beste Gelegenheit gehabt, im

*) Raveaux aus Köln, zuerst preußischer Dragoner, verließ 1830 seine Fahne, machte die belgische Revolution mit, diente dann unter den Christinos und war zuletzt Sprachlehrer und Redakteur des „Kölnischen Anzeigers".

Sinne seiner Mission zu reden und zu wirken. Dagegen schürte er, wie sein Amtskollege Eisenstuck in der Pfalz, die Leidenschaften des Aufstandes. In der Volksversammlung ging es toll und in der ausgelassensten Weise gegen Gesetz und Recht, gegen Fürsten und Regierungen her, sodaß Raveaux selbst nicht umhin konnte, einzugestehen: „Er habe schon viele Volksversammlungen besucht, auch selbst darin agitiert; ein solches Toben und Rasen, wie in Offenburg sei ihm aber früher noch nie vorgekommen!"

Es wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt:

„Die Regierung müsse die Reichsverfassung unbedingt anerkennen und durchführen. (War ja schon längst geschehen.)

Das gegenwärtige Ministerium sei zu entlassen; Brentano und Peter (Regierungsdirektor von Konstanz) mit der Bildung einer neuen Verwaltung zu beauftragen.

Einführung der Volksbewaffnung auf Staatskosten.

Zurückrufung aller Flüchtlinge, Entlassung aller politischen Militär- und Zivilgefangenen, Niederschlagung aller solcher Prozesse.

Aufhebung der Militär-Gerichtsbarkeit.

Bei dem Heere freie Wahl der Offiziere.

Alsbaldige Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr.

Unentgeltliche Aufhebung aller Grundlasten.

Alle von den badischen Kammern seit dem Januar ds. J. gefaßten Beschlüsse sind null und nichtig.

Die Geschworenen-Gerichte sind sofort einzuführen und es darf kein Prozeß mehr durch Staatsrichter entschieden werden.

Alle Domänen und das sogenannte Grundstockvermögen werden Eigentum des Volkes."

Diese Forderungen wurden folgenden Tags durch eine Deputation dem damaligen Minister Bekk in Karlsruhe unterbreitet, der aber die sofortige Ausführung ablehnte, und auf den möglichen Fall der Besetzung des Landes durch fremde Truppen hinwies.

Infolge dieses ablehnenden Bescheids begab sich der Landesausschuß sofort nach Rastatt, um daselbst seinen Sitz aufzuschlagen, sich der Garnison zu versichern und durch die Festung das Land zu beherrschen, und erließ einen Aufruf, worin es hieß: „Der in Offenburg gewesene Reichskommissär Raveaux

habe die Beschlüsse selbst gebilligt. Alle Bürger im Lande Baden möchten Vertrauen zu den Anordnungen des Landesausschusses haben, ihn aber auch mit aller Kraft unterstützen und sich zu Tausenden um ihn scharen."

Während in Offenburg die Volksversammlung tagte, brach in Karlsruhe die Revolution in ihrer ganzen Größe aus. Der Aufstand wurde durch eine große Versammlung von Turnern und Arbeitern, in welcher die aufreizendsten Reden gehalten wurden und an welcher sich auch Soldaten in großer Anzahl beteiligten, angeregt und zur Ausführung gebracht. Die Soldaten traten zu dem Volke über und verlangten Vereidigung auf die Frankfurter Verfassung, begannen in ihren Kasernen die Fenster zu zertrümmern und sich in allen nur denkbaren Exzessen zu ergehen. Man mißhandelte den in der Kaserne erscheinenden Obersten von Holtz, dessen Leben nur mit Mühe gerettet ward. Prinz Friedrich von Baden, Sohn des Großherzogs, der gleichfalls in der Kaserne erschienen war, um die Leute zur Ordnung zurückzuführen, vermochte sich kaum durchs Fenster zu retten; das Haus des Obersten wurde mit kannibalischer Wut zerstört; man warf kostbare Möbel, Gemälde, einen Flügel und andere wertvolle Gegenstände durch die Fenster auf die Straße, schoß aus Mordlust in die Fenster und auf ein im Garten umherirrendes Kind. Erwiesenermaßen wurde bei dieser Gelegenheit auch von Soldaten Silberzeug rc. geraubt. Die Meuterer zerstörten hierauf mit gleichem Vandalismus die Infanteriekaserne; man schoß in die Fenster, plünderte die Montur- und Waffenkammern, zerschlug und zerriß alles, was vorkam; andere erbrachen die in der Kaserne befindlichen Pulverlokale, zogen schließlich in die Stadt, stürmten die Wohnungen derjenigen Vorgesetzten, welche sich diesen Schandtaten entgegengestellt hatten, und verwüsteten alles. So suchte unter anderen ein Korporal mit bewaffneten Soldaten den Regimentsadjutanten Oberleutnant v. Göller unter dem Wutgeschrei: „Wenn wir ihn bekommen, den Hund, so muß er verrecken; ein toter Hund beißt nicht mehr." — Die Rasenden, Infanteristen, Artilleristen und Haufen Pöbels untereinandergemischt, mit

Turnern, Freischärlern, fremden Abenteurern verbreiteten sich tobend, fluchend, schießend durch alle Straßen, strömten nach dem Zeughaus, um auch hier die Waffen zu rauben, fanden aber in einigen treugebliebenen Soldaten erfolgreichen Widerstand, wobei die Rebellen mehrere Mann tot auf dem Platze ließen.

In derselben Nacht war der Großherzog mit seiner Familie unter erschwerten Umständen und anhaltender Lebensgefahr nach Germersheim geflohen, wo sogar anfänglich der bayerische Festungskommandant, für den ihm anvertrauten Posten besorgt, die Aufnahme in die Festung verweigerte.

„So zog diese Fürstenfamilie, welche man bisher unter den humansten in Deutschland genannt hatte, die man die bürgerfreundliche hieß, welche Land und Volk nur mit Wohltaten überhäuft hatte, vertrieben von der leicht wandelbaren und undankbaren Menge, dahin in finsterer Nacht und schauerlicher Stille durch die hohen Eichen des Haardtforstes. Welch' eine tragische Szene!"

Schon am Nachmittage des 14. Mai rückte der Landesausschuß mit seinen Truppen in Karlsruhe ein und bemächtigte sich der Regierung; die Beamten mußten Unterstützung der Durchführung der Reichsverfassung und Gehorsam dem Landes-Ausschusse schwören. Mitglieder des Oberhofgerichts und der Hofgerichte in Mannheim, Bruchsal und Konstanz verweigerten den Eid; man wagte aber nicht, sie abzusetzen, wie die Mitglieder der Kreisregierung in Karlsruhe, als sie es ablehnten den geforderten Eid zu leisten.

Schon gleich nach dem Einzuge des Landesausschusses in Karlsruhe kam es unter den Führern zu Differenzen, wozu namentlich die republikanischen Bestrebungen Einzelner Veranlassung gaben, da Brentano, der zunächst die Aufrechterhaltung der konstitutionellen Monarchie anstrebte, sich wohl bewußt war, daß er nur hierdurch auf die Gesinnung und Mithilfe der Bürger und Truppen rechnen konnte. Aber Struve*) und

*) Einer seiner Zeitgenossen fällt über den Charakter Struve's folgendes Urteil: „Struve, der Held des Oberlandes, welchen Heckers Kor-

sein Anhang, dem Abschaume aller Nationen, drängten zur sofortigen Einführung der Republik, und sei es durch Gewalt der Waffen. Als man damit nicht durchdringen konnte, verließ Struve Baden und suchte in der Pfalz sein Heil, übrigens mit gleichem negativem Erfolg.

So war denn Baden tatsächlich in der Hand der Rebellen; der größte Teil der Soldaten stand mit selbstgewählten Offizieren zur Verfügung des Ausschusses, nur ein geringer Teil treugebliebener — namentlich Dragoner — hatte sich über Donaueschingen nach Württemberg zu retten vermocht; andere hatten sich „gedrückt“, waren beim Ausbruch der Revolution in ihre Heimat oder ins Ausland gegangen. Die Exekutiv-Kommission erließ daher an sämtliche Gemeidebehörden den Befehl: „Die Soldaten, welche ihre Garnisonsorte verlassen haben, sind mit allen ihnen zustehenden Mitteln zurückzubringen, um der Sache der Freiheit nützlich zu sein. Die Offiziere sollen sich dem Kriegsminister zur Verfügung stellen, sofern ihnen die Freiheit des Volkes und das Wohl des großen deutschen Vaterlandes am Herzen liegt und sie sich zu deren Verteidigung verpflichtet fühlen.“

deren nicht schlafen gelassen hatten, dieser sonderbare, kranke Mann hat sich so töricht, so giftig in die Idee des blutigsten Jakobinismus verbissen, daß ihm ihre Verwirklichung mit dem Knebel aus den Zähnen gerissen werden mußte. Er ist zu allem fähig, wenn Sie ihm im Hintergrunde eine rote phrygische Mütze auf einer hohen Stange und am Fuße derselben einen zerschmetterten Thron zeigen. Wie er, glüht keiner für die Republik — natürlich ist nur er als Präsident derselben denkbar — und er würde sengen und brennen, rauben und morden, ohne Scheu und Gnade, um dies sein Ziel nur auf eine Stunde zu erreichen. Sein ungeheuerster Stolz würde es sein, wenn die Leute ängstlich mit Fingern nach ihm zeigten und sagten: Da geht der deutsche Robespierre! Aber er irrte sich; Struve würde es auch unter den günstigsten Umständen nicht weiter als bis zum Marrat bringen. Mit wahrer Leidenschaft treibt der Mann neben dem Revolutionieren die Phrenologie. Sicherlich wäre, wenn die Gewalt in seine Hände gekommen, niemand mehr seines Lebens sicher gewesen.“

Franz Sigel schildert Struve in seinen „Denkwürdigkeiten“ als einen Menschen, der gegen alles war, was nicht von ihm aus oder nicht augenblicklich nach seinem Kopfe ging. Er mischte sich in Dinge, die er nicht verstand, verdarb mehr als er schuf und verlor den Mut, als er am meisten nötig war.“

Der ehemalige Oberleutnant Eichfeld unternahm, zum Kriegsminister ernannt, gemeinsam mit dem aus der Schweiz zurückgekehrten Franz Sigel die Organisation der Armee und des Volksheeres. Doch wurde Eichfeld, seines bewiesenen unentschlossenen Benehmens wegen schon am 27. Mai seines Postens enthoben und Meyerhofer, ein ehemaliger badischer Hauptmann, zum stellvertretenden Kriegsminister ernannt. Sigel wurde Oberbefehlshaber und ihm Raveaux als Zivilkommissär beigegeben, und nun konzentrierte ersterer seine Truppen gegen die hessische Grenze.

Währenddessen hatte das Großherzogtum Hessen von der Reichsgewalt hierzu aufgefordert, zwischen Zwingenberg und Heppenheim Truppen konzentriert, vorläufig 6 Bataillone Infanterie mit einigen Schwadronen Kavallerie und einer Batterie, zu welcher noch 2 Bataillone Nassauer hinzukamen.

Raveaux, mit ihm v. Trützschler und Erbe, welche von der Frankfurter Nationalversammlung in Karlsruhe erschienen waren, drängten zu einem sofortigen Einfall in Hessen, um den Weg nach Frankfurt frei zu haben und Darmstadt besetzen zu können. Doch war man in der Oberleitung so voll widersprechender, oft recht unpraktischer Pläne, daß manches zuvor gefaßte Vorhaben nicht zur Ausführung kam, und man sich zunächst mehr für die weitere Entwicklung und Festigung der Revolution interessierte.

Als bekannt wurde, daß die hessischen Truppen sich an der Grenze entwickelten und auch vom Niederrhein her Heeresmassen in der Richtung auf Frankfurt und nach der Pfalz hin vorgeschoben wurden, erließ der Oberbefehlshaber Sigel alsbald eine Proklamation „an das deutsche Volk“, in welcher die Motive angegeben wurden, weshalb die Insurgenten gegen die hessischen Truppen vorrücken würden, und zwar „um diesen Gelegenheit zu geben, in treuer Verbrüderung zu beweisen, daß sie für dieselbe Sache glühen, gegen die man ihre tapferen Armeen mißbrauchen wolle.“ Diese Proklamation war nächst Sigel auch von Raveaux unterzeichnet.

Schon Tags darauf — am 29. Mai — erschien auch ein gegen die hessische Regierung gerichtetes Manifest der Beiden, voll der unwahrsten Anschuldigungen und lächerlichsten Beschwerden.

Unterdessen war es an der Grenze bereits Ernst geworden, die schmähliche Mordtat in Oberlaudenbach mit ihren blutigen Folgen war geschehen und Sigel gezwungen, Raveaux nachzugeben und den Kampf gegen die hessischen Truppen aufzunehmen.

Im Begriff, meine schon längst projektierte Reise nach Stuttgart zur Ausführung zu bringen, fand ich auf dem Wege dahin Gelegenheit, dem entscheidenden Gefechte bei Heppenheim und Hemsbach am 30. Mai noch persönlich beiwohnen zu können, soweit dies für mich nicht mit Lebensgefahr verbunden war.

In den Nachmittagsstunden des 30. Mai rückten die Insurgenten gegen die hessische Grenze vor, überschritten diese und eröffneten ihr Feuer mit vorübergehendem Erfolg gegen die Hessen, die aber mit einem äußerst wirksamen Kartätschenfeuer in den Reihen der badischen Dragoner eine derartige Verwirrung erzeugten, daß diese das Hasenpanier ergriffen, Kehrt machten und in ihrer tollen Flucht auch noch eine Menge Soldaten und Freischaren mit sich fortrissen; eine Flucht, die sie bis Weinheim fortsetzten. Die Insurgenten hatten ihren ersten Angriff durch Geschütze unterstützt, welche auf große Entfernung den Bahndamm bestrichen und einzelne Granaten und Kugeln bis nach Heppenheim und in den dortigen Bahnhof jagten. Die ganze erste Kolonne der Insurgenten zog sich nun, nachdem ihnen noch zwei Geschütze durch eine Abteilung des II. hessischen Infanterie-Regiments abgenommen worden waren, eiligst bis Hemsbach zurück, während die hessischen Truppen unter General v. Schäffer gegen Laudenbach vorrückten, das sie von dem Feinde verlassen fanden. Die Insurgenten kamen erst bei Hemsbach wieder zum Stehen, um den nachrückenden Hessen einen kräftigen Widerstand entgegenzusetzen, mußten aber nach mehrstündigem, hartnäckigem Kampfe denselben aufgeben und zogen sich in der Richt-

ung nach Weinheim zurück. Es war, wie Ruppert, der Führer des 2. Bataillons des III. badischen Infanterie-Regiments selbst sagt: „Eine vollständige Auflösung, und keine Abteilung mehr geschlossen; die meisten Offiziere fehlten, wer nicht zu Fuß schnell genug fortkommen konnte, setzte sich zu Wagen und floh.“ Die Flucht der Insurgenten ging unaufhaltsam bis Heidelberg, wo sie in völliger Auflösung — Dragoner, Infanterie, Artillerie, Freischärler, alles durcheinander, und mit dem Rufe ankamen: „Alles ist verloren!“ Einer der Flüchtlinge äußerte sehr naiv: „Mit den Hessen wären wir schon fertig geworden, aber die Preußen, die Preußen! — es war alles schwarz voll Preußen!“ Doch war nicht ein einziger Preuße bei diesem Gefechte.

Zu Weinheim führten die hessischen Truppen in der Nacht vom 5. zum 6. Juni einen glücklichen Überfall aus, der die Insurgenten überraschte und wobei sie viele Tode und Verwundete und 21 Gefangene einbüßten. Die Truppen nahmen dann südlich von Weinheim Stellung; der Stadtvorstand erhielt die Weisung, sofort den Truppen Wein und Brot zu liefern, was auch bereitwilligst geschah, doch die gleichzeitig verlangten Waffen abzuliefern, konnte man sich nur schwer entschließen, folgte aber doch schließlich dem kategorischen Befehle des hessischen Heerführers.

Unterdessen erließ der Landesausschuß, seine verzweifelte Lage wohl erkennend, Proklamationen auf Proklamationen; so auch eine an die französische Nation (!!) — man sollte es kaum für möglich halten! — welche als ein Schandmal des vaterlandsverräterischen Geistes jener winzigen, revolutionären Partei der Nachwelt erhalten zu werden verdient. Sie lautete:

„Schon rücken die preußischen Horden, die Vorhut Rußlands, bedeckt mit dem Blute der Märtyrer Sachsens, gegen den Süden Deutschlands vor. Noch einige Tage, und die Ufer des Rheins werden das Schlachtfeld sein der Freiheit gegen den Despotismus. In der Pfalz und in Baden haben das Volk und die Armee vereint geschworen zu siegen oder zu sterben (??).

Unsere Brüder in Württemberg und Hessen, in Nassau, Franken und Thüringen sind bereit, sich zu stürzen auf die Söldlinge der Tyrannen, sobald der Kampf beginnt. Das französische Volk, der Vorkämpfer der

Freiheit, wird es ein gleichgültiger und untätiger Zuschauer dieses Todeskampfes sein? — Wird es zugeben, daß die Freiheit an den Ufern des Rheinstromes blute? — Wird es taub bleiben gegen die Freundesstimme der deutschen Demokratie? — Nein! — Nein! — — Franzosen! Brüder! Wir erwarten Euch, wir werden Euch empfangen mit dem Rufe: „Es lebe die allgemeine Demokratie!“ Wir werden unter derselben Fahne, unter der Fahne der brüderlichen Vereinigung der Völker kämpfen gegen die verschworenen Tyrannen! Eroberungsgelüste sind freien Nationen fremd. Als Sieger werden die französischen und deutschen Demokraten vorwärts gehen und die Throne aller Despoten stürzen. Sie werden sich vereinigen mit den Ungarn, den Siegern über die österreichische Tyrannei, und Polen und Italien werden befreit werden vom Joche, welches noch auf ihnen lastet. An den Rhein! An den Rhein! So hieß lange das Feldgeschrei Frankreichs für die Eroberung. — An den Rhein! An den Rhein! für die europäische Freiheit, für die Verbrüderung der Nationen; dies ist heute, wir wissen es, das Feldgeschrei der französischen Demokratie. —

Wir rufen Euch also, Brüder Frankreichs! An den Rhein! An den Rhein! — Die Freiheit Europas ist in Gefahr, Frankreich darf nicht fehlen, auf dem Posten der Ehre. Vorwärts im Namen der Freiheit, der Gleichheit und Brüderlichkeit.“ (Folgen die Unterschriften.)

Wie anders lautete ein in Darmstadt und Umgegend am 20. Mai 1849 verbreiteter

Hülferuf
aus Baden an das hessische Volk.

„Es ist ein großes Unrecht, wenn man das Volk aus falschen Gründen zu Hoffnungen, ja sogar, wie es jetzt bei uns geschehen, zu Handlungen zu verführen sucht, welche nur Unglück über alle bringen können.

Die Lage unseres Landes ist schrecklich, und wir sind nicht imstande, sie zu schildern. Es ist nur zu wahr, was wir vor einigen Tagen in der Abendzeitung gelesen: „Daß die größte Ruhe herrsche.“ — Ja wohl haben wir armen Handwerker und Geschäftsleute Ruhe, denn alle Hantierungen, ausgenommen der Wein-, Bier- und Branntweinverkauf, stocken, und wenn es noch eine zeitlang so bleiben sollte, so kommen wir alle an den Bettelstab.

Fragen wir uns, welchen Charakter trägt die revolutionäre Bewegung in Baden? — Der König von Bayern nahm die Verfassung des deutschen Parlaments nicht an, und da erhob sich Rheinbayern und schrie Verrat! — gründete den Landesverteidigungsausschuß und forderte das Volk auf, die Verfassung zu beschwören. — Der Großherzog von Baden hat die Verfassung anerkannt, hat Bürger und Soldaten auf die Verfassung schwören lassen, hat stets

unsere Wünsche mit der größten Bereitwilligkeit befriedigt, und dennoch empört man sich; dennoch schreit man Verrat. —

Wer sind aber diejenigen, die bei uns Verrat schreien? — Die revolutionäre Bewegung in Baden ist nicht vom Volke ausgegangen, das wird die Zukunft beweisen, sondern von Männern ist sie ausgegangen, die durch ihr Treiben und Wirken mittelst der freien Presse, durch ihre Schandblätter uns, das Volk, verführt, betrogen und belogen haben und noch belügen; die, wie wir jetzt deutlich sehen, uns nur benutzt haben, um ihre ehrgeizigen Pläne durchzusetzen. Alle diese Männer, welche am meisten schrieen und sich gerühmt haben, daß nur sie allein die wahren Volksfreunde seien, haben sich jetzt selbst zu Ministern und Direktoren der Kassen ernannt! — Die Maske ist dadurch gefallen, denn, glaubt es uns, jeder, der die Freiheit ehrlich will, benutzt nicht das Volk zu schändlichen Zwecken.

Alles Gesindel weit und breit, was seit Jahren in allen Ländern heimatlos herumirrte, hat sich jetzt nach Baden gezogen — und dies ist so das eigentliche Volk — welches unser schönes Badener Land zum Schutthaufen auf Blut und Leichen verwandeln will.

Wer kennt nicht die Männer und ihre Absichten! Wer kennt nicht einen Struve, Blind, Heinzen, Bornstedt! Und diese Männer an der Spitze der Regierung, sie schaffen bei Gott keine Garantien für Sicherheit, Wohlstand und Freiheit eines Volkes.

Soldaten! Bürger! Hört unsere Stimme, laßt Euch nicht betören, sondern kommt, helft uns aus der traurigen Lage befreien. Der größte Teil ist nur in diesem Augenblick gezwungen, hier zu bleiben und sein Eigentum zu bewachen; — das Militär ist ebenso zum größten Teil dem Großherzog treu. — Wir hoffen auf Euch und werden mit Euch kämpfen.

Mannheim und Heidelberg, den 20. Mai 1849.

Dieser „Hülferuf" war von einer großen Anzahl der angesehensten Bürger von Mannheim und Heidelberg ausgegangen und kennzeichnete so recht ungeschminkt und wahr die berührten Verhältnisse.

Unter den treubrüchigen Soldaten begann es bald zu gären; die eingerissene Disziplinlosigkeit zeitigte die vorausgesehenen Früchte. Schon bei Heppenheim und Laudenbach zeigte sich bei der Infanterie viel widerwillige Gesinnung, und Tatsache ist, daß Sigels Befehle hier vielfach nicht pünktlich oder gar nicht ausgeführt wurden. Diese Widersetzlichkeiten kamen denn auch am 31. zu Heidelberg in einer förmlichen Meuterei zum Ausdruck, indem ein badisches Linien-Bataillon daselbst,

welches das Gefecht bei Hemsbach mitgemacht hatte, nicht mehr von Sigel befehligt sein wollte, und aus dieser Veranlassung eine Offizierversammlung stattfand, zu welcher sogar Brentano von Karlsruhe geeilt war, um an Ort und Stelle diese fatale Sache zu beseitigen. Man forderte den Großherzog und die frühere Regierung zurück; Struve, sämtliche Polen, die fremden Anführer und alle nichtbadischen Freischaren sollten sofort aus Baden verwiesen, dem Sigel, zu dem man kein Vertrauen habe, das Kommando abgenommen und das Leib-Regiment in seine frühere Garnison Karlsruhe zurück verlegt werden. Brentano genehmigte alles, versprach, diese Wünsche zu erfüllen und reiste nach Karlsruhe zurück, nachdem er Sigel seiner Stelle als Oberbefehlshaber entbunden und ihm befohlen hatte, sich nach Karlsruhe zu begeben, wo er alsdann Kriegsminister bei der neu errichteten provisorischen Regierung wurde.

Diese erließen auch alsbald eine Proklamation an das badische Volk, in der es am Schlusse hieß:

„Mitbürger! Die Rebellen, der König von Preußen an der Spitze, welche die rohen Horden der Schneegefilde in unser Vaterland rufen, um die Völker zu knechten, sie müssen vernichtet werden. — Auf denn! Jagt sie zu ihren Freunden mit der Knute, damit nicht der Kosack sein Pferd tränke in den Fluten des Rheins; damit vielmehr Ein Band, das Band der Einheit, Freiheit und Brüderlichkeit alle Deutschen umschlinge vom Rhein bis zur Donau, von dem Meeresstrande bis zu den Alpen." —

Struve, welcher gehofft hatte, eine Stelle bei der aus nur fünf Personen bestehenden provisorischen Regierung zu erhalten, drohte, als er von dem Fehlschlagen dieser Hoffnung benachrichtigt wurde: „Ich werde diesen Herren zeigen, daß, wenn sie mich nicht verwenden wollen, ich nach meinem eigenen Kopf handle!"

Am 10. Juni erließ endlich auch der Reichsverweser Erzherzog Johann einen Aufruf an das badische Volk,

worin er ankündigte, daß die erforderliche Streitmacht zusammengezogen sei und im Begriff stehe, in Baden einzurücken, um den Aufruhr zu bezwingen. Die Maßregeln der Strenge, welche den Einmarsch der Truppen begleiten müßten, würden verkündet und vollzogen werden. Das Verkehrte, Verderbliche und Unsittliche dieses Aufstandes in lebhaften Farben schildernd, forderte er aber die Einwohner nochmals mit Wärme auf, der Stimme der Vernunft und des Friedens Gehör zu geben und die Gräuel und die Schmach des Bürgerkrieges vom Vaterlande abzuwenden.

Die Begeisterung für die revolutionäre Bewegung war ohnehin schon sehr im Rückgange begriffen, und auch ohne diese Aufforderung, die übrigens durch die provisorische Regierung unterdrückt wurde, waren Desertionen und Meutereien beim Heere der Insurgenten an der Tagesordnung.

Der Landesausschuß hatte nach langen Verhandlungen den „alten Verschwörer und nicht sehr glücklichen Revolutionär", den Polen Mieroslawski für die Übernahme des Oberkommandos über die badischen und pfälzischen Streitkräfte gewonnen, und war derselbe am 8. Juni in Karlsruhe eingetroffen.

Mieroslawski, im Jahre 1814 zu Nemours in Frankreich als Sohn eines polnischen Offiziers geboren, nahm als Offizier am polnischen Insurrektionskriege 1830 teil, flüchtete dann nach Paris, wo er Chef der demokratischen Emigration wurde, bereiste als Mitglied des Zentralausschusses des demokratischen Polens im Jahre 1845 das Großherzogtum Posen und bereitete mit andern polnischen Demokraten den Februaraufstand des Jahres 1846 vor. Er wurde bei Gnesen verhaftet, zum Tode verurteilt, zu Gefängnis begnadigt und beim Aufstande in Berlin 1848 befreit. In demselben Jahre noch stellte er sich an die Spitze der posen'schen Insurrektion, wurde hierbei abermals gefangen, aber auf Verwendung des französischen Gesandten wieder freigelassen. Nachdem er hierauf an der Revolution in Sizilien teilgenommen hatte und wiederum besiegt worden war, flüchtete er nach Paris und ward jetzt als

letzter Hoffnungsanker zum Oberkommandeur des badisch-pfälzischen Revolutionsheeres gewonnen.*)

Mieroslawski übernahm sofort den ihm angetragenen Oberbefehl; suchte sich ungesäumt mit den einschlägigen Verhältnissen bekannt zu machen und den Truppen als ihr neuer Befehlshaber vorzustellen, und wurde von diesen mit großem Enthusiasmus aufgenommen, so besonders in Mannheim und Heidelberg, wo er sogleich auch Dispositionen für die folgenden Tage traf.

Zu derselben Zeit, als preußische Truppen in der Rheinpfalz über Frankenthal und Oggersheim gegen Ludwigshafen heranzogen, dasselbe besetzten und die Insurgenten Ludwigshafen von Mannheim aus in Brand schossen, wütete am 15. und 16. Juni um Käferthal, Ladenburg und Groß-Sachsen, mit wechselndem Glück auf beiden Seiten, ein wütender Kampf zwischen den Insurgenten unter Mieroslawski's Führung und den, aus Hessen, Mecklenburgern, Württembergern und Nassauern bestehenden Reichstruppen, die aber, da ihre Verstärkungen ausblieben, im Nachteil waren. Mieroslawski verkündete diese zweitägigen Kämpfe als große Siege der Insurgenten: „Die Operationen unsrer im steten Vorrücken begriffenen Kolonnen sind von glänzendstem Erfolge gekrönt", prahlte er. „Die feindlichen Truppen hielten nirgends Stand." — „Bewohner! Seid vollkommen ruhig; ich fordere von Euch, daß Eure Opfer denen der Soldaten wenigstens gleichkommen." — „Die Stadt Heidelberg wird heute Nacht zur Feier der Siege unserer heldenmütigen Kämpfer beleuchtet. Dabei haben die Lichter an allen Fenstern die ganze Nacht zu brennen; alle Wirtshäuser sind bis Mitternacht offen zu halten." — Das Hauptquartier Mieroslawski's war Heidelberg.

Unterdessen hatte sich ein preußisches Korps durch den Odenwald dem Neckar genähert und war nach einem kurzen Gefecht bei Hirschhorn bei Zwingenberg über den Neckar ge-

*) Mieroslawski führte noch beim polnischen Aufstand von 1863 ein Freikorps, wurde aber am 22. Februar bei Radziejnowo geschlagen, flüchtete wieder nach Paris, wo er am 23. November 1878 starb.

gangen, sich in der Richtung nach Sinsheim hin konzentrierend.

Am 20. Juni waren die Preußen mit dem Prinzen Wilhelm bei Germersheim über den Rhein gegangen und entwickelten ihre Heeresmasse bei Philippsburg, Waghäusel und Wiesenthal und kamen alsbald mit einer bei ersterem Orte stehenden Insurgentenschar (III. Inf.-Regt., deutsch-polnische Legion) in Kampf, welche sich aber nach wenigen Schüssen der preußischen Artillerie mit Verlust ihrer Bagage und einiger Gefangenen gegen Karlsruhe hin zurückzog. Der jugendliche Prinz Friedrich Karl von Preußen, welcher sich den sie verfolgenden Husaren angeschlossen hatte, erhielt bei dieser Gelegenheit zwei Schußwunden in Schulter und Arm. Die Insurgenten entkamen und die preußische Division bezog einen Biwak bei Wiesenthal mit Vorschiebung eines Bataillons nach Waghäusel, wo am folgenden Tag (21. Juni) schon früh morgens Mieroslawski mit Übermacht die Preußen angriff und zu schlagen versuchte; — warf sie auch tatsächlich unter dem heftigsten Feuer der badischen schweren Artillerie nach Philippsburg zurück und würde Sieger auf dem Schlachtfelde geblieben sein, wenn nicht — ähnlich wie drei Wochen vorher bei Heppenheim — die badischen Dragoner unter dem Insurgentenführer Beckert, welcher die Preußen verfolgen und die soweit errungenen Vorteile ausnutzen sollte, vor diesen Kehrt gemacht und in rasender Eile davon gejagt wären und Mannschaften der Infanterie mit sich fortgerissen hätten. Die dadurch herbeigeführte Verwirrung kam den preußischen Divisionen zu statten, welche nun nach hartem Kampfe der Revolutionsarmee eine völlige Niederlage beibrachten. Sie zerstob in wilder Flucht nach allen Richtungen.

Interessant sind nun die vonseiten der Insurgenten über das Treffen bei Waghäusel erschienenen Berichte, sodaß ich nicht umhin kann, einige derselben wörtlich hier wiederzugeben. — So wurde offizell verkündet:

„Heute hatte ein Zusammentreffen unserer Neckararmee mit den preußischen Truppen bei Waghäusel stattgefunden.

Bereits hatten die Unsrigen unter der tapfern Führung von Mieroslawski und Sigel den Feind in wildester Flucht auseinandergejagt (!), als er plötzlich durch den Zuzug hessischer (?) und altbayerischer (?) Truppen verstärkt wurde. Eine Abteilung unserer, durch das lange Biwakieren ermüdeten Kavallerie warf sich, durch die unerwartete Ankunft dieser zahlreichen Verstärkung stutzig geworden, auf die nachfolgenden Reihen der Linie und Volkswehr zurück, die sich auch diesmal wieder mit gewohnter glänzender Tapferkeit schlugen und brachten die Letzteren dadurch in völlige Unordnung. Durch die Zerstreuung der einzelnen Abteilungen sahen sich die Unsrigen zum Rückzuge genötigt, der ohne Nachteil bewerkstelligt wurde. Der Verlust auf Seite der Preußen ist nach sicheren Berichten wenigstens noch einmal so stark als der unsrige, und ohne das Zurückweichen der erwähnten Abteilung würden wir den Feind gänzlich aufgerieben haben. Noch ist nichts verloren. General Sznaide steht mit seinem Korps schlagfertig in Bruchsal. Das Gros der Neckararmee, deren zerstreute Abteilungen sich bereits wieder gesammelt haben, konzentriert sich bei Karlsruhe und wird bald dem Feinde eine imposante Macht entgegengeworfen werden usw."

Mieroslawski schreibt in seinem Berichte, daß Oberstleutnant Beckert „den schamlosesten Verrat beging, der je nach einem Siege ausgeführt worden sei. Er befahl der ganzen Reiterei, deren ältester Offizier er war, das Schlachtfeld zu verlassen und riß auf seiner wilden Flucht die stets zur Auflösung geneigte Volkswehr, sowie Alles, was er von Artillerie dazu bekommen konnte, mit sich fort. Das tumultuarische Rennen dieser irre geführten Menge bis nach Heidelberg und von da nach Karlsruhe, die Aufpflanzung der weißen Fahne überall, wohin sie kam, die vielfachen Aufforderungen Beckerts zur Empörung gegen die bestehenden Behörden, Alles das, zusammengehalten mit den Berichten, welche mir über die kontrerevolutionären Absichten zukommen, die sich gleichzeitig in allen größeren Städten am Rhein und am Neckar kundtun, beweist uns zur Genüge, daß der Militäraufruhr Beckerts nur das Ergebnis einer weitverzweigten, wohl eingeleiteten und seit langer

Zeit mit dem auswärtigen Feinde verabredeten reaktionären Verschwörung ist."

Natürlich Verrat! — Eine altbekannte Entschuldigung für eine verlorene Schlacht!

Etwas ruhiger stellt Franz Sigel den Fall in seinen „Denkwürdigkeiten" dar, wenn er schreibt: „Die Kavallerie, die mir bei Wiesenthal Hülfe bringen sollte, nahm plötzlich auf ihrem Wege Reißaus, brachte dadurch unseren ganzen rechten Flügel in eine heillose Verwirrung, und alle Bemühungen und Anstrengungen Mieroslawski's konnten keine Ordnung mehr schaffen. Ohne Halt drängten sich die Truppenmassen rückwärts. So war es jene Flucht der Kavallerie — mochte sie nun auf Verrat beruhen oder eine andere Veranlassung haben — welche unseren schon teilweise errungenen Sieg in eine entscheidende Niederlage verwandelte."

Andere Berichte schoben die ganze Schuld des Rückzugs der Insurgenten auf Sznaide, „der mit der Behaglichkeit des Wirtshauslebens genauer bekannt als mit dem Ernste der Schlacht, kein Gedächtnis und keinen Überblick hatte. Keine der ihm untergeordneten Kolonnen erhielt einen Befehl von ihm. Er selbst konnte nur mit Mühe aus den Gasthäusern entfernt und seinen Truppen zugeschickt werden" — man meinte: „Das Gefecht würde für die Preußen verhängnisvoller geworden sein, wenn General Sznaide die erhaltenen Befehle befolgt und von seiner Seite eingeschritten wäre. Aber er tat gar nichts, er bewegte sich vielmehr statt vorwärts rückwärts."

Die amtliche „Karlsruher Zeitung" schrieb am 23. Juni:

„Infolge des Treffens bei Waghäusel hat die preußische Armee, welche in größter Verwirrung nach allen Seiten floh (!), sich nach dem Rhein und Philippsburg gezogen, wo sie von den Unsrigen in einem weiten Bogen umgeben ist, der am Rhein beginnend sich bis Graben vorbei über Bruchsal und Wiesloch und von da nach Schwetzingen und wieder an den Rhein hinzieht." —

Mieroslawski war infolge des verlorenen Gefechts außer sich. Er ging noch an demselben Abend mit seinem

Generalstabe und dem Oberst Sigel bis Schwetzingen, und hatte auf dem Wege dahin hinreichend Gelegenheit sich zu überzeugen, in welch' hohem Grade die Mutlosigkeit sich der Zersprengten bemächtigt hatte.

Mit einem Teile seines ihm noch gebliebenen Revolutionsheeres kam er am folgenden Tag in Heidelberg an, während Beckert ihm voraus den Weg nach Sinsheim eingeschlagen hatte, und beabsichtigte sich über Neckargemünd ebendahin zu begeben, um dann über Weiler und Durlach nach Karlsruhe zu gelangen. Den ganzen Tag über dauerte die Retirade von Heidelberg her in wilder Flucht, ohne alle Ordnung — und die Nacht durch bis gegen 4 Uhr morgens. — Struve mit seiner etwa 400 Mann starken Freischar (Schweizer, Polen, Franzosen ꝛc.) und 4 Kanonen traf erst am 23. morgens 8 Uhr von Heidelberg in Sinsheim ein, das er aber um 11 Uhr in der Richtung nach Eppingen wieder verließ. Unter den Soldaten hatten sich wiederholt meuterische Ideen gezeigt, und bei einer kurzen Rast in Mauer ereignete es sich sogar, daß Mieroslawski auf Veranlassung des Oberstleutnant Thoma verhaftet und an die Preußen ausgeliefert werden sollte. Durch das Dazwischentreten Sigels wurde jedoch der Plan vereitelt, man hatte aber nicht den Mut, die Meuterer hierüber zur Rechenschaft zu ziehen.*)

Der Schreckensruf: „Die Preußen kommen!" genügte, das ganze Insurrektionsheer in eine förmliche Fluchtbewegung zu versetzen, um über Bretten und Durlach Karlsruhe zu erreichen.

---

*) Raveaux kommt in seinen „Mitteilungen" auf diesen Fall zu sprechen, indem er erzählt: „Struve erzählte uns in Freiburg dieses bestandene Abenteuer, und auf unsere Frage (es waren anwesend Fröbel, Heine, Simon, Dr. Löwe und mehrere andere Abgeordnete), was sie denn mit dem Thoma gemacht hätten, ob er erschossen worden sei? — trat Struve ganz erstaunt einen Schritt zurück und antwortete uns: „Wie, erschossen? — Hierauf brachen alle Umstehenden in ein fürchterliches Gelächter aus und die Szene endete damit, daß Fröbel dem Struve eine Predigt hielt, in welcher er ihm begreiflich zu machen suchte, wie lächerlich es sei, beständig die Worte Energie und Terrorismus im Munde zu haben und in dem Augenblicke, wo es die Pflicht erfordere, energisch zu handeln, eine solche Schwäche zu zeigen."

Nachdem es am 23. bei Ubstadt, am 24. bei Neudorf und am 25. bei Durlach noch zu hitzigen Gefechten gekommen war, floh das Revolutionsheer ohne Karlsruhe zu besetzen in der Richtung auf Rastatt, während nachmittags 4 Uhr der Prinz von Preußen mit zahlreicher Suite und Generalität an der Spitze, mit klingendem Spiel, vom Jubel der Einwohner begrüßt, in Karlsruhe einzog, ohne noch irgendwelchen Widerstand zu treffen. „Die ganze Bevölkerung war in Bewegung", schreibt ein Zeitgenosse, „nicht endende Hochs und freundliche Gesichter begrüßten die Einrückenden, denn sie brachten den Bewohnern der Stadt die ersehnte Erlösung aus einem mit jedem Tage unerträglicher gewordenen Zustande gesetzloser Verwirrung, Bedrückung und gesteigerten Terrorismus. Karlsruhe atmete mit dem Einrücken der Preußen wieder frei, denn die Wut der aller Bande ganz entfesselten, aufgewühlten Insurgenten und der auswärtigen Freischärler drohte schon am verflossenen Tage mit Plünderung und Brand.

Nun waren es gerade sechs Wochen her, daß die provisorische Regierung der Republik Baden ihren Einzug in Karlsruhe unter dem Jubel des Volks gehalten hatte, aber heute war man hocherfreut, von dieser „Pöbelherrschaft" erlöst worden zu sein. Die Gesinnungen und Ansichten der Bürger von Karlsruhe waren nach den gemachten Erfahrungen während der Zeit anders geworden. Die Mitglieder der provisorischen Regierung waren bereits am frühen Morgen des 25. Juni nach Rastatt geflohen, dann weiter ins Oberland. Mieroslawski überzeugte sich, daß er sich vor Karlsruhe nicht mehr halten könne, „diesem Sitze aller Komplotte", wie er in seinem fünften Bulletin sagt, „dieser Höhle aller Banditen der Kontrerevolution, dieser durch und durch verdorbenen Stadt, wo alle feige Soldaten und alle straflose Verräter ein Versteck suchten." Er beschloß daher, seine Verteidigungslinie weiter zurück an die Murg zu verlegen. Am 25., nachmittags, waren die Reste seiner Armee auf dem Glacis von Rastatt versammelt. Tags darauf inspizierte er sämtliche sowohl in Rastatt als in der Umgegend liegenden Abteilungen, wobei es sich herausstellte, daß das

hier versammelte Korps immer noch an 22000 Mann stark war, wenngleich noch ganze Bataillone Volkswehren fehlten, auch die Linienregimenter noch nicht komplett beisammen waren. Die Artillerie war in einem genügenden Zustande. Unterdessen hatten die Insurgenten Mannheim und Heidelberg verlassen, beides eine Folge des Gefechtes von Waghäusel. Schon längst hatte sich bei der Bürgerschaft in Mannheim eine Gegenrevolution in aller Stille vorbereitet. In der Stadt wimmelte es von Freischaren und hergelaufenem „Janhagel"; die unbeschränkte Willkür der Regierungskommissarien herrschte, und der Terrorismus hatte die höchste Höhe erreicht. Mieroslawski befahl unter anderem noch wenige Tage vor dem Einrücken der Preußen, „daß jeder, weß Standes er auch sei, sein Eigentum, seine Familie und seine Person dem General zur unbedingten Verfügung zu stellen habe; die dawider Handelnden sollten als Hochverräter bestraft werden." Diese und viele andern Gewalttätigkeiten beschleunigten das Vorhaben, den Preußen, sobald es irgend angehen würde, die Tore zu öffnen; und kaum war Mieroslawski nach Neckargemünd abgegangen, als man auch schon Anstalt traf, das Vorhaben zur Ausführung zu bringen, und der Verlust des Gefechts von Waghäusel gab den Ausschlag.

Trützschler, der von Raveaux eingesetzte Reichskommissär hatte sich durch sein Benehmen höchst unbeliebt gemacht, ihn und seinen Anhang bei erster Gelegenheit gefangen zu nehmen, war beschlossene Sache bei der Bürgerschaft. Hierzu bot sich Gelegenheit, als er Anstalt machte mit der Regierungs-Hauptkasse, in der sich 80000 Gulden befanden, nach der „freien Schweiz" durchzugehen und auf dem Wege zum Bahnhof von der Bürgerschaft angehalten und von dieser verhaftet wurde. Gleichzeitig waren vonseiten des Gemeinderats Schritte geschehen, die herannahenden Preußen zum Einmarsch zu veranlassen, was noch am Abend desselben Tages geschah. Der Teil der Stadt, durch welchen die Preußen einmarschierten, war illuminiert.

Drei Schwadronen badischer Dragoner waren gleich zu Anfang zur Kontrerevolution übergegangen, 500 bis 600 Mann Freischaren und Militär, welches sich noch in Mannheim befand,

wurde entwaffnet, und die Ausgänge der Stadt wurden militärisch besetzt. In Heidelberg, wo die Insurgenten seit Wochen in strafbarer Weise gewirtschaftet hatten, fanden die Preußen auch keinen ernstlichen Widerstand, und am Morgen des 23. Juni öffneten die Bürger schon nach dem ersten Granatschuß die Tore, und die Preußen zogen, von den Einwohnern als Erretter begrüßt, ein.

Den anrückenden Preußen waren die Insurgenten nicht mehr in der Lage, weiteren ernstlichen Widerstand zu leisten, wenngleich sie dies auch in vielen nun folgenden verzweifelten Gefechten versuchten. — So bei Michelbach am 28., bei Gernsbach und Ottenau am 29. Juni, wo auf beiden Seiten besonders hitzig gekämpft wurde; — sodann noch an demselben Tage bei Bischweier, Oberweier, Winkel und zwischen Kuppenheim und Muggensturm, und Tags darauf bei Steinmauern, Kuppenheim, Iffezheim und Oos, worauf dann die von den Insurgenten besetzte Festung Rastatt von den Preußen zerniert wurde.

Rastatt war ganz in der Gewalt der meuternden Soldaten und des aus allen Weltrichtungen zugeströmten Freischarenkorps. Es herrschte ein Terrorismus, der an Anarchismus grenzte, sodaß keines Einwohners Eigentum mehr sicher war.

Nach den für die Insurgenten verloren gegangenen Kämpfen an der Murg begannen dieselben einen fluchtartigen Rückzug, um die Schweizer Grenze zu erreichen.

Das Heer der Insurgenten — Freischärler, Legionäre, Soldaten zc. — war auf der Flucht zu einem wahrhaften Raubgesindel herabgesunken. Es drang in die Häuser wohlhabender Familien ein und erpreßte unter Androhung des Erschießens Weißzeug, Wäsche und Geld. Hierin tat sich der von der Rheinpfalz her bekannte ehemalige Weinreisende Blenker*)

*) Obergeneral Sigel erklärte in einem Tagesbefehl den „Obersten" Blenker für einen „feigen Plünderer" und Dr. v. Löhr aus Worms, der bekannte Terrorist, schrieb später aus der Schweiz: „Daß er Deutschland beklagen würde, wenn solche Menschen, wie sie jetzt in der Schweiz zusammensäßen, von denen einer den andern zu übertreffen suche, jemals nur auf kurze Zeit die Gewalt in ihre Hände bekämen."

Kommandierender der pfälzischen Freischaren, in ächt räuberhauptmännischer Weise hervor. So raubte er gemeinsam mit seiner ihm in Herrenkleidung folgenden Frau das großherzogliche Schloß Eberstein*) vollständig aus. Man stahl hier sämtliches Silberzeug, Wäsche, Bettzeug, Uhren, 14 schwer silberne Pokale, Bernstein, Elfenbein ꝛc., Gegenstände, die teilweise von historischem Interesse und hohem Kunstwerte waren; so auch Bilder, Kupferstiche, Bücher ꝛc. und aus dem gewaltsam erbrochenen Pulte des Großherzogs entwendete man Briefe und Schriften. Was Blenker übrig ließ, nahm seine Frau, die sogar mit mehreren Wagen im Schlosse angekommen war und alles Transportable, alte Waffen, Zigarren, Handschuhe, Schlafröcke, Gläser, das Schmuckkästchen der Großherzogin, ein kleines, silberbeschlagenes Gebetbuch usw. aufpacken ließ. — Ebenso wurde das vom Markgrafen Louis von Baden-Baden erbaute Schloß eine Beute ihrer Raublust. Im letzteren raubte man u. a. die seit 1701 als Siegestrophäen deutscher Tapferkeit und unschätzbares Familienandenken hier niedergelegten kostbaren türkischen Waffen, obgleich man sie vorsorglich im Keller versteckt hatte. Es geschah dies auf Sigels Anordnung, und wurde der Raub (3 Zentner schwer) unter seiner Leitung verpackt und fortgeschleppt, um denselben anderwärts zu Geld zu machen.

Wie die meisten Schweizer damals von den Flüchtlingen dachten, davon gibt folgende Stelle im „Berner Beobachter" Zeugnis, in welchem es unter anderem von Raveaux, Vogt und Itzstein hieß: „Mit frecher Stirn treten diese Männer, welche durch ihren unwiderstehlichen Hang zum politischen Wühlen einen herrlichen, von der Natur so sehr begünstigten Landstrich verödet, zahllose Familien an den Bettelstab und in tiefste Trauer gebracht, Hunderte, ja Tausende von Menschenleben geopfert haben, hier auf und drängen sich in ehrenhafte Gesellschaften ein, die sie in der Tat bei einigem Schamgefühl meiden sollten, um ihr ruchloses Treiben in hohlen, ekelhaften Phrasen zu beschönigen."

*) Einer der Kriegskommissäre der provisorischen Regierung, namens Dietrich, welcher den Raub im großherzoglichen Schloß Eberstein gemeinschaftlich mit Blenker verübte, hatte später der Kreisregierung in Konstanz angezeigt, daß er, was er im Besitze habe, der Thurgauer Regierung in Frauenfeld abgeliefert hätte. Diese sandte die bezeichneten Sachen alsbald nach Konstanz. Es waren wertvolle Kunst- und Altertumsgegenstände.

Im Schoße der von Karlsruhe zuerst nach Offenburg, dann von da nach Freiburg geflüchteten revolutionären Regierung waren längst schon ernstliche Differenzen entstanden, namentlich als Struve wieder bei derselben eingetroffen war, und für seine soziale Republik Propaganda zu machen suchte, und sich dadurch in fortgesetztem heftigem Streite mit dem Direktor Brentano befand. Am 28. Juni sollte es zum offenen Bruch kommen, als in öffentlicher Sitzung der Landesversammlung der Antrag gestellt und angenommen wurde, „daß der Krieg gegen die Feinde der deutschen Freiheit, Einheit und Brüderlichkeit nicht bloß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln fortgesetzt, sondern daß auch jeder Versuch einer Unterhandlung mit dem Feinde als Verrat am Vaterlande betrachtet und bestraft werden solle."

Brentano betrachtete die Annahme dieses Antrages als ein Mißtrauensvotum gegen sich gerichtet; legte infolgedessen seine Diktatur nieder und floh noch in der darauffolgenden Nacht mit Ziegler aus Karlsruhe und Thibauth von Ettlingen nach der Schweiz. Die Landesversammlung sah in dieser Flucht Verrat, erklärte Brentano für einen meineidigen Volksverräter, und setzte eine Untersuchungskommission nieder mit dem Auftrage, gegen Brentano und seine Begleitung einzuschreiten, um sie zur Bestrafung zu ziehen.*)

*) Brentano hatte sich zunächst nach Feuerthalen — am linken Ufer des Rheins, Schaffhausen gegenüber — begeben, und erließ von hier aus ein Manifest, in welchem er über sich selbst und die ganze Insurrektion ein Urteil fällt, wie es nicht strenger von seinen politischen Gegnern geschehen konnte. Dieses Manifest ist wohl das wahrste, aber auch das schmachvollste Dokument, welches der badischen Revolution und ihren Führern ausgestellt worden ist. Nach Brentano lag die Sache der Freiheit in den Händen von Menschen, welche durch Grausamkeit ihre persönliche Feigheit, durch Lügen ihre geistige Unfähigkeit und durch Heuchelei ihren niederträchtigen Eigennutz zu verbergen suchten." — Er wirft ihnen gemeine Habsucht vor und daß sie auf's schändlichste mit dem Gelde des Volkes gehaust ꝛc. — Namentlich stellt er seinen ehemaligen Freund Struve im gehässigsten Lichte dar. „Ich glaubte," sagt Brentano weiter, „die aus den freiesten Wahlen hervorgegangenen Vertreter des Volkes würden mein redliches Bestreben unterstützen und kräftigen. — Ich habe mich getäuscht. — Eine

An Brentanos Stelle wurde Kiefer von Emmendingen zum Direktor gewählt, der aber, ohne seine neue Würde anzutreten, schon Tags danach ebenfalls nach der Schweiz floh! — Auch ein Teil der gewissenlosen Hauptwühler und bisherigen Leiter der revolutionären Bewegung ging bald danach ebenfalls nach der Schweiz, darunter Raveaux, Itzstein, Vogt, Simon aus Breslau, Dr. Jacobi, Wesendock, Schüler, Erbe, Schlössel usw.

Mieroslawski war längst schon zu der Erkenntnis gekommen, daß es ihm nicht gelingen konnte, das Insurgentenheer zusammenzuhalten, das sich tatsächlich in einem hoffnungslosen Zustande befand. Die gepreßte Volkswehr lief nachhause, und die Soldaten flohen haufenweise, um sich bei den preußischen Vorposten als Überläufer zu melden! — Am 1. Juli wurde zu Offenburg von der provisorischen Regierung Kriegsrat gehalten, und bei Erwägung all' dieser trostlosen Lage das Entlassungsgesuch Mieroslawski's entgegengenommen, der dasselbe hauptsächlich auch damit begründete, daß ihm als Fremden bei seiner vollkommenen Unkenntnis der deutschen Sprache die nötige Autorität fehle. Man gewährte ihm die erbetene Entlassung und ernannte Sigel wieder zum Oberkommandierenden des Insurgentenheeres.

Sigel hatte in Freiburg am 3. Juli eine Art Kriegsrat gehalten und die Frage gestellt: „Entweder sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben, oder sofort nach der Schweiz sich zurückzuziehen, oder den Widerstand fortzusetzen, um im schlimmsten Falle, gestützt auf eine feste Position, eine Kapitulation abschließen zu können." Man entschied sich nach äußerst tumultuarischen Erörterungen, für die Fortsetzung des Widerstandes. Sigel, der feierlichst schwur, den deutschen Boden nicht lebend zu verlassen, traf nun seine entsprechenden Dispositionen, die aber von ver-

Versammlung, deren Mehrzahl aus ganz unfähigen, gewöhnlichen Schreiern bestand, bot das kläglichste Bild einer Volksvertretung, welche je getagt und welche ihren gänzlichen Mangel an Einsicht, Kenntnissen usw. hinter sogenannten revolutionären Anträgen verbergen wollte; die heute zum Beschluß erhoben, was morgen als unausführbar wieder umgestoßen werden mußte."

schiedenen Führern nicht einmal streng befolgt wurden und so den Sigel'schen Plan unausführbar machten.

Mit dem Kern des Insurgentenheeres war Sigel dem Höllenthal entlang über Neustadt nach Donaueschingen gezogen, wohin ihm die Landesregierung mit der Kasse schon vorausgeeilt war. Man zählte nur noch einige Tausend Mann badisches Militär, dann gepreßte Volkswehren, fremde Freischärler und Turner, zweifelhafte Gestalten aller Nationen.

Donaueschingen war nun Sitz der revolutionären Regierung, die in dem Fürstenberg'schen Schlosse Wohnung nahm.

Wie wenige Tage vorher in Freiburg, so bildete sich jetzt auch in Donaueschingen eine Gegenrevolution zu Gunsten der großherzoglichen Regierung. Dieser Umstand, insbesondere aber das Heranrücken des Neckarkorps, bewirkte das alsbaldige Aufgeben der kaum bezogenen Position. — Doch hatte der kurze Aufenthalt hingereicht, das fürstliche Schloß vollständig auszurauben, woran sich außer den Führern namentlich ein Jude namens Rosenthal, Germain Metternich, der Wundarzt Meier aus Heidelberg, Kaufmann Debrunner aus Konstanz, der Bierwirt Rockmann aus Aachen und der ehemalige preußische Landwehrleutnant Schlinke aus Breslau, Kommandeur des I. pfälzischen Bataillons beteiligten, während sich die Masse, bei noch einigem Ehrgefühl teilweise hiervon zurückhielt. Man hatte während des zweitägigen Aufenthaltes die Weinkeller geleert, Bachanalien abgehalten, die Waffenkammer unter sich verteilt, alle Wäsche, Kleidungsstücke, Gläser &c. geraubt, ebenso 6500 Gulden der Salinekasse entnommen, und Sigel verschmähte es nicht, sich die Epauletts des Fürsten anzueignen.

Mitten unter ihrem Zechen und wüsten Treiben kam die Kunde, daß die Reichstruppen nahten. Da floh, von panischem Schrecken ergriffen, in der Nacht vom 6. auf 7. Juli alles, ohne auch nur an Widerstand zu denken, ein Teil über Engen und Radolfzell nach Konstanz, der größere Teil unter Sigel gegen Thiengen nach Baltersweil, von wo aus das Sigel'sche Korps mit etwa 4500 Mann und 40 Geschützen am

11. Juli bei Eglisau und Rheinau das schweizerische Gebiet betraten und entwaffnet wurden. Es waren die letzten Insurgenten, welche den Kampf im Vaterland aufgegeben und in der Schweiz ein Asyl gesucht nnd gefunden hatten.

Schon am 2. Juli waren 140 Mann vom polnischen Freikorps bei Kleinhüningen mit zirka 100 Mann anderer Truppen in's Schaffhäuser Gebiet übergetreten; am 6. und 7. Juli war Blenker mit 1320 Mann und 12 Geschützen bei Rheinfelden über den Rhein gegangen; an demselben Tage suchten 240 Turner in Basel ihr Heil; — während am 9. Juli das Mercy'sche Korps — 1240 Mann mit 4 Geschützen bei Säckingen die Schweiz betrat. — Im Ganzen hatten seit Anfang Juli mehr als 8000 Mann mit 61 Geschützen und 700 Pferden die schweizerische Grenze überschritten, — und wurden nur zu bald dem Land eine große Last und Plage; auch hatte sich die eidgenössische Regierung in Bern schon unterm 16. Juli veranlaßt gesehen, allen Führern der pfälzischen Revolution zu befehlen, sofort die Schweiz zu verlassen.

Nun waren alle Landesteile Badens, der See- und der Oberrheinkreis, vollständig okkupiert, entwaffnet und pazifiziert; — Rastatt im Mittelrheinkreise war der einzige Punkt, welcher noch Widerstand leistete. In dieser Festung hatten nahezu 6000 Mann, ein buntgemischter, zucht- und sittenloser Haufen, der sich großen Ausschweifungen und Exzessen überließ, die sogar bis zum schauderhaften Morde zweier Opfer gegangen waren, hinter ihren Wällen Schutz gesucht. — Am 23. Juli ergab sich auch Rastatt auf Gnade und Ungnade den Preußen. Am Abend dieses Tages streckte die Besatzung auf dem Glacis die Waffen, worauf man die Entwaffneten als Kriegsgefangene in die Kasematten brachte.

Am 23. noch erschien ein Tagesbefehl des Kommandierenden an das vor Rastatt verwendete Korps:

„Die Einnahme von Rastatt ist ein großer Erfolg. Mehr als drei Wochen hat das 2. Armeekorps Tag und Nacht hart am Feinde gestanden, manchen Kampf gekämpft und manche Beschwerde willig ertragen. Der Sieg der gerechten Sache krönte die Ausdauer. Fast mehr als dies freut mich aber die würdige Haltung des Armeekorps bei der heutigen

Übergabe der feindlichen Besatzung, deren Wege unserer unerschütterlichen Pflichttreue unmittelbar entgegen laufen. Ich spreche dafür meine Anerkennung und meinen Dank aus. Sie war des Geistes der Armee würdig."

Ein Armeebefehl des Prinzen von Preußen vom 24. Juli machte der Armee das Ende des traurigen Bürgerkrieges bekannt.

Der Großherzog von Baden hatte schon am 14. Juli eine Verordnung erlassen, welche „in Betracht, daß der größte Teil des badischen Armeekorps sich der revolutionären Bewegung angeschlossen, dem Aufrufe zur Rückkehr unter die Befehle der rechtmäßigen Regierung nur in ganz kleiner Anzahl entsprochen und dadurch einen in der Geschichte noch selten erhörten Treubruch begangen," dasselbe gänzlich auflöst, mit alleiniger Ausnahme der 4. Schwadron des II. Dragonerregiments, (welche bekanntlich in Landau ihrer Pflicht treu geblieben) und das 1. Bataillon des IV. Infanterieregiments, welches seit August 1848 in Schleswig-Holstein stand. Wer nicht dem Standrechte verfallen, sollte, sofern er der Teilnahme an der Revolution schuldig, vor ein gewöhnliches Kriegsgericht oder ein Ehrengericht gestellt werden.

Nach der Übergabe von Rastatt traten diese Stand-, Kriegs- und Ehrengerichte ins Leben. Die Standgerichte verurteilten in den Monaten August, September und Oktober 27 Personen zum Tode, die wirklich erschossen wurden. Unter diesen Dortu, Auskultator und Landwehrunteroffizier aus Potsdam; Tiedemann, Gouverneur von Rastatt; v. Trützschler, aus Sachsen, Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt usw. — 62 Personen wurden zu 10 Jahren Zuchthaus, 2 zu einer Zuchthausstrafe von 8, 2 zu 6 und 4 zu 5 Jahren und 3 zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe, im ganzen also gerade 100 Personen durch standrechtliche Erkenntnisse verurteilt.

Unter den zum Tode Verurteilten, aber schließlich begnadigten Insurgenten gehörte auch der bei Waghäusel verwundete Mögling. Sein königlicher Vater, Wilhelm I. von Württemberg, bewirkte seine Begnadigung. Mögling kam auf 7 Jahre in das Zuchthaus nach Bruchsal, das er als ein gebrochener Mann verließ.

Am 18. August hielt der Großherzog von Baden seinen feierlichen Einzug in Karlsruhe. Die Generäle von sämtlichen Armeekorps waren dazu eingeladen worden. Die Stadt war auf's festlichste geschmückt, alle Häuser, Straßen, Plätze mit unzähligen Fahnen, Guirlanden, Kränzen, Blumen, Teppichen, Inschriften &c. geziert. Auf dem Giebel des Rathauses prangte die deutsche Fahne, auf dem Balkon desselben Gebäudes die Büste des Großherzogs, umgeben von den Landesfarben und zwei preußischen Fahnen.

Der Großherzog traf mit der großherzoglichen Familie Samstag, den 18., morgens 9 Uhr auf einem Dampfboote von Mainz auf der Maximiliansau ein, wo er von den Behörden empfangen wurde, und wohin sich auch der Prinz von Preußen zu seiner Begrüßung begab. Die preußische Artillerie salutierte mit 101 Kanonenschüssen. Den Festzug nach Karlsruhe eröffnete die Schwadron treuer Dragoner, dann folgte die lange Reihe offener Wagen mit dem Hofe, den Hofchargen, den Adjutanten &c. Im Wagen des Großherzogs saß zu seiner Seite der Prinz von Preußen. Das Militär und die Bürgerwehr bildeten Spalier; die Zünfte mit ihren Fahnen waren am Tore aufgestellt. — Weitere 101 Kanonenschüsse hatten die großherzogliche Familie beim Eintritt in die Stadt begrüßt, wo sie auch die städtischen Behörden bewillkommneten, alle Glocken läuteten und Lebehochs erschallten; man war glücklich, endlich von der Schreckensherrschaft der letzten Wochen befreit zu sein! — Ein Dankgottesdienst fand zunächst in der Stadtkirche statt, ehe sich der Zug in das Residenzschloß begab, wo der Großherzog dem Prinz von Preußen und der Armee noch besonders für die Befreiung des Großherzogtums dankte, und den Prinzen bat, als ein Erinnerungszeichen „an seine unvergeßliche und beglückende Tat, das Großkreuz des Karl Friedrich Militär-Verdienstordens anzunehmen", worauf der Großherzog ihm die Insignien des Ordens darreichte.

Der Großherzog erließ noch an demselben Tage eine ausführliche Proklamation, welche in offener, ungeschminkter Sprache das beklagenswerte Geschehene schilderte und darlegte,

wodurch allein Rettung für die Zukunft möglich sei. Er sagte darin, wie im 20. Jahr seiner Regierung, auf die er mit reinem Gewissen zurücksehen könne, der schmachvollste Aufruhr, den die deutsche Geschichte kenne, das Land mit Unglück und Schande bedroht habe, wie er nur durch die Flucht vor der Gewalt der Empörer größeres Elend habe verhüten und baldige Erlösung aus der Pöbelherrschaft habe bringen können. Zurückgerufen durch seine Regentenpflichten betrete der Großherzog mit dem Gefühle des bittersten Schmerzes, aber trotz allen erfahrenen Undankes mit unvertilgbarer Liebe für das Wohl des Landes den Boden des angestammten Thrones uud erflehe vor allem den Beistand Gottes für sein schweres Werk. Er danke den Treugebliebenen und hoffe, daß man durch die Gräuel des Bürgerkrieges eine Erkenntnis erlangt habe, welche mächtiger als die Gewalt der Waffen, den Geist der Anarchie bannen werde. Die Proklamation hob dann hervor, was alles für die Freiheit geschehen war, und wie schändlich diese, namentlich durch die Presse, mißbraucht worden sei, wie man sie zur Aufregung der wildesten Leidenschaften benutzt habe, und wie schwer in dieser Beziehung selbst auch die Diener des Staates, der Kirche und der Schule gefehlt hätten. Sie fortan unschädlich zu machen und jenen Mißbräuchen Schranken zu setzen, sei dringende Pflicht. Mit tiefer Bewegung erwähnte der Großherzog, wie die badische Waffenehre durch die unerhörte Meuterei des größten Teils des Armeekorps schwer verletzt worden sei. — Es solle gestrebt werden, die schweren Wunden zu heilen, welche die Revolution dem Handel, den Gewerben, dem Kredit geschlagen. Groß sei das Unglück, welches der Aufruhr über das sonst so gesegnete Land gebracht, daher er alle guten Bürger auffordere, mitzuwirken, seine Folgen zu lindern und möglichst zu heilen!

Wenngleich der Aufstand in Baden nunmehr vollständig bezwungen und der allgemeine Belagerungszustand verhängt worden war, so sollten die Wühlereien doch nicht ganz unterbleiben, die von den sogenannten „Volksmännern" ausgehend, Leichtgläubigen eine neue, glückliche Volkserhebung verhießen.

Die nächste Folge war, daß die Regierung zu strengeren Maßnahmen griff, nach den rebellischen Orten verstärkte Garnison legte und das Vereinswesen sehr beschränkte. Das Ende einer mißglückten Volkserhebung führt stets die Reaktion mit sich; Strebertum, Hofschranzentum, Ultramontanismus, und wie sonst ihre Auswüchse heißen, entwickeln sich rasch, um den Volksgeist zu vergiften. Auch der jesuitischen Partei waren die Revolutionsjahre günstig. Sie verstand es, nicht nur allerhand Freiheiten sich zu erringen, sondern auch dieselben während dieser Zeit festzuhalten. Insbesondere war es ihr gelungen, sich bei Papst Pius IX. einzuschmeicheln, ihn und damit die Kirche zu beherrschen. Und nun begann jenes planmäßige Werk, das bis in unsere Tage fortwirkt, und auf den Untergang der modernen Kultur und die Aufrichtung der Universalmonarchie des Papstes abzielt. Der Nuntius Meglia hatte nicht so Unrecht, als er sagte: „Nur die Revolution kann uns helfen." Denn es währte in der Tat nicht allzu lange, da rückten Jesuiten und deren Affilierte in die höchsten kirchlichen und weltlichen Stellungen ein, und das furchtbare Werk der Zerstörung des Friedens unter den Konfessionen, ja der Zerstörung des Evangeliums Jesu machte ungeahnte Fortschritte! Dabei verhielten sich die Regierungen, das Volk, ja selbst der übergroße Teil der protestantischen Geistlichkeit gleichgültig.

So sammelte die Kirche „ihre Scharen zur apokalyptischen Schlacht", und Hofrat Buß in Freiburg konnte sich einstmals zu der drohenden Prophezeihung versteigen: „Steht unser Radetzky erst in Berlin, so ist die Burg des Protestantismus gebrochen!"

Wann?

